

NACH DEM CORONA-JAHR:

# Ehrenrettung für den Kapitalismus

- VON PATRICK BERNAU
- -AKTUALISIERT AM 29.12.2020-13:00



Das System habe versagt, hieß es zu Beginn der Pandemie. Doch im Corona-Jahr hat der Markt seine Stärken bewiesen.

Während halb Deutschland im Corona-Lockdown des Frühlings über die Marktwirtschaft lästerte, hatte deren größter Dienst für die Bekämpfung der Pandemie schon lange begonnen. Und zwar am 24. Januar. Da gab es in Deutschland noch keinen einzigen Corona-Fall, und der Chef des staatlichen Robert Koch-Instituts vermutete noch, dass sich das Virus „nicht sehr stark auf der Welt ausbreitet“. An jenem Freitagmorgen saßen die Ehepartner Özlem Türeci und Ugur Sahin in Mainz beim Frühstück und entschieden, dass sie mit ihrem damals noch weithin unbekanntes Unternehmen namens Biontech, das sie zur Erforschung neuer Therapien gegen Krebs gegründet hatten, von nun an einen Impfstoff gegen dieses neue Virus entwickeln wollten.

Elf Monate später ist klar: Wenn es Hoffnung auf ein baldiges Ende der Pandemie gibt, dann ist das nicht zuletzt dem Unternehmergeist von Türeci und Sahin zu verdanken. Ihre Firma hat innerhalb von nicht mal elf Monaten den ersten Impfstoff der Welt entwickelt, der seine Wirksamkeit in allen drei vorgeschriebenen Testphasen bewiesen hat. (Russland und China ließen ihre Impfstoffe schon zu, bevor die Tests beendet waren.)

Dabei hatten viele Kommentare zu Beginn der Pandemie nicht nach einem Lob des Wirtschaftssystems geklungen. „Viele Fehler im kapitalistischen System zeigen sich jetzt deutlicher denn je“, hieß es etwa zur Mai-Demonstration in Berlin. Selbst der ehemalige Wirtschaftsweiser Bert Rürup rief das „Ende der neoliberalen Weltordnung“ aus. Da bietet sich am Ende des Corona-Jahres 2020 ein Zwischenfazit an: Wie hat sie sich denn geschlagen, die Marktwirtschaft?

## Wie hat sich die Marktwirtschaft geschlagen? Bei Impfstoffen gut

Wenn es um die Impfstoffe ging, jedenfalls gar nicht so schlecht. Keine Frage: Biontech hat auch davon profitiert, dass der Staat Grundlagenforschung finanziert. Die beiden Gründer sind Professoren der Universität Mainz, das Unternehmen hat Kredite und Fördergeld von der öffentlichen Hand bekommen. So funktioniert gute Marktwirtschaft in der Theorie seit Jahren: Grundlagenforschung finanziert lieber der Staat, die Produktentwicklung überlässt man lieber gewinnorientierten Unternehmen – in dieser Aufgabenteilung entstehen die besten Ergebnisse.

Türecis und Sahins Unternehmen Biontech ist schließlich nicht das einzige, das einen Corona-Impfstoff entwickelt. Weltweit gibt es mehr als 200 verschiedene Projekte. Schon jetzt hat sich diese Vielfalt als nützlich herausgestellt. Zusätzliche Impfstoff-Quellen sind sowieso hilfreich, vor allem aber hat sich die

Entwicklung des einen oder anderen vielversprechenden Kandidaten verzögert: Mal waren Studienergebnisse schlechter als erhofft, mal passierten ganz menschliche Fehler. Es sind der für die Marktwirtschaft typische Wettbewerb und Überfluss, die den Impfstoff so schnell zu den Menschen gebracht haben.

Und was passiert, wenn der von privaten Unternehmen entwickelte Impfstoff auf staatliche Käufer trifft? Das lässt sich derzeit in der [Europäischen Union](#) beobachten: Da wurde das Gegenteil von Vielfalt und Redundanz verfolgt. Die EU bestellte ungefähr so viele Impfdosen, wie sie am Ende braucht, und teilte die Bestellungen sorgfältig auf die unterschiedlichen Anbieter aus den unterschiedlichen Mitgliedstaaten auf. Jetzt, wo sich das eine oder andere Projekt verzögert, stellt sich heraus: Die Planung war zu eng, die Impfdosen reichen nicht. Klar, dass der Staat mit dem Geld der Bürger, das er sich per Zwang beschafft, sparsam umgehen und es sorgfältig verteilen muss. Das Problem der EU ist ebenso wenig das Ergebnis einer einzelnen Fehlentscheidung, wie der Impfstoff-Erfolg von Biontech das Ergebnis einer einzelnen Heldentat ist. Beides hat System.

## Der Markt tendiert zum Überfluss

Der Hang zum Überfluss wird dem Kapitalismus seit Jahren vorgeworfen: Er wecke künstliche Bedürfnisse bei den Menschen, die sie eigentlich gar nicht hätten; er fördere eine Wegwerfmentalität. Diese Vorwürfe sind wahrscheinlich sogar näher an der Realität als die meisten Mängel, die dem Kapitalismus in der [Pandemie](#) zugeschrieben wurden. Denn eines kann er ganz bestimmt: aus begrenzten Mitteln schnell viel herausholen. Genauso schnell werden freilich die Unternehmen aussortiert, die gerade kein Geschäft machen können, Fluggesellschaften oder Clubs. Die sind nun vom Staat aufgefangen worden; abermals hat die Aufgabenteilung also funktioniert.

Auf der anderen Seite steht der Umgang mit den Mitarbeitern. Da haben [private Schlachthöfe](#) in diesem Pandemiejahr ebenso einen schlechten Eindruck hinterlassen wie die Krankenhäuser, die oft in öffentlicher Hand sind und deren Entlohnungen traditionell nicht auf einem Markt festgelegt werden, sondern zentral und korporatistisch. Kaputtgespart ist das deutsche Gesundheitssystem als ganzes jedenfalls nicht, noch nie gab es so viele Ärzte je 100.000 Einwohner wie heute. Aber die Pandemie hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Arbeitsbedingungen in der Pflege immer noch schlecht sind und es an Interessenten für die Pflegeberufe fehlt.

## Warenmangel dauerte nie lange an - nicht mal beim Toilettenpapier

Ein Mangel an Waren war dagegen nirgends von langer Dauer. Auch nicht im Supermarkt. Dabei mussten im plötzlichen Lockdown Warenwege umgestellt werden – in einem Tempo, das vorher keiner kannte. Millionen von Menschen aßen nicht mehr in Restaurants und Kantinen, sondern blieben im Homeoffice, kochten zu Hause und benutzten häufiger ihre eigene Toilette.

Obwohl sich die Nachfrage zwischenzeitlich verdreifachte, fehlte das Toilettenpapier nur für kurze Zeit. Zur Not schafften die Supermärkte eben Papier mit polnischem Aufdruck heran. Unvergessen ist das Video von einem niederländischen Gabelstaplerfahrer, der durch eine große Halle fuhr und ein bis an die Decke gefülltes Lager mit Toilettenpapier zeigte. „Glaubt ihr, uns geht das Toilettenpapier aus?“, fragt er seine Kollegen. Und die lachen lauthals los. Auch bei den Lebensmitteln überlebte der Handel das Hamstern der Deutschen. Mehl war fast immer zu bekommen, wenn auch nicht jede Spezialität.

Video: Youtube / T P

Was anfangs fehlte, waren Gesichtsmasken und Desinfektionsmittel. Nun hat nie jemand behauptet, dass Vorsorge die größte Stärke einer Marktwirtschaft ist. Wenn Unternehmen in ihrer Lieferkette regelmäßig Probleme bekommen, sichern sie sich dagegen ab. Aber ständig Material für eine Jahrhundert-Katastrophe vorzuhalten, das passt in die betriebswirtschaftliche Kalkulation nur schlecht. Das muss nicht immer falsch sein, denn niemand weiß vorher, welche Katastrophe tatsächlich eintritt, welche Lagerhaltung sich als nützlich erweisen wird – und welche nur unnötig Ressourcen verbraucht.

## Die Marktwirtschaft ist anpassungsfähig

Nein, die Stärke der Marktwirtschaft ist nicht, dass sie auf jeden Katastrophenfall vorbereitet wäre, sondern ihre Anpassungsfähigkeit. So lief es mit den Masken: Bis Deutschland ordentlich damit versorgt war, vergingen zwar ein paar Wochen. Aber die Umstellung ging schnell: Bald produzierten selbst Hemdenhersteller Alltagsmasken, und beim Gesundheitsministerium trafen die Angebote so zahlreich ein, dass gar nicht mehr alle beantwortet werden konnten.

Aber wer hätte sich eigentlich um die Vorratshaltung von Masken und dergleichen kümmern sollen? In einem „Pandemieplan“ stellte das [Robert Koch-Institut](#) schon vor Jahren fest, dass Material beschafft und eingelagert werden müsse. Zuständig dafür waren – wie für den gesamten Katastrophenschutz – die Bundesländer. Der eine oder andere Lieferant erinnerte gelegentlich daran, wahrscheinlich nicht ganz ohne Eigennutz. Besser wäre es gewesen, die Regierungen hätten rechtzeitig darauf reagiert. Inzwischen hat sich die Bundesregierung vorgenommen, Masken für die nächste Pandemie einzulagern.

Auch die Gesundheitsämter hatte der Staat nicht übermäßig gut ausgestattet. Zwar hatte der öffentliche Dienst vor der Pandemie zehn Prozent mehr Mitarbeiter als vor zehn Jahren. Aber in den Gesundheitsämtern waren die zusätzlichen Kräfte nicht beschäftigt. Wer will schon dauerhaft Personal für eine Jahrhundertpandemie vorhalten? Eine geeignete Software wäre allerdings gut gewesen.

## Die Schulen waren nicht gut vorbereitet

Nun gehören Fehlentscheidungen unvermeidbar dazu, wenn eine große Katastrophe über ein Land oder gar die ganze Welt hereinbricht. Anfangs wusste schließlich kaum einer, was da überhaupt gerade passierte. Trotzdem hat die eine oder andere staatliche Organisation nicht ganz so flexibel auf die Pandemie reagiert, wie das nötig gewesen wäre. Dabei geht es nicht um individuelle Fehler, sondern um das System. Öfter mal hätte man sich Staatsbedienstete gewünscht, die in eigener Verantwortung etwas Mutiges entscheiden können, vielleicht sogar am Frühstückstisch wie die beiden Biontech-Gründer. Dann könnten die einen den einen Weg testen, die anderen den anderen – und die Erfolgreichen könnten zum Vorbild werden.

Dann wäre vielleicht auch die Lage in den Schulen anders, als sie sich jetzt zeigt: Engagierte Lehrer, die Unterricht per Videokonferenz anbieten wollten, wurden verschreckt, [weil mancher Datenschutzbeauftragte ihnen Bußgelder androhte](#). Lernplattformen sind seit Jahren versprochen, ihre Einführung hat sich auch in der Pandemie kaum beschleunigt. Während zu viel Digitalunterricht verpönt ist, weil es arme Schüler ohne die nötigen Rechner gibt, werden gespendete Geräte gelegentlich abgelehnt oder in den Keller gestellt, bis es einen Haushaltstitel für einen Administrator gibt. Und dass der Staat im großen Maßstab digitale Geräte für die Schüler kauft, das passiert erst im kommenden Jahr, weil zunächst die Corona-Hilfsgelder der Europäischen Union und der entsprechende Haushalt ausverhandelt werden mussten. Das Ergebnis ist, dass auch am Ende des Jahres die staatlichen Schulen so schlecht auf einen Lockdown vorbereitet sind wie kaum ein privates Unternehmen.

Am Ende gewinnt die richtige Kombination aus Staat und Markt. Gerade erst hat die SPD-Vorsitzende Saskia Esken gefragt, ob Gesundheitsminister Jens Spahn so etwas Wichtiges wie Corona-Tests in der Pflege wirklich dem Markt überlassen wolle. Nach den Erfahrungen des abgelaufenen Jahres sollte man lieber fragen: Wem würde man die Tests denn lieber überlassen?

BIZ-DIREKTOR IM INTERVIEW:

## „Kurzfristig ist Inflationsdruck kaum vorstellbar“

- VON GERALD BRAUNBERGER UND MARKUS FRÜHAUF
- -AKTUALISIERT AM 29.12.2020-16:43



Der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sagt, wieso er mehr Insolvenzen erwartet, der Finanzmarkt zum Klimaschutz beitragen soll und was Digitalwährungen bringen.

Herr Carstens, wird nach der Corona-Krise die Inflation wieder zu einem Thema für Zentralbanken?

Kurzfristig, also in den nächsten 18 bis 24 Monaten wird das wichtigste Thema eher sein, wie sich die Inflation in die Nähe der von den wichtigsten Zentralbanken verfolgten Zielniveaus bringen lässt. Zwar ist die geldpolitische Unterstützung in der Corona-Krise außergewöhnlich groß, jedoch lässt die aktuelle Lage der Weltwirtschaft eher erwarten, dass kurzfristig viel höhere Inflationsraten unwahrscheinlich erscheinen. Es ist zwar im dritten Quartal zu einer Konjunkturerholung gekommen, die sich im vierten Quartal aber als nicht sehr robust herausgestellt hat. Es ist noch nicht zu erkennen, wie sich dies in nachhaltiges hohes Wachstum übertragen kann. Es gibt in einigen Ländern Fortschritte am Arbeitsmarkt, auch wenn die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten weiterhin sehr hoch ist. Zudem machen es die Kurzarbeiterprogramme in einigen anderen Ländern schwer, die tatsächliche Lage an den Arbeitsmärkten einzuschätzen. Solange es keinen Lohnsteigerungsdruck und Anzeichen der Überhitzung an den Arbeitsmärkten gibt, ist kurzfristig ein zunehmender Inflationsdruck kaum vorstellbar.

Ist die Lohnentwicklung für die Inflation entscheidender als die Geldpolitik?

Die Löhne sind nicht unabhängig von den geldpolitischen Bedingungen. Sie werden natürlich stark von den Inflationserwartungen beeinflusst. Gleichzeitig hängen die Löhne vor allem von der Arbeitsnachfrage ab, die wiederum von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit von der Geldpolitik beeinflusst wird. Die Inflationserwartungen spielen weiterhin eine entscheidende Rolle. Die Inflationserwartungen sind in den vergangenen Jahren unter die Zielraten von 2 Prozent gerutscht. Dies erklärt zum Teil die sehr akkommodierende Ausrichtung der Geldpolitik, die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verfolgt worden ist. Die zusätzliche Liquidität, die Zentralbanken in der Pandemie bereitstellen, hat an den Finanzmärkten bislang keine Inflationsssorgen ausgelöst.

Die in Basel ansässige, im Jahre 1930 gegründete BIZ ist die Bank der Zentralbanken und stellt unter anderem ökonomische Analysen bereit. Ihr Chefvolkswirt Claudio Borio hat gesagt, dass die Leute in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft blicken, wenn sie ihre Inflationserwartungen bilden. Wird es dann für Zentralbanken nicht schwerer, die Inflationserwartungen zu steuern?

Die Zentralbanken wirken mit ihrer aggressiven Geldpolitik als auch mit expliziter Erwartungssteuerung hinsichtlich des zukünftigen geldpolitischen Kurses einer auch in Zukunft so außergewöhnlich niedrigen

Inflationsrate entgegen. Die damit erzeugte Erwartung einer wieder anziehenden Teuerung hilft dabei, die Inflation dann wieder in die Nähe der Zielrate von 2 Prozent zu bringen. Aus diesem Grund ist die amerikanische Notenbank dazu übergegangen, nicht mehr nur die exakte Zielrate anzupeilen, sondern nur noch eine durchschnittliche Inflationsrate. Das schließt auch die Möglichkeit einer Teuerung von etwas mehr als 2 Prozent über einen bestimmten Zeitraum mit ein.

Kennen wir die langfristigen Folgen sehr großer Zentralbankbilanzen?

Es gibt zwei Gründe für das Wachstum der Zentralbankbilanzen, da sie ein wichtiges zusätzliches Instrument im geldpolitischen Werkzeugkasten darstellen. Erstens eine sehr aggressive Geldpolitik, die zum Ziel hatte, die Zinsen auf der gesamten Kurve deutlich zu senken mit Hilfe von großangelegten Staatsanleihekäufen. Zweitens: Mit Beginn der Corona-Krise mussten die Zentralbanken riskante Vermögenswerte aufkaufen, um die Finanzmärkte so zu entlasten, dass sie besser funktionieren können. Dieses Ziel ist in meinen Augen erreicht worden. Die geldpolitischen Maßnahmen dienen zusammen mit der **Fiskalpolitik** dem Ziel, Wirtschaftswachstum zu schaffen, auch in der Zeit nach der Pandemie. Ist das der Fall und sind die Märkte dann wieder aufnahmebereit und nimmt die Kreditvergabe zu, dann können die Zentralbanken langsam damit anfangen, ihre Bilanzen wieder abzubauen. Es ist natürlich alles eine Frage der Größenordnungen. Aber wir sind noch sehr weit von der Grenze entfernt, ab der die Wirtschaft nicht mehr bereit wäre, zusätzliches Geld zu akzeptieren.

Gefährdet die expansive Geldpolitik in der Corona-Krise die Unabhängigkeit der Zentralbanken? Der Begriff der „fiscal dominance“, also der Dominanz der staatlichen Haushaltspolitik über die Notenbanken, macht die Runde.

Die zentrale Frage lautet hier, ob die Zentralbanken im Rahmen ihres Mandats handeln. Ihr wichtigstes Ziel ist die Inflationskontrolle. Ich sehe derzeit keine Gefahr, dass die Zentralbanken von ihrem Ziel der Preisstabilität abweichen. Manche Notenbanken mögen am Anfang der Corona-Krise aggressiver im Kauf von Staatsanleihen vorgegangen sein, aber da war es auch dringend nötig, in der Pandemie die staatlichen Ausgaben deutlich zu erhöhen, um die Wirtschaft zu unterstützen. Das Vorgehen der Zentralbanken entspricht ganz klar ihrem Mandat und hat nichts mit „fiscal dominance“ zu tun. Vielmehr muss die Geldpolitik die Fiskalpolitik angesichts eines solchen außergewöhnlichen Schocks dabei unterstützen, die Wirtschaft zu stabilisieren.

Trägt die Geldpolitik zu einer „Zombifizierung“ der Wirtschaft bei?

Grundsätzlich können sehr niedrige Zinsen nahe null Prozent das Leben angeschlagener Unternehmen verlängern, weil sich ihre Kosten zur Bedienung der Schulden verringern. Ich sehe als Ursache der Zombifizierung aber eher die Neigung einiger Geschäftsbanken, eine angemessene Einstufung notleidender Kredite und damit Verluste zu vermeiden. Niedrige Zinsen als Folge der Geldpolitik können eine solche Entwicklung zwar begünstigen, aber ich betrachte die Zombifizierung nicht als Problem, das durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verursacht wird.

In ihrem jüngsten Quartalsbericht hat die BIZ auf die wachsende Diskrepanz zwischen den Bewertungen an den Finanzmärkten und den wirtschaftlichen Aussichten hingewiesen. Sind die Finanzmärkte wieder übermütig?

Es gibt Anlageklassen, die gegenwärtig als überbewertet erscheinen können. Die hohe Menge an zusätzlicher Liquidität, verbunden mit der Jagd nach Rendite, treibt die Kurse an den Märkten. Es gibt das Risiko falscher Bewertungen. Wir sind in unseren Analysen zu der Einschätzung gekommen, dass es sich nicht um ein weitverbreitetes Phänomen handelt. Auch wenn es Bereiche gibt, bei denen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden näher hinschauen sollten, besteht insgesamt kein Risiko für die Finanzstabilität.

In welchen Anlageklassen sehen Sie mögliche Überbewertungen?

Ich sehe nicht meine Aufgabe darin, die Bewertungen von Wertpapieren zu kommentieren. Allerdings haben sich zum Beispiel die Risikoaufschläge der High-Yield-Anleihen von Unternehmen mit geringer

Kreditwürdigkeit in den vergangenen Monaten deutlich verringert und liegen in einigen Fällen unter den Niveaus vor der Pandemie. Doch die Corona-Krise ist noch nicht vorbei und die weiteren Wachstumsaussichten unsicher. Das kann ein Beispiel sein, wie die Jagd nach Rendite die Bewertung riskanter Vermögenswerte beeinflusst.

In Europa gab es zuletzt eine Diskussion darüber, ob die Notenbanken ihre erworbenen Staatsanleihen vollständig abschreiben sollen, um so die Staaten von ihren Schulden zu entlasten.

Das ist eine sehr schlechte Idee, und es ist schlechte Ökonomie. Verdeckte Quersubventionierung zwischen den Mitgliedsländern widerspricht den Grundsätzen und dem Geist der Europäischen Währungsunion. Es kann zudem ein Loch in die Staatshaushalte reißen, wenn die Abschreibungen auf Staatsanleihen das Kapital der Notenbanken schwächen und sie rekapitalisiert werden müssen. Eine solche Maßnahme wäre auch unter dem Gesichtspunkt des moralischen Risikos – des *moral hazard* – gefährlich. Wir haben solche Politik in der Vergangenheit in anderen Regionen der Welt erlebt, und sie hat nie gut geendet.

Wie hoch sind die Risiken für den Finanzsektor in den kommenden Monaten wegen steigender Firmeninsolvenzen?

Wir könnten im kommenden Jahr durchaus mehr Unternehmensinsolvenzen sehen. Die expansive Geld- und Fiskalpolitik in Reaktion auf die Corona-Krise hat wahrscheinlich viele Unternehmen am Leben erhalten. Die Fiskalpolitik sollte sich stärker auf die Unternehmen konzentrieren, die solvent sind und eine Zukunft haben. Wenn die massiven Stützungsmaßnahmen begrenzt werden, besteht die Gefahr, dass einige Unternehmen nicht überleben können. Wir erwarten im kommenden Jahr einen Anstieg der Insolvenzen von 20 Prozent gegenüber dem Niveau in normalen Zyklen. Das liegt an dem Ausmaß der Pandemie und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft, aber vor allem daran, dass die Stützungsmaßnahmen so nicht für immer fortgesetzt werden können.

Was bedeutet das für die Banken und die Finanzstabilität?

Die Banken sind in diese Krise in einer starken Verfassung gegangen, weil sie nach der Finanzkrise ihre Eigenkapitalausstattung und -puffer deutlich erhöhen mussten. Die Vorgaben der Basel-III-Regeln haben ihre Widerstandsfähigkeit deutlich erhöht. Sie können also einen Anstieg der notleidenden Kredite überstehen. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir kein Risiko für die Finanzstabilität.

Gibt es Bereiche, die Anlass zur Sorge geben?

Die Anspannungen an einigen Märkten im Frühjahr wie zum Beispiel denen für Geldmarktpapiere, kreditbesicherte Wertpapiere, Unternehmensanleihen und auch Staatsanleihen waren Ergebnis von Problemen bei Nicht-Bank-Finanzintermediären. Dazu zählen Geldmarktfonds, offene Anleihefonds und auch Hedgefonds. Bei dem Versuch, Anlagepositionen in großem Umfang abzubauen, haben diese Akteure wichtige Marktsegmente vorübergehend paralyisiert, was umfangreiche Stützungsmaßnahmen der Notenbanken erforderlich machte. Notenbanken und Aufsichtsbehörden müssen die Widerstandsfähigkeit dieser Marktteilnehmer genauer in den Blick nehmen. Die Probleme konnten schnell gelöst werden, aber wir müssen nun analysieren, wie diese Märkte in Zukunft besser funktionieren können, ohne dass die Notenbanken eingreifen müssen.

Wie gefährlich ist der „grüne Schwan“?

Klima- und Umweltrisiken sind ein sehr wichtiges Thema. Sie können größere Probleme und Verluste für den Finanzsektor hervorrufen. Eine schnellere Sequenz an Wirbelstürmen oder Überschwemmungen in bestimmten Regionen können Unternehmen und Haushalte deutlich in ihren Möglichkeiten einschränken, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Darüber müssen wir nachdenken und das Bewusstsein der Finanzinstitute dafür wecken.

Besteht die Gefahr einer grünen Blase angesichts der enormen Marketingaktivitäten von Banken und Vermögensverwaltern für nachhaltige Produkte?

Ich würde noch nicht von einer grünen Blase sprechen. Ich bin aber der Meinung, dass die Finanzinstitute besser darüber informieren müssen, welchen Beitrag die einzelnen Projekte zum Klimaschutz leisten können. In einem unserer Quartalsberichte haben wir ein Ratingsystem vorgeschlagen, das die Projekte und nicht die Emittenten bewertet. So können die Investoren besser einschätzen, welche Klimaeffekte das über Anleihen zu finanzierende Projekt hat. Insgesamt muss die Marktinfrastruktur besser entwickelt werden, damit grüne Anlagen angemessener bepreist werden können.

Sollen Banken Eigenkapitalerleichterungen für grüne Finanzierungen erhalten?

Nein, nachhaltige Kredite müssen nicht subventioniert werden. Wenn ein Projekt als sehr nachhaltig eingeschätzt wird, dann weist es in der Regel eine höhere Kreditwürdigkeit auf. Das verringert das Ausfallrisiko, was den Banken eine niedrigere Eigenkapitalunterlegung ermöglicht. Aber grundsätzlich alle unter dem Label „green“ laufenden Kredite mit Eigenkapitalerleichterungen zu versehen stünde nicht im Einklang mit einer umsichtigen und vernünftigen Kreditpolitik und Regulierung.

Ist der Finanzmarkt der richtige Ort für Klima- und Umweltschutz?

Das ist zwar nicht seine wichtigste Aufgabe, aber der Finanzsektor spielt eine entscheidende Rolle für die meisten Wirtschaftsbereiche. Wenn er einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, ohne dass dabei seine Funktionsweise beeinträchtigt wird, dann soll er diesen Beitrag leisten.

Wann können wir als Kunden mit digitalem Zentralbankgeld zahlen?

Das wird noch einige Jahre dauern. In China, das hier am weitesten fortgeschritten ist, kann es schon sehr bald sein. Doch in den meisten anderen Ländern wird es noch dauern. Es besteht keine dringende Eile, digitales Zentralbankgeld anzubieten, weil wir heutzutage bereits sehr effiziente Zahlungssysteme haben. In Zukunft kann es aber Bedarf für digitales Geld geben. Darauf bereiten wir uns vor. Wir müssen aber in der Entwicklung und in der Umsetzung sehr vorsichtig vorgehen, weil wir uns hier keine Fehler erlauben dürfen. Es gibt auch Unterschiede zwischen einzelnen Ländern und auch in der Frage, ob digitales Zentralbankgeld für Großzahlungssysteme von Geschäftsbanken oder zur Nutzung durch Verbraucher verwendet werden soll. Meiner Meinung nach ist der Nutzen der letzteren Option, die Einlagenkonten der Verbraucher bei der Zentralbank implizieren kann, begrenzt. Das Zurücklegen der letzten Meile bei der Versorgung der breiten Öffentlichkeit mit Zahlungsdienstleistungen muss vorrangig Aufgabe der Geschäftsbanken bleiben.

Brauchen Verbraucher angesichts der Echtzeit-Überweisungssysteme wirklich digitales Zentralbankgeld?

Noch gibt es keine Nachfrage dafür. Es gibt aber Entwicklungen von Internetkonzernen wie Facebook zu „Stablecoins“, also digitalen Zahlungsmitteln, die mit Währungen unterlegt werden. Dadurch stellen sich Fragen, die das Mandat und die zentrale Rolle der Notenbanken berühren. Als Reaktion auf diese Entwicklungen könnte sich in Zukunft ein Bedarf für digitales Zentralbankgeld auch für Verbraucher ergeben. Wie ich kürzlich in einer Rede vor Bundesbankmitarbeitern gesagt habe, wird sicheres und vertrauenswürdiges Geld nicht von Algorithmen geschaffen. Es wird auch in Zukunft auf glaubwürdigen und vertrauenswürdigen Institutionen, nämlich den Zentralbanken, basieren.

Sind die Bemühungen der Zentralbanken eine Reaktion auf die Libra-Pläne von Facebook?

Es gab Signale dafür, dass Zentralbanken sich diesen Entwicklungen stellen müssen. Das waren der Bitcoin, der Aufbau von Zahlungssystemen durch große Technologiekonzerne und schließlich auch die Pläne von Facebook.

Können „Stablecoins“, wenn sie richtig reguliert werden, akzeptiert werden?

Ja, das setzt aber auch eine tatsächliche Stabilität der „Stablecoins“ voraus. Das wird versucht dadurch zu erreichen, dass sie mit gesetzlichen Zahlungsmitteln unterlegt werden. Ich würde daher von einem synthetischen digitalen Zentralbankgeld sprechen, allerdings ohne den Rückhalt einer Zentralbank. Unter

bestimmten Bedingungen und mit sinnvoller Regulierung könnten „Stablecoins“ eine Option sein, die funktioniert.

Kann die Einführung von digitalem Zentralbankgeld das Geschäftsbankensystem zerstören?

Ich halte es da mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der an den Eid des Hippokrates erinnert hat, mit dem sich Ärzte im Wesentlichen verpflichten, keinen Schaden zuzufügen. Ähnlich müssen sich die Zentralbanken dazu verpflichten, alles zu unterlassen, was der Finanzstabilität und der Wirtschaft schaden kann.

Wie wichtig ist Bargeld für das Vertrauen in Geld?

Es ist von entscheidender Bedeutung. Die meisten Menschen verbinden Geld mit Banknoten und Münzen. Und das liegt an ihren Erfahrungen mit Bargeld, mit denen sie sich jederzeit Güter kaufen können. Es ist für die Zentralbanken ein enormer Erfolg gewesen, dass dieses System über Jahrzehnte so gut funktioniert hat. Dieses Vertrauen der Bevölkerung ist über viele Jahre aufgebaut worden. Es wäre alles andere als klug, dies zu gefährden. Vielmehr muss Bargeld erhalten werden.

STAATSSCHULDEN:

# Das Schuldenparadoxon – Fakt oder Fiktion?

- VON INGO MAINERT
- -AKTUALISIERT AM 03.01.2021-11:43



Anleger müssen sich bewusst sein, dass die Rentenmärkte wieder Ausfallrisikoprämien einpreisen werden. Erfahrungsgemäß wird dies nicht graduell und langsam, sondern abrupt geschehen. Ein Gastbeitrag.

Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich: Sparsamkeit und solides Haushaltsgebaren sind out, Schulden sind hip. Von der schwarzen Null zum großen Wumms – die schwäbische Hausfrau hat als Vorbild ausgedient. Wurden Regierende in der Vergangenheit von Ökonomen meist zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik ermahnt, so ist es jetzt andersherum. Bereits in der Vor-Covid-Zeit wurde die in Deutschland grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse – das Primat eines konjunkturbereinigt ausgeglichenen Haushaltes – zunehmend in Frage gestellt. Und aktuell fordern viele Wirtschaftswissenschaftler trotz bereits atemberaubender Fiskalpakete kein Nachlassen der staatlichen Unterstützungszahlungen. Hierbei beziehen sie sich oft auf Artikel 115 des Grundgesetzes, der Kreditlimits in außergewöhnlichen Notsituationen außer Kraft setzt. Es schleicht sich jedoch der Verdacht ein, dass es eigentlich um die unwiderrufliche Abschaffung der Fiskalregeln geht. Hinweise auf eine Endlichkeit der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen aus Regierungskreisen verhallen da nahezu unerhört.

Diesen Sinneswandel ermöglicht hat die finanzielle Repression. Das Null- und Negativzins-Regime erweckt bei vielen die gefährliche Illusion, Schulden seien umsonst. Mehr noch, sie werden kognitiv dissonant als Geschenk wahrgenommen. Das äußerst simplifizierte Beispiel einer Staatsanleihe mit 100 Jahren Laufzeit und einem Kupon von minus 1 Prozent veranschaulicht die theoretische Denke am besten: Die Refinanzierung läuft in diesem Fall quasi automatisch, die Negativzinsakkumulation ergibt letztlich die Tilgung. Das ist Modern Monetary Theory (MMT) in Reinkultur: eine zeitgemäße Weiterentwicklung des alten – aber in der Praxis nie bewiesenen – keynesianischen Schuldenparadoxons, dem zufolge man mit Ausgabenprogrammen aus seiner Verschuldung herauswachsen kann.

Wohl auch deshalb sind die Finanzmärkte bislang sehr entspannt geblieben angesichts der zweiten Phase weltweit massiv steigender Staatsschuldenquoten in diesem Jahrtausend. Weder haben sich die Langfristzinsen signifikant erhöht, noch haben sich die Zinsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern ähnlich ausgeweitet, wie es in der Vergangenheit in Krisenzeiten zu beobachten war.

## Gemeinsame Haftung

In Europa dürfte hierzu beigetragen haben, dass das EU-Rettungspaket „Next Generation EU“ erstmals eine gemeinschaftliche Schuldenaufnahme mittels sogenannter Corona-Bonds vorsieht. Diese gemeinsame

Haftung verleitet die Marktteilnehmer möglicherweise, hinsichtlich der Bonität der einzelnen Länder keine allzu große Differenzierung mehr vorzunehmen. Gleichzeitig ist die Europäische Zentralbank in den letzten Jahren zu einer Art Zinsstrukturkurvensteuerung übergegangen: Sie organisiert einen geordneten Verlauf der Zinsdifferenzen innerhalb der Euro-Rentenmärkte. Diese Interventionen erinnern schon ein wenig an das Europäische Währungssystem in den 1990er Jahren.

Anleger sollten sich aber bewusst sein, dass die geldpolitisch sedierten Finanzmärkte Risiken bergen. Staatsanleihen höchster Bonität – wie etwa Bundesanleihen – gehören zwar weiterhin in viele Portfolien. Der Hauptgrund hierfür ist aber weniger die Renditeerwartung als vielmehr Unsicherheitserwägungen. Derartige „Safe Assets“ sind mittlerweile vor allem unter dem Gesichtspunkt des Versicherungsaspekts zu betrachten: Sie bietet Anlegern einen gewissen Schutz im Falle eines wirtschaftlichen Einbruchs oder vor Extremrisiken. So betrachtet, ähnelt der Charakter zinsloser Staatsanleihen mit höchstem Rating mittlerweile in gewisser Weise dem von Gold.

Anders als es die Risikoaufschläge vordergründig implizieren, ergibt es außerdem sehr wohl Sinn, zwischen den einzelnen Emittenten zu differenzieren. Angesichts der vielfach erreichten Schuldenniveaus von über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung und struktureller Produktivitätsschwächen ist von zukünftig niedrigeren Trendwachstumsraten auszugehen. Dieser Zusammenhang ist empirisch ausreichend belegt, Stichwort Schuldensumpf. Deshalb muss für einzelne Länder die langfristige Tragfähigkeit in Zweifel gezogen werden. Hohe Verschuldungsquoten zeigen somit ein angeschlagenes volkswirtschaftliches Immunsystem und damit per Definition geschwächte ökonomische Widerstandskräfte. Mittelfristig droht die Gefahr von Schuldenschnitten.

## Vorsicht mit den Wünschen

Von Seiten südeuropäischer Politiker wird das Thema „Streichung von Verbindlichkeiten“ bereits verdächtig laut in die öffentliche Diskussion eingebracht. Wobei man ihnen zurufen möchte: Seien Sie vorsichtig bei dem, was Sie sich wünschen! Die Wirtschaftsgeschichte kennt genügend Beispiele, in denen ein Schuldenerlass nur temporäre Erleichterung verschafft hat. Die Verringerung der Last wurde fälschlicherweise als Freifahrtschein verstanden. Ohne begleitende Strukturreformen steht ein Land oft in wenigen Jahren ähnlich schlecht da wie zuvor.

Im Übrigen ist es ein verheerendes Signal für die Gläubiger. Das Beispiel Argentiniens zeigt, in welchem Ausmaß Vertrauen zerstört werden kann und wie schwer es danach mitunter fällt, wieder auf die Beine zu kommen. Im Volksmund heißt es: Vertrauen kommt zu Fuß und geht zu Pferd. Das gilt auch für den Zugang zu den globalen Kapitalmärkten.

All das zeigt: Anleger müssen sich bewusst sein, dass die Rentenmärkte im Zeitablauf wieder Ausfallrisikoprämien einpreisen werden (müssen). Erfahrungsgemäß wird dies nicht graduell und langsam, sondern abrupt geschehen – ausgelöst durch aus heutiger Sicht schwer vorhersehbare Ereignisse. Vielleicht wird es hierzu noch nicht unmittelbar kommen, im Verlauf der laufenden Dekade steigt die Gefahr aber signifikant. Für die Rentenanlagestrategie bedeutet dies zweierlei: Erstens, dass auch hier gilt: Diversifikation ist nicht alles, aber ohne Diversifikation ist wohl alles nichts. Und zweitens: „Buy and Hold“ – die jahrzehntelang bewährte Strategie „Kaufen und Halten bis zur Fälligkeit“ – ist brandgefährlich. Stattdessen muss es mindestens „Buy and Watch“ sein – „Kaufen und Beobachten“!

*Der Autor ist CIO Multi Asset Europe bei Allianz Global Investors.*

DEMOKRATIEN IN DER PANDEMIE:

# Es droht eine neue Politik- und Staatsgläubigkeit

- VON UDO DI FABIO
- -AKTUALISIERT AM 30.12.2020-19:39

Die Weltfinanzkrise trieb den Staat und die EU in die Defensive, in der Corona-Pandemie wird das politische System wieder dominant. Doch man sollte ein soeben überwundenes Zerrbild nicht mit einem neuen Zerrbild korrigieren. Ein Gastbeitrag.

Die **Pandemie** bewegt uns, gerade dort, wo sie Stillstand erzwingt. Ihre Wirkungen erreichten 2020 alle Winkel der Gesellschaft, und es fragt sich, ob hier nicht etwas tektonisch Bedeutsames geschieht.

Wer hätte es vor nur einem Jahr für möglich gehalten, dass ganze Länder das öffentliche und private Leben in den Kriechgang versetzen? Wer hätte vorausgesehen, wie viel Leidensfähigkeit ganze Branchen aufbringen, Kultur und Gastronomie, stationärer Handel und Tourismus? Das abgelaufene Corona-Jahr hat unumstößlich scheinende Gesetze der Globalisierung plötzlich ins Wanken gebracht. Wer glaubte, Mobilität nicht eindämmen, Grenzen nicht schließen oder wenigstens kontrollieren zu können, wurde eines Besseren belehrt, als zeitweise sogar die freie Bewegung zwischen Bundesländern eingeschränkt war. Vieles schien sogar darauf hinzudeuten, dass eine sich rund um den Erdball ausbreitende Infektionskrankheit das Ende des globalen Zeitalters einläuten könnte.

Wie häufig in Krisen wurde vor Ort entschieden. Es dominierten nationale oder regionale Reaktionsmuster. Das passte irgendwie zu den populistisch getriebenen protektionistischen Tendenzen der letzten Jahre. Doch solche Eindrücke verdecken die Ambivalenz des Geschehens. Jede Renationalisierung erfolgt heute unter globalisierten Bedingungen. Viele Briten wissen das, die anderen werden es nach dem Brexit erfahren. Die **Bundesregierung** verhandelte während der pandemischen Krise nicht nur innerdeutsch mehrfach mit den Landesregierungen über den Umfang von Lockdowns, sondern musste zugleich europäische Solidarität beweisen, das Wiederaufbauprogramm schnüren und auch beim Impfstoff auf Gleichverteilung achten. Der EU-Kommission wurde die zentrale Beschaffung der Impfstoffe übertragen, ungeachtet fehlender europäischer Kompetenzen für die Gesundheitspolitik. Grenzüberschreitende Lieferketten bei der medizinischen Versorgung, ihre Ausfälle, aber auch ihr Wiederanspringen gehören zum komplizierten Bild, ebenso wie Stabilisierungseffekte für den Export in das sich rasch erholende China. Nein, das globale Zeitalter ist nicht zu Ende. Der offene und integrierte Staat, er bleibt.

## Populisten haben vielleicht ihre beste Zeit schon hinter sich

Und überhaupt: Schimmern am Horizont nicht schon die Zeichen des hoffnungsfrohen Neubeginns? Es besteht Anlass für vorsichtigen Optimismus, vor allem auf dem politischen Parkett. Auf den Ruhestörer Donald Trump folgt ein ausgleichender Joe Biden. Um die autokratischen Herausforderer in Moskau und Ankara wird es ruhiger, ihre repressive Hand schafft Angst, aber weder Sicherheit noch Prosperität. Und wer mit ihren Rezepten einer illiberalen Demokratie innerhalb der **EU** sympathisiert, intoniert inzwischen weniger schrill. Die Populisten haben vielleicht ihre beste Zeit schon hinter sich.

Auch wirtschaftlich mag es rasch aufwärts gehen. Wenn erst massenhaft geimpft wird, könnte womöglich im Sommer schon eine neue Welle der Reise- und Lebenslust das Wachstum befeuern. Nach einer Phase der relativen Stagnation sorgen sich manche bereits um die Geldwertstabilität, wenn dann doch die goldenen Zwanziger anbrechen sollten.

Den Pessimisten gehen allerdings die Argumente auch nicht aus. Sie haben nicht nur Inflationsrisiken im Blick, sondern auch die massiv steigende Staatsverschuldung und eine EZB, die sich geldpolitisch immer

enger an defizitäre Staatshaushalte koppelt und damit Bewegungsspielraum verliert. Auch epidemiologisch muss die Messe noch nicht gelesen sein, wenn der Impfstoff bei neuen Varianten versagen sollte.

Wir wissen nicht, wann die Pandemie überwunden sein wird. Noch beschädigt und zerstört das Virus menschliches Leben. Doch was kommt nach der Pandemie, wie geht es weiter? Wie steht es um die liberale Demokratie?

Unter den nichtepidemischen Themen überragt die Klimapolitik alles andere. Sie steht wie ein Schatten mahnender Dringlichkeit hinter den akuten Sorgen der heruntergefahrenen Gesellschaft. Es werden Stimmen laut, die von dem einen Thema etwas für das andere lernen wollen. Für sie zeigt die Serie von Lockdowns quer durch Europa, was man liberalen Gesellschaften zumuten kann, wie robust sie eigentlich sind. Früher wollte die politische Linke die Belastbarkeit der Wirtschaft testen. Die Kritik an einer Ideologie des ewigen Wachstums von [Greta Thunberg](#) bis Meinhard Miegel darf sich im Lockdown jedenfalls bestätigt fühlen. Die Welt der Arbeit dreht sich doch auch ohne ewige und häufig überflüssige Geschäftsreisen, und die meisten Menschen leben gar nicht so schlecht ohne die permanente touristische Reisetätigkeit, ohne konsumintensive Geselligkeit. Für Kritiker des westlichen Lebensstils mit seinem hohen Energie- und Ressourcenverbrauch war 2020 bei all der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Not doch auch der Beweis für die Möglichkeit entschleunigter, mehr in sich ruhender Lebensführung – mit Zuwächsen an häuslicher Kocherfahrung und an familiärem wie freundschaftlichem Zusammenhalt.

## Neue ökologisch biedermeierliche Genügsamkeit

Die neue ökologisch biedermeierliche Genügsamkeit folgte für die meisten Menschen aus der Einsicht in das Notwendige. Was wäre, wenn eine Mehrheit den Klimanotstand als dringliches Thema ebenso verstünde und sich bereitwillig fügte in eine neue Erfahrung, die ein anderes, aber nicht notwendig schlechteres Leben verheißt? Die Theoretiker und Praktiker der Großen Transformation sehen im Lockdown den Beleg dafür, was alles ginge, wenn die demokratischen Regierungen nur wollten. Und sie werden wollen, wenn die Wählerinnen und Wähler ihnen klare Signale in diese Richtung geben.

„Die Große Transformation“ heißt das 1944 erstmals erschienene Hauptwerk des aus Österreich stammenden sozialistischen Wirtschaftstheoretikers Karl Polanyi, der den Markt im Kern nicht als naturwüchsige Institution sieht, die spontan aus dem Tauschbedürfnis der Menschen entsteht, sondern als ein gewaltsam durch politische Macht in die Welt gebrachtes Handlungssystem. Die Marktwirtschaft als selbstregulative Form des Wirtschaftens macht Polanyi – wie schon zuvor Rousseau das Privateigentum – für Ungerechtigkeit und Elend verantwortlich, für die Ausbeutung von Mensch und Natur. Der Markt in seiner Autonomie sei kein Regelwerk der Freiheit, sondern der Unterdrückung.

Die Transformationsbegrifflichkeit unserer Tage schließt hier deutlicher an, als das mitunter wahrgenommen wird. Polanyis Forderung, mit politischen Mitteln dem Markt das Land, die Arbeit und das Geld zu entziehen, wird heute von wichtigen Protagonisten geteilt und findet Belege in der realen Entwicklung der Staatsquoten, der Regulationsdichte, der Ausweitung der Staatsverschuldung, der geldpolitischen Interventionsreichweite, in der Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen.

## Klimaneutralität nicht mit der Lockdown-Methode

Der Umbau der Marktwirtschaft in eine politisch deutlich stärker gelenkte Wirtschaftsform wird heute als ökologische Notwendigkeit gefordert. Dekarbonisierung, Klimaneutralität, Nachhaltigkeit werden als Ziel allgemein geteilt, aber die Wege unterscheiden sich im Rollenverständnis von Markt und Staat. Das Emissionshandelssystem gilt als marktgerecht angelegte zielgenaue Methode auf der einen Seite. Ad-hoc-Ausstiege, Investitionsbeschränkungen und Lenkungsmaßnahmen stehen auf der anderen Seite. Staatliche Lenkungsmaßnahmen oder Nudging werden für die Ernährungswirtschaft diskutiert und im Mobilitätssektor umgesetzt über prohibitive Abgasgrenzwerte, Prämien und angekündigte Verbote für bestimmte Antriebskonzepte. Das muss nicht per se schlecht sein. Gerade die Marktwirtschaft besitzt die nötige Elastizität für solch ökologische Umsteuerungen. Sie verträgt gewiss ein recht hohes Maß an ordnungsrechtlichen Regeln und auch politische, klimaschützende Vorgaben, wenn sie klar und verhältnismäßig sind. Verfassungsrechtlich gilt es, individuelle Entscheidungsspielräume, Eigentum,

Privatautonomie und Vertragsfreiheit zu respektieren, die Maßnahmen sollen gleichheitsgerecht und sozial ausgewogen sein.

Gerade eine sozial gerechte Klimaneutralität dürfte nicht einfach zu bewerkstelligen sein. In einer schnelllebigen Zeit haben viele schon die französische „Gelbwesten“-Bewegung vergessen. Dieser Protest von 2018/19 entzündete sich an Maßnahmen zur Energiewende der Regierung Macron, die eine Verteuerung der Energiepreise bedeuteten. Vielleicht lauert dahinter sogar eine neue soziale Frage, jedenfalls aber geht es um demokratische Akzeptanz. Wer die Wirtschaft umbauen will und dabei Restriktionen und Verzicht fordert, der sollte mit fairen Ökobilanzen mehr Rationalität als bisher ermöglichen und dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit genügen. Es darf nicht sein, dass das elektrisch betriebene, umweltbelastend produzierte Viertauto der Wohlhabenden mit Steuergeld subventioniert wird, während dem unteren Teil der Gesellschaft „Billigfleisch“ und „Diesel“ als Klimasünde moralisch vorgehalten wird. Das gilt vor allem, wenn feststeht, dass das obere Fünftel der Gesellschaft doppelt so viel klimaschädliche Emissionen verursacht wie das untere Fünftel unseres Landes. Wer ein Reitpferd und zwei Jagdhunde hält, Kreuzfahrten genießt, sollte im Urteil über Dieselfahrer auf dem Weg zur Arbeit Zurückhaltung üben. Klimaneutralität kann jedenfalls nicht mit der epidemiologischen Lockdown-Methode erreicht werden. Es gilt, dieses länger laufende Ziel sozial ausgewogen und grundrechtsschonend nicht gegen den Markt, sondern mit ihm zu verwirklichen.

Auch wenn die Erfahrungen mit der Pandemie nicht die Blaupause für einen gesellschaftspolitisch nachhaltigen Klimaschutz sein werden, so ist doch unübersehbar, dass der Staat im Jahr 2020 erheblich an Statur gewonnen hat und ihm deshalb auch klimapolitisch mehr zugetraut wird. Unter dem Eindruck der pandemischen Gefahrenlage wurde mit dem Gesetz, mit Rechtsverordnungen, mit Ordnungs- und Polizeirecht, sogar unter Einsatz des Militärs in der EU eine Stärke der öffentlichen Gewalt demonstriert und exekutiert, die nicht jeder so erwartet hat.

Noch markanter ist der Staat in die Rolle als wirtschaftliche Ausgleichsinstanz geschlüpft. Nicht nur in Deutschland ist der Staat massiv kompensatorisch und konjunkturstützend eingestiegen, um das wirtschaftliche System zu stabilisieren. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte ist enorm, die durchschnittliche Schuldenquote der Mitgliedstaaten der Europäischen Union strebt gegen den Rekordstand von 100 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), allein Italien bewegt sich Richtung 160 % des BIPs, wobei die Dynamik noch ungebrochen ist.

## Fluch und Segen

Auch die EU wird sich mit der Initialzündung des Corona-Recovery-Programms erheblich verschulden, wobei auch hier vermutlich recht bald neue Forderungen auf den Tisch gelangen werden. Die Bedenken sind weitgehend verstummt, die ganze Welt macht es schließlich so, und Geld kostet nichts; der Bund bekommt für Bundesanleihen noch etwas heraus. Die neue Leichtigkeit der Versorgung mit fiskalischer Liquidität ist vermutlich ein Segen, um eine noch heftigere Corona-Rezession oder eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale zu verhindern. Aber sie wird zum Fluch, wenn man meint, auf längere Sicht die Bindungen des Rechts und die Gesetzmäßigkeiten ökonomischer Zusammenhänge wie Ballast über Bord werfen zu können.

Der Staat wirkte in der Weltfinanzkrise wie ein Getriebener, heute dagegen scheint er vor Kraft zu strotzen. Der Perspektivenwechsel ist frappierend. Es ist erst ein oder zwei Jahrzehnte her, da galt der Nationalstaat als ein Auslaufmodell. In einer immer stärker vernetzten Weltwirtschaft schien die Dynamik der Märkte den Demokratien ihren Rhythmus aufzuzwingen, selbst einer Supermacht wie den Vereinigten Staaten. Die Furcht mancher Regierung vor Ratingagenturen, vor den spekulativen Finessen der Finanzmärkte, die Macht großer Energielieferanten, die Oligopole der digitalen Plattformen, die scheinbare Unantastbarkeit des Netzes: All das trieb den Staat und auch eine supranationale Staatenverbindung wie die EU in die Defensive.

Der Blick heute ist ein anderer. Nicht das wirtschaftliche System wirkt dominant, sondern das politische. So wie in der vielgescholtenen Phase des Neoliberalismus der Staat klein- und die Wirtschaft übergroß geredet wurde, so scheint heute das Pendel in die Gegenrichtung auszuschlagen. Die Politik wird alles richten, sie kann alles. Doch man sollte ein soeben überwundenes Zerrbild nicht mit einem neuen Zerrbild korrigieren.

Die Logik demokratischer Herrschaft und die des Marktes sind getrennte, je für sich autonome Sphären mit gewaltigen Leistungen, aber auch mit nicht unbeträchtlichen Risiken. Der Verfassungsstaat koppelt beides im Mandat zur Herrschaft der Mehrheit, aber auch in der Gewährleistung der Entfaltungsfreiheit eines jeden Einzelnen. Wenn die Balance individueller oder wirtschaftlicher Freiheit und demokratischer Herrschaft zur einen oder zur anderen Seite verloren geht, übersteigen die Risiken schnell die Leistungen.

## Es droht ein Neo-Etatismus

Der von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich besonders geförderte Neoliberalismus ökonomisierte allzu viele Gesellschaftsbereiche, und er entfesselte Kräfte, die Unwohlsein verursachten bei Kontinentaleuropäern, die ordoliberal denken oder dem französischen Wirtschaftsmodell nahestehen. In der Gegenwart droht ganz gegenläufig eine neue Politik- und Staatsgläubigkeit, ein Neo-Etatismus. Nein, nicht die Maßnahmen gegen die [Corona-Pandemie](#) waren oder sind ungerechtfertigt, ebenso wenig, wie ein klug durchdachter, innovativer Klimaschutz es ist. Ungerechtfertigt, ja leichtfertig sind nur falsche Schlussfolgerungen, mit deren Hilfe aus der unabweisbaren Dominanz eines Themas eine alltägliche Herrschaftstechnik geschmiedet werden soll.

Mit dem Reaktionsmuster des Kampfes gegen die Corona-Pandemie jetzt auch andere Themenfelder „durchzudirigieren“ hieße den illiberalen Impuls in die politische Mitte rücken, diesmal nicht vom rechten Rand ausgehend. Die offene Gesellschaft lässt sich nicht mit transformativen Planvorgaben lenken, wenn dabei das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Autonomie von Wirtschaft, Wissenschaft oder Kunst auf einer Welle öffentlicher Moralkommunikation politisch vergemeinschaftet werden.

Das politische System der freiheitlichen Gesellschaft ist verantwortlich für das Gemeinwohl, der moderne Staat hat deshalb das Gewaltmonopol für sich beansprucht und andere Sphären, wie den religiösen Eifer, mühsam gezügelt. Die erste und bis heute überzeugende Rechtfertigung des neuzeitlichen Staates stammt von Thomas Hobbes aus der Zeit religiöser Bürgerkriege. Aber der Staat als Leviathan bändigt nicht nur andere Kräfte, die nach Dominanz zu Lasten der Freiheit aller streben. Politische Herrschaft braucht auch selbst Bindungen und Grenzen, damit sie nicht das bedroht, was sie zu schützen verspricht.

## Die Scheidelinie zwischen Demokratie und Autokratie

Das Grundgesetz steht in der Tradition der Gewaltenteilung und der grundrechtlichen Begrenzung einer Staatsmacht, die im Kern nichts anders ist als die Summe aller Frauen und Männer, denen als wahlberechtigten Bürgern der von Georg Jellinek so genannte Status der aktiven Civität zukommt. Die politische Willensbildung des Volkes, von der Art. 21 des Grundgesetzes spricht, verläuft von unten nach oben, von der Gesellschaft in den Staat – und nicht umgekehrt. Damit das funktioniert, braucht es unzensurierte Meinungsfreiheit und politische Parteien als Brücken. Es bedarf aktiver Menschen, die in den Ämtern und Mandaten, in Parteien und Vereinigungen darum ringen, was das allgemeine Wohl ist, wie Interessen auszugleichen sind. Der Prozess der öffentlichen Willensbildung bleibt dabei, wenn frei, auch immer unberechenbar, wie es eigenwillige Menschen sind. Hier verläuft die Scheidelinie zwischen einer liberalen Demokratie und einer illiberalen Autokratie. Die Demokratie kann Regeln setzen und durchsetzen, aber perfekte Sicherheit oder genaue Zielzustände kann sie nicht garantieren, ohne am Ende des Tages das Prinzip individueller Willens- und Handlungsfreiheit preiszugeben.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Menschen unter der Signifikanz eines Naturereignisses sehr wohl und sehr rasch eine neue kollektive Praxis hervorbringen können, gewiss auf Drängen und mit Hilfe staatlicher Intervention. Doch die Signifikanz einer Pandemie liegt in der unmittelbaren Bedrohung. Die Klimakrise ist wie nahezu alle Herausforderungen jenseits von Kriegen und akuten Naturkatastrophen trotz oder gerade wegen ihres erst mittel- und langfristig spürbaren Gewichts keine unmittelbare Gefahr im Alltagsleben, vermag deshalb auch nicht derartige spontane Befolgungsbereitschaft und Konformitätseffekte auszulösen wie im Lockdown erlebt.

Längerfristig wird der Klimawandel, wie überhaupt das gestiegene Bewusstsein für die Empfindlichkeit des Ökosystems, erhebliche Veränderungen im Habitus hervorbringen. Das ist allerdings ein schwer voraussehbarer Prozess, und niemand kann in der weltweiten Bilanz angesichts deutlicher

Bevölkerungszuwächse außerhalb Europas und der Vereinigten Staaten sicher sagen, ob im Jahr 2050 nicht womöglich mehr klimaschädliche Stoffe emittiert werden als heute.

Die Lage der Demokratien ist nicht so schlecht, wie Alarmisten behaupten. Aber viele Risiken sind nicht verschwunden, und manche werden in Zukunft wachsen. Der rechte Populismus wird bleiben, obwohl er seinen Zenit vielleicht schon überschritten hat. In der Pandemie hat er sich gegen den starken Staat gestellt und zum Teil libertäre Bekleidung gewählt. Ähnlich wird er seine Chance in fundamentaler Opposition gegen klimapolitische Maßnahmen suchen. Aber das politische Momentum aus der Migrationskrise ist dem rechten Rand weitgehend genommen. Er bleibt zumindest in Deutschland und auch wieder in Österreich isoliert, die vielbeschworenen Einbrüche in die bürgerliche Mitte und in den öffentlich-intellektuellen Prägeraum sind nicht wirklich gelungen. Sie bleiben aber möglich, etwa in Frankreich oder Italien.

## Belastung von links

Das parlamentarische System kann indes auch von links belastet werden, wenn die repräsentative Demokratie und der Rechtsstaat immer wieder als ökologisch und sozial völlig unzulänglich, kapitalistisch unterwandert oder gar als rassistisch imprägniert dargestellt werden. Zwischen reaktionärer Sehnsucht nach der homogenen Nation und dem Verlangen nach rigidem Klimaschutz durch Transformation des „Systems“ oder einem identitätsumbildenden Neuanfang der Werteordnung fehlt es der bürgerlichen Mitte an wegweisenden Ideen. Sie ist pragmatisch stark, wo sie regiert, aber konzeptionell schwach. Bei der Bundestagswahl 2021 könnte sich das als bedeutsam erweisen. Solange Angela Merkel regiert und als führungsstarke, in Europa stabilisierende Regierungschefin wahrgenommen wird, ist mit Krisenprämien zu rechnen, einzahlbar auf das Wahlkonto der Unionsparteien. Aber kann sie den Staffelstab übergeben an einen der drei antretenden Erben in der Partei, die sich nicht streiten dürfen, weil schon das das Publikum verunsichern könnte? Oder ist der bayerische Ministerpräsident schon so nah an die Kanzlerin und an vorherrschende grüne Themen gerückt, um ganz zwanglos den Staffelstab eines anpassungsfähigen Krisenmanagements von der Kanzlerin zu übernehmen – eine Art personell-pragmatische Universalsukzession?

Im Jahr 2021 wird sich vieles klären und uns einiges aufs Neue überraschen. Doch ganz ohne Navigation sollte man nicht aus dem Haus gehen. Trotz des Wetterleuchtens am Horizont sind die westlichen Demokratien nicht mehr so stark wie vor zwei Jahrzehnten, auch weil ihnen Orientierung fehlt. Gerade eine elastische Politik braucht ein normatives Grundverständnis und einen gemeinschaftlichen Selbstbehauptungswillen. Beides fließt zusammen, wenn bei jeder großen Weichenstellung, vor allem auf der Bühne der EU, die Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit des alten Kontinents im rauheren geopolitischen Klima mitbedacht wird.

Wer heute Demokratie auf der Grundlage unserer Verfassungsordnung neu denken will, wird gewiss sozial und stärker ökologisch optieren, aber bestimmte Grundprinzipien nicht antasten, sondern stärken. China ist kein Modell für uns. Wir brauchen keinen rüden Staatskapitalismus, keine politischen Direktiven für Produktion und Konsum, keine technische Totalkontrolle und keine Maulkörbe für die Meinungsfreiheit. Was Europa braucht, sind technologische Innovationen, Freisetzung persönlicher Initiative und Leistungsbereitschaft, eine faire Wettbewerbs- und Sozialordnung, eine modernisierte Infrastruktur, eine mit operativen Fähigkeiten wesentlich besser ausgestattete Verteidigung. Zu einer politisch klugen Selbstbehauptung gehört das Augenmaß bei der Verwirklichung von Zielen, auch von Klimazielen: Es geht immer auch darum, nicht die eigene globale Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen oder qualifizierte Arbeitsplätze in Europa ohne Not aufzugeben.

Die Corona-Pandemie ist nicht zu Ende. Aber die Demokratien im europäischen Solidarverbund bleiben handlungsfähig, wenn sie die begrenzte Wirksamkeit des Staates nicht aus dem Auge verlieren, ihre Kräfte bündeln und dosiert einsetzen, um Freiheit, Wohlstand und einen chancengerechten Zusammenhalt zu fördern.

*Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D., lehrt Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und ist Gründungsdirektor des Forschungskollegs normative Gesellschaftsgrundlagen.*

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/gesprach-mit-ex-aktivist-fridays-for-future-ist-weltfremd-17127562.html?premium>

GESPRÄCH MIT EX-AKTIVIST:

## „Fridays for Future ist weltfremd“

- VON MATTHIAS TRAUTSCH
- -AKTUALISIERT AM 03.01.2021-08:45



Nachdenklich: Das Problem der Klimabewegung sei, dass sie fast ausschließlich von Privilegierten getragen werde, meint der 23 Jahre alte Clemens Traub. Eine ähnliche soziale Homogenität sieht er in den Medien. Bild: Hannah Aders

Aus einem begeisterten Mitstreiter der Klimabewegung ist ein scharfer Kritiker geworden. Der Mainzer Student Clemens Traub spricht über urbane Arroganz, den A-49-Protest und seine Partei, die SPD.

*Aufgewachsen in einem Ort in der Südpfalz, ist Clemens Traub zum Studium der Politikwissenschaft nach Mainz gekommen. Anfang 2019, als die von [Greta Thunberg](#) angestoßene Fridays-for-Future-Bewegung auch in Deutschland Fahrt aufnimmt, schließt sich Traub den demonstrierenden Schülern und Studenten an. Doch mit dem Erfolg der Bewegung wachsen in ihm die Zweifel an ihr. Seine Erfahrungen und Überlegungen schreibt er in einem Buch nieder, das im Juni 2020 unter dem Titel „Future for Fridays?“ im Quadriga-Verlag erschienen ist. Der Dreiundzwanzigjährige wohnt in einer WG in Mainz-Finthen und arbeitet als studentische Hilfskraft in der „heute“-Redaktion des ZDF.*

Wo stehen Sie politisch? Links, rechts, Mitte?

Ich würde mich als eher links einstufen. Ich bin SPD-Mitglied, weil ich einen großen Gerechtigkeitssinn habe.

Auch für Klimagerechtigkeit?

Absolut. Der Klimaschutz ist das Thema unserer Zeit, die größte Herausforderung. Viel steht auf dem Spiel, gerade für die jüngere Generation.

Der Sie selbst angehören. Insofern scheint es ja nur folgerichtig, dass Sie sich bei [Fridays for Future](#) engagiert haben. Wie kam das?

Ich bin wie viele andere Anfang 2019 dazugekommen. Ich fand die Bewegung großartig, weil ich mich schon früher viel mit Klimaschutz beschäftigt hatte. Allein die Vorstellung, mit Menschen meines Alters für so ein tolles Ziel auf die Straße zu gehen, hat mich gefesselt. Auch die ersten Demonstrationen in Mainz und Frankfurt haben mich begeistert. In Frankfurt war die Innenstadt voll mit bunten Plakaten. Noch nie fand ich die Stadt so schön wie an diesem Tag. Da war anfangs dieses große Gefühl der Gemeinschaft, der Euphorie und des Aufbruchs.

Sie sagen: anfangs. Was ist dann passiert?

Ich habe neue Einsichten bekommen, als ich wieder in meine Heimat gefahren bin. Ich komme aus einem kleinen pfälzischen Dorf mit gerade einmal 2000 Einwohnern. Bei meinen Besuchen zu Hause habe ich gemerkt, dass Fridays for Future dort gar keine Rolle spielt. Es war, als ob wir auf unterschiedlichen Planeten unterwegs seien. Meine alten Freunde haben gesagt: Das ist doch eine Sache von großstädtischen, privilegierten Leuten. Von Leuten, die auf Menschen aus anderen Milieus herunterschauen, die unsere Sorgen überhaupt nicht wahrnehmen.

Wie haben Sie gedacht?

Ich habe im Grunde so reagiert, wie meine Freunde das der Fridays-for-Future-Bewegung vorgeworfen haben. Ich habe gedacht, die sind eben uninformiert, weil sie nicht auf eine Universität gehen. Ich habe sie als Provinzler abgetan. Das ist eigentlich etwas, was ich selbst verachte: Wenn Leute aus der Großstadt hochnäsiger sind, weil jemand aus einem Kaff kommt.

Ist das nur eine Stadt-Land-Frage? Auch in der Großstadt gibt es unterschiedliche Milieus.

Ja, sicher. Auf dem Campus der Gutenberg-Universität wird anders gesprochen als auf einem Weinfest. Aber Mainz ist nun einmal geprägt durch die Uni.

Inwiefern haben die Eindrücke aus Ihrer Heimat Ihre Haltung verändert?

Je häufiger ich auf Fridays-for-Future-Demos gegangen bin, desto fremder wurde mir die Bewegung. Ich habe immer die Stimmen meiner alten Freunde im Hinterkopf gehabt. Es gab zum Beispiel so eine studentische Initiative, in der Uni-Mensa auf Plastikgeschirr zu verzichten. Da haben dann manche ihre Kuchen auf der Hand zur Kasse balanciert – und als die Kassiererin darüber gelacht hat, ist ein Streit entbrannt, der sehr beleidigend und diskriminierend wurde. Ich hatte das Gefühl, dass manche im Klimaeifer ihre Menschlichkeit vergessen.

Sind solche Konflikte nicht unvermeidlich, wenn sich eine Gesellschaft ändern soll?

Ja, aber es kommt auf die Haltung an. Wenn man viele Menschen ausgrenzt, dann wird der Klimaschutz keinen Erfolg haben. Ich denke da zum Beispiel an die Aktivisten, die in die Lausitz gefahren sind und Kohlekraftwerke besetzt haben. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich bin absolut der Meinung, dass Kohlekraftwerke abgeschaltet werden müssen. Aber ich finde es zynisch, dass Leute aus Westdeutschland teilweise mit Bussen in sowieso schon strukturschwache Regionen im Osten fahren und dort dafür demonstrieren, dass Unternehmen dichtgemacht werden. Sie gehen damit gegen Menschen vor, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, die nicht wissen, ob sie demnächst noch ihre Miete zahlen oder die Ausbildung ihrer Tochter finanzieren können. Als ich das im Fernsehen gesehen habe, habe ich mich gefragt, ob diese Bewegung wirklich links ist.

Und – ist sie es?

Der größte Geburtsfehler ist, dass Fridays for Future zu homogen ist. Es ist eine Bewegung der Akademikerkinder: Juristensöhne treffen auf Arzttöchter. Es gibt Untersuchungen, dass über 90 Prozent der Demonstranten Abitur haben oder es demnächst machen. Es sind Privilegierte, die kein Bewusstsein für Leute haben, die auf dem Land leben, die andere Biographien und Berufe haben oder die am Rande der Gesellschaft stehen. Daraus entsteht ein ganz klares Selbst- und Feindbild: Man weiß, dass man auf der richtigen Seite steht und die anderen böse sind.

Ist ein solcher Rigorismus nicht naheliegend, wenn man annimmt, dass die Welt vor einem Klimakollaps steht?

Ja, einer drohenden Apokalypse ist so gesehen alles unterzuordnen: die alltäglichen Sorgen, die wirtschaftlichen Probleme durch Auflagen – das sind dann eben Kollateralschäden. So können Sie aber nur

denken, wenn Sie aus einem privilegierten Milieu kommen, in dem Sie eine Sicherheit haben, die andere nicht haben. Das führt dazu, dass man nicht mehr zu Kompromissen bereit ist, nicht einmal dazu, anderen zuzuhören.

Lässt denn die Rettung des Klimas Kompromisse zu?

Man kann das Klima nur dann retten, wenn man Rückhalt aus der Bevölkerung hat. Wenn man versucht, Politik gegen die Mehrheit der Menschen durchzusetzen, dann scheitert man. Ich sehe in einer rücksichtslosen Klimapolitik auch ein Risiko für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wenn Industriearbeiter und Geringverdiener weiter an den Rand gedrängt werden, dann könnte es auch in Deutschland zu einer ähnlichen Bewegung wie mit den Gelbwesten in Frankreich kommen.

Durch Covid ist der Klimakonflikt etwas in den Hintergrund getreten. Es scheint, dass die unmittelbare Gesundheitsgefahr, aber auch die wirtschaftliche Not die Menschen mehr bewegt als der steigende Meeresspiegel.

Gerade vor dem Hintergrund von Corona sehe ich die Versuche von Demonstranten, Automobilwerke oder Kohlekraftwerke zu blockieren, sehr kritisch. Man muss sich das mal vorstellen: Im Herbst 2020, in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, planten Aktivisten, das VW-Werk in Baunatal zu belagern. Durch die Krise sind sowieso schon über 100.000 Jobs in der Automobilindustrie und bei Zulieferern gefährdet. Wenn ich mich in die Lage der Arbeiter versetze, wirkt das Verhalten von Fridays for Future weltfremd und unsolidarisch. Die empfinden es als zynisch, wenn Privilegierte von Systemüberwindung reden.

Sie sagen oft: privilegiert. Gehören Sie nicht auch zu den Privilegierten?

Ohne Zweifel. Ich hatte den Vorteil, in einer Akademikerfamilie aufzuwachsen. Ich hatte Zugang zur Bildung, wurde für politische Themen sensibilisiert. Ich hatte andererseits aber auch das große Glück, dass ich zur Hälfte bei meinen Großeltern auf dem Bauernhof aufgewachsen bin und im Fußballverein und im Freundeskreis andere, vermeintlich fremde Lebenswelten kennengelernt habe. Leider kommt das in unserer Gesellschaft immer seltener vor.

Nicht nur die Milieus scheinen sich gegenüberzustehen, sondern auch die Generationen. Den Schülern wird unterstellt, sie wollten nur Unterricht schwänzen, Meinungen von Älteren werden mit „Ok, Boomer“ abgetan, die Oma als „Umweltsau“ beleidigt.

Das „Umweltsau“-Lied ist auch bei meinen Großeltern nicht gut angekommen. Ich glaube, dass man älteren Menschen unrecht tut, wenn man ihnen pauschal die Schuld am Klimawandel gibt. Sie sind in einer anderen Welt, viele in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, in denen es darum ging, zu überleben und die Familie zu ernähren. Zu den Älteren gehören inzwischen auch die, die am Ursprung der Klimabewegung standen – der Club of Rome wurde vor mehr als 50 Jahren gegründet. Wenn man alles in Schwarz und Weiß malt, wenn man Menschen in eine Ecke stellt, dann kommen wir keinen Schritt weiter.

Wie beurteilen Sie die Auseinandersetzung um den Dannenröder Forst und den Ausbau der A 49?

Fridays for Future hat dort ein ganz schlechtes Bild abgegeben, aus verschiedenen Gründen. Wenn Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen werden, dann stößt das die meisten Leute ab. Denn sie wissen, dass in den Uniformen Menschen stecken, vielleicht sogar welche, für die Klimaschutz selbst ein großes Thema ist. Außerdem muss Fridays for Future lernen, den Rechtsstaat zu akzeptieren. Die Lücke im Autobahnnetz zu schließen, war ein legaler Beschluss, der umgesetzt wurde. Anstatt alle Parteien als Verräter zu bezeichnen, sollten die Aktivisten lieber für eigene demokratische Mehrheiten kämpfen.

In Frankfurt kämpft Fridays for Future gegen ein geplantes Wohngebiet, die Günthersburghöfe. Vor kurzem sind deshalb die Grünen als Teil der Römerkoalition von den Plänen abgerückt.

Wenn in einer Stadt kein günstiger Wohnraum entsteht, dann haben Normal- und Geringverdiener keine Chance mehr, dort zu leben. Die Gentrifizierung wird voranschreiten. Wenn jemand eine Wohnung braucht, dann wirkt der Protest dagegen unsolidarisch und unsozial. So werden Menschen auseinandergetrieben.

Was raten Sie der Bewegung?

Sie muss aus ihrer Wohlfühlzone herausgehen, aus ihren großstädtischen, bildungsbürgerlichen Blasen. Dorthin, wo es ungemütlich ist, wo man den Applaus nicht automatisch bekommt. Die Aktivisten müssen Einblicke in das Leben abseits von ihrem Kiez und ihrer Universität gewinnen, sie müssen in die Betriebe, in die Real- und Berufsschulen gehen. Es braucht mehr Arbeiterkinder, die in ganz anderen Milieus aufgewachsen sind. Nur so kann die Bewegung sozialer, durchlässiger und inklusiver werden.

In den Medien genießt Fridays for Future große Aufmerksamkeit, die Protagonisten sind Dauergäste in Talkshows.

Auch in den Medien gibt es eine große Homogenität. Studien zeigen, dass Leute, die journalistisch arbeiten, überwiegend aus der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht stammen. Es prägt, wenn man auf einer Universität oder einer etablierten Journalistenschule war. Man entwickelt einen Habitus, der dem urbanen, kosmopolitischen Milieu entspricht, der Blick für die Alltagssorgen vieler Menschen leidet gelegentlich darunter. Außerdem haben Journalisten oft eine große persönliche Nähe zum Klimaprotest, weil vielleicht die eigenen Kinder zu den Demonstrationen gehen. Natürlich ist es wichtig, dass darüber berichtet wird, aber Journalisten sollten keine Aktivisten sein, sondern Distanz wahren.

Wie beurteilen Sie die Rolle ihrer eigenen Partei, der [SPD](#)?

Allgemein finde ich, dass die SPD auf keinem guten Weg ist. Sie wird als Partei der großstädtischen Akademiker und des öffentlichen Dienstes wahrgenommen. Damit können sich viele Leute nicht identifizieren.

Nennen Sie ein Beispiel.

Denken Sie an den Konflikt um die Essener Tafel. Da hat die damalige Bundesfamilienministerin Katarina Barley von Berlin aus Jörg Sartor, dem es nur darum ging, Bedürftige mit Essen zu versorgen, rassistische Ausgrenzung unterstellt. Oder wie von der Parteispitze über die Polizei gesprochen wird. Gerade Menschen in prekären Situationen haben oft ein großes Vertrauen in die Polizei. Es ist leicht, über böse Polizisten zu reden, wenn man in einem gutbürgerlichen Viertel wohnt, wo alles in bester Ordnung ist, aber in einer Nachbarschaft, in der man seine Tochter abends lieber nicht aus dem Haus lässt, sieht man das anders. Die SPD muss wieder eine Kümmererpartei sein, die Probleme vor Ort angeht, die sich in die Lebenswelten der Menschen einfühlt, die für die gesellschaftliche Ordnung einsteht.

Und was empfehlen Sie der SPD in der Klimapolitik?

Sie muss sich klar von den Grünen abgrenzen. Als linke Partei muss sie das Engagement von jungen Leuten unterstützen, aber auch Konflikte thematisieren. Sie muss Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit zusammendenken, sie muss für Industriebjobs sorgen, die ökologisch und nachhaltig sind. Sie muss den Klimaschutz von der Arbeitswelt her denken.

Quelle: F.A.S.

FÜHRUNGSPPOSITIONEN:

# Frauen machen Firmen besser

- VON PATRICIA FELDHOFF UND ASTRID SZEBEL-HABIG
- -AKTUALISIERT AM 02.01.2021-10:54



Die Frauenquote ist Unsinn, hatte ein Headhunter in der F.A.S. geschrieben. Hier kommt die Gegenrede: Die Quote macht Unternehmen stärker. Und nutzt sogar den Männern. Ein Gastbeitrag.

Mit Aussagen wie „Die Quote ist Unfug“, wie der Headhunter Dieter Rickert neulich in der Sonntagszeitung schrieb, wird die von der Koalition beschlossene Quote für Frauen in den Vorständen oft ablehnend diskutiert. Die Argumente: Die ökonomischen Vorzüge divers besetzter Führungsgremien in Unternehmen ließen sich evidenzbasiert nicht nachweisen, und es wird bestritten, dass es genügend qualifizierte Frauen für offene Vorstandspositionen gibt.

Die Boston Consulting Group (BCG) weist in einer Studie 2020 für die Top 100 an der Börse notierten Unternehmen in Deutschland nach, dass Unternehmen mit diversen Führungsteams eine 9 Prozent höhere Gewinnmarge (Ebit) und einen 20 Prozent höheren Umsatzanteil durch Innovationen erreichen als ihre männerlastigen Wettbewerber. Die Top-30-Champions des BCG Gender Diversity Index 2019 übertrafen zudem zum wiederholten Mal die Dax-Konzerne in ihrer Entwicklung an der Börse um mehr als zwei Prozentpunkte – und das bei geringerer Volatilität.

Oft wird argumentiert, dass Korrelationen nicht gleich Kausalitäten beweisen, aber die Vielzahl von Studien zum Erfolg divers besetzter Führungsgremien, „Mixed Leadership“, ist überwältigend. So zeigen Langzeit-Untersuchungen von Catalyst, McKinsey, EY und Boston Consulting Group, dass ein Frauenanteil von mindestens 30 Prozent in den wichtigsten Entscheidungsgremien zu einer höheren Leistung der Organisation als Ganzes führt, da Frauen und Männer sich in ihren Fähigkeiten ergänzen. Warum 30 Prozent? Weil dann die Person und nicht mehr das Geschlecht gesehen wird. Investoren legen immer mehr Wert auf einen hohen Frauenanteil im Management, weil hierdurch die Rendite gesteigert und Preisblasen an der Börse verhindert werden können.

## Frauen achten darauf, dass jedes Teammitglied zu Wort kommt

Der Grund, der jetzt auch zu Pandemiezeiten deutlich wird: Frauen sind oft die besseren Krisenmanager. Zudem zügeln sie das übermäßige Selbstbewusstsein männlicher CEOs. Die Gründe für den Erfolg von geschlechtergemischten Teams liegen hauptsächlich in den unterschiedlichen Herangehensweisen beider Geschlechter. Die verschiedenen Perspektiven und Arbeitsweisen von Mann und Frau führen oftmals zu einem effektiveren und effizienteren Prozess und damit zu mehr Erfolg als bei homogenen Teams. Aaron Dhir zeigt in seinem Buch „Challenging Boardroom Homogeneity“ (2015) auf, wie vorteilhaft die 40 Prozent Frauenbeteiligung in norwegischen Aufsichtsräten das Zusammenarbeiten beeinflusst hat: bessere Arbeitskulturen und Vorbereitung der Sitzungen, besseres Risiko- und Krisenmanagement.

Die amerikanischen Forscher Chabris, Woolley und Malone zeigten in ihren MIT-Langzeitstudien, dass ein höherer Frauenanteil in einem Team die Gruppenintelligenz deutlich ansteigen lässt. Der Grund: Frauen achten darauf, dass jedes Teammitglied zu Wort kommt, während Männer schnell ein Platzhirsch- und Rudelverhalten entwickeln, wo der Ranghöchste das Sagen hat.

Gleichwohl bewegt sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Deutschland auf dem Niveau von Indien und der Türkei. In den Top 100 börsennotierten Unternehmen liegt Deutschland in Europa 2020 mit 10 Prozent Frauenanteil auf Platz 24 (von 27). In den Dax-30-Unternehmen betrug der weibliche Anteil im September 2020 12,8 Prozent, in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich liegen die Vergleichszahlen bei 25 bis 30 Prozent. Woran liegt das?

## Notwendige Selbstausschöpfung schreckt ab

Erstes Argument der Opponenten einer Frauenquote ist regelmäßig die in Deutschland angeblich nicht ausreichende Zahl an Frauen mit der „richtigen“ Qualifikation für Managementaufgaben. Die Bildungselite in Deutschland ist aber insgesamt weiblich: Frauen, die 45 Jahre alt und jünger sind, verfügen über ein höheres Qualifikationsniveau als gleichaltrige Männer. Bei den 30- bis 35-jährigen Frauen liegt der Anteil mit Hochschulreife mit 51 Prozent deutlich über dem der Männer mit 46 Prozent.

Einen Hochschulabschluss haben 31 Prozent der 30- bis 35-jährigen Frauen, aber nur 28 Prozent der Männer. Im Prüfungsjahr 2019 waren von den 512.000 Hochschul-Absolventinnen und -Absolventen 52 Prozent weiblich. Aufgeschlüsselt nach Fächergruppen, zeigt sich, dass bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Frauen 60 Prozent der Absolventinnen und Absolventen stellen, bei Mathematik und Naturwissenschaften 50 Prozent und bei den Ingenieurwissenschaften 24 Prozent.

Fokussiert auf Betriebswirtschaftslehre allein, dem nach allgemeiner Wahrnehmung auf Managementaufgaben vorbereitenden Studiengang par excellence, überschreitet die Zahl der Absolventinnen seit 2012 die der Absolventen. Mit 60 Prozent dominieren die Wirtschaftswissenschaftler die 193 Vorstandsmitglieder der Dax-30-Vorstände. Weit abgeschlagen an zweiter Stelle stehen die Ingenieure. Dax-Vorstände haben also in der Regel Wirtschaftswissenschaften studiert. Von falscher oder fehlender Qualifikation der Frauen im Hinblick auf das Karriereziel „Führungsaufgabe“ kann also schon seit Jahren nicht mehr evidenzbasiert gesprochen werden.

Zweites Argument der Quotenopponenten ist regelmäßig, dass Frauen ein von Männern deutlich abweichendes Karriereverhalten hätten. Studien zeichnen allerdings ein anderes Bild: Eine in Amerika 2014 veröffentlichte Studie zu Berufsanfängern macht deutlich, dass Hochschulabsolventinnen zu Beginn ihrer Berufslaufbahn deutlich ehrgeiziger sind als ihre männlichen Kollegen und knapp 50 Prozent sogar eine Topmanagement-Position anstreben. Nach zwei Jahren Berufserfahrung fallen sie deutlich gegenüber den Männern zurück, weil es ihnen an Vorbildern mangelt und sie nicht genügend von ihren direkten Vorgesetzten unterstützt werden.

Zudem schreckt sie die notwendige Selbstausschöpfung ab, um an die Spitze zu gelangen, insbesondere dann, wenn Kinder in die Familie kommen und die für Frauen nachweislich immer noch ungleich höhere Belastung mit familiären beziehungsweise haushaltsbezogenen unbezahlten Aufgaben („Home Production“) noch schwerer mit einer Karriere unter einen Hut zu bringen ist.

Eine weitere, 2018 veröffentlichte Harvard-Studie stellt außerdem fest, dass Frauen in Unternehmen schlechter als Männer behandelt werden: So werden Frauen von den wichtigen Informationsnetzwerken bewusst ausgegrenzt, sie werden für Fehler stärker bestraft und erhalten weniger positives Feedback für ihre Leistungen als Männer. Von Vorgesetzten werden sie weniger gefördert. Als Folge trauen sich Frauen weniger zu als Männer, eine Reaktion auf die diskriminierenden Umstände. Nach unserer Forschung ist das CEO-Commitment ausschlaggebend für mehr Frauen in Führungspositionen: Ohne Zielvorgaben der Unternehmensleitung ist jeder Vorstoß zu diverseren Führungsgremien aus machtpolitischen Abwägungen zum Scheitern verurteilt.

## Auch Vorteile für Männer

Zudem ist oft eine Veränderung der Unternehmenskultur notwendig: Wenn eine starke Präsenzkultur herrscht, machtpolitische Spielregeln für den Aufstieg ausschlaggebend und nur Männer in Top-Positionen sind, verlässt viele Frauen der Mut. Wenn hingegen Frauen gezielt angesprochen werden, sie nicht nur ein Mentoring, sondern auch ein Sponsoring erfahren, lassen sich genügend hochqualifizierte weibliche Talente finden. Frauen sind oft zu selbstkritisch und unterschätzen ihre Fähigkeiten, eine Folge der nachweisbar asymmetrisch schlechteren Behandlung in bestehenden, männerdominierten Führungsstrukturen.

Ein einfaches „Weiter so“, das für die Vorstandsebene weiter im Wesentlichen nur auf der Ebene öffentlicher Appelle oder Empfehlungen verbleibt, reicht offensichtlich in Deutschland nicht. Es zieht offensichtlich weder das wirtschaftliche Argument noch die niederschwellige Sanktion, während die gesetzlich verbindlich geforderten festen Frauenquoten für den Aufsichtsrat erkennbar unproblematisch umgesetzt werden konnten. Das spricht klar dafür, dass auch eine verbindliche Frauenquote für die Vorstände erreichbar ist. Es ist nachvollziehbar, dass Männer Veränderungen erst einmal kritisch gegenüberstehen, die sie in ihren bisherigen Machtbefugnissen einschränken könnten.

Allerdings ist das zu kurz gedacht, denn diverser aufgestellte Führungsgremien bringen grundsätzliche Vorteile in das Arbeitsleben aller, wovon auch Männer langfristig profitieren können. Unternehmen, die sich einem Kulturwandel öffnen, können den strategischen Erfolgsfaktor, den Frauen in Führungspositionen für Unternehmen bedeuten, nutzen und stärken somit die eigene Wettbewerbsstärke. Last, but not least erweitert sich für Unternehmen der Talentpool, und sie gewinnen an Attraktivität für die Generation Y. Davon profitieren auch die Männer.

*Die Professorinnen Patricia Feldhoff und Astrid Szebel-Habig lehren an der TH Aschaffenburg.*

MERKELS NEUJAHRSANSPRACHEN:

## Ein Thema mit Variationen

- VON ALFONS KAISER
- -AKTUALISIERT AM 01.01.2021-17:08



Von 2020 (oben links) bis 2005 (unten rechts): Kanzlerin Merkel bei ihren 16 Neujahrsansprachen

Ganze 16 Neujahrsansprachen hat Angela Merkel gehalten. Die daraus resultierenden Bilder bezeugen vor allem eines: eine außergewöhnliche Stabilität.

Wie sich diese Amtszeit rundet! Wenn die Bundeskanzlerin 15 oder 17 Neujahrsansprachen gehalten hätte, dann hätten die Bildredakteure der Deutschen Presse-Agentur mehr Mühe gehabt, eine so schöne Neujahrsansprachenbilderkombination (siehe unten) zusammenzustellen.

Die Fotos zeigen Angela Merkel nach den Aufzeichnungen der Ansprache im Kanzleramt, von 2005 bis 2020. Zum Glück hielt die Bundeskanzlerin genau 16 Ansprachen, denn die 16 hat es in sich, als gerade Zahl, als Quadrat- und sogar Biquadratzahl. Aber weil man sich gerade nach einem Corona-Jahr nie so ganz

sicher sein kann, sagte sie, es sei „aller Voraussicht nach das letzte Mal, dass ich mich als Bundeskanzlerin mit einer Neujahrsansprache an Sie wenden darf“.

Das klingt sanft ironisch. Diese Fotoreihe aber meint es ernst: Denn wenn die Bilder etwas bezeugen, dann ist es außergewöhnliche Stabilität. Ihre Jacke mag matt samten aussehen oder seidig glänzend, sie mag weinrot, dunkelblau oder bräunlich schimmern – die Frau ist immer die gleiche. Neben dem silberfarbenen Jackett aus dem Jahr 2012 (dritte Reihe links) sticht vor allem der aktuelle Auftritt hervor: Gold ist die dritte Farbe unserer Flagge, und Gold ist ein wertbeständiges Metall, das gerade in Krisenzeiten als sichere Anlage gilt. Aus dem aller Voraussicht nach letzten Neujahrsauftritt [Angela Merkels](#) als Bundeskanzlerin spricht also auch ein gewisser Patriotismus und der Wunsch nach Dauer und Durchhaltekraft.

Der Corona-Lockdown verschaffte dem Auftritt eine große Sichtbarkeit: 4,49 Millionen Zuschauer verfolgten die Ausstrahlung im Ersten nach der „Tagesschau“ um 20 Uhr, 4,33 Millionen im ZDF (ab 19.15 Uhr) – das waren deutlich mehr als 2019, als insgesamt nur etwa 5,1 Millionen Zuschauer eingeschaltet hatten. Auch so bestimmt Corona das Bild von Angela Merkel, an das wir uns aller Voraussicht nach erinnern werden.

# Ökonomen kritisieren Südeuropas großzügige Renten

Stand: 00:04 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Von **Dorothea Siems** Chefökonomin



Die Rentenbezugsdauer liegt in Deutschland weit unter EU-Durchschnitt. Daran gibt es verstärkt Kritik

Quelle: dpa-infocom GmbH

Die EU-Staaten nehmen erstmals gemeinsam Schulden auf. Doch nun kommt Kritik von Ökonomen und Politikern: Sie fürchten, dass Länder wie Italien und Frankreich damit vor allem ihre üppigen Renten finanzieren.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Schuldenaufnahme in der EU ist eine Debatte über die unterschiedlichen Rentenleistungen in Europa entbrannt. Für die Finanzstabilität in der Union sei die großzügige Altersversorgung etwa in Italien oder Frankreich eine Gefahr, sagt der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, Leiter des Zentrums für Generationenverträge an der Freiburger Universität, WELT AM SONNTAG.

„Schließlich liegt in diesen beiden Ländern nicht nur das Rentenzugangsalter niedriger als hierzulande, sondern ist auch die Rente im Verhältnis zu den Löhnen viel höher.“ Laut Raffelschüschen beträgt die Nettoersatzquote für Durchschnittsverdiener in Frankreich 67,7 Prozent und in Italien 79,7 Prozent, während sie in Deutschland bei rund 50 Prozent liegt.

Schon jetzt liege der Anteil der Rentenausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Frankreich mit 15 Prozent und in Italien mit 16,5 Prozent deutlich höher als in Deutschland, wo rund zwölf Prozent zur Alterssicherung

verwendet werden. „In Südeuropa rechnet man sich solide, aber tut nichts – sondern wird versuchen, die generösen Rentenregelungen auf Kosten der EU-Gemeinschaft zu finanzieren“, warnt Raffelhüschen.

Scharfe Kritik kommt auch vom Wirtschaftsflügel der CDU. „Es gibt in Europa einige Schieflagen, die Steuerzahler, Sparer und Rentner aus den solideren Mitgliedsländern mit gutem Recht als sehr ungerecht empfinden müssen“, sagt der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, WELT AM SONNTAG.

### **Kürzester Rentenbezug in Schweden**

Es sei kaum vermittelbar gegenüber Arbeitnehmern in Ländern wie Deutschland oder Schweden, dass sie nicht erst seit Beginn der Euro-Krise Länder wie Italien und Spanien unterstützten, aber bei der Rente deutlich schlechtergestellt würden.

Nach Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die dem Blatt vorliegen, liegt die durchschnittliche Rentenbezugsdauer in Frankreich für Männer bei 22,7 Jahren und für Frauen bei 26,9 Jahren. Spanien kommt auf 21,7 (Männer) und 26,6 Jahre (Frauen). In Deutschland beziehen Männer 19,1 und Frauen 22,5 Jahre im Schnitt ihre Rente. Schweden kommt sogar nur auf 18 Jahre (Männer) und 21,3 Jahre (Frauen).

# Diese Rechnung entzaubert den Mythos vom günstigen Öko-Strom

Stand: 02.01.2021 | Lesedauer: 13 Minuten

Von Björn Lomborg



Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen Consensus Center und weiß, warum die Behauptung, erneuerbare Energie sei billiger als fossile Brennstoffe, besonders irreführend ist

Quelle: Getty Images/Moment RF/Joern Siegroth; Martin U.K. Lengemann

Deutschland soll bis 2050 fast seine gesamte Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen. Das ist machbar, doch wird es Billionen kosten. Wer sich auf die Sehnsucht nach dem Ökostrom versteift, verdrängt die wirklich klugen Alternativen, um das Klima zu schützen.

Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2050 Treibhausgasneutralität zu erzielen. Da Deutschland auf die Nutzung von Kernenergie verzichten will, bedeutet dies im Wesentlichen, dass die Nation fast ihre gesamte Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen muss.

Ein solches Ziel ist technisch machbar, wie viele Befürworter gern betonen. Aber nur weil etwas technisch machbar ist, heißt es natürlich nicht, dass es auch preiswert ist.

Es wäre zum Beispiel technisch machbar, allen 83 Millionen Menschen in Deutschland eine Reise zur „Internationalen Raumstation“ anzubieten. Aber ruinös teuer. Machbarkeit bedeutet wenig ohne Berücksichtigung der Kosten.

Grüne Aktivisten und Politiker behaupten unaufhörlich, dass erneuerbare Energien billiger als jede andere Energiequelle sind und die Welt erobern.

Da stellt sich natürlich die Frage, warum wir immer noch Zwangsregulierungen schaffen und Hunderte von Milliarden an Subventionen ausgeben müssen, um dies zu ermöglichen.

### **Stromerzeugung aus fossilen Energien sinkt kaum**

Wären die erneuerbaren Energien jetzt schon billiger und in der Lage, die Welt zu erobern, bräuchten wir natürlich keine zusätzlichen politischen Maßnahmen.

Am einfachsten ist das zu erkennen, wenn wir über Elektrizität sprechen. Wenn man nur die Kosten für die Produktion einer zusätzlichen Kilowattstunde (kWh) Strom berechnet, sind Solar- und Windenergie oftmals am günstigsten.

Aber dieser Strom steht nur unregelmäßig zur Verfügung – wenn der Wind weht oder an wolkenlosen Tagen. Deshalb muss das Stromnetz den Großteil der Stromproduktion mit fossilen Brennstoffen oder Batterien absichern. Beides erhöht die tatsächlichen Kosten der erneuerbaren Energien erheblich.

Eine überraschend offene EU-Analyse aus diesem Jahr zeigt das deutlich. Sie stellt fest, dass von 2010 bis 2018 die Gesamtkapazität der Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen in der EU nur geringfügig – um ein Prozent – gesunken ist.

Aber die Kapazität der erneuerbaren Energien ist im gleichen Zeitraum um sagenhafte 72 Prozent gestiegen. Das ist natürlich genau der Punkt, mit dem sich Aktivisten und Politiker brüsten: Erneuerbare Energien werden immer billiger und versorgen immer mehr Teile der EU mit Strom.

Die Analyse untersucht dann aber, was passiert wäre, wenn es keine Subventionen gegeben hätte. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der phänomenale Aufschwung der erneuerbaren Energien in der EU „nicht zustande gekommen wäre“.

### **92 Milliarden an Subventionen für erneuerbare Energien**

Diese Analyse geht von der Annahme aus, dass sowohl die Subventionen für erneuerbare als auch die für fossile Brennstoffe gestrichen würden. Es liegt auf der Hand, dass die Abschaffung von sieben Milliarden Euro an Subventionen für fossile Brennstoffe (wie Steueranreize und Preisstützungen) dazu führen würde, dass die erneuerbaren Energien noch besser abschneiden würden.

Doch die Subventionen für erneuerbare Energien liegen mit 92 Milliarden Euro pro Jahr deutlich höher. Nun wären in den ersten Jahren dennoch einige erneuerbare Energien gekauft worden.

Das liegt daran, dass die ersten, günstigen Solaranlagen meist in der Mittagszeit, wenn der Verbrauch am höchsten ist, wertvollen Strom liefern und die dann sehr teure Stromerzeugung ersetzen. Aber insgesamt hätte die EU ohne Subventionen 86 Prozent weniger Wind- und 89 Prozent weniger Solarstrom zugekauft. Sogar ab 2012, als die erneuerbaren Energien immer günstiger wurden, zeigt die Analyse, dass die Gesamtmenge der erneuerbaren Energien in der EU gleich geblieben wäre.

Der Grund: Es war einfach nicht wirtschaftlich, noch mehr Solar- und Windenergie zu produzieren, wenn man auch noch für zusätzliche Reservestromversorgung bezahlen musste. Wenn man alle Kosten

berücksichtigt, sind die erneuerbaren Energien nicht billiger und hätten seit 2012 in der EU ohne Zuschüsse überhaupt nicht mehr zugenommen.

Eine neue, im November veröffentlichte Studie zur Windenergie in Europa und den USA macht deutlich, dass erneuerbare Energien immer noch nicht kosteneffizient sind, und das obwohl sie billiger werden.

### **Windenergie wird billiger, aber weniger attraktiv**

Die Studie analysierte die Preise für Windenergie zwischen 2008 und 2010 sowie 2014 und 2016. Sie fand heraus, dass größere und billigere Windturbinen dazu geführt haben, dass ihre durchschnittlichen Stromerzeugungskosten um 33 Prozent gesunken sind. Das ist großartig.

Leider fiel der Wert der produzierten Energie mit 43 Prozent noch schneller. Das liegt zum Teil daran, dass die Windturbinen ihren Strom alle zur gleichen Zeit erzeugen, was ihn immer weniger wertvoll macht.

Der Nettoeffekt ist, dass Windenergie zwar billiger wurde, aber eigentlich weniger attraktiv, weil ein größerer Teil der Stromkosten subventioniert werden muss.

Die Studie zeigte, dass neue Windenergie in den Jahren 2008 bis 2010 in allen untersuchten europäischen Ländern im Durchschnitt 85 Prozent ihrer jährlichen Kosten durch den Verkauf ihres Stroms einbrachte. Sie brauchte also relativ bescheidene 15 Prozent an Subventionen.

Optimisten hätten damals zweifelsohne festgestellt, dass die Windenergie wettbewerbsfähig werden könnte, wenn die Windturbinen nur etwas effektiver wären. Das ist dann tatsächlich geschehen.

Da die Stromproduktion aber gleichzeitig an Wert verlor, konnten die Turbinen am Ende des Zeitraums lediglich 65 Prozent ihrer Kosten decken. Nun mussten 35 Prozent der Kosten durch Subventionen gedeckt werden.

### **Erneuerbare Energien sind noch nicht bereit, die Welt zu erobern**

Auch wenn es keine vollständigen Daten für die deutsche Windkraft gibt, sanken die Kosten für Windstrom hierzulande. Allerdings nicht annähernd genug, um die vollen Kosten zu decken. Am Ende des Zeitraums verkaufte die durchschnittliche Windkraftanlage ihren Strom zu einem Preis, der weniger als 46 Prozent der Kosten deckte.

Die fehlenden 54 Prozent mussten von den Verbrauchern durch hohe Subventionen bezahlt werden, zeigt eine neue Studie, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Applied Energy“ erschienen ist.

Also, nein, die erneuerbaren Energien sind noch nicht bereit, die Welt zu erobern. Sie erzielen immer noch Marktpreise unterhalb ihrer Kosten, brauchen immer noch Subventionen, brauchen immer noch regulatorische Hilfen.

Aber in der Zukunft wird grüne Energie doch mit Sicherheit noch billiger werden und die Weltherrschaft übernehmen? Diese oft geäußerte Hoffnung enthält ein bisschen Wahrheit und eine Menge Irreführung.

Das Problem: Wenn wir immer mehr Solarenergie produzieren, wird fast der gesamte Strom zur gleichen Zeit während der wolkenlosen Mittagszeit eingespeist. Das macht ihn immer weniger wert. EU-

Studien zeigen, dass Strom aus Solaranlagen in Spanien und Italien im Jahr 2050 nur noch die Hälfte des durchschnittlichen Strompreises erzielen wird.

Denn der Strom wird nicht mehr dann produziert, wenn der Bedarf am größten ist. In Deutschland sehen wir bereits eine ähnliche Entwicklung. Im Jahr 2014 verdienten Solaranlagen die durchschnittlichen Stromkosten zurück.

### **Attraktivität von Wind- und Solarenergie könnte noch weiter fallen**

Aber bis 2020 ist ihr Ertrag um 20 Prozent gesunken. Das Gleiche gilt für Windstrom an Land, der immer zu den gleichen, windigen Zeiten ankommt. Der Preis wird in Deutschland laut EU-Bericht bis 2050 auf 83 Prozent des heutigen Niveaus fallen.

Am 1. Januar 2018 sorgten starke Winde und eine geringe Stromnachfrage dafür, dass Deutschland zum ersten Mal kurzzeitig seinen gesamten Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien deckte. Dieser Moment wurde allseits bejubelt.

Aber er zeigte auch die problematische Kehrseite der erneuerbaren Energien. Die Preise gingen vorhersehbar ins Minus, weil der gesamte produzierte Strom keine Grenzkosten hatte. Eine aktuelle Studie zeigt, dass deshalb die Attraktivität von Wind- und Solarenergie noch weiter fallen könnte, selbst wenn deren Preise weiter sinken.

Das liegt daran, dass diese neuen erneuerbaren Energien in windigen Nächten und an sonnigen Tagen Strom produzieren – zu Zeiten, in denen er am wenigsten gebraucht wird. So werden die Preise sogar häufiger fallen, und der Gewinn wird noch geringer ausfallen.

Tatsächlich zeigen mehrere Studien, dass wir wahrscheinlich weiterhin Solar- und Windenergie bis zu 100 Prozent subventionieren müssen, weil der Wert des produzierten Stroms schneller sinkt als die nötigen Kosten.

Eine neue Studie zeigt, dass die erneuerbaren Energien in Deutschland mit steigenden Kosten bis zu 100 Prozent subventioniert werden müssen. Und laut den Ergebnissen der Studie werden auch danach noch weitere Subventionen nötig sein, „um zu verhindern, dass fossile Brennstoffe wieder auf den Markt kommen“.

### **Grüne Energie wird noch lange von Subventionen abhängig sein**

Und die Subventionen sind nicht die einzigen Kosten. Wir müssen auch mehr für Strom zahlen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Das liegt zum einen daran, dass wir die konventionelle Stromerzeugung seltener nutzen werden, was höhere Kosten pro Kilowattstunde bedeutet.

Zum Teil werden die Kosten steigen, weil wir zunehmend auf teure Batterien und andere Speichermöglichkeiten zurückgreifen müssen.

Studien zeigen, dass dadurch die Kosten pro kWh im Laufe der Zeit steigen werden: Eine neue, von Fachleuten begutachtete Studie zeigt, dass sich die Gesamtkosten pro kWh fast verdoppeln könnten, lange bevor wir unseren Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewinnen.

Deshalb ist die Behauptung, erneuerbare Energie sei billiger als fossile Brennstoffe, besonders irreführend. Sicher, Solarstrom ist an klaren Tagen billiger, aber zu allen anderen Zeiten ist er nutzlos.

Um tatsächlich Strom zu produzieren, der rund um die Uhr verfügbar ist, sind viel höhere Systemkosten erforderlich. Im vergangenen Jahrhundert sind die Strompreise aufgrund von Effizienzfortschritten dramatisch gesunken.

Doch seit der Jahrtausendwende haben sich die Preise für die Haushalte in der EU verdoppelt. Im Jahr 2018 betragen die Gesamtkosten für Strom in der EU etwa 250 Milliarden Euro. Und dazu kamen 92 Milliarden Euro an Subventionen für erneuerbare Energien.

### **Auch Lkw müssten auf Strom umstellen**

Tatsache ist, dass Aktivisten und Politiker nicht nur jetzt auf eine restriktive Klimapolitik drängen, sondern auch betonen, dass diese noch jahrzehntelang reguliert und subventioniert werden muss.

Das ist ein eklatanter Beweis dafür, dass die erneuerbaren Energien insgesamt nicht günstiger sind und bis weit in die Zukunft hinein von hohen Subventionen abhängig bleiben werden.

Bisher haben wir nur über die einfachste und am wenigsten teure Herausforderung gesprochen: Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Aber dies macht weniger als ein Drittel der Emissionen in Deutschland aus. Die anderen zwei Drittel aus Industrie, Heizung, Verkehr und Landwirtschaft sind noch schwieriger abzustellen. In Deutschland wird fast kein Öl mehr in der Elektrizitätswirtschaft verwendet.

Aber insgesamt dominiert Öl den gesamten Endenergieverbrauch – es macht 41 Prozent in der gesamten deutschen Energie und 93 Prozent im Verkehr aus.

Um diesen Teil zu reduzieren, müssten alle Autos Elektroautos werden. Das wird schwierig und kostspielig, auch weil neuer Strom teurer ist. Aber es bedeutet auch, alle Lastkraftwagen auf Strom umzustellen, was doppelt so schwer sein wird.

Dazu brauchen wir nicht nur mehr Strom, sondern es wird auch den Transport insgesamt stören. Denn die langen Ladezeiten werden jeden Lkw viel unproduktiver machen.

### **Zwei Drittel der erneuerbaren Energie stammen aus Holz**

Und wir müssen noch so viele andere Faktoren ändern. Wir brauchen zum Beispiel neue Wege zur Herstellung von Dünger, Zement und für andere industrielle Prozesse. Wir müssen die Viehzucht reduzieren und weniger Fleisch essen, Millionen von Wärmepumpen installieren, Fernwärme CO<sub>2</sub>-frei machen. Und das ist nur der Anfang einer langen Liste.

Wenn die meisten Menschen hören, dass 17 Prozent der Energie in der EU aus erneuerbaren Energien stammen, denken sie an Sonne und Wind. Doch tatsächlich stammen zwei Drittel aus dem ältesten Brennstoff: Holz.

Die EU vertritt die fiktive Position, dass Biomasse wie Holzpellets überhaupt kein CO<sub>2</sub> produziert. Die Wahrheit ist, dass Holz sogar mehr CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde ausstößt als Kohle, vor allem weil seine Verbrennung weniger effektiv ist.

Die EU-Position geht davon aus, dass gefälltte Wälder wieder aufgeforstet werden und so das gesamte verbrannte CO<sub>2</sub> wieder aufgenommen wird. Aber Wälder werden oft nicht ersetzt.

In diesem Fall sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen dauerhaft und groß, und selbst unter optimalen Bedingungen wird das heute verbrannte Holz erst gegen oder nach dem Ende des Jahrhunderts CO<sub>2</sub>-neutral werden.

Ein Großteil der heutigen Biomasse stammt aus amerikanischen Wäldern, was laut einem EU-Bericht zu „Biodiversitätsverlust, Entwaldung und Walddegradierung“ führt.

### **Emmissionsniveau von 1902 soll erreicht werden**

Da die EU bis 2040 auf 50 Prozent erneuerbare Energien umsteigen will, erwartet sie, dass fast die Hälfte der Energie aus Biomasse stammen wird. Ein Großteil davon wird angebaut, um verbrannt zu werden.

Das nimmt wertvolles Ackerland in Anspruch, treibt die Lebensmittelpreise in die Höhe und führt zu weiteren Waldrodungen an anderen Orten.

Damit Deutschland im Jahr 2050 klimaneutral wird, hat Agora einen kühnen Vorschlag gemacht: Die Deutschen sollen in nur zehn Jahren mit weniger Energie auskommen, aus der Kohle aussteigen, mehr Fahrrad fahren und zu Fuß gehen, den Dünger auf Bauernhöfen reduzieren, alte Gebäude sanieren und 80 Prozent der Neuwagen elektrisch machen.

In nur zehn Jahren soll Deutschland auf das Emissionsniveau von 1902 (und 1945 bis 1946) zurückgehen. In den folgenden zwei Jahrzehnten soll es seine Emissionen zudem stärker reduzieren, als sie in den 70 Jahren von 1900 bis 1970 zugenommen haben.

Das wird nicht nur irrsinnig teuer, sondern jeder müsste zusätzlich erhebliche Abstriche bei seiner Lebensweise machen. Wie teuer das tatsächlich wird, scheint niemand wirklich herausfinden zu wollen.

Agora berechnet die Kosten nicht.

Stattdessen suggeriert man händeringend, dass die Kosten den zusätzlichen Investitionskosten während des Wirtschaftswunders der 1950er- und 1960er-Jahre entsprechen würden. Diese Investitionskosten waren fünf bis sieben Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes (BIP) höher, als sie heute sind. (Solche Kosten liegen dabei eher auf der niedrigen Seite der realwirtschaftlichen Modelle.)

In Deutschland betragen die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen 7,2 Prozent des BIP. Die Ausgaben für Bildung und Umweltschutz betragen weniger als fünf Prozent. Rechnet man alle Ausgaben für Polizei, Gerichte und Gefängnisse hinzu, liegen die Kosten immer noch bei nur 6,4 Prozent des BIP.

Anstatt auf Nullemissionen zu gehen, könnte Deutschland die Ausgaben für das Gesundheitswesen oder für Bildung, Umweltschutz und öffentliche Ordnung buchstäblich verdoppeln.

Im kommenden Jahr entsprächen Kosten von fünf Prozent des BIP mehr als 160 Milliarden Euro, und bis 2050 würden diese jährlichen Kosten 250 Milliarden Euro erreichen. In den nächsten 20 Jahren würden sie sich auf mehr als 6000 Milliarden summieren.

Doch selbst wenn es Deutschland tatsächlich gelingen würde, seine Emissionen bis 2050 auf null zu reduzieren, würde diese Reduktion im wichtigsten UN-Klimamodell die globale Temperatur im Jahr 2100 nur um 0,019 Grad Celsius senken. Das ist ein nicht messbares Fünftel eines Zehntelgrades bis zum Ende des Jahrhunderts.

Das ist der Grund, warum Jim Hansen, der Klimaforscher, der ursprünglich 1988 die globale Erwärmung ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit brachte und der langjährige Klimaberater von Al Gore, vor erneuerbaren Energien warnt.

Er sagt: „Die Annahme, dass erneuerbare Energien uns in den USA, China, Indien oder der ganzen Welt einen schnellen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ermöglichen werden, ist fast das Äquivalent zum Glauben an den Osterhasen und die Zahnfee.“

Billige grüne Energie ist für alle gut – sowohl für die Wirtschaft als auch fürs Klima. Leider sind die erneuerbaren Energien noch nicht so weit.

Die meisten der erneuerbaren Energien, die uns jetzt oder in den nächsten Jahrzehnten verkauft werden, werden phänomenal teuer sein, während sie ziemlich wenig zur Verbesserung des Klimas beitragen. Und ihre hohen Kosten werden die zukünftige Bereitschaft untergraben, weiterhin enorme Opfer für unbedeutende Ergebnisse zu erbringen.

Deshalb ist es nicht der richtige Weg in der Zukunft, den immer skeptischeren Menschen der reichen Welt teure erneuerbare Energien aufzuzwingen, während der Rest der Welt wie China, Indien, Afrika und Lateinamerika einfach nur versucht, Zugang zu zuverlässigerer und billigerer Energie zu bekommen. Stattdessen müssen wir in Forschung und Entwicklung investieren, um den Preis für neue grüne Energie zu verbessern. Das gilt sowohl für erneuerbare Energien als auch für Batterien, Fusion, Kernspaltung und die vielen anderen vielversprechenden Technologien, die es gibt.

Auf diese Weise können wir tatsächlich eine Welt schaffen, in der grüne Energie die billigere Option wird. Statt ruinöser Kosten für die Deutschen und ein paar andere wohlmeinende Länder der westlichen Welt könnte das tatsächlich alle dazu bringen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken und gleichzeitig deren Volkswirtschaften zu stärken.

*Dr. Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen Consensus Center und Visiting Fellow an der Hoover Institution, Stanford University. Sein neues Buch ist „False Alarm: How Climate Change Panic Costs Us Trillions, Hurts the Poor, and Fails to Fix the Planet“.*

# „Der Ausnahmezustand ist zum Normalzustand geworden“

Stand: 02.01.2021 | Lesedauer: 8 Minuten

Von **Martina Meister**



Pierre Rosanvallon forscht und lehrt am renommierten Collège de France

Quelle: AFP

Frankreich ist ein Labor europäischer Krisen – Radikalismus, Terror, Verteilungskämpfe. Der Forscher Pierre Rosanvallon untersucht die aktuelle Brutalisierung der französischen Gesellschaft. Und was Europa daraus lernen kann.

Terror, Ausschreitungen, brutale Polizeiaktionen, die Verrohung in den sozialen Beziehungen: Der Historiker Pierre Rosanvallon erklärt die Allgegenwart von Gewalt in der französischen Gesellschaft und kritisiert Emmanuel Macron als Präsidenten mit minimalem Demokratieverständnis. Rosanvallon, 72, ist Demokratietheoretiker und unterrichtet am renommierten Collège de France. Sein jüngstes Buch, „Das Jahrhundert des Populismus“, ist soeben auf Deutsch erschienen.

**WELT:** Monsieur Rosanvallon, die Gewalt scheint in Frankreich eine neue Stufe erreicht zu haben. Der Terrorismus ist allgegenwärtig, und darüber hinaus kommt es immer wieder zu den unterschiedlichsten Angriffen auf staatliche Vertreter und Strukturen. Was passiert da?

**Pierre Rosanvallon:** Ein neues Zeitalter ist angebrochen, das vom Hass auf Repräsentation geprägt ist. Jeder, der den Staat repräsentiert, wird infrage gestellt und setzt sich möglichen Attacken aus. Das trifft vor allem auf Abgeordnete zu, weniger auf Bürgermeister. Es war vor allem der Präsident, der während der

Gelbwesten-Krise, die Ende 2018 begann, Hass auf sich gezogen hat. Weil sein Kopf naturgemäß derjenige ist, der aus der Menge herausragt. Er ist es, den man köpfen will.



Mit Schildern auf denen „Tod dem Polizeistaat“ steht, protestierten im November in Nantes Franzosen gegen ein neues Sicherheitsgesetz. Macron setzte es trotzdem durch

Quelle: AFP via Getty Images

**WELT:** Sie sehen da historische Zusammenhänge?

**Rosanvallon:** Gewalt ist in Frankreichs Politik kein neues Phänomen, sondern tief verwurzelt. Sie geht zurück auf die Französische Revolution und auf die Tatsache, dass es in der politischen Kultur immer nur republikanische Teilkompromisse gab.

**WELT:** Macron selbst hat die Hinrichtung des Königs als historisches Trauma beschrieben, das die Franzosen bis heute verfolgt ...

**Rosanvallon:** Ich habe diesen Vergleich als Historiker ehrlich gesagt nie verstanden. Die Hinrichtung des Königs war kein Schlüsselereignis für das 18. Jahrhundert. Sie stand für das Ende des Königtums. Selbst Robespierre war dagegen. Die Flucht der Königsfamilie nach Varennes hat dafür gesorgt, dass sich die Dinge überschlugen. Macron war Zielscheibe der Wut, nicht weil Ludwig XVI. enthauptet wurde, sondern weil der heutige Präsident eine minimalistische Auffassung von Demokratie hat.

**WELT:** Sie spielen auf Artikel 24 des neuen Sicherheitsgesetzes an, der die Veröffentlichung von Videoaufnahmen polizeilicher Aktionen unter Strafe stellen wollte. Er hat Massenproteste provoziert und soll nun umgeschrieben werden.

**Rosanvallon:** Es geht nicht nur um einen inakzeptablen Paragraphen, sondern um das mangelnde Verständnis dafür, was eine Demokratie ausmacht. In Frankreich nähern wir uns einer technokratischen Demokratie mit Hang zur Freiheitsbeschränkung an.

**WELT:** Viele Menschen waren schockiert von dem Video, in dem mehrere französische Polizisten einen schwarzen Musikproduzenten verprügeln. Selten war ein polizeilicher Übergriff so eklatant. War die Reaktion der Regierung auf der Höhe dessen, was da geschehen ist?

**Rosanvallon:** Nein. Offenbar ist die Regierung unfähig zu erkennen, wann ein Minister zurücktreten muss. Wer das nicht erkennt, verkennt die Demokratie. Um diesen dramatischen Vorfall zu verstehen, muss man wissen, dass es einen Polizeichef in Paris gibt, der mit Einverständnis des Innenministers auf knallharte Repression setzt. Er hat den Ordnungskräften eine Art Persilschein ausgestellt. Übergriffe der Polizei werden in Kauf genommen, solange das Ergebnis stimmt. Und das gewünschte Ergebnis heißt: Ordnung.

**WELT:** Haben wir es mit einer Banalisierung der Gewalt zu tun?

**Rosanvallon:** Jedenfalls hinterlässt die Omnipräsenz der Gewalt Spuren. Die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty ist ein Beleg für importierte Gewalt, die wir aus Europa nicht fernhalten können. Der getötete Busfahrer aus Bayonne dagegen, der erschlagen wurde, weil er auf die Maskenpflicht gepocht hatte, ist ein Beispiel für soziale Gewalt, die aus dem Inneren der Gesellschaft kommt. Wenn die herkömmlichen Kanalisierungsmöglichkeiten geschwächt werden, dann bricht sich die Gewalt ungezügelt Bahn. Wenn Worte an Wirkung verlieren, ist es die Gewalt, die an Macht gewinnt.

**WELT:** Zurück zu dem, was die politische Kultur Frankreichs ausmacht. Was meinen Sie, wenn Sie von „republikanischen Teilkompromissen“ sprechen?

**Rosanvallon:** Dass die Eroberung von Macht in Frankreich alles andere als ein harmonischer Prozess ist. Macht ist einzigartig und unteilbar. Man verfügt über sie, oder sie wird einem entrissen. Es gibt keine Kultur des Kompromisses bei uns, es wird nicht verhandelt. Die französische Lösung ist der ewige Wechsel zwischen Linken und Konservativen. Diese Form der Politik funktioniert nach dem Muster von Freund oder Feind.

Das ist der historische Hintergrund, der auf die Schlacht zwischen Ancien Régime und Revolution zurückgeht, wie es Alexis de Tocqueville formulierte. Dieser Konflikt ging erst Ende des 19. Jahrhunderts zu Ende. Heute kommen konjunkturelle Elemente hinzu, die dafür sorgen, dass Demonstrationen gewalttätig

werden. Die Gelbwesten-Bewegung markiert einen Bruch: Von da an gehörten mutwillige Zerstörung durch Demonstranten und Gewalt seitens der Ordnungskräfte zur Tagesordnung.

**WELT:** Warum kam es zu diesem Bruch?

**Rosanvallon:** Weil die repräsentativen Organe geschwächt sind. Ein Großteil der konjunkturellen Gewalt erklärt sich aus dem Niedergang repräsentativer Strukturen und dem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften. Als noch die Gewerkschaften zu Demonstrationen aufriefen, hatten sie ihre eigenen Ordnungskräfte, die Marschrouten organisierten und Gewalt kanalisiert. Dagegen verstand sich die Gelbwesten-Bewegung ausdrücklich als desorganisiert. Wir haben es mit einer neuen Form von gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu tun.

**WELT:** Bei der Gelbwesten-Bewegung fiel auf, dass sie nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch jede andere Form von Repräsentanz ablehnte.

**Rosanvallon:** Richtig. Gewerkschaften repräsentieren soziale Gruppen. Aber heutzutage haben soziale Probleme nichts mehr mit der Klassenfrage zu tun, sondern erklären sich aus biografischen Rückschlägen oder Ungerechtigkeiten, mit denen Menschen konfrontiert sind. Was man früher die soziale Frage nannte, war der Kampf zwischen dem Kapital und der gewerkschaftlich organisierten Arbeitswelt. Das ist vorbei. Die soziale Frage ist in eine Vielzahl von Konflikten zerfallen.

Die meisten Gelbwesten haben niemals „wir“ gesagt, immer nur „ich“ und empfinden einen regelrechten Hass auf jede Form von Repräsentation. Nicht nur auf die Volksvertreter im Parlament, die sie als Verräter wahrnehmen. Wichtiger noch ist das Gefühl, die eigene Situation für einzigartig zu halten.

**WELT:** Deswegen haben die Gelbwesten das Prinzip der Repräsentation innerhalb ihrer Bewegung verweigert?

**Rosanvallon:** Richtig. Wenn jemand die Führungsrolle übernahm, wenn jemand für andere sprach oder oft im Fernsehen zu sehen war, wurde ihm oder ihr sofort die Legitimität entzogen.

**WELT:** Klingt wie die Endstufe der Demokratie.

**Rosanvallon:** Der Hass auf jede Form von Repräsentation macht politische Forderungen unmöglich. Selbst als Macron zehn Milliarden zur Verfügung stellte, eine beträchtliche Summe, bedeutete das nichts, weil es

abstrakt war. Die Repräsentationskrise geht einher mit der Kritik an einer technokratischen Regierung, die sich nur auf Statistiken konzentriert. Die Menschen wollen keine Statistik sein.

**WELT:** Emmanuel Macron wollte Frankreich an den Gewerkschaften vorbei reformieren. Inwiefern trägt er eine Mitschuld?

**Rosanvallon:** Macrons großes Problem ist es, dass er eine Modernisierung der Institutionen mit einem Versuch der Marginalisierung von Gewerkschaften verwechselt hat. Er war davon überzeugt, dass er die ewige Rechts-links-Spaltung überwinden könne.

Wegen des Mitgliederschwunds schienen ihm die Gewerkschaften unbedeutend. Aber er hat anderen Vermittlungsinstanzen keine Chance gegeben, obwohl es in Frankreich eine lebendige Landschaft von Vereinen und Bürgerinitiativen gibt. Macron wollte *tabula rasa* machen, was zu einem hochexplosiven Duell geführt hat: er allein gegen das gesamte Land. Das ist gefährlich und hat populistische Züge.

**WELT:** Ist Macron ein Populist?

**Rosanvallon:** Man kann Macron nicht mit Trump, Chávez oder Orbán vergleichen. Frankreich als „illiberal“ zu bezeichnen, wie es die anglo-amerikanische Presse getan hat, ist falsch. Aber die französische Demokratie ist auf Abwegen. Und Macron hat seinen Anteil an der allgemein populistischen Stimmung, der Tendenz zur Vereinfachung komplizierter Probleme. Er hat vor allem ein strukturelles Legitimitätsproblem: In Frankreich gewinnt man die Präsidentschaft erst in der Stichwahl. Aber regiert wird auf Basis des Ergebnisses der ersten Wahlrunde. Er hat also nur ein Viertel der Wähler hinter sich. Das ist ausgesprochen wenig.

**WELT:** Erklärt das die Vertrauenskrise des Parlaments?

**Rosanvallon:** Auch da gibt es ein Strukturproblem. Das Parlament ist theoretisch die Instanz der öffentlichen Debatte. Aber praktisch ist es die Arena eines permanenten Duells zwischen Regierung und Opposition. Anstatt Argumente auszutauschen, geht es nur um Machtkämpfe, um die Eroberung oder den Erhalt der Macht. Aus diesem Grund entstehen in der Gesellschaft neue Debattenräume.

Macron hatte eine gute Idee, als er nach der Gelbwesten-Krise die große Nationaldebatte geführt hat und den Bürgerkonvent für das Klima ins Leben gerufen hat. Aber dann wurden viele Fehler gemacht. Das ist sein Grundproblem: Macron erkennt, wo Schwierigkeiten liegen, aber dann bildet er sich ein, dass er die

Probleme allein lösen kann. Es müssen neue Formen der Entscheidungsfindung und der Repräsentation erfunden werden.

**WELT:** Ist Frankreichs Fünfte Republik nicht einfach schrecklich überholt mit einem Präsidenten, der zu viel Macht hat und von dem deshalb auch zu viel erwartet wird?

**Rosanvallon:** Wir haben uns bei der Gründung der Fünften Republik eingebildet, dass es sich um eine französische Ausnahme handele, was auch an Charles de Gaulle lag, der eine Ausnahmeerscheinung war. Auch schien es lange, als sei das französische Präsidentsystem ein Sonderfall unter den europäischen Demokratien, deren parlamentarische Dimension andernorts stärker war. In Deutschland etwa.

Inzwischen haben wir begriffen, dass De Gaulle eine Entwicklung beschleunigt hat, die überall im Gang ist und dass unsere Form eigentlich ein Vorläufer war. Wir beobachten seit 50 Jahren überall, dass die Exekutive, die Regierung, stärker wird, die Legislative, das Parlament, schwächer.

Natürlich ist das Parlament in Deutschland immer noch viel stärker als in Frankreich. Aber das liegt auch an den parlamentarischen Gepflogenheiten, nicht nur am System. Die Exekutive gewinnt aber auch in Deutschland aus einem einfachen Grund zwangsläufig an Stärke: Parlamente sind langsam. Die Exekutive muss unter dem Druck sich häufender Krisen immer schneller entscheiden. Der Ausnahmezustand ist zum Normalzustand geworden.

**WELT:** Was hat das für Konsequenzen?

**Rosanvallon:** Für den Historiker ist das nichts Neues. Jahrhundertlang haben sich Juristen damit rumgeschlagen, Krieg vom Belagerungszustand oder vom Ausnahmezustand zu unterscheiden. Neu ist allerdings, dass sich alle Krisen vermischen, die Gesundheitskrise mit dem Terrorismus, mit einer wirtschafts- und Sozialkrise und das alles vor dem Hintergrund einer geopolitischen Krise.

**WELT:** Das stimmt wenig optimistisch.

**Rosanvallon:** Der permanente Ausnahmezustand, den wir jetzt erleben, ist gar nichts verglichen mit dem, was Menschen im Nahen Osten oder in Afrika erleiden. Es geht uns vergleichsweise gut.

## Opinions

# Europe : un beau succès pour l'Allemagne

Baverez, Nicolas

L'accord conclu entre l'Union européenne et la Chine le 30 décembre pour faciliter l'accès des investissements européens au marché chinois parachève le succès de la présidence allemande à la tête des Vingt-Sept. Ses enjeux étaient vitaux, au moment où l'Europe était prise sous le feu croisé de l'épidémie de Covid-19 et d'une récession historique, du Brexit et de la contestation de ses valeurs par les démocraties illibérales de l'est du continent, des coups de boutoir de Donald Trump et des menaces des démocraties. Le risque était réel que l'urgence sanitaire accapare toutes les énergies, occulte les enjeux décisifs et engendre une corona-présidence.

Le défi était donc majeur tant pour l'Allemagne, qui doit exercer seule le leadership de l'Union en raison du déclin de la France, que pour Angela Merkel, qui, à un an de son départ du pouvoir, avait une dernière occasion de laisser sa marque dans la construction de l'Europe. Force est de constater qu'il a été superbement relevé, même si Berlin et la chancelière ne se sont pas départis de leur légendaire modestie à l'heure de dresser le bilan de leur action. Au cœur de la terrible année 2020, l'Union s'est transformée en affirmant sa solidarité à l'intérieur et sa souveraineté à l'extérieur.

Lourdement frappée et dépassée à l'origine par la crise sanitaire, l'Union s'est ressaisie. Elle n'a certes pu prévenir la seconde vague de l'épidémie ni coordonner les mesures nationales de reconfinement ou de fermeture des frontières. Mais elle a pris la direction de la négociation avec les laboratoires pharmaceutiques pour sécuriser et organiser l'approvisionnement en vaccins, retissant ainsi un lien direct avec les citoyens.

Surtout, le plan de relance de 750 milliards d'euros a été définitivement approuvé par les États comme par le Parlement, en même temps que le budget pour la période 2021 à 2027 d'un montant de 1 074 milliards d'euros. Ce plan constitue une véritable révolution par son ampleur et sa nature (360 milliards de prêts, 312 milliards de subventions, 78 milliards d'abondement des programmes d'investissement prévus au budget), par son financement via des emprunts de l'Union, par sa rapidité de mise en œuvre (70 % des versements intervenant en 2021 et 2022), par ses priorités axées sur la numérisation et la transition écologique ainsi que par la condition liée au respect de l'État de droit. Dans le même temps, la coordination entre le budget de l'Union et la politique monétaire de la BCE a été renforcée et l'accent placé sur le numérique et l'écologie accompagné par la régulation des plateformes digitales et par l'engagement de réduire de 55 % les émissions de gaz à effet de serre d'ici à 2030.

La présidence allemande a simultanément réussi à conclure in extremis un accord sur le Brexit sans céder au coup de bluff du Royaume-Uni, qui avait beaucoup plus à perdre que les Vingt-Sept d'une séparation sans accord. Finalement, les intérêts économiques européens sont préservés et l'accès des entreprises britanniques au grand marché reste subordonné au respect des normes et des règles de l'Union ; auparavant, Londres avait dû renoncer à ses velléités de remettre en cause l'accord de séparation au risque de rallumer la guerre civile en Irlande du Nord. Aujourd'hui, le problème du Brexit est derrière l'Union ; il reste devant le Royaume-Uni.

Sur le plan mondial, la présidence allemande a engagé le repositionnement de l'Union en posant les jalons de son autonomie stratégique. Elle a su résister à l'entreprise de déstabilisation conduite par Donald Trump. En signant un accord sur la protection des investissements avec la Chine sans renoncer à la défense des droits de l'homme, elle a témoigné de sa capacité à développer une stratégie propre vis-à-vis de Pékin tout comme de sa volonté de défendre ses valeurs face au total-capitalisme chinois. Enfin, des sanctions ont été adoptées contre la Biélorussie - où de nombreux cas de tortures sont avérés sur les quelque 30 000 manifestants

emprisonnés - et la Turquie qui a multiplié les coups de force en violation du droit international - de la Libye au Haut-Karabakh en passant par la Méditerranée orientale.

Le bilan de la présidence allemande est impressionnant, même si ses réalisations en matière de défense et d'immigration restent limitées. La crise sanitaire a servi de révélateur à la divergence entre les trois principales puissances européennes. Le Royaume-Uni s'est enfermé dans les mensonges du Brexit, qui se résume à beaucoup de bruit pour rien. La France a non seulement perdu le contrôle de l'épidémie, de son économie et de l'ordre public mais creusé la défiance entre les citoyens et les gouvernants. Démosthène rappelait que « *les paroles qui ne sont suivies d'aucun effet sont comptées pour rien* ». Espérons que 2021 amorce le redressement de la France. Pour cela, il faut que la parole publique cesse de jurer avec les faits et les mots d'Emmanuel Macron avec les choses.

# Eine Antwort auf den politischen Islam ist nötig

- VON LUCIA PUTTRICH UND SUSANNE SCHRÖTER
- -AKTUALISIERT AM 03.01.2021-18:53



Emmanuel Macron hat den richtigen Weg beschritten nach den islamistischen Anschlägen in seinem Land. Europa sollte die Kampfansage des französischen Präsidenten als Vorbild für eine gemeinsame Antiterrorstrategie nehmen.

Im von islamistischen Anschlägen aufgerüttelten Frankreich hat Präsident [Emmanuel Macron](#) dem radikalen Islam den Kampf angesagt und versucht derzeit den Spagat zwischen repressiven Maßnahmen, wie der Auflösung extremistischer Vereine, und moderaten Angeboten, die auf Integration und gesellschaftliche Teilhabe zielen. Seine Vision ist ein moderner europäischer Islam. Erwartungsgemäß hat dies Proteste und einen massiven politischen und wirtschaftlichen Boykott großer Teile der muslimischen Welt hervorgerufen. Dennoch ist Macrons Kampfansage ein wegweisender Schritt, den es zu unterstützen gilt. Europa braucht eine neue Strategie im Umgang mit dem politischen Islam.

Es ist erst wenige Wochen her, da ermordete ein islamischer Terrorist vier Menschen in der Wiener Innenstadt. London, Barcelona, Berlin, Stockholm und andere europäische Städte waren in den letzten Jahren ebenfalls von islamistischen Anschlägen betroffen. Der Umgang mit dem radikalen [Islam](#) ist eine ungelöste politische Herausforderung in ganz Europa.

Die [EU-Kommission](#) hat unter dem Eindruck der Anschläge Anfang Dezember ihre neue Antiterrorstrategie vorgelegt. Sie setzt auf eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und eine stärkere Kontrolle der Finanzströme. Das ist richtig, doch darf es nicht allein bei dieser Strategie bleiben. Neben einer Eindämmung der Gefahr durch bereits radikalisierte Täter(-gruppen) ist es vor allem notwendig, dem extremistischen Gedankengut entgegenzutreten. Hier kann, hier muss die EU mehr tun. Wenn wir eine echte Wertegemeinschaft sein wollen, müssen wir unsere Werte auch verteidigen. Wir brauchen ein klares gesellschaftliches Signal, dass der Kampf um Meinungsfreiheit, rechtsstaatliche Werte und Menschenrechte eine gemeinsame Sache aller Mitgliedstaaten ist.

In diesen Tagen jährte sich der islamistische Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt zum vierten Mal. Vieles hat sich seitdem geändert. Wir haben gelernt, uns besser zu schützen, und wir haben in Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen investiert. Wir haben aber auch gelernt, dass Europas offene Gesellschaften trotz dieser Maßnahmen verletzlich bleiben.

Tätern wie [Anis Amri](#) und anderen diene der Islam als Begründung für ihre schrecklichen Taten. Es gibt ein Potential an Extremismus und Gewalttätigkeit im Namen des Islams, das wir beim Namen nennen und angehen müssen. Denn der islamistische Terror hat seinen Ursprung in einer religiösen Ideologie und, wie auch Macron hervorhebt, in segregierten muslimischen Gemeinschaften.

In den auf Pluralismus, Liberalität und Offenheit ausgelegten Gesellschaften Europas haben wir es oft versäumt, Position gegen Illiberalität und totalitäres Denken zu beziehen und uns klar einzumischen, wenn die Meinungsfreiheit angegriffen wird. Dabei wollen wir gerade eine Gesellschaftsordnung verteidigen, die politische wie religiöse Vielfalt ermöglicht! Frankreich braucht jetzt unsere Solidarität. Nicht nur ideell, sondern auch, wenn es um wirtschaftliche Boykottandrohungen geht. Europa muss klare Positionen dafür beziehen, dass Karikaturen in einer freien Welt auch religiöse Motive haben dürfen und ja, auch geschmacklos sein dürfen. Es ist nicht zu tolerieren, wenn in Moscheen gegen den Staat und die in der Verfassung garantierten Grundrechte gepredigt wird, wenn Gewalt gutgeheißen oder das Märtyrertum gefeiert wird. Auch das Einfordern sogenannter islamischer Normen beispielsweise in der Schule oder die Entwicklung von Strukturen der Paralleljustiz können nicht geduldet werden.

## Wir können nicht warten

Die Mehrheit der Muslime ist weder radikal noch lebt sie in abgeschotteten Gemeinschaften. Sie sind unsere Nachbarn, unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Freunde. Wer sich mit kritischen Meinungen an die Öffentlichkeit wagt, riskiert aber, unter Druck gesetzt und sozial ausgegrenzt zu werden, oder erhält Morddrohungen. Auch diesen Menschen müssen wir beistehen. Einen aufgeklärten europäischen Islam wird es deshalb ohne stärkeren Veränderungsdruck seitens der Politik nicht geben. Wir können nicht warten, bis sich islamistische Hardliner auf unsere demokratische europäische Kultur einlassen. Wir müssen die Beachtung klarer Spielregeln einfordern und Grenzen setzen, wie wir es auch mit politischem Extremismus machen.

Der derzeit in Österreich diskutierte Straftatbestand des „fortgesetzten und gesetzeswidrigen Versuchs der Ersetzung der demokratischen Rechtsordnung durch eine ausschließlich religiös begründete Gesellschafts- und Staatsordnung“ könnte ein solch klares Grenzschild für ganz Europa darstellen. Er könnte zumindest als Ausgangspunkt einer Diskussion um eine gemeinsame europäische Strategie dienen. Wir müssen von unseren Gesprächspartnern, besonders wenn es sich um Vertreter von Religionsgemeinschaften handelt, ein stärkeres Engagement für unsere offene Gesellschaft einfordern. Denn radikales Gedankengut kommt nicht plötzlich und nicht überraschend. Es braucht längeren Einfluss auf Menschen sowie der Mischung aus falsch verstandener Toleranz und (bestätigender) Ignoranz, um gedeihen zu können. Unerlässlich ist es aber auch, die große Mehrheit der säkularen Muslime zu ermutigen, aktiv für Europa einzustehen und nicht weiter gegenüber Extremisten zu schweigen. Denn nicht die offenen Gesellschaften müssen sich ändern, sondern es muss denjenigen, die den Islam als Instrument für ihre politischen Ziele einsetzen, das Handwerk gelegt werden. Das geht nicht ohne die Muslime.

*Lucia Puttrich (CDU) ist Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund. Professor Dr. Susanne Schröter ist [Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam](#).*

# Frankreichs alter politischer Graben schliesst sich nicht

Seit 200 Jahren spaltet Frankreich eine Bruchlinie. Wolfgang Matz zeichnet in einer anschaulichen Studie die ideologischen Grabenkämpfe nach.

Ingeborg Waldinger 24.09.2017, 05.30 Uhr



Albert Camus steht mitten drin in den ideologischen Grabenkämpfen unter den französischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Das Bild stammt aus dem Jahr 1957, als ihm der Literaturnobelpreis verliehen wurde. (Bild: Keystone)

«Ni de droite, ni de gauche», so umschreibt der neue Präsident Frankreichs, Emmanuel Macron, seine République en marche. Die Formel ist nicht neu in der französischen Politik: De Gaulle beschwor damit einen Standpunkt jenseits der Parteien im Interesse der nationalen Einheit; auch der Front national beanspruchte das souveränistische Bild für seine Definition von Nationalismus. Nun also soll der Slogan abermals eine Losung der Hoffnung sein: auf Überwindung eines verbrauchten Systems und eines alten Grabens. Macron, der grosse Vermittler und Erneuerer?

Wolfgang Matz setzt eine gewisse Hoffnung in den Präsidenten: Der deutsche Literaturwissenschaftler, Autor, Übersetzer und Verlagslektor schreibt in seiner Studie «Frankreich gegen Frankreich»: «Nie war die Chance so gross, dass die toten Dinge aus Frankreichs Vergangenheit endlich das werden, was, um der Gegenwart willen, jede Vergangenheit irgendwann werden muss: *Geschichte*.» Mit den «toten Dingen» ist ein Grundkonflikt gemeint – die Spaltung des Landes in ein rechtes und linkes Lager.

## Zwei unversöhnliche Lager

Die Kluft hat ein Ursprungsdatum: 1789. Es war die Grosse Revolution, die Frankreich entzweite. Das Ideal der unteilbaren, unauflöselichen Einheit schlug sich zwar in zentralistischer Verwaltungs-, Sprach- oder Schulpolitik nieder, der ideologische Graben aber schloss sich nicht. Hier die «nachrevolutionäre, von der Grossstadt Paris geprägte Republik, antireligiös, egalitär, internationalistisch, bürgerlich, dem Fortschritt verschrieben und der Judenemanzipation. Dort die gegenrevolutionäre und in diesem Sinne antidemokratische *France profonde*, monarchistisch, katholisch, ständisch, nationalistisch und immer stärker antisemitisch.»

Wolfgang Matz arbeitet sich an dieser Bruchlinie entlang und exemplifiziert sie an der Literatur. Der Grundkonflikt schwelt stetig, in Krisenzeiten bricht er wild auf. Auslöser sind etwa die Dreyfus-Affäre, die Weltkriege, die Kolonialkriege, der Stalinismus. In den Fokus rücken Schriftsteller, deren Leben und Werk die Komplexität der Kontroverse schlaglichtartig erhellen: auf der rechten Seite u. a. Robert Brasillach, Georges Bernanos, Maurice Barrès, Charles Maurras, Pierre Drieu La Rochelle, Jean Giono, Céline; auf der linken Zola, Louis Aragon und Elsa Triolet, André Breton, Paul Eluard, Romain Rolland, André Gide, André Malraux. Nicht zu vergessen Jean-Paul Sartre, der den Kommunismus zum «unüberschreitbaren Horizont» erhöht. Dass Camus den linken Totalitarismus anklagt, verzeiht er diesem nicht – und stellt ihn ins rechte Eck. Kritik an den eigenen Leuten verzieh man auch Gide nicht: Man stempelte ihn zum Päderasten und Faschisten.

So mancher Autor rang, wie Matz zeigt, mit der eigenen ideologischen Positionierung, wechselte sogar das Lager. Besonders der Erste Weltkrieg warf elementare Fragen auf: Wie hält man es mit dem Pazifismus, dem Nationalismus, wie der internationalen Solidarität? Dem epischen Bild von der Grande Guerre ist ein grosser Abschnitt gewidmet – entsprechend dem Korpus bedeutender Werke, von Célines «Reise ans Ende der Nacht» und Jean Gionos «Die grosse Herde» über Drieu La Rochelles «Die Komödie von Charleroi» bis zu Martin du Gard's «Sommer 14». Und die Geschichte schreibt sich fort bis in die Gegenwart, mit Jean Echenoz' «14».

Frankreich vermag den Sieg 1918 in keine nationale Renaissance umzumünzen. Die ideologische Front wird bald neu, von aussen bestimmt - durch die Sowjetunion und Nazideutschland. Dabei verdrängt die Linke den stalinistischen Terror, die Rechte jenen Deutschlands. Eine Spirale aus Irrtum, Selbstbetrug und Verrat beginnt sich zu drehen. Und der «Frieden um jeden Preis» führt in die Katastrophe, aus der der Kommunismus als der moralische Sieger hervorgeht – und die (Résistance-)Linke als Bewahrerin des nationalen Mythos. Die Rechte ist völlig diskreditiert, die Linke dominiert fortan Frankreichs Kultur.

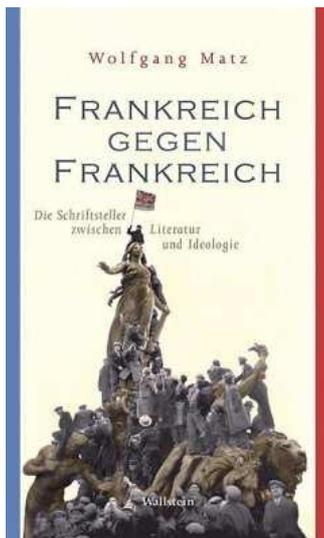
### **Neuer Antisemitismus**

Manches freilich vermisst der Leser dieser höchst anschaulichen Studie von Wolfgang Matz: Während das Schlaglicht auf Drieu La Rochelle sehr stark strahlt, gerät die Zeit nach Sartre recht blass. Nur kurz wird Patrick Modiano gewürdigt, dessen Werk um die Themen Antisemitismus und Kollaboration kreist. Nur flüchtig werden die neuen Philosophen gestreift, «die mit ihrer antitotalitären Ideologiekritik das Ende der linken Hegemonie in der französischen Kultur einläuten». Die Tendenzwende der Intellektuellen von links nach rechts hätte doch mehr Raum verdient. Keine Erwähnung fand das Wiederaufflammen des Antisemitismus seit den 1980er Jahren.

Die Leitkulturdebatte setzt sich fort vor dem Hintergrund einer globalisierten, um ihren sozialen Frieden und ihre kulturellen Identitäten bangenden Gesellschaft, die abermals das Vertrauen in die Krisenlösungskraft traditioneller Parteien verloren hat. Das Buch von Wolfgang Matz – das ist sein grosses Verdienst – arbeitet minutiös die bis heute nachwirkenden Spätfolgen ideologischer Verbohrtheit heraus.

**Wolfgang Matz: Frankreich gegen Frankreich. Die Schriftsteller zwischen Literatur und Ideologie. Wallstein-Verlag, Göttingen 2017. 240 S., Fr. 32.90.**

# Rezensionen



## Frankfurter Allgemeine Zeitung | Besprechung von 07.10.2017 Der große Verrat am Verstand

Gespenster der Geschichte: Der Romanist Wolfgang Matz erzählt von der politischen Polarisierung unter Frankreichs Schriftstellern und Intellektuellen.

Von Jürgen Kaube

Im Dezember 1936 notiert Julien Green ein Gespräch mit dem Schriftstellerkollegen André Gide: "Er gratuliert mir, dass ich niemals zwischen Kommunismus und Faschismus wählen wollte, ‚denn‘, so sagt er mit etwas trauriger Stimme, ‚beide sind das Gleiche.‘" Gide hatte einen Monat zuvor seinen sofort berühmten desillusionierten Reisebericht aus der Sowjetdiktatur Stalins publiziert, der ihn über Nacht zum Ausgestoßenen der linken Intellektuellenkreise in Paris machte. Anderthalb Jahre zuvor, im Sommer 1935, war es schon einmal zu einem Gespräch mit Green gekommen. Damals hatte Gide den jungen Schriftsteller ermahnt, er könne auf Dauer nicht unpolitisch bleiben: "Zusammenstöße zwischen links und rechts sind fast unvermeidlich. Dann können Sie sich nicht mehr hinter der Literatur verschanzen. Sie werden gezwungen sein zu wählen." Wählen zwischen Kommunismus und Faschismus, fragt Green zurück, und wenn er sich zu keinem von beiden hingezogen fühle? "Gide schüttelt den Kopf: ‚Man muss wählen‘, wiederholt er entschlossen."

Frankreich, so schreibt der Münchner Romanist Wolfgang Matz, in dessen Buch sich beide Szenen finden, steht heute an einem entscheidenden Moment seiner Geschichte. Zwei Drittel aller Wähler haben den jetzigen Präsidenten Macron gewählt, dessen Wahlspruch "Weder rechts noch links" war. Aber im ersten Wahlgang hatten die Kandidaten der Rechts- und Linksextremen mehr Stimmen als jemals zuvor; gemeinsam vierzig Prozent. Die einen wollen ein altes, monokulturelles Frankreich wiederhaben und aus der Europäischen Union austreten, die anderen den Kapitalismus von Paris aus abschaffen, was auch dem "Front National" mit seinem "ökonomischen Patriotismus" vorschwebt.

Für Matz sind diese Extreme Gespenster. Sie kommen aus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, als sich Frankreich intellektuell und politisch teilte. Die Provinz und die Großstadt, katholisch und laizistisch, Tradition und Aufklärung - das waren seit 1789 Gegensätze. Um 1900 füllen sie sich mit Hass, zunächst vor allem auf Seiten der Rechten, die in Nation, Kirche und ständischem Denken Gegenmittel gegen die erste Globalisierung vermutete. Katalysator war die Affäre um den Hauptmann Dreyfus, den man 1895 wegen Spionage für Deutschland verurteilt hatte, was die französische Rechte noch begrüßte, als längst seine Unschuld erwiesen war. Die angebliche kosmopolitische Verschwörung von Freimaurern, Juden und Protestanten war für sie zu schön, um nicht zumindest in höherem Sinne wahr zu sein.

Die Politisierung der Schriftsteller, die nun einsetzte, war von beispielloser Intensität. Sie genossen geradezu die giftigen Auseinandersetzungen, berauschten sich am Gift der Prinzipien. Man muss wählen, aber kann man Sozialist und katholisch sein? Katholisch und homosexuell? Dandy und links, Ästhet und religiös? Monarchist ohne antisemitische Einstellung? Kommunist und Patriot? Kommunist und Gegner der Sowjetunion? Pazifist, aber konservativ? Gegen rechts und gegen links? Für den Nationalsozialismus und zugleich für Frankreich?

Auf jede dieser Fragen antworteten intellektuelle Lebensentwürfe und Werke, von Charles Péguy über Léon Bloy, Jean Giraudoux, Drieu la Rochelle und Georges Bernanos bis Louis Aragon und Jean Giono. Alle einst berühmte Schriftsteller, manche davon Autoren inzwischen zu Unrecht vergessener Bestseller, die meisten von ihnen viel interessanter als ihre zeitgenössischen deutschen Kollegen. Alle extrem. Auf zweihundert Seiten zeichnet Wolfgang Matz die Motive ihres Ideenkampfes nach sowie die quälende Zerrissenheit zweier Generationen französischer Intellektueller, die ihre ungeheure Begabung durch etwas verbrauchten, das sie für Politik hielten.

Der "Große Krieg" von 1914 bis 1918 war der zweite große Katalysator dafür. Er bringt nicht nur eine Kohorte von ehemaligen Soldaten hervor, sondern auf französischer Seite auch die Illusion, das gespaltene Land werde im Schützengraben und im Hass auf die östlichen Barbaren einig. Dazu musste der Krieg heilig sein und der gegnerische Soldat kein Mensch, eine Folgerung, die Intellektuelle desto leichter ziehen, als es dafür nur Papier und Feder braucht. Der Krieg hat keine Ursachen, wird später Simone Weil schreiben, als schon ein neuer vor der Tür stand, sondern er hat Vorwände, denn der Krieg beruht auf der kontinuierlich wachsenden Bereitschaft zu ihm.

Bis weit in die dreißiger Jahre hinein werden in Frankreich politische Romane geschrieben, die von einem Land handeln, dem der Sieg nichts genützt hat und das sich darum stetig radikalisiert. Der Erste Weltkrieg hatte riesige Schulden hinterlassen, finanzielle und mit mehr als 1,3 Millionen französischen Toten - knapp vier Prozent der Bevölkerung - auch solche, die niemand begleichen konnte. Zu all dem kam der Mythos, man habe ihn gewonnen, der nicht zur Einsicht passte, wie töricht es gewesen war, sich vom Krieg die Lösung gesellschaftlicher Konflikte zu erhoffen. "Wir sind immer noch in diesem Loch", schreibt Pierre Drieu la Rochelle 1934, "wir sind niemals rausgekommen." Zwei Jahre zuvor war Louis-Ferdinand Célines "Reise ans Ende der Nacht" erschienen, ein Roman, in dem der sprachlich virtuos entfaltete Ekel an gesellschaftlichen Sinnzuschreibungen sich mit der Bereitschaft paart, die Verachtung der Gegenwart als solche zu pflegen.

Drieu und Céline sind zwei Zentren des Buches. Drieu als Dandy und glänzender Romanautor, der ein Bürger des alten Europas und ein antibourgeois Revolutionär zugleich sein will, was ihn zunächst dem Surrealismus, dann dem Faschismus zuführt. Matz versucht seine Irrtümer zu verstehen, seine Verzweiflung im Versuch, sich in den Ideologien zurechtzufinden - und stößt im Ressentiment gegen die Juden, die für die Wall Street und den Kommunismus zugleich stehen sollen, auf den nicht mehr auflösbaren Hass im Kern einer intellektuellen Zerrüttung. Ihn, den Hass, hatte Céline schon sehr früh zu seinem Metier gemacht. "Wie kann man gegen alle und alles sein?" war die Frage seines Werkes. Matz analysiert es als einen Sonderfall, weil es nur etwas über seinen Autor sagt, nichts mehr über die Zeit, wenn der Affekt des Verschmähtheits und das literarische Gespür für die Brutalität der Moderne umschlagen in Rassenwahn, Sadismus, Denunziation und Mordaufrufe des Kollaborateurs.

Es war von Anfang an bei diesen Intellektuellen nicht bei Worten geblieben. Charles Maurras hatte einst vorgeschlagen, die Verteidiger von Dreyfus zu erschießen, "Feuer frei auf Léon Blum" - den ersten sozialistischen und jüdischen Ministerpräsidenten Frankreichs -, das schreibt kein Richter, sondern so reimte der Kommunist Louis Aragon, der noch 1953, nachdem er im Reich Stalins den Terror gesehen hatte, in Paris einfach linientreu und verlogen weitermachte wie zuvor. Doch während die rechten Ideologen sich von ihrer Kollaboration und ihren Irrtümern nicht wieder erholten, sind die nicht minderen Zynismen auf Seiten von Linken wie Paul Éluard oder Jean-Paul Sartre, die über die Leichenberge des Kommunismus hinwegschrieben, zumeist nur eine Fußnote, wenn überhaupt.

Wolfgang Matz hat ein Buch geschrieben, das in hoher Dichte die ungeheuerlichsten intellektuellen Manöver unfreier Geister beschreibt. Es ist zugleich eine Hommage an die wenigen freien, die es damals gab: den katholischen Royalisten Georges Bernanos, der sich vom Faschismus abwandte, als er ihn gesehen hatte; die zum Christentum konvertierte jüdische Philosophin Simone Weil, die vom Pazifismus abließ, weil er Hitler gegenüber unmoralisch sei; den liberalen Literaturkritiker Jean Paulhan, der sich dagegen wehrte, die Definition des politischen Irrtums den Siegern der Geschichte zu überlassen. Alles Intellektuelle, die sich nicht von einer Ideologie konsumieren ließen, nicht vom Wahn des Einflusses, nicht von einem Affekt. Ihnen, den Einzelgängern des Verstandes, verdanke Frankreich, schreibt Matz, bis heute seine geistige Freiheit: und also weder Rechten noch Linken.

Wolfgang Matz: "Frankreich gegen Frankreich". Die Schriftsteller zwischen Literatur und Ideologie. Wallstein Verlag, Göttingen 2017. 240 S., geb., 22,- [Euro].

## Süddeutsche Zeitung | Besprechung von 03.04.2018

Troja und

andere Kriege

Wolfgang Matz über Literatur

und Ideologie in Frankreich

Dass er aus Texten das leiseste historische Knistern heraushört, hat Wolfgang Matz in seinen Büchern über Adalbert Stifter, Walter Benjamin und Rudolf Borchardt oder über die Kunst des Ehebruchs bei Emma Bovary, Anna Karenina und Effi Briest gezeigt. In dieser Studie über die französische Literatur im Spannungsfeld des politischen Meinungskriegs werden wir mit ihm schon auf den ersten Seiten hellhörig. Der fünfundzwanzigjährige Marcel Proust erklärt dem Pariser Dandy Robert de Montesquiou 1896 in einem Brief, warum er ihm am Vorabend in einer mondänen Gesellschaft auf die Frage nach seiner Meinung über die Juden nicht geantwortet habe.

Als Halbjuden, so führt er aus, hätte er sich durch eine ohne böse Absicht in die Runde geworfene Bemerkung Montesquiou verletzt fühlen können. Der gepflegt unterschwellige Antisemitismus der Aristokraten und Großbürger war damals noch ein eher harmloser Standesdünkel – „Montesquiou und Proust bleiben Freunde“, beruhigt uns Matz. Während der Dreyfus-Affäre vertieft sich die Kluft aber zur Konfrontation zwischen nationalkonservativ antisemitischer Gesinnung und einer eher republikanisch fortschrittlichen Position. Verbal sei die Auseinandersetzung da schon beim Mord angelangt, schreibt Matz. Und nach Zolas „J'accuse ...!“ war das Feuer eröffnet.

Matz schickt seine Leser nicht auf einen langen Marsch durch die Zeitgeschichte, er führt zu den Quellen der literarischen Texte. Die im Ersten Weltkrieg aufgekommene patriotische Einhelligkeit verbrauchte schnell wieder in Meisterromanen wie „Die große Herde“ von Jean Giono, „Reise ans Ende der Nacht“ von Céline, „Die Komödie von Reims“ von Drieu la Rochelle, dem „Sommer 1914“ aus dem Zyklus „Die Thibaults“ von Roger Martin du Gard. Sie alle spiegeln ein Frankreich, das nach dem Krieg wohl als Gewinner, nicht aber als Sieger dastand. Rechte gegen Linke, Militarismus oder Pazifismus, faschistisches oder sowjetisches Modell hießen die Pole des neuen zentrifugalen Dralls. Die französischen Schriftsteller reisten nach Moskau und nach Spanien. Kaum einer aber reiste ins Deutschland der Weimarer Republik, wo gerade ein demokratisches Experiment zugrunde ging.

Zu den wenigen Ausnahmen gehörte die pazifistische Philosophin Simone Weil, die 1932 in Berlin eintraf. Im Jahr 1938 schrieb sie einen Brief an den aus dem rechtsnationalen Lager kommenden katholischen Schriftsteller Georges Bernanos. „Sie sind Royalist, doch was kümmert mich das?“, heißt es darin – ihm fühle sie sich unvergleichlich viel näher als ihren linken Kameraden. Auch Jean Giraudoux und sein 1935 uraufgeführtes Stück „Der Trojanische Krieg findet nicht statt“ sowie der Deutschlandkenner Romain Rolland oder der nur auf den ersten Blick unpolitische Tagebuchschreiber Julien Green porträtiert Matz als schillernde Figuren zwischen den ideologischen Fronten. Den Wegen solcher Einzelfiguren spürt Wolfgang Matz mit besonderem Geschick nach.

Er braucht solche Querläufer, um den Sog der französischen Literaten in Richtung der Extreme deutlich zu machen. Seine brillante Feinarbeit an den Texten widersteht indessen nicht immer der Versuchung, alle Details auf die Grundthese des Buchs hin zu straffen. Sie besagt, Frankreich habe stets gegen Frankreich gestanden und sich blind auf die jeweilige Ideologie versteift. Dass André Malraux und Louis Aragon – er kommt bei Matz politisch besonders schlecht weg – nach ihren Russland-Reisen keine Kritik an den dortigen Verhältnissen durchblicken ließen, dürfte, zumindest für Malraux, auch mit der Vordringlichkeit des Engagements gegen den Faschismus zu tun gehabt haben. Auch sollte man die mit André Gides Buch „Zurück aus Sowjetrußland“ 1936 dann doch mit großer Wirkung geübte Russland-Kritik nicht herunterspielen.

Solche kleinen Einwände tun aber dem thesenfreudigen, klugen Buch keinerlei Abbruch. Nie gleitet Matz in leichtfertige Anschuldigungen ab. Vielmehr nimmt er uns Leser mit auf eine so kenntnisreiche wie unterhaltsame Entdeckungsfahrt durchs literarische Frankreich und wartet mit immer neuen Trouvaillen auf. Matz lässt als genialer Dramaturg die Zitate und Anekdoten tanzen.

In der Nachkriegszeit erhöht sich im Feuer der wiedererlangten Freiheit zunächst noch der Rhythmus des Tanzes ums goldene Kalb der Ideologie, bevor er sich auflöst und an ein paar letzten Stichdaten abtröpfelt. Etwa in jener Frühlingsnacht 2017, in der ein unter dem Motto „Weder rechts noch links“ gewählter Staatspräsident im Louvre-Hof vor die Menge trat. Ist es also vorbei mit Frankreich gegen Frankreich?, fragt der Autor. Die Extreme der radikalen Linken und des Front National sind stark, aber seltsam leer, antwortet er. Dazwischen tut sich ein bisher ungeahnter Raum auf. Was dort im Untergrund vielleicht schon sprießt, dazu erfährt man aus diesem literaturgeschichtlichen Kaleidoskop mehr als aus jeder flotten Gegenwartsanalyse.

JOSEPH HANIMANN

Wolfgang Matz: Frankreich gegen Frankreich. Die Schriftsteller zwischen Literatur und Ideologie. Wallstein Verlag, Göttingen 2017. 240 Seiten, 22 Euro. E-Book 17,99 Euro. Stets stand Frankreich gegen Frankreich – ist es damit nun vorbei?

# Die Republik ist er

- VON WOLFGANG MATZ
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2018-07:11



Woher die Wut auf Emmanuel Macron? Der Präsident hat es gewagt, das politische System vom Links-Rechts-Schema zu befreien. Sollte er scheitern, ginge Frankreich einer düsteren Zukunft entgegen. Ein Gastbeitrag.

Die **Französische Revolution** begann mit Preiserhöhungen beim Brot. Die Revolte im November 2018 mit Steuern auf Diesel. Wäre es doch nur so einfach wie in der Legende. Gewiss richtet sich der Protest der „Gelben Westen“ aus den Tiefen des Landes, der berühmten „France profonde“, gegen ein als ungerecht empfundenes Gesellschaftsmodell, das mit dem Schlagwort „Globalisierung“ bezeichnet wird, festgemacht jedoch an der Ökosteuer. Der legitime Protest kippte dann sehr schnell in eine durch nichts gerechtfertigte Welle der Gewalt, angeheizt und instrumentalisiert von Politikern und Intellektuellen, denen es nicht um Diesel geht, sondern um den Staat.

Das Jahr 2018 kann sich leicht als ein Wendepunkt für die Zukunft Europas erweisen. Angefangen hatte es anders, wenn auch mit einigen düsteren Vorzeichen. In einem Europa, das von Polen bis Italien in den Sog des radikalen Populismus zu geraten schien, bildete Frankreich die für viele überraschende Ausnahme. Den Unglückspropheten zum Trotz wählte das Land 2017 nicht Marine Le Pen vom Front National, sondern mit Zweidrittelmehrheit den europafreundlichen Reformier **Emmanuel Macron**. Die Reaktionen waren zum Teil bizarr. Dieselben Vertreter des alarmistischen Kunstgewerbes, die zuvor sechs Tage in der Woche vor Brexit, FPÖ, Wilders, AfD, Orbán, Kaczyński und natürlich dem transatlantischen Trump warnten, bekundeten am Wahlsonntag nach vorsichtiger Kostprobe, dass es ihnen so nun auch wieder nicht recht war. Dass ein zentrales Land der Europäischen Union der populistischen Welle widerstand, war plötzlich vielen kein Grund zur Freude, sondern eine heikle Geschmacksfrage.

## Zur sozialen Hölle stilisiert

Warum nur, das fragte man sich schon damals. Jetzt, da die „Gelben Westen“ das Land lahmlegen und nicht nur Macrons Präsidentschaft bedrohen, fühlt sich mancher selbstzufrieden bestätigt. Jetzt floriert das Geschäftsmodell „Ich habe es ja vorher gewusst“. In absurder Rhetorik wird Frankreich zur sozialen Hölle stilisiert, zum brutalen Unterdrückungsstaat, gegen den jedes Mittel recht ist. Der gescheiterte Präsidentschaftskandidat Benoît Hamon, der François Mitterrands große Sozialistische Partei auf lächerliche 6,3 Prozent reduzierte, erklärte gegenüber „Le Monde“: „Diese Bewegung ähnelt dem Arabischen Frühling.“ Ein ehemaliger Minister unter **François Hollande** vergleicht die République Française mit den Despoten von Gaddafi, Assad, Mubarak – wenn sogar die bürgerliche Presse eine solche Ungeheuerlichkeit unkommentiert lässt, dann muss niemand sich wundern, wenn „Gelbe Westen“ sich ermächtigt fühlen, Polizisten und falsch Gekleidete anzugreifen, Autos und Geschäfte zu zerstören, Passanten zu Anti-Macron-Parolen zu zwingen.

Überraschend ist die völlig ungekannte Brutalität, doch nicht der Protest der Straße an sich. Überraschend ist, dass er so lange ausblieb. Die Freude war verfrüht. Seit Jahrzehnten gilt das immergleiche Ritual: Zunächst werden Reformen dringend verlangt und in Wahlen demokratisch legitimiert, dann werden sie

beim ersten Ansatz durch gewaltsamen Protest der betroffenen Gruppen verhindert. Immer wieder wird die gesellschaftliche Stagnation unter den Präsidenten Chirac, Sarkozy und Hollande beklagt. Doch woher kam sie? Als der neugewählte Präsident Chirac mit seinem Premierminister [Alain Juppé](#) 1995 markante Wirtschaftsreformen einleitete, erhob sich die gleiche Protestbewegung mit Straßenblockaden, Lähmung der Wirtschaft, Geiselhaf für die Bevölkerung. Chirac zwang seinen Premierminister nachzugeben. Juppé trat 1997 ab.

Seither hat keine Regierung mehr gewagt, das völlig überlastete Politik- und Sozialmodell anzutasten. Die [Gewerkschaften](#) verteidigten als strukturkonservative Kraft die jeweiligen Privilegien ihrer Klientel. Die Steuern und Sozialabgaben stiegen auf das höchste Niveau innerhalb der OECD; Probleme wurden nicht gelöst, sondern mit immer neuen Sozialprogrammen auf Pump überdeckt. Die wirklichen sozialen Probleme – Banlieues der Großstädte, Bildungsmisere, reale Kaufkraftminderung durch zu hohe Steuern – blieben unbeantwortet. Frankreich wurde über Jahrzehnte zum reformresistenten Land, weil schlechterdings keiner bereit ist, für das Notwendige einen Preis zu zahlen. Und jetzt?

Auch die „Gelben Westen“ folgen der grundsätzlichen Schizophrenie der französischen Politik: hier Klage über die hohe Steuerlast, dort wird jeder Abbau von Staatsausgaben als Anschlag auf den Sozialstaat denunziert, und zuletzt fordert man Staatshilfen aller Art aus dem Steuersack. Die traditionelle Staatsgläubigkeit verlangt von der Regierung die Lösung so gut wie aller Fragen; doch keiner will zur Kenntnis nehmen, dass die extreme Aufblähung des Staatsapparats ausschließlich hier ihren Grund hat.

## Die notwendige Zeit will ihm niemand geben

Am Ende sah Macron wohl keinen anderen Ausweg, als wider besseres Wissen denselben verhängnisvollen Weg einzuschlagen; in seiner Rede am 10. Dezember verkündete er neue Sozialmaßnahmen, die den Staat mindestens Milliarden Euro kosten – heute auf Kredit, morgen abgezahlt mit den Steuern der nächsten Generation. Diese nächste Generation aber, nämlich die Schüler der Gymnasien, schloss sich nach altem Brauchtum den Krawallen an: die x-te Schülerrevolte gegen die eigene Zukunft, auch das seit Jahrzehnten eine Bizarrie sondergleichen. Und aller Wahrscheinlichkeit nach wird nun wieder für Jahre kein Verantwortlicher mehr das Risiko der Reformen wagen – wenn überhaupt noch Jahre bleiben für demokratische Entscheidungen.

Natürlich sind die gesellschaftlichen und sozialen Probleme Frankreichs immens, und natürlich ist dieser Teil des „gelben“ Protests vollkommen legitim. Doch die Präsidentschaft Macrons begann im Mai 2017. Daraus folgen klarerweise zwei Dinge: Erstens liegt der gesellschaftliche Zustand Frankreichs nicht in der Verantwortung der gegenwärtigen Regierung, sondern aller vorangegangenen. Zweitens konnten die zahlreichen, nun endlich eingeleiteten Reformen selbstverständlich niemals zu massiven messbaren Ergebnissen innerhalb von eineinhalb Jahren führen. Die notwendige Zeit will ihm jetzt niemand geben; Macron, den ersten reformwilligen Präsidenten seit Jahr und Tag, trifft die Wut auf mehrere Jahrzehnte verfehlter Politik.



Auf der letzten Dezember-Demonstration erreichte die Stimmung gegen Macron ihren bisherigen Höhepunkt: Ein blutrot bemalter Demonstrant hielt ein Schild mit der Aufschrift: „Macron hat mich getötet“ :Bild: AP

Doch warum trifft sie ihn in diesem extremen Maße? Eine Antwort ist, dass die verantwortlichen Vorgänger schlechterdings verschwunden sind oder, siehe [Hamon](#), auf den Gedächtnisschwund der Zeitgenossen zählen; eine andere, dass Macron nicht nur eine Regierung abgelöst hat, sondern ein ganzes politisches System. Und da zeigt sich, dass es ihm tatsächlich nicht gelungen ist, wohl auch schwer gelingen konnte, in so kurzer Zeit wenigstens in Ansätzen etwas herzustellen, was die Stabilisierungsfunktion des alten Systems übernehmen kann. Da, wo die über Jahrzehnte staatstragenden Parteien waren, klafft ein großes schwarzes Loch. Geblieben ist an ihrer Stelle Macrons La République en marche – eingeklemmt zwischen die beiden Extreme links und rechts.

Der Historiker Gerd Krumeich stellt fest: „Was da gestern passiert ist, ist ein Menetekel für die zunächst von Macron so zielsicher unternommene Auflösung der traditionellen Republik und ihrer parteipolitischen Formierungen. Irgendwie hatte doch Macron das Volk gegen die veralteten Ideologien und verkrusteten Parteistrukturen zu Hilfe gerufen. Jetzt hat dieses Volk gelbe Warnwesten angezogen und macht vor nichts mehr halt.“ Hinter der richtigen Beschreibung verbirgt sich jedoch die Verwechslung von Ursache und Folge. Macrons Aufstieg wäre völlig unmöglich gewesen, hätten die beiden traditionellen Parteien ihre Auflösung vorab nicht selbst vollzogen – zum einen durch das komplette Versagen während der Präsidentschaften Sarkozy und Hollande; zum anderen, weil sie mit [François Fillon](#) und Benoît Hamon zwei Kandidaten aufstellten, die zwar dem ideologischen Kern der eigenen Parteimitglieder schmeichelten, der breiten Wählerschaft aber keinerlei glaubwürdiges Reformversprechen gaben. Erst als Fillon im Affärensumpf und Trumpistischer Selbstverteidigungsrhetorik gegen Medien und Justiz unterging, war der Weg frei für Macron.

Und hier liegt der Ursprung für den Hass, der ihm sofort entgegenschlug. Die Selbstmarginalisierung der beiden großen Gruppierungen, der Sozialistischen Partei und der konservativen Républicains, weckte die Hoffnung der Extreme, [Marine Le Pens](#) Front National und Jean-Luc Mélenchons La France Insoumise. Macron wurde derjenige, dem es gelang, die Ablehnung des alten Systems wegzulenken von den systemfeindlichen Extremen. Macron versprach einen Wandel ohne jene Zerstörung des Systems, die Le Pen und Mélenchon forcierten. Sie müssen Macron mit allen Mitteln bekämpfen.

## Den Grundkonsens französischer Identität verletzt

Die düsteren Vorzeichen zeigten sich bereits am Wahlabend des 7. Mai. Macron hatte 66 Prozent Zustimmung bekommen. Bei den üblichen Fernsehdebatten der diversen Parteipolitiker erklang aber eine besonders markante Stimme. „Vous êtes minoritaire!“ (Sie sind in der Minderheit!), skandierte Alexis Corbière, Sprecher der linksradikalen France Insoumise (Unbeugsames Frankreich). Die Vertreter von Marine Le Pens [Front National](#) taten es ihm gleich. Vom ersten Tag an versuchten sie die vollkommen evidente Legitimität des Wahlsiegers zu bestreiten. Eine fatale Allianz von Intellektuellen kam ihnen zu Hilfe. Denn Macron hat mit seiner Devise „Weder links noch rechts“ den traditionellen Grundkonsens französischer Identität verletzt und damit seinerseits die intellektuelle Geschäftsgrundlage. Weil einer, der weder rechts noch links sein will, in dieser Traditionsoptik zwangsläufig „rechts“ ist, wird Macron zum „Rechten“ erklärt. Die Hoffnung, diese urfranzösische Links-rechts-Geschäftsgrundlage könne mit ihm endlich abwandern ins Archiv der Geschichte, hat leider getrogen. Die Le Pen-Mélenchonsche Dauerpolemik gegen den „Präsident der Reichen“ und den „Rothschild-Bankier“ – seit der Dreyfus-Affäre das klassische Markenzeichen für antisemitisch-antikapitalistische Denunziation – war so effizient, wie mancher Optimist es nicht mehr erwartet hat.

Auf der intellektuellen Seite ist es ein Kampf um klassische Deutungshoheit, verbunden mit der unausrottbaren Liebe zu revolutionsähnlichen Aufständen. Alain Badiou, immerhin seriöser Philosoph und staatlich bestellter Professor, träumt vom entscheidenden emanzipatorischen Akt gegen den Staat und hält die Frage, was die „Gelben Westen“ als politische Zukunftsperspektive vorzubringen haben, im heroischen Augenblick für zweitrangig – intellektuelle Verantwortungslosigkeit als Programm. Didier Eribon schrieb mit „Rückkehr nach Reims“ ein bedeutendes auto-mythologisches Dokument für die Angst eines Intellektuellen vor einer Gesellschaft, die seinen Klassenkampf-Kategorien nicht mehr gehorcht; jetzt sieht er die Hoffnung, endlich zurückkehren zu können zu dem, was über ein Jahrhundert hin Orientierung versprach im komplizierten Leben.

Der Schriftsteller Édouard Louis brachte den Literaturbetrieb mit seinen eher schwachen Romanen zum Jubel, weil sie mit dem Trick der Authentizität behaupten, hier finde man nicht nur Literatur, sondern die harte Realität aus dem Leben des Autors eins zu eins. Aus dieser Authentizitätsbehauptung von der proletarischen Passionsgeschichte des Vaters bis zur homosexuellen Vergewaltigung leitet der Autor dann eine Autorität ab, die sich nicht mehr befragen oder diskutieren lässt. Wer wagt es schon, einem Opfer zu widersprechen? Das ist keine müßige ästhetische Debatte über Dichtung und Wahrheit; denn gerade aus der Behauptung, seine Dichtung sei Wahrheit, bezieht Louis seinen politischen Anspruch. Zunächst malt er poetisch kodifizierte Bilder, wenn er von der „Ermordung“ seines Vaters durch Kapitalismus, Unterdrückung, Ausgrenzung spricht, doch dann überträgt er die literarische Rhetorik unversehens in die politische Argumentation und kann so am Ende konkrete politische Akteure als „Mörder“ bezeichnen, gegen die natürlich jede Gewalt rechtmäßig sei.

## Als ginge es gegen eine Diktatur

Die demagogische Taschenspielererei zeigt Wirkung: Auf der letzten Dezember-Demonstration sah man einen blutrot gefärbten Demonstranten mit einem Schild über dem Kopf: „Macron m'a tué!“ („Macron hat mich getötet!“) Und Louis selbst dekretiert: „Wer die Gelben Westen beleidigt, beleidigt meinen Vater.“ Eine „Vater“ genannte literarische Figur wird zum politischen Schmerzensmann – revolutionärer Kitsch und Versuch der moralischen Erpressung.

Diese Rhetorik sucht eine einzige Meinung totalitär durchzusetzen. Dass auch in der Bevölkerung weiß Gott nicht die Mehrheit gelbe Westen trägt, berichten auch liberale Zeitungen nur nebenbei. Die Gewalt regiert nicht nur auf der Straße, wo gelbe Posten Autofahrer nur passieren lassen, wenn sie „Macron Rücktritt“ rufen. Einer der wenigen, die aus der Zwangsmeinung ausscheren, ist Pascal Bruckner im „Figaro“: „Wer das Land mit dem größten sozialen Schutz als gewalttätig, repressiv oder faschistisch bezeichnet, muss schon den Verstand verlieren. Um die Ausschreitungen der Demonstranten zur rechtfertigen, erklärt man sie zu Opfern, wie sie in unserer christlichen Kultur sakralisiert werden. ‚Unterdrückung‘ verleiht ihnen das Recht, kaputtzuschlagen, zu brandschatzen, ja zu morden, wenn ihnen danach ist.“

Natürlich sind die „Gelben Westen“ keine homogene Gruppe, doch im Augenblick haben alle die Kontrolle über das Legitimierbare vollkommen verloren – und bewusst überschritten. Wie auch immer man Macrons Politik beurteilen mag – weder die Ökosteuer noch die Abschaffung der Vermögenssteuer noch die reduzierte Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen noch die Geschmacksurteile über Macrons „arroganten“, „selbstherrlichen“ Charakter, nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt einen Aufstand, als ginge es gegen eine Diktatur.

## Die radikale Verschärfung aller Probleme

Doch auch in der französischen Nationalversammlung sitzen inzwischen offen faschistische Abgeordnete. „Macron wird enden wie Kennedy“ – man stelle sich nur einen Augenblick vor, ein AfD-Abgeordneter ließe sich gegenüber der Bundeskanzlerin hinreißen zum Mordaufruf. Doch im „gelben“ Frankreich ist das auch der seriösen Presse nur noch eine Erwähnung wert, zumal François Ruffin Abgeordneter der linken France Insoumise ist und nicht des Front National. Tatsächlich hält die politische Folklore des Landes der „Linken“ immer noch irgendetwas zugute, obwohl die Unterscheidung zwischen einer links- und einer rechtsextremen Opposition sachlich nirgends mehr fassbar ist.

Ein massives Problem Frankreichs ist deshalb, dass durch den Zusammenbruch der alten Parteien eine existentiell notwendige demokratische Alternative praktisch nicht vorhanden ist. Denn Le Pen und Mélenchon geht es keineswegs, wie einer klassischen demokratischen Opposition, um scharfe Kontrolle der Regierung, um Alternativen und Ausarbeitung konkurrierender, besserer Programme. Es geht ihnen auch nicht um Lösung der von den „Gelben Westen“ angeklagten Missstände. Ihnen geht es in alter leninistisch-faschistischer Strategie um die radikale Verschärfung aller Probleme, um einen dadurch möglichen Systemwechsel. Vor zwei Jahren hat Macron ihnen diesen Weg verbaut, jetzt scheint er wieder offen. Selbstverständlich, nicht alle „Gelben Westen“ sind in der Wolle gefärbte Radikale, die dort vertretenen Thesen jedoch bedienen sich inzwischen sehr weitgehend der Hetzpropaganda in den „sozialen Netzwerken“. Der Kampf ging nach der Ökosteuer rasch auch gegen das Glyphosat-Verbot und inzwischen

bereits gegen den UN-Migrationspakt, den Macron erfunden habe, um die französische Bevölkerung auszutauschen gegen Fremde aller Art.

## Zwei, die aus dem Desaster Gewinn schlagen können

Wie kann es weitergehen? Ob Macron an seinem Reformprogramm festhalten kann, ist ungewiss. Die Rückkehr zum Durchwursteln à la Sarkozy und Hollande wird kaum seine Sache sein; sie würde aber auch, viel schlimmer, niemanden mehr überzeugen und die Krise nur wieder vertagen. Wer könnte dann an seine Stelle treten, würde er definitiv scheitern? Dass die „Gelben Westen“ zurückkehren zu den Sozialisten oder Republikanern, glaubt kein Mensch; auch deshalb zögert der konservative Vorsitzende Laurent Wauquiez vor der zunächst sehr starken Versuchung zur „gelben“ Trittbrettfahrt: Er muss wissen, dass nicht er profitieren wird. Sollte sich dann nicht ein Staatsmann wie Alain Juppé als Retter der Republik präsentieren, gäbe es nur zwei, die aus dem Desaster Gewinn schlagen können: Le Pen und Mélenchon.

Das französische Mehrheitswahlrecht bringt die zwei Bestplatzierten in die Stichwahl. Bei Macrons Scheitern wäre es zum ersten Mal denkbar, dass diese zwei – die nationalistische Isolationistin Le Pen und der gewissenlose Condottiere Mélenchon – zwar weiterhin nicht mehrheitsfähig sind, doch mit knappstem Vorsprung diese Stichwahl unter sich ausmachen. Was das für Frankreich und Europa bedeuten würde, braucht man nicht auszumalen: Es wäre eine Katastrophe, viel schlimmer als jeder Trump und Brexit. Und die Strategie der beiden zielt auf nichts anderes, zum Teil bewusst, zum Teil fahrlässig unterstützt von „Gelben Westen“, die auf jede demokratische Legitimierung pfeifen. Man vergisst es allzu leicht: Im ersten Wahlgang 2017 haben rund vierzig Prozent der Wähler ihre Stimme totalitären Parteien gegeben. Diese Wähler hat der Präsident Macron nicht zurückgewonnen; viele von ihnen tragen jetzt die Weste.

Im Zentrum der gegenwärtigen Krise steht also nichts anderes als das: die Frage nach der politischen Legitimität der Französischen Republik. Als die Parteien von Sarkozy und Hollande sie verloren, konnte Macron sie noch einmal behaupten. Seither geht der Kampf nur darum, sie ihm zu bestreiten und damit endgültig zu zerstören, denn jeder ahnt, was dann noch käme. Marine Le Pen hatte sich im Wahlkampf ausdauernd als die „Kandidatin des Volkes“ deklariert; Mélenchon tat es ihr nach, obwohl dieses Volk ihren Parteien notorisch keine Mehrheit gibt. Inzwischen hat Mélenchon das Attribut „links“ fast vollkommen abgelegt und spricht ausschließlich „im Namen des Volkes“ – eine rhetorische Selbstermächtigung, der die politische folgen soll. Nur einmal schwieg er, als nämlich Le Pen ein Verfahren drohte wegen Veruntreuung von EU-Geldern. Man weiß inzwischen, warum. Doch als Mélenchon selbst Gegenstand von Untersuchungen wurde, zeigte er sein wahres Staatsverständnis: Auf Fernsehbildern sieht man einen schreienden, wutverzerrten Mann, der sich auf Untersuchungsbeamte stürzt und verkündet: „La République, c’est moi!“

## Entscheiden soll „das Volk“

Die Bürger der Französischen Republik haben im vergangenen Jahr mit Zweidrittelmehrheit einen Präsidenten der Republik und eine Nationalversammlung gewählt. Extrem starke Kräfte machen seither gegen diese eindeutige Tatsache den Versuch, politische Legitimität neu zu definieren. Ihnen geht es nicht um republikanische Mehrheitsentscheidungen. Entscheiden soll „das Volk“: Wer sich auf das Volk beruft, hat recht; wer anders denkt, gehört nicht zum Volk. Die „Gelben Westen“ sind glaubwürdig als Ausdruck einer gesellschaftlichen Misere. Sie sind inakzeptabel, wo politische Legitimität begründet wird auf eine selbsterklärte „Stimme des Volkes“, die sich ausschließlich im eigenen Interesse definiert. Hier die gewählten Institutionen, dort eine Mischung aus Gewalt, Klassenkampfrhetorik, Fernsehbildern, Meinungsumfragen, Twiternachrichten, metaphorischen Kampfbegriffen von Erniedrigung und Mord.

„Vive la République!“: Damit pflegen französische Amtsträger ihre Reden zu schließen. Wer das neue, nun unmittelbar drohende Frankreich nicht will, der kann nicht anders, als sich jetzt hinter die einzig legitimen Institutionen der Republik zu stellen. Die verkörpert der Präsident.

# Der verdrängte Exodus

- VON STEPHAN GRIGAT
- -AKTUALISIERT AM 05.01.2021-07:03



Fast eine Million Juden lebten einmal in arabischen Staaten. Heute sind es nur noch wenige tausend. Die Geschichte ihrer Emigration und Vertreibung ist kaum bekannt.

Außerhalb Israels finden die rund eine Million jüdischen Flüchtlinge, die seit 1948 die arabischen Staaten und seit 1979 Iran verlassen haben, in Debatten zum Nahen und Mittleren Osten so gut wie keine Erwähnung. Außer einigen Spezialisten weiß kaum jemand etwas über den Farhud in Bagdad, jenes Pogrom des Jahres 1941, das den Auftakt für das Ende der über zweieinhalbtausend Jahre alten jüdischen Gemeinde im Irak bildete. In Europa ist es weitgehend aus dem Bewusstsein gedrängt, dass Ende der 1930er Jahre mehr als 25 Prozent der Bevölkerung der irakischen Hauptstadt jüdisch war und dass allein in Nordafrika bis 1948 etwa eine halbe Million **Juden** lebte.

Während im neunzehnten Jahrhundert noch zahlreiche Juden aus Russland und dem Balkan ins Osmanische Reich flohen, kommt es in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zum Massenexodus der Juden aus den islamisch geprägten arabischen Gebieten. Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern waren nahezu total. Sie standen nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Kriegsgeschehen.

Von den fast 900.000 in arabischen Ländern vor 1948 lebenden Juden sind heute nur wenige tausend übrig geblieben. Im mehrheitlich nichtarabischen Iran, wo vor der „Islamischen Revolution“ zwischen 100.000 und 150.000 Juden lebten, haben nach der Machtübernahme des Ajatollah-Regimes 1979 über neunzig Prozent der jüdischen Minderheit das Land verlassen. Von den über 250.000 marokkanischen Juden sind nur etwa 2000 im Land geblieben. In Tunesien lebten 100.000 Juden, heute sind es etwa 1500. In Ägypten lebten 1948 75.000 und im Irak 135.000 Juden, heute sind es jeweils weniger als zwanzig. Im Jemen waren es rund 60.000, heute wird ihre Zahl auf fünfzig geschätzt. Die syrische jüdische Gemeinde wurde von 30.000 auf weniger als fünfzehn dezimiert. In Algerien lebten 1948 140.000 Juden, in Libyen 38.000. In beiden Ländern leben heute überhaupt keine Juden mehr.

## Verfolgung und Diskriminierung

In vielen Fällen mussten die **Flüchtlinge** nahezu ihren gesamten Besitz zurücklassen. Nathan Weinstock spricht in seiner umfassenden Studie „Der zerrissene Faden: Wie die arabische Welt ihre Juden verlor“ bezüglich des Irak von einer „Beraubung gigantischen Ausmaßes“. In Ägypten durften die zur Flucht genötigten Juden nur zwanzig ägyptische Pfund mitnehmen. Die Schätzungen der von Juden in den arabischen Ländern seit 1948 zurückgelassenen und konfiszierten Werte reichen bis zu 300 Milliarden US-Dollar nach heutiger Bewertung, davon über 100.000 Quadratkilometer Landbesitz, insbesondere in Ägypten, Marokko und Irak (was einer Fläche etwa fünfmal so groß wie Israel entspricht).

Die Gründe für die Flucht und Emigration von 850.000 Juden aus den arabischen Ländern sind mannigfaltig. Neben „push“-Faktoren wie Verfolgung und Diskriminierung, ökonomische Not und politische Instabilität in den arabischen Staaten existierten auch „pull“-Faktoren wie die zionistische oder religiöse Sehnsucht nach einer jüdischen Heimstätte, deren Erfüllung durch die Gründung Israels seit 1948 realisierbar erschien. Die Hauptursache muss jedoch in den antijüdischen Traditionen der islamisch dominierten Gesellschaften und dem manifesten Antisemitismus der jeweiligen arabischen Führungen gesehen werden.

## Juden in islamischen Gesellschaften

Die Situation von Juden in den islamischen Gesellschaften war noch im neunzehnten Jahrhundert in der Regel besser als jene der meisten jüdischen Minderheiten in den christlich geprägten Gesellschaften Europas. Das bedeutet aber nicht, dass Juden in den islamischen Gesellschaften gleichberechtigt leben konnten: Auch in den vergleichsweise unblutigen Perioden des jüdisch-muslimischen Zusammenlebens in der arabischen Welt, in denen Juden als „Schutzbefohlene“ (dhimmis) toleriert wurden, handelte es sich um eine Toleranz, „die aus Verachtung bestand“, wie der aus Marokko stammende französische Historiker Georges Bensoussan in seinem Essay „Die Juden der arabischen Welt“ schreibt. Die Institution der dhimma war ein Status der Demütigung und der Erniedrigung, der Juden zahlreichen exkludierenden Sonderregelungen unterwarf.

Schon lange vor 1948 hat dies immer wieder auch zu blutiger Verfolgung geführt. Eines der ersten Pogrome gegen Juden in Europa mit etwa 4000 Opfern war schon im Jahr 1066 das Massaker von Granada, das zu dieser Zeit unter islamischer Herrschaft stand. Ende des achtzehnten Jahrhunderts wurden die Juden aus dem saudi-arabischen Dschidda vertrieben, 1790 kam es zu einem Pogrom im marokkanischen Tetuan, 1828 zu einem in Bagdad, 1834 zu Gewaltausbrüchen gegen die jüdische Gemeinde im heute in Israel gelegenen Safed.

Im neunzehnten Jahrhundert nehmen Ritualmordbeschuldigungen gegen Juden im Osmanischen Reich zu. Forciert wurden sie zunächst vorrangig von christlichen Propagandisten, Ende des neunzehnten Jahrhunderts werden sie jedoch immer öfter in islamischen Publikationen aufgegriffen. Im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert vermischen sich klassisch antijüdische Motive aus der islamischen Tradition mit Elementen des modernen Antisemitismus. Diese Radikalisierung der arabisch-islamischen Judenfeindschaft setzte vor der israelischen Staatsgründung ein. Zum einen wurde sie durch die nationalsozialistische Propaganda im Nahen und Mittleren Osten befeuert. Zum anderen war sie eine Reaktion auf die partielle Autoemanzipation der Juden in den arabischen Gesellschaften. Ähnlich wie im europäischen Antisemitismus, aber eingebettet in den Kontext einer anderen religiösen Tradition, wurden die Juden in der arabischen Welt als Repräsentanten von Modernisierungsprozessen attackiert, die zu massiver Verunsicherung führten.

## Permanent die Loyalität bekunden

Dieser Hass auf die Moderne zeigt sich insbesondere bei Vordenkern der 1928 gegründeten ägyptischen Muslimbruderschaft wie Hassan al Banna und später in Sayyid Qutbs programmatischer Schrift „Unser Kampf mit den Juden“ aus dem Jahr 1950, die bis heute islamistische Attentäter rund um den Globus inspiriert.

Für die arabisch-islamische Verachtung von Juden bedurfte es nicht der israelischen Staatsgründung. Die Etablierung des jüdischen Staates 1948 fungierte vielmehr als Treibsatz für die Transformation dieser traditionellen Verachtung der jüdischen dhimmis in einen Hass auf die sich selbst zur Souveränität ermächtigenden „Schutzbefohlenen“. Spätestens mit den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs war großen Teilen der arabischen Juden klar, dass es keinen nennenswerten Unterschied machte, ob sie sich für oder gegen den Zionismus aussprachen.

Die islamisch geprägte Mehrheitsbevölkerung in den arabischen Staaten hat sich in ihrem Verhalten gegenüber der jüdischen Minderheit kaum daran orientiert, ob diese sich – wie in Syrien und im Irak – zu großen Teilen lautstark dem arabischen Antizionismus anschlossen; wie in Ägypten permanent ihre Loyalität bekundeten; sich wie teilweise in Tunesien und Libyen offen hinter die zionistische Sache stellten;

oder, wie häufig in Algerien, sich angesichts des Charakters des arabischen und panarabischen Nationalismus auf die Seite der Kolonialmacht schlugen.

## Eine Hetzschrift vergiftete die Gesellschaft

Es gab allerdings wichtige Ausnahmen vom radikalen arabisch-nationalistischen und islamischen Antisemitismus. Im Mandatsgebiet Palästina mussten sich die Anhänger des offen antisemitischen und mit dem Nationalsozialismus kollaborierenden Muftis Amin al Husseini erst durch brutale Gewalt gegen deutlich moderatere Fraktionen auf arabischer Seite durchsetzen. Während der Pogrome im Irak 1941 wurden nicht nur Juden ermordet, sondern auch Araber, die sich schützend vor ihre jüdischen Nachbarn stellten. In Tunesien konnte oder wollte Habib Bourguiba als erster und langjähriger Präsident nach der Unabhängigkeit Ende der 1950er Jahre zwar nichts gegen den Exodus der tunesischen Juden unternehmen, gleichzeitig vertrat er aber Positionen gegenüber Israel, die ihn zum Gegenspieler des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser machten. Gegen Nassers radikale antiisraelische Hetze agierte Bourguiba im Sinne eines moderaten Realismus, der auf eine friedliche Lösung des Konfliktes der Palästinenser mit Israel abzielte.

In Ägypten weigerte sich Muhammad Nagib, der erste Präsident nach dem Sturz der Monarchie 1952, den Forderungen der Arabischen Liga nach Konfiszierung des jüdischen Eigentums nachzugeben, und zum hohen jüdischen Feiertag Jom Kippur besuchte er demonstrativ eine Synagoge in Kairo. Zur rasanten Verschlechterung der Situation der Juden in Ägypten kam es erst mit dem Sturz Nagibs im Jahr 1954 und der Präsidentschaft Nassers, der die antisemitische Hetzschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ zur Lektüre empfahl, die bis heute die ägyptische Gesellschaft vergiftet.

## Arabische Juden in Israel

2012 hat das israelische Außenministerium erstmals eine Kampagne für „Gerechtigkeit für jüdische Flüchtlinge aus arabischen Ländern“ lanciert, und 2014 hat die Knesset ein Gesetz verabschiedet, das den 30. November zum Gedenktag an Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern und Iran erklärt. Zuvor wurde jedoch über Jahrzehnte hinweg die Ansicht kolportiert, es habe sich bei den Juden aus den arabischen Ländern eher um zionistisch motivierte Einwanderer, nicht um Flüchtlinge oder Vertriebene im klassischen Sinn gehandelt.

Nicht alle der aus den arabischen Ländern geflohenen, vertriebenen oder emigrierten Juden sind nach Israel gekommen, aber mit rund 600.000 die große Mehrheit, mit den zahlenmäßig größten Kontingenten aus Irak und Marokko. Etwa 200.000 Juden – insbesondere aus Algerien, aber auch aus Tunesien – gingen nach Frankreich. Die Vereinigten Staaten waren vor allem für ägyptische, syrische und libanesische Juden ein Zielland. Heute sind etwas mehr als fünfzig Prozent der israelischen Juden Nachfahren von jüdischen Flüchtlingen und Emigranten aus den arabischen Ländern.

## Zarte Annäherung

1948 stand der militärisch bedrohte jüdische Staat der Masseneinwanderung von Juden aus den arabischen Ländern unentschieden gegenüber. Schon 1942 hatte David Ben-Gurion, der 1948 der erste Premierminister Israels wurde, seinen Tochnit HaMillion vorgelegt, einen Plan für eine Million Neueinwanderer. Aber er hatte dabei in erster Linie an möglichst gutausgebildete jüdische Einwanderer aus Europa gedacht. Dennoch hat Israel später spektakuläre Luftbrücken eingerichtet: In der Operation Fliegender Teppich wurden 1949 etwa 45.000 Juden aus dem Jemen ausgeflogen. Zwischen 1951 und 1952 wurden in der Operation Ezra und Nehemiah über 120.000 Juden aus dem Irak nach Israel gebracht.

Die überwiegende Mehrheit der Juden aus den arabischen Ländern musste in Israel zunächst in Zeltstädten für Einwanderer hausen, später in befestigten Einwanderer-Camps – den sogenannten Ma'abarot, die Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre größtenteils in Entwicklungsstädte transformiert wurden. Der Kampf gegen Diskriminierungen der arabisch-jüdischen Mizrahim in der israelischen Gesellschaft hat die Protestgeschichte des Landes geprägt und Anfang der 1970er Jahre beispielsweise zur Gründung der Black Panthers durch jüdisch-arabische Einwanderer der zweiten Generation in Israel geführt.

Dass die jüdischen Flüchtlinge und Emigranten aus den arabischen Ländern in Israel trotz enormer Schwierigkeiten und Vorbehalte integriert wurden, ist einer der Gründe für ihre weitgehende Abwesenheit in der internationalen Diskussion über die Konflikte im Nahen Osten. Israel hat so gut wie nie versucht, mit dem Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern Politik zu machen oder ein „Rückkehrrecht“ einzufordern – was mit dazu beigetragen hat, dass das massive Unrecht und Leid, das Hunderttausenden Juden aus den arabischen Staaten angetan wurde, über Jahrzehnte hinweg in der Weltpolitik keine Rolle gespielt hat.

Dass eine Annäherung trotz der Vertreibungs- und Fluchtgeschichte möglich ist, haben die Friedensverträge Israels mit Ägypten von 1979 und mit Jordanien 1994 gezeigt. Aktuell weckt die Aufnahme offizieller Beziehungen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrein, die Annäherung an Marokko sowie die inoffizielle Intensivierung der Beziehungen mit weiteren Ländern Hoffnungen auf eine Aussöhnung, die schon jetzt zu einer bemerkenswerten staatsoffiziellen Zurücknahme der antisemitischen Propaganda in Saudi-Arabien geführt hat. In jedem Fall wird die Aufarbeitung der Geschichte von Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern und die Reflexion auf die antisemitischen Traditionen in den islamisch geprägten Gesellschaften eine wichtige Rolle sowohl bei zukünftigen Friedenslösungen im Nahen Osten als auch bei Diskussionen über einen (re)importierten Antisemitismus in Europa spielen.

*Stephan Grigat unterrichtet Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Passau. Er ist Permanent Fellow am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam und Research Fellow an der Universität Haifa.*

182,58

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/01/04/energie-un-mix-electrique-majoritairement-nucleaire-n-est-pas-la-meilleure-option-economique\\_6065113\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/01/04/energie-un-mix-electrique-majoritairement-nucleaire-n-est-pas-la-meilleure-option-economique_6065113_3232.html)

## Energie : « Un mix électrique majoritairement nucléaire n'est pas la meilleure option économique »

Trois économistes spécialistes de l'énergie, Quentin Perrier, Philippe Quirion et Behrang Shirizadeh expliquent, dans une tribune au « Monde », que l'avenir de la France ne passe pas forcément par le nucléaire étant donné les importants progrès réalisés par les énergies renouvelables.

Publié hier à 05h45 Temps de Lecture 3 min.

**Tribune.** « *Notre avenir énergétique et écologique passe par le nucléaire* », a affirmé Emmanuel Macron lors d'un [discours devant les forges de Framatome](#). L'objectif de la France est de décarboner entièrement son mix électrique d'ici à 2050 : c'est la feuille de route fixée par la stratégie nationale bas carbone. Cet objectif sera-t-il atteint avec des nouveaux réacteurs nucléaires ou des énergies renouvelables ?

Rien n'est officiel pour l'instant, mais le récent discours du président de la République fournit une indication claire. Le gouvernement a d'ailleurs demandé à EDF d'étudier la faisabilité de six nouveaux réacteurs EPR. Pourtant, le nucléaire est-il si nécessaire ? Plusieurs faisceaux d'indices suggèrent que la réponse n'est pas si tranchée.

Tout d'abord, le nucléaire ne sera plus cette énergie peu chère que nous avons connue. Ainsi, le tarif négocié pour l'EPR en construction en Angleterre est de plus de 100 euros (92 livres sterling) par mégawattheures (MWh), soit plus que le double du prix auquel se négocie actuellement l'électricité en Europe. Les nouveaux réacteurs ont des conceptions plus complexes et sont soumis à des normes de sécurité plus contraignantes, qui conduisent à une augmentation du coût de cette technologie.

## Rapports de force bousculés

A l'inverse, les énergies renouvelables ont connu des progrès marqués, bien plus rapides qu'anticipé par les experts : selon la banque d'investissement Lazard, les coûts moyens du solaire photovoltaïque ont été divisés par 10 depuis 2009, ceux de l'éolien par 3,5. Cette « révolution silencieuse » bouscule les rapports de force face au nucléaire.

D'ailleurs, le débat s'est aujourd'hui déplacé : l'avantage du nucléaire mis en avant n'est plus son coût, mais son caractère « non intermittent ». En effet, les nouvelles énergies renouvelables, solaire et éolien, dépendent des aléas météorologiques. Comment garantir à tous un approvisionnement stable en électricité dans ces conditions ? Pour certains, un mix 100 % renouvelable ne serait pas faisable, ou alors excessivement coûteux. Ou pire même : il pourrait conduire à augmenter les émissions de CO<sub>2</sub>, puisqu'il faudrait compenser les baisses de vent ou de soleil par des centrales au gaz ou au charbon.

Pourtant, deux récentes études publiées dans les principales revues internationales en économie de l'énergie semblent confirmer que le nucléaire pourrait ne jouer qu'un rôle de second plan dans le futur mix électrique.

Selon la première étude, publiée dans *The Energy Journal* (« [How Sensitive are Optimal Fully Renewable Power Systems to Technology Cost Uncertainty ?](#) », par Behrang Shirizadeh, Quentin Perrier et Philippe Quirion, un mix électrique 100 % renouvelable serait possible en France en 2050, sans mettre en péril la sécurité d'approvisionnement. Ce résultat s'explique grâce aux progrès attendus des éoliennes et des moyens de stockage (batteries et gaz renouvelable).

## Un retournement de la preuve

Dans la seconde étude, publiée dans *Energy Economics* (« [Low-carbon options for the French power sector : What role for renewables, nuclear energy and carbon capture and storage ?](#) », par Behrang Shirizadeh et Philippe Quirion, novembre 2020), la compétitivité du nucléaire est comparée aux renouvelables. Bilan : le mix optimal compterait environ 25 % de nucléaire en 2050, en supposant que son coût sera divisé par deux par rapport aux EPR actuellement en construction en Europe.

Ces résultats pourront toutefois varier selon les évolutions des filières : cette part pourrait monter à 50 % si les prochains EPR parviennent à diviser leur coût au moins par deux et si les progrès des renouvelables sont plus lents que prévu. Mais la part optimale du nucléaire pourrait aussi tomber à zéro si son coût ne diminue pas d'au moins 40 % (ce qui serait une amélioration notable).

Si l'avenir du nucléaire est loin d'être tranché, nous sommes probablement en train d'assister à un retournement de la preuve : les énergies renouvelables ont montré leurs progrès, c'est aujourd'hui à l'industrie nucléaire de convaincre qu'elle saura baisser ses coûts pour rester compétitive. Il semble difficile d'affirmer qu'un mix électrique majoritairement nucléaire est aujourd'hui la meilleure option du point de vue économique.

Quant aux conséquences pour le climat, l'enjeu est finalement assez faible : nucléaire comme renouvelables sont toutes des énergies bas carbone. Pour réduire les émissions, les leviers sont davantage du côté des transports, des bâtiments et de l'alimentation, comme l'ont illustré les travaux de la convention citoyenne qui seront bientôt débattus au Parlement.

**Les signataires :** **Quentin Perrier**, chercheur en économie sur la transition bas carbone (ex-Cired), **Philippe Quirion**, directeur de recherche au CNRS, chercheur en économie de l'énergie au Centre international de recherche sur l'environnement et le développement (Cired), et **Behrang Shirizadeh**, chercheur en économie de l'énergie au Cired.

# „Ich kann nicht 100-prozentig Moslem und 100-prozentig Deutscher sein“

Stand: 08:05 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Henryk M. Broder**, Sabrina Bracklow, Gunter Hartmann

Henryk M. Broder und Hamed Abdel-Samad – zwei Freunde, die offen reden. Über die Eigenarten der Deutschen und die Defizite in der islamischen Welt. Und darüber, wie Deutschland Abdel-Samad fertiggemacht hat. Das Gespräch sehen Sie exklusiv hier im Video. (8:30 Min.)

Henryk M. Broder und Hamed Abdel-Samad kennen sich seit 10 Jahren. Sie sprechen über den Wald, „wo die Deutschen Krawatte tragen, um spazieren zu gehen“, und über die Melancholie. Teile des Gesprächs lesen Sie hier transkribiert. Das Gespräch im Video besteht aus drei Teilen. Die beiden anderen finden Sie unten im Text.

*Teil 3: Henryk M. Broder im Gespräch mit Hamed Abdel-Samad*

## Das Transkript des Gesprächs (Auszug):

**Broder:** Du liebst Deutschland. Du weißt, was Gustav Heinemann über die Liebe zu Deutschland gesagt hat?

**Abdel-Samad:** „Lieben tu‘ ich meine Frau.“ Ich liebe dieses Land. Es ist ein wunderschönes Land. Ein begabtes Land. Für die Liebe brauchst du einen persönlichen Zugang zu einem Land oder einer Person, und diesen persönlichen Zugang zu Deutschland habe ich gefunden. Wir sind uns ähnlich. Wir sind beide gebrochen. Wir haben einen sehr langen Weg zu uns selbst zurückgelegt. Einen Weg, der von vielen Widersprüchen und Brüchen gekennzeichnet ist. Viel Wut, viel Aggression, viele Schuldgefühle. Aber auch viel Selbstkritik und Selbstüberwindung.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass ein Land sich wieder aufrichtet. Nach all dem, was da passiert ist. Viele Länder gehen zugrunde. Deutschland ist eine Ausnahme in der Geschichte, und Deutschland befindet sich in einem Heilungsprozess. Das ist mir sehr ähnlich. In der Vergangenheit neigten wir beide dazu, von einem Extrem ins nächste zu wechseln. Die deutsche Geschichte ist irgendwie meine Geschichte. Mit dem Heiligen Römischen Reich, die frühkindliche Störung der deutschen Identität, der deutschen Geschichte. So war es ähnlich in meiner Jugend.

**Broder:** Du schreibst auf Seite 11: „Ich stellte fest, dass Deutschland mir sehr ähnlich ist. Wir haben beide einen sehr langen Weg zu uns selbst zurückgelegt.“

Das Buch hätte auch heißen können: „Ich bin Deutschland“?

**Abdel-Samad:** Das bin ich auch. Und wenn ich sage „Ich bin Deutschland“, meine ich es anders als all diese Fußballer, die diese Werbung machen. Ich bin Deutschland, weil ich den gleichen Weg wie Deutschland gegangen bin und weil auch ich durch meine Traumata nicht zerstört wurde. Ich habe gelitten. Ich befinde mich immer noch in diesem Heilungsprozess. Genauso wie Deutschland. „Ich liebe Deutschland“ ist keine Liebeserklärung im Sinne einer Laudatio, sondern es ist Kritik an Deutschland – genauso wie ich Kritik am Islam geübt habe. Nicht weil ich den Islam abschaffen will oder die islamische Welt nicht mag, sondern weil ich mir wünsche, dass Deutschland diese Fehler nicht wiederholt. Ich erkenne jetzt Parallelen zwischen der islamischen und der deutschen Geschichte.

**Broder:** Also die Neigung zum Radikalismus, zum Fanatismus.



**Abdel-Samad:** Viele Leute fragen mich: „Warum hast du aufgehört, Bücher über den Islam zu schreiben. Und jetzt schreibst du über Deutschland?“ Denen sage ich: „Ich habe nicht das Thema gewechselt, sondern das Objekt meiner Kritik.“

**Broder:** Trotzdem hatte ich das Gefühl, du hast die Nase voll von Muslimen und Islamisten und wendest dich jetzt deiner Ersatznation zu?

**Abdel-Samad:** Deutschland ist mittlerweile nicht meine Ersatznation, sondern der Mittelpunkt meines Lebens. Ich verbringe hier mehr Zeit, ich bin hier intellektuell erwachsen geworden, und ich habe tatsächlich

die Nase voll von Büchern über den Islam. Ich werde mehr in der islamischen Welt gehört als in Deutschland, wenn ich über den Islam schreibe. Das ist eine sehr komische Entwicklung. Ich werde dort gefeiert als Aufklärer in Zeitungen und im Fernsehen. Hier bin ich ein Störenfried. Heute bin ich ein Islamhasser. Was ich nicht bin.

Das hat zu tun mit zwei Sachen: erstens mit den Muslimen, die hier leben, die nicht offen sind für Kritik. Sie beherzigen die Kritik nicht, sondern sie betrachten das als frontalen Angriff auf ihre Identität. Sie haben hier den Luxus, den Islam zu verklären. Aber in der islamischen Welt lebt man unter der Misere. Wenn irgendjemand unter Intellektuellen in Marokko, in Ägypten, in Jordanien oder selbst in den Emiraten sagen würde, der Islam habe nichts mit Terrorismus zu tun, würden die Intellektuellen dort lachen.

Und es hat auch zu tun – und das spielt eine zentrale Rolle in diesem Buch – mit der deutschen Identität, die auf Schuld basiert.

***Hamed Abdel-Samads Buch „Aus Liebe zu Deutschland: Ein Warnruf“ ist bei dtv erschienen.***

Sehen Sie hier die übrigen Teile des Gesprächs:

*Teil1: Henryk M. Broder im Gespräch mit Hamed Abdel-Samad*

00:00

08:55

„Wir haben viele unschuldige Generationen vollgepumpt mit Schuld - in der Hoffnung, sie immun gegen Rechtsextremismus zu machen. Was war das Resultat? Das Gegenteil.“

Quelle: Gunter Hartmann/Sabrina Bracklow/Lutz Reimann/Vincenzo Alex

*Teil2: Henryk M. Broder im Gespräch mit Hamed Abdel-Samad*

00:00

08:21

Quelle: WELT

# Sie wollte den Bürgerkrieg in Deutschland – um jeden Preis

Rosa Luxemburg stammte aus Russisch-Polen und wurde zur intellektuellen Anführerin der Linksradikalen in Deutschland. Doch weil sie nach ihrem gescheiterten Aufstand 1919 ermordet wurde, gilt sie vielen heute als Vorbild.

Stand: 05:30 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Von **Sven Felix Kellerhoff**

Leitender Redakteur Geschichte



5. Januar 1919: Rosa Luxemburg (1871–1919), Revolutionärin, ruft zum Aufstand auf

Höchst erregt muss Rosa Luxemburg am 5. Januar 1919 gewesen sein. Jedenfalls verfasste sie am Nachmittag dieses Sonntags einen Leitartikel für die „Rote Fahne“, das Blatt der kurz zuvor gegründeten KPD, in dem sie sich zum Aktionismus bekannte: „Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent – das ist die verdammte Pflicht.“ Sie strebte einen bolschewistischen Staatsstreich an.

Das passt schlecht zum Bild der linken Intellektuellen, die angeblich für Pluralität gestanden habe: „Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“, lautet das viel bekanntere Luxemburg-Zitat. Doch in Wirklichkeit war Rosa Luxemburg eine rücksichtslose Revolutionärin.

Geboren am 5. März 1871 in Zamość in damals zum Zarenreich gehörenden Teil Polens, stammte sie aus einem mäßig wohlhabenden Elternhaus und wuchs als polnisch-jüdische Bildungsbürgerin auf. Schon mit 16 Jahren wurde sie Sozialistin und musste bald darauf als politisch Verfolgte flüchten; in Zürich fand sie eine neue Heimat. Schon in dieser Zeit gehörte sie stets zu den Radikalen der Arbeiterbewegung.

1898 zog sie nach Deutschland um und ging dafür eine Scheinehe ein. In Berlin trat sie in die SPD ein und wurde bald zu der Wortführerin ihres linken Flügels. Intellektuell und rhetorisch war sie den meisten Zeitgenossen weit überlegen. Dabei blieb sie jedoch stets eine Anhängerin des revolutionären Marxismus; all ihr Denken kreiste um eine gewaltsame Machtübernahme der „Partei der Arbeiterklasse“. Den auf Reformen und Demokratisierung ausgerichteten Teil der SPD verachtete Luxemburg.

Ende September 1913 rief sie ihre Zuhörer in Frankfurt zu Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung auf – das war damals eine Straftat, für die sie 14 Monate Haft erhielt; Haftantritt war jedoch erst im Februar 1915. Nach einem Jahr vorzeitig entlassen, folgte bald die nächste Festnahme, diesmal auf Grundlage des Kriegsrechts.



Beisetzung von Rosa Luxemburg in Berlin 1919.

In der Nacht zum 9. November 1918 kam die wortgewaltige Luxemburg frei und reiste umgehend in die Reichshauptstadt. Hier verschärfte sie zusammen mit Karl Liebknecht die Polemik in der SPD und sorgte Mitte Dezember mit einem Manifest für die Spaltung der Arbeiterbewegung. In „Was will der Spartakusbund?“ forderte sie eine „Diktatur des Proletariats“, auch wenn dieser Kurs zum Bürgerkrieg führen müsse.

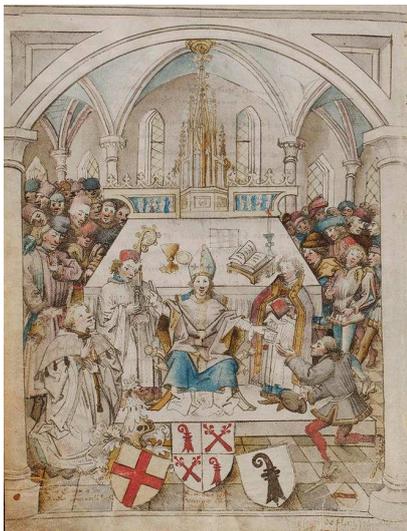
Luxemburgs alter SPD-Bekannter Eduard Bernstein konnte nicht glauben, dass eine „so geistig begabte und wissenschaftlich gebildete Person wie Rosa Luxemburg an diesem ebenso konfusem wie demagogisch hetzerischen Machwerk mitgearbeitet haben“ könnte. In Wahrheit war sie sogar die Hauptautorin.

Nach dem Scheitern des Aufstandes, zu dem sie mit ihrem am 5. Januar 1919 verfassten Leitartikel mit aufgerufen hatte, wurde Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 von rechtsextremen Milizen ermordet. Die SPD-Regierung hatte sie vor Gericht stellen wollen, doch der gewaltsame Tod machte sie zur Märtyrerin der Linken.

# Der Buddenbrooks-Effekt oder warum die soziale Mobilität in der Schweiz funktioniert

Hängt der Erfolg der Kinder vor allem vom sozialen Status der Eltern ab? Manche Studien behaupten das, doch greifen solchen statischen Betrachtungen zu kurz. Wer die soziale Dynamik in der Schweiz über mehrere Generationen untersucht, kommt zu einem anderen Schluss.

Christoph A. Schaltegger und Melanie Häner



Gründungszeremonie der Universität Basel am 4. April 1460 im Basler Münster: Bischof Johann V. von Venningen (mittig mit seinem Wappen) gründet die Universität Basel.

Als Rektor Peter Merian am 7. September 1860 seine Festansprache zum 400-jährigen Bestehen der Universität Basel beschliesst, lässt er es sich nicht nehmen, auf die Bedeutung des «unsichtbaren Bands» der familiären Tradition hinzuweisen. Den Gästen der aufwendigen Feierlichkeiten soll er in der St. Martinskirche nach der Überlieferung verkündet haben: «Sie verübeln mir vielleicht nicht noch eine andere Anführung. Der Rector Rudolf Thurneysen erwähnt in seiner Jubelrede von 1760 des Umstandes, dass Lucas Gernler, der Festredner von 1660, der Urgrossvater seiner Ehefrau gewesen sei. Thurneysen ist auch der Urgrossvater der meinigen.»

In seiner Jubelschrift im Auftrag der philosophischen Fakultät geht der Rektor im gleichen Jahr noch eingehender auf die familiären Bande ein: «Acht Mitglieder der Familie [Bernoulli] haben sich durch ihre Leistungen in der Mathematik einen rühmlichen Namen erworben, und darunter sind drei Mathematiker des ersten Ranges. Der mathematische Lehrstuhl an der vaterländischen Universität war während eines Zeitraums von 105 Jahren von einem Bernoulli besetzt [. . .].» Beeindruckend, gewiss. Nur dürften hier so manche Nachgeborene sogleich fragen – spricht dies für die Familie oder doch eher gegen die gesellschaftlichen Zustände von damals?

## Stand der Forschung

Während Peter Merian die enge familiäre Verbindung als unerlässliche Stütze der Universität betont, steht diese Sichtweise also in einem Spannungsverhältnis zu den Postulaten der Chancengerechtigkeit. Wohlbermerkt: Dass Eltern ihr Wissen und ihre Erfahrungen an ihre Kinder weitergeben, dass ihnen das Wohl der Nachgeborenen am Herzen liegt, ist wahrgenommene Verantwortung in einer liberalen Gesellschaft. Wenn aber talentierte Kinder aus einfachem Elternhaus ihr Potenzial der Herkunft wegen nicht ausschöpfen können, dann widerspricht das einer liberalen Gesellschaft mit intakten Aufstiegschancen. Das meritokratische Postulat garantiert, dass sich jede Person einen hohen sozialen Status erarbeiten kann, unabhängig von Privilegien qua Geburt wie etwa Vermögen, Bildungszugang oder Beziehungen. Diese gesellschaftliche Durchlässigkeit muss in beide Richtungen gewährleistet sein, also salopp formuliert: Aufstieg dank Leistung und Zerfall durch Müsiggang.

Der Forschungsstand zur sozialen Mobilität in der Schweiz ist bisher noch sehr lückenhaft. Die meisten existierenden Studien berichten von eher geringeren Aufstiegschancen. Demnach vererben sich rund 45

Prozent des Erfolgs der Gegenwartsgeneration durch den Erfolg der Eltern – dies wäre im besten Fall internationales Mittelfeld. Während dieser Wert in skandinavischen Ländern deutlich tiefer liegt, zeichnen sich vor allem die USA durch eine noch höhere intergenerationelle Beharrlichkeit aus.

Auch das Schweizer Bildungssystem wird gerne dafür kritisiert, dass der Bildungsstand der Kinder stark durch den Bildungsstand ihrer Eltern geprägt werde. Dies hat zuletzt eine Studie des Schweizerischen Wissenschaftsrats von 2018 gezeigt. So erwerben durchschnittlich 35,7 Prozent aller Kinder in der Schweiz einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Bei Kindern mit Eltern, die über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, sind es jedoch lediglich 13,5 Prozent, während es bei solchen mit gut gebildeten Eltern 51,8 Prozent sind.

Thomas Manns Verdienst

Die bisherigen Studien lassen allerdings Entscheidendes unberücksichtigt. Man könnte es den Buddenbrooks-Effekt nennen. Was ist damit gemeint?

Thomas Manns mit dem Nobelpreis geehrter Gesellschaftsroman erzählt vom allmählichen, sich über vier Generationen hinziehenden Niedergang einer einflussreichen Lübecker Kaufmannsfamilie. Interessant sind dabei nicht nur die facettenreiche Familiengeschichte der Buddenbrooks, die gesellschaftliche Rolle und das Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, sondern auch der parallele Auf- und Abstieg anderer sich rivalisierender Familien. So durchleben etwa alle drei Familien, die nacheinander das Haus an der Mengstrasse besitzen, dieselbe zyklische Geschichte von Erfolg und Misserfolg: Der erfolgreiche Johann Buddenbrook kauft das Haus dem damals bereits erfolglosen Dietrich Ratenkamp ab, während die Buddenbrooks zwei Generationen später in ähnlicher Weise von der Familie Hagenström als Hausbesitzer abgelöst werden.

Die Familiengeschichte hat durchaus einen wichtigen Einfluss auf den Erfolg und damit den sozialen Status des einzelnen Individuums. Thomas Buddenbrook vergleicht in einem Brief an seine Tochter Antonie (genannt Tony) die Familienbande mit einer Kette: «Wir sind, meine liebe Tochter, nicht *dafür* geboren, was wir mit kurzsichtigen Augen für unser eigenes, kleines, persönliches Glück halten, denn wir sind nicht lose, unabhängige und für sich bestehende Einzelwesen, sondern wie Glieder in einer Kette, und wir wären, so wie wir sind, nicht denkbar ohne die Reihe derjenigen, die uns vorangingen und uns die Wege wiesen [ . . . ].» Deshalb erweisen sich kurzfristige Betrachtungen des gesellschaftlichen Erfolgs von einer Generation zur nächsten für die Beurteilung der sozialen Mobilität als trügerisch. Denn die so gemessenen Abhängigkeiten überschätzen die Beharrlichkeit, weil man den gesellschaftlichen Auf- und Abstieg der Familien über die Generationen selbst vernachlässigt. [Unsere Analyse](#) bestätigt: Der Einfluss der Grosseltern auf den Erfolg der gegenwärtigen Generation verwässert sich bereits um die Hälfte, während für die Urgrosseltern gar keine statistisch zuverlässige Abhängigkeit mehr besteht. Die obengenannten Studien krankten also an einer allzu statischen Betrachtung. Damit gelingt es ihnen nicht, die längerfristige gesellschaftliche Dynamik zu begreifen, die für die Bewertung der sozialen Mobilität von entscheidender Bedeutung ist.

Die Innovation der Studie

Wie sind wir vorgegangen, um die langfristige soziale Mobilität zu messen? Da über die lange Frist keine zuverlässigen Einkommensdaten existieren, mit der die Generationen verknüpft werden könnten, bedienen wir uns einer innovativen Methode, die mittels Nachnamen die Verfolgbarkeit der Sippe erlaubt. Mithilfe der Nachnamen konnten wir über 15 Generationen bis zurück ins Spätmittelalter identifizieren und Informationen erhalten, die sich anhand eines einzelnen Statusindikators wie des Einkommens nicht messen lassen.

Zu diesem Zweck werteten wir die Rektoratsmatrikel der Universität Basel bis kurz nach ihrer Eröffnung im Jahr 1460 aus. Es geht also um die Frage der gesellschaftlichen Durchlässigkeit des Zugangs zur universitären Bildung. Und es lässt sich überdies zeigen, dass der Bildungszugang bemerkenswert eng mit anderen Statusindikatoren korreliert.

Seit 1550 waren 142 792 Studenten an der Universität Basel eingeschrieben, davon 31 275 Basler.

Gleichzeitig wurden in Basel mehr als eine halbe Million Geburten registriert. Mit diesen Jahreswerten über knapp 500 Jahre lässt sich der Auf- und Abstieg der einzelnen Familien über Generationen verfolgen.

Wir können zeigen, dass die so gemessene soziale Mobilität für die jeweils erste Generation bei 60 Prozent liegt, während sie für die Grosseltern bereits auf über 80 Prozent ansteigt. Weniger als 20 Prozent des Erfolgs der gegenwärtigen Generation lässt sich auf die familiären Bande mit den Grosseltern zurückführen. Für die Urgrosseltern ist die Abhängigkeit gänzlich verwässert – die familiäre Zugehörigkeit hat keine Bedeutung mehr. Quervergleiche mit anderen Statusindikatoren wie Zunftmeister oder Erbschaftssteuern bestätigen unsere Resultate.

## **Im 19. Jahrhundert war der «Daig» an der Basler Uni am stärksten vertreten**

Überrepräsentation der «Daig»-Familien an der Universität Basel verglichen mit der Gesamtbevölkerung 158416141644167417041734176417941824185418841914194419742004051015

Lesebeispiel: 2004 waren Studierende mit «Daig»-Familiennamen 10 Mal stärker an der Universität Basel vertreten als die restliche Basler Bevölkerung. – «Daig»-Familiennamen: Bernoulli, Burckhardt, Christ, Faesch, Iselin, La Roche, Lichtenhahn, Merian, Oeri, Sarasin, Schlumberger, Socin, Staehelin, Vischer, Von der Mühl, Wackernagel.

Quelle: Häner & Schaltegger (2020)

NZZ / bsk.

Die starken Familienbande, die Peter Merian 1860 an der Universität Basel erwähnt, finden wir bei 16 ausgewählten Familien auch in unserer Analyse wieder. Wie die Abbildung zeigt, sind die sogenannten «Daig»-Familien im gesamten Zeitraum im Durchschnitt an der Universität Basel überrepräsentiert. Das heisst, dass deren Nachnamen unter den Immatrikulierten der Universität Basel in der jeweiligen Generation häufiger vorkommen, als die Häufigkeit unter den Neugeborenen erwarten liesse. Dabei handelt es sich um einen Durchschnitt. Für die einzelnen Familien zeigen sich dabei sehr unterschiedliche Muster des Auf- und Abstiegs.

Weiter gilt es zu beachten, dass diese Teilanalyse nur sehr ausgewählte Familien von hohem sozialem Status umfasst. Unser Nachnamensansatz erlaubt es uns jedoch, alle Familien zu berücksichtigen und damit eine durchschnittliche soziale Mobilität über 15 Generationen zu messen.

Grafik

Quelle: Häner & Schaltegger (2020), die Abbildung zeigt die mittlere relative Vertretung der sogenannten «Daig»-Familien an der Universität Basel. Dazu gehören die Familien Bernoulli, Burckhardt, Christ, Faesch, Iselin, La Roche, Lichtenhahn, Merian, Oeri, Sarasin, Schlumberger, Socin, Staehelin, Vischer, Von der Mühl und Wackernagel.

Konklusion

Während also für ausgewählte Familien eine hohe Beharrlichkeit gemessen wird, liegt die durchschnittliche Mobilität für die Gesamtgesellschaft seit dem Spätmittelalter bei rund 60 Prozent.

Was zeigt uns die Analyse der sozialen Mobilität seit dem Spätmittelalter? Um die Chancengerechtigkeit in der Schweiz ist es keineswegs schlecht bestellt. Dies bestätigt auch die aktuelle Studie der St. Galler Forscher Patrick Chuard und Veronica Grassi. Wichtig für eine belastbare Einschätzung ist dabei allerdings, nicht nur die kurzfristige Abhängigkeit zu betrachten, sondern die gesellschaftliche Dynamik des Auf- und Abstiegs von Familien zu berücksichtigen.

Bleibt der Buddenbrooks-Effekt unberücksichtigt, wird die soziale Mobilität unterschätzt. Bereits nach drei Generationen stimmt das geflügelte Wort aus Goethes «Faust»: Name ist Schall und Rauch.

Christoph A. Schaltegger ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität Luzern. Melanie

Häner M.A. ist Doktorandin an der Universität Luzern

ZUWANDERUNGSGESELLSCHAFTEN:

# Die vernachlässigte Mehrheit

- VON GERALD WAGNER
- -AKTUALISIERT AM 05.01.2021-13:03



Das einseitige Interesse der politischen Theorie an Minderheitenrechten beginnt sich zu rächen. Zwei Wissenschaftler haben sich deshalb mit dem Schutz von Mehrheiten beschäftigt.

Minderheiten müssen in modernen Gesellschaften geschützt werden. Das dürfte unstrittig sein. Aber müsste es nicht auch einen Schutz der Mehrheiten geben? Die Frage zielt nicht auf Selbstverständlichkeiten wie den Schutz der gesetzestreu Mehrheit vor der kriminellen Minderheit. Man muss sie stattdessen mit dem Fokus auf Kultur, Religion und gesellschaftliche Normen stellen, und schon tritt ihre politische Brisanz zutage. Ist die Erwartung der Mehrheit, dass sich die Angehörigen zugewanderter Minderheiten von der Kultur der Mehrheit leiten lassen sollen, selbst ein schützenswertes Gut? Man könnte diese Erwartung gut politisch begründen beziehungsweise ihr damit die Brisanz nehmen, indem man das demokratische Mehrheitsprinzip auch auf Kultur, Religion und Moral ausdehnt. Die Härte der politischen Auseinandersetzungen um diese aktuellen Herausforderungen multikultureller Gesellschaften macht das Fehlen einer soziologisch fundierten Theorie zu einem möglichen Ausgleich von Mehrheits- und Minderheitsrechten schmerzlich bewusst.

Ruud Koopmans und Liav Orgad vom Wissenschaftszentrum Berlin haben jetzt versucht, diese Lücke zu schließen. Die rapide sich verändernde Wirklichkeit der europäischen Zuwanderungsgesellschaften verlange eine Neuvermessung der Rechte eingewanderter Minderheiten und alteingesessener Mehrheiten. Koopmans und Orgad wissen natürlich, dass eine normative Lösung für dieses Problem äußerst heikle Fragen im Verhältnis von Politik und Recht berührt. Aber ausgehend von ihrer Überzeugung, dass der Multikulturalismus „ein Eigenleben begonnen hat und zu weit in nur eine Richtung“ gegangen sei, fordern sie ein Nachdenken über die Frage, wo Mehrheiten verletzbar geworden sind und daher ihrerseits Schutz benötigen.

## Respekt für die eigene Kultur erwarten

Dabei gelten soziale Majoritäten in der politischen Theorie nicht als besonders schützenswert. Doch die Annahme, dass sich die Mehrheit schon selbst helfen kann und darum auch keine sozialen Schutzrechte brauche, sei nicht mehr selbstverständlich. Das bestätige nicht nur ein Blick auf die politischen Forderungen rechtspopulistischer Parteien. Auch die soziologische Forschung könne bestätigen, dass Zuwanderung und das sie begleitende Anwachsen von Minderheitsrechten dazu führe, dass sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaften zumindest so fühlten, als wären sie bereits „Fremde im eigenen Land“, als müsste sich die Mehrheit der Minderheit anpassen. Ob das wirklich zutrifft, schreiben Koopmans und Orgad, sei natürlich eine empirische Frage, aber bereits die Überzeugung, es sei bereits so, schaffe gesellschaftliche und politische Realitäten. Wenn etwa Frankreich sein Selbstverständnis als laizistischer Staat aufgeben solle, um damit Minderheitsansprüche aus seiner multikulturellen Gesellschaft anzuerkennen, dann berührt das unmittelbar die Interessen einer Mehrheit, die sich diesem Selbstverständnis auf eine quasi religiöse Weise

verbunden fühlt. Wenn zugewanderte Minoritäten also das Recht hätten, ihre religiöse Identität zu behalten, warum sollten es dann Majoritäten nicht auch haben?

Es gebe nun einmal einen „Integrationsvertrag“, den jeder Zuwanderer implizit unterschreibe, und der verlange von ihm die Anerkennung der universalen Werte wie der partikularen Kultur des Landes, das ihn aufgenommen habe. Warum? Einfach weil die Menschen, die hier schon leben und die Mehrheit des Staatsvolkes bilden, die Dinge hier eben so gemacht haben, so die Autoren. Die Sache läge sicher anders, wenn die Mehrheit die Migranten aufgefordert hätte, einzuwandern, etwa um bestimmte wirtschaftliche oder demographische Defizite zu beseitigen. Man könne den Zuwanderern auch nicht das Recht absprechen, selbst dafür zu sorgen, langfristig einen demographischen Wandel herbeizuführen, der sie selbst zur Mehrheit werden lassen könnte. Aber die Gegenwart der Migrationsgesellschaft sei eben ein Kampf der Partikularismen, der nicht durch den Rückgriff auf universelle Werte entschieden werden könne, sondern durch das Recht der Mehrheit. Diese Mehrheit, argumentieren Koopmans und Orgad, könne Respekt für ihre Kultur erwarten, auch wenn diese nicht „universell gerechtfertigt“ werden könne. Genauso wenig wie die zugewanderte Minorität sich zum Schutz ihres kulturellen „way of life“ ihrerseits universeller Rechtfertigungen bedienen müsste.

Nichtuniverselle Begründungen klingen vielleicht nicht besonders großartig: Weil wir das hier schon immer so gemacht haben, weil das zu uns gehört, weil wir das so gut finden, weil wir eben wir sind und uns auch nicht ändern wollen: Können solche traditionalistischen Formeln soziale und politische Konflikte lösen, wie sie unsere Migrationsgesellschaften zunehmend prägen? Auf jeden Fall, so Koopmans und Orgad, muss eine gute politische Theorie in der sozialen Wirklichkeit verwurzelt sein. Wenn also kulturelle Mehrheiten in den westlichen Migrationsgesellschaften den Verlust ihrer kulturellen Identität befürchten und darum Zuwanderung mit Hilfe politischer Mehrheiten massiv einschränken oder gleich ganz beenden wollen, muss die Theorie darauf reagieren.

*Ruud Koopmans, Liav Orgad: Majority - Minority Constellations: Towards A Group-Differentiated Approach. WZB Discussion Paper SP VI 2020-104.*

# Gemeinsame Schulden – für die Renten in Südeuropa

Stand: 13:12 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Dorothea Siems** Chefökonomin



Schiefer Turm von Pisa: Bei den Renten in Europa gibt es ein Ungleichgewicht

Quelle: Getty Images

Die EU schickt sich an, erstmals gemeinsam im großen Stil Schulden aufzunehmen. Das Ziel ist, mit dem Geld die Krisenstaaten im Süden zu unterstützen. Doch schon jetzt zeigt sich, dass das Geld auch dafür genutzt werden soll, die dortigen Sozialsysteme zu stützen.

Die Franzosen sind Europameister, wenn es darum geht, wo Senioren ihre Rente am längsten genießen können. Männer beziehen ihr Altersgeld im Schnitt 22,7 Jahre, Frauen kommen sogar auf 26,9 Jahre. Auch in Griechenland, Italien und Spanien dauert der Ruhestand ungewöhnlich lange, wie Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen.

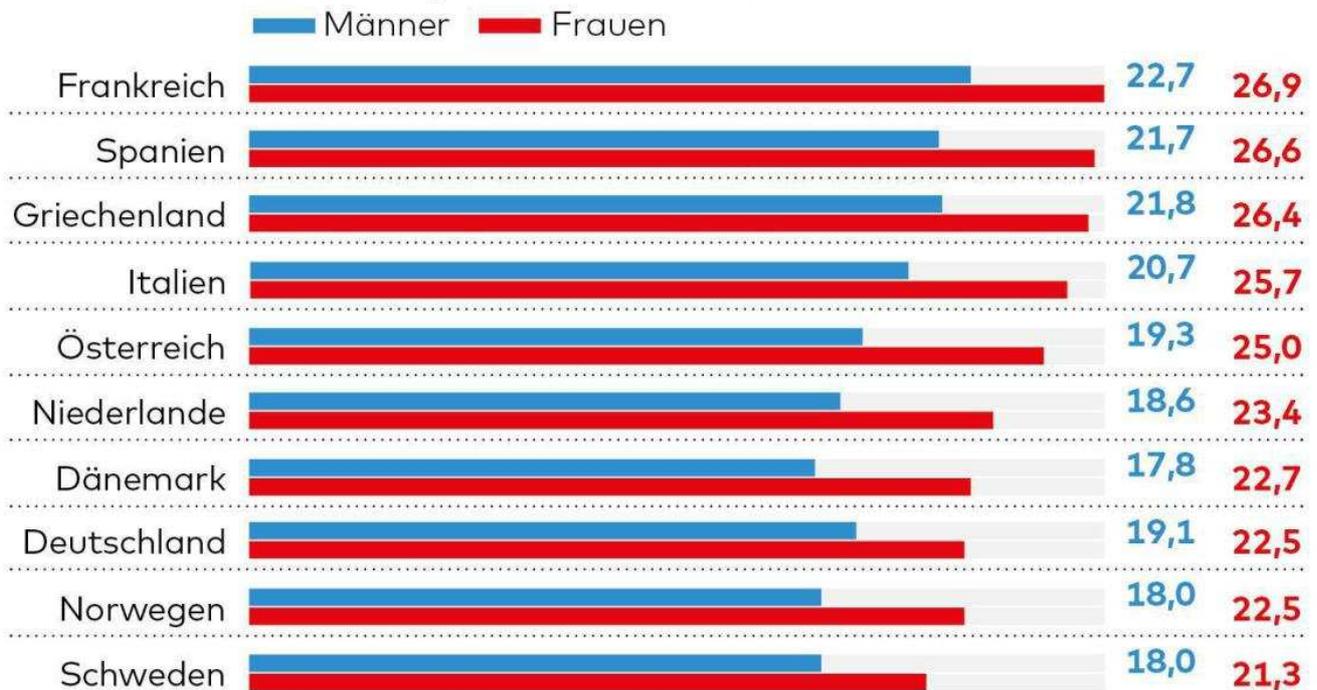
In all diesen Staaten sind die Männer rund 21 Jahre in Rente, die Frauen bekommen ihre Altersbezüge im Durchschnitt mehr als ein Vierteljahrhundert lang. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2018, aktuellere Daten liegen noch nicht vor. Nun allerdings stehen sie in einem politisch brisanten Zusammenhang.

Die EU schickt sich an, erstmals gemeinsam im großen Stil Schulden aufzunehmen. So will sie Staaten unterstützen, die von der Corona-Krise besonders hart getroffen wurden. Italien erhält den größten Anteil, es profitiert wie Spanien und Frankreich deutlich überproportional von den nicht rückzahlungsfreien Zuschüssen aus dem Wiederaufbaufonds.

Die Hilfgelder sollen eigentlich vor allem für Zukunftsprojekte wie Digitalisierung und Klimaschutz aufgewandt werden. Doch mit der neuen EU-Finanzierungsquelle haben die Mitgliedstaaten künftig mehr Spielraum, ihre nationalen Haushalte nach politischen Prioritäten umzuschichten.

## So lange beziehen die Europäer Rente

Erwartete Rentenbezugsdauer in Jahren, Stand 2018



**welt**

Quelle: OECD

Quelle: Infografik WELT

Und Spaniens Linkskoalition etwa hat kürzlich einen Haushaltsplan für 2021 beschlossen, der eine Steigerung der Sozialausgaben um zehn Prozent vorsieht: auf 239 Milliarden Euro. Die Rente ist in Spanien wie anderswo in der EU der gewichtigste Posten im Sozialbudget. Die Regierungen tun sich schwer, die Alterssicherung an die demografischen Veränderungen anzupassen.

Für die Finanzstabilität der Euro-Zone sei das eine Gefahr, sagt der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, Leiter des Zentrums für Generationenverträge an der Freiburger Universität, WELT AM SONNTAG. Einer Gefahr, die etwa von Frankreichs oder Italiens Rentensystem für die Währungsunion ausgehe. „Schließlich liegt in diesen beiden Ländern nicht nur das Rentenzugangsalter niedriger als hierzulande, sondern ist auch die Rente im Verhältnis zu den Löhnen viel höher.“

Raffelhüschen verweist auf den Ageing Report der EU von 2018, der die Tragfähigkeit der Alterssicherungssysteme dargestellt hat. Demnach beträgt die Nettoersatzquote für Durchschnittsverdiener

in Frankreich 67,7 Prozent, in Italien sogar 79,7 Prozent, während die Deutschen nur 50 Prozent bekommen. „Trotzdem haben sowohl Frankreich als auch Italien Berechnungen zur langfristigen Entwicklung ihrer Rentensysteme nach Brüssel gemeldet, nach denen es in Zukunft sogar Finanzüberschüsse geben soll“, sagt Raffelhüschen. Er spricht von „manipulierten Berechnungen“.

Auch der Wirtschaftsrat der CDU ist alarmiert. „Es gibt in Europa einige Schief lagen, die Steuerzahler, Sparer und Rentner aus den solideren Mitgliedsländern mit gutem Recht als sehr ungerecht empfinden müssen“, sagt der Generalsekretär des parteinahen Interessenverbandes, Wolfgang Steiger.

Es sei kaum vermittelbar gegenüber Arbeitnehmern in Ländern wie Deutschland oder Schweden, dass sie nicht erst seit Beginn der Euro-Krise Länder wie Italien und Spanien unterstützten, aber bei der Rente deutlich schlechtergestellt würden. Steiger rügte zudem, dass Italien die wegen seiner hohen Haushaltsdefizite auferlegte und beschlossene Rentenreform nach einem Regierungswechsel wieder zurückgenommen habe.

### **Hart verteidigter Besitzstand**

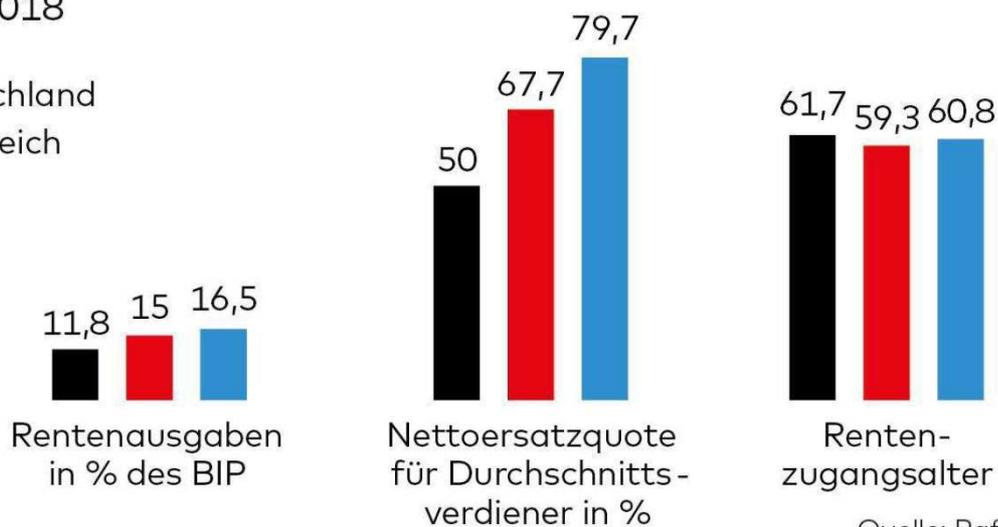
Seit dem vergangenen Jahr ist eine Frührente wieder mit 62 Jahren möglich, ohne Abschläge. „Konsequenzen aus diesem Bruch eingegangener Verpflichtungen gab es für die römische Regierung aus Brüssel überhaupt keine“, kritisiert Steiger. Die Gefahr, die Raffelhüschen wie Steiger sehen: je großzügiger die Rentenregelungen, desto größer die Finanzprobleme, die alternden Gesellschaften auf lange Sicht drohen. Dazu kommt die Tatsache, dass der frühe Ausstieg aus dem Arbeitsleben eine Art Besitzstand ist, der nach Kräften verteidigt wird.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat seinen Plan, das Renteneintrittsalter um zwei Jahre auf 64 zu erhöhen, nach heftigen Protesten im vergangenen Frühjahr wieder zurückgenommen. In Italien haben frühere Regierungen zwar die Altersgrenze bis auf 67 Jahre nach oben geschraubt.

# Deutsche Rentner bekommen weniger

Stand 2018

■ Deutschland  
■ Frankreich  
■ Italien



Quelle: Raffelhüschen, Stiftung Marktwirtschaft

## **WELT**

Quelle: Infografik WELT

Doch bevor die Anhebung Wirkung entfalten konnte, drehte Rom sie im vergangenen Jahr wieder zurück. Nur in Griechenland, wo in der Schuldenkrise die ausländischen Gläubiger harte Sparauflagen erzwungen hatten, hält die konservative Regierung trotz der von Gewerkschaften organisierten Proteste an der schrittweisen Einführung der Rente mit 67 fest.

Das ist eine beachtliche Wende, waren die Griechen doch noch 2015 heftig gerade auch von den Deutschen dafür gescholten worden, dass die Beschäftigten der Privatwirtschaft mit 60,6 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden konnten und der öffentliche Dienst in der Regel sogar schon mit 56 Jahren aufhörte zu arbeiten.

Das Heraufsetzen der gesetzlichen Altersgrenze garantiert allerdings nicht, dass längeres Arbeiten auch zur Normalität wird. So gibt es in den meisten EU-Ländern nach wie vor die Möglichkeit, vorzeitig in Rente zu gehen. Und gerade in Südeuropa ist das leicht möglich, weshalb die Frührente nicht die Ausnahme ist, sondern eher die Regel.

In Italien ist die Lücke zwischen dem regulären Renteneintrittsalter und dem realen Zeitpunkt, zu dem die meisten Arbeitnehmer in den Ruhestand gehen, besonders groß. Die OECD fordert das hoch verschuldete Land seit Jahren auf, sie zu verringern. Auf dem Papier steht Italien zwar als großer Rentenreformer da, denn nach der Rente mit 67 hat es inzwischen sogar beschlossen, die Altersgrenze an die steigende Lebenserwartung zu koppeln.

Wer etwa mit 22 Jahren ins Berufsleben einsteigt, soll später erst mit 71 Jahren regulär in Rente gehen können. Solche Härten liegen meist weit in der Zukunft, für die heutigen Älteren hat sich kaum etwas verändert. In Frankreich dagegen resultiert die extrem lange Rentenbezugsdauer aus der extrem niedrigen

regulären Altersgrenze: Mit 62 Jahren kann man in Frankreich abschlagsfrei in den Ruhestand gehen, wenn man mindestens 41,5 Beitragsjahre vorweisen kann. Für viele Berufsgruppen – wie etwa Eisenbahnangestellte – gibt es Sonderregelungen, die einen Ausstieg schon unter 60 erlauben.

In Deutschland gibt es die volle Rente dagegen erst nach 45 Jahren. Der früheste Ausstieg aus dem Arbeitsleben verschiebt sich schrittweise in Richtung 65 Jahre. Dass die Südeuropäer ihre Rente vergleichsweise lange beziehen, liegt nicht nur an der Sozialpolitik. Eine Rolle spielt auch, dass die Lebenserwartung in diesen Ländern höher ist als im Norden. Italien steht bei den Männern europaweit mit 81 Jahren vorne, die Frauen werden in Spanien so alt wie nirgendwo sonst in der EU: 86 Jahre.

Deutschland dagegen liegt mit 78,9 Jahren bei Männern und 83,6 Jahren bei Frauen knapp unter dem EU-Durchschnitt. Das heißt: Wenn Italien und Spanien den Einstieg ins Rentnerdasein von der Lebenserwartung abhängig machen würden, wie Experten es fordern, dann müssten die Beschäftigten dort länger arbeiten als anderswo.

# Wie der Duden zur Dudin wird

Stand: 13:50 Uhr | Lesedauer: 10 Minuten

Von Marcus Lorenz



Vorauselndes Gendern: „Altkanzlerin“ steht schon im Duden

Quelle: Bibliographisches Institut/Duden; Montage: Infografik WELT

Die Duden-Redaktion gendert jetzt 12.000 Berufsbezeichnungen im Wörterbuch. Linguisten kritisieren das als unwissenschaftlich – einer spricht von „Fake und Trump-Manier“. Tatsächlich widerspricht es dem Sprachgebrauch. Doch es gibt Wörterbuch-Alternativen.

Es gibt Ansichten, bei denen Sprachwissenschaftler und Deutschlehrer sich an den Kopf fassen. Dazu gehört die Behauptung einiger Befürworter des Genderns, ein Wort wie *Mieter* habe nur die Bedeutung „Männer“. Nun ist diese These leicht zu widerlegen, der Sprachgebrauch liefert eine unermessliche Zahl an Gegenbelegen. Zum Beispiel diese Überschrift, die kürzlich in der WELT stand: „Ausquartiert? Das sind Ihre Rechte als Mieter“. Oder: „Drei Monate lang sollen Mieter weniger zahlen dürfen, so der Plan der Regierung“ aus der FAZ.

Das Bürgerliche Gesetzbuch eignet sich ebenfalls, denn in Paragraf 535 ist lediglich vom Mieter die Rede. Das Gesetz gilt bekanntlich für Männer und Frauen. Oder aber man schlägt ein Wörterbuch auf, etwa das aktuelle Deutsche Universalwörterbuch des Duden-Verlags. Da steht auf Seite 1213 unmissverständlich: „Mieter, der; -s, -: jmd., der etwas gemietet hat“. Von „Mann“ oder „Männern“ steht da nichts.

Der Verweis aufs Wörterbuch muss wohl künftig entfallen, zumindest was das Online-Lexikon [www.duden.de](http://www.duden.de) betrifft. Denn die Duden-Redaktion schreibt – von der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbemerkt – seit 2020 auf ihrer Website Definitionen von Wörtern wie *Mieter*, *Steuerzahler*, *Sportler*, *Arzt*, *Politiker* um.

Laut Duden-Online ist ein *Mieter* nun nicht mehr „jemand, der etwas gemietet hat“, sondern eine „männliche Person, die etwas gemietet hat“. Alle 12.000 Personen- und Berufsbezeichnungen der Online-Datenbank sollen in dieser Art geändert werden, wie der Verlag der WELT auf Anfrage mitteilt. Künftig soll es einen Wort-Artikel für *Arzt* (nur noch „männlich“) und einen für *Ärztin* geben.

Damit verschwindet de facto das „generische Maskulinum“ bei Personenbezeichnungen von der Website [www.duden.de](http://www.duden.de). Als „generisches Maskulinum“ bezeichnet man ein Wort, das eine geschlechtsneutrale Bedeutung hat und sich weder nur auf Männer noch nur auf Frauen bezieht.

Die Arbeiten sollen 2021 abgeschlossen werden, so der Verlag. Zur Begründung heißt es unter anderem: „Die männlichen Formen waren nie geschlechtsneutral, wir präzisieren im Rahmen der kontinuierlichen redaktionellen Arbeit an unseren Inhalten lediglich die Bedeutungsangaben.“ Und das bringt Sprachwissenschaftler nun richtig auf die Palme.

## „Irreführung des Lesers“

Der Potsdamer Linguist Peter Eisenberg bezeichnet die neuen Worteinträge als „Irreführung des Lesers“. „Es ist eine richtige Falschmeldung, dass Wörter wie *Mieter*, *Arzt*, *Schüler* und so weiter nur eine männliche Lesart haben sollen.“ Die neuen Definitionen seien alle falsch, so Eisenberg. „Und das weiß der Duden auch.“

Die Aussage des Verlags, die maskulinen Formen seien „noch nie geschlechtsneutral“ gewesen, nennt der Grammatiker „skandalös“. Die Wörter seien selbstverständlich alle spezifisch männlich und generisch, also geschlechtsneutral verwendbar. Von der Sprachgemeinschaft würden sie natürlich auch so gebraucht.

Maskulina mit dem Suffix *-er* wie *Lehrer, Schüler, Richter, Zuschauer*, von denen es ein paar Tausend gebe, seien das Paradebeispiel, so Eisenberg. „Wenn Sie sagen, Wer geht zum Bäcker?, dann ist das eine generische Verwendung. Genauso im Satz Zwei Drittel der Berliner Richter sind Frauen. Sagen Sie aber, Er ist Bäcker, ist die Lesart männlich.“

Eisenberg wettet: „Wenn das in einem Wörterbuch stehen würde, das Sie für Euros erwerben, ist das klarer Betrug. Denn der Käufer muss erwarten können, dass er ein Wörterbuch kauft, das sachlich richtig ist. So kann man nur sagen, das ist Fake und Trump-Manier.“

Auch die Münchner Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Leiss kritisiert das Umschreiben der Definitionen scharf. Es sei grotesk und absolut unverantwortlich zu behaupten, Lexeme wie *Schüler, Arzt* oder *Mieter* hätten keine geschlechtsabstrahierende Bedeutung, sagt sie. Die Duden-Redaktion sei dem „aktuellen Gender-Unsinn“ offenbar vollends verfallen. Und Ewa Trutkowski, Sprachwissenschaftlerin an der Freien Universität Bozen, erklärt im WELT-Interview, die geänderten Definitionen würden nicht die sprachliche Realität abbilden. Der Duden unterschlage wesentliche Bedeutungsaspekte dieser Nomen.

Doch beim Umschreiben von Wortdefinitionen belässt es der Duden nicht. Wer auf [www.duden.de](http://www.duden.de) beispielsweise den Eintrag *Schülerin* aufruft, findet dort inzwischen Empfehlungen wie aus dem Gendersprache-Leitfaden. Die Webseite rät: „Um gehäuftes Auftreten der Doppelform *Schülerinnen* und *Schüler* zu vermeiden, können die Ausweichformen *Schülerschaft* oder *Lernende* gewählt werden.“ Der Plural *Schüler* für Mädchen und Jungen, das generische Maskulinum also, wird gar nicht erst vorgeschlagen.

Dazu passt dann auch die Bilderwelt der Website. Grammatisch maskuline Personenbezeichnungen werden auf [www.duden.de](http://www.duden.de) ausschließlich mit Männern oder Jungen illustriert. Gegenüber der WELT erklärt der Verlag, es sei für „die Nutzer/-innen“ der Webseite kaum nachvollziehbar, wenn bei solchen Worteinträgen eine weibliche Person zu sehen sei. Die Linguistin Ewa Trutkowski sieht das kritisch: „Die Abbildungen verfestigen die spezifisch männliche Interpretation und lassen die generische außen vor“, sagt sie.

Welche Position die kleine Berliner Duden-Redaktion in Sachen Gendersprache vertritt, ist längst kein Geheimnis mehr: Als 2020 der Rechtschreib-Duden erscheint, enthält der Band erstmals ein Kapitel zu Gendersternchen und Binnen-Is. Über die eigentlich bekannten gravierenden grammatischen Probleme, die solche Genderzeichen mit sich bringen, verliert der Duden kein Wort.

Dafür wird im Gender-Kapitel behauptet, um Gleichstellung zu realisieren, sei der Sprachgebrauch „ein relevanter Faktor“. Bereits 2018 warb Redaktionsleiterin Kathrin Kunkel-Razum für Gendersterne im amtlichen Regelwerk für die deutsche Rechtschreibung. Man könne Frauen „wahnsinnig gut verstecken im generischen Maskulinum“, sagte sie damals in einem Interview. Aktuell gibt der Duden-Verlag gleich drei Ratgeber zum Gendern heraus; und im Online-Shop auf [www.duden.de](http://www.duden.de) heißen Autoren „Autor\*in“, der Duden-Verlag ist die oder der (?) „Herausgeber\*in“ .

## **Die ominösen „Studien“**

Wo der Verlag sich verortet, zeigt unmissverständlich auch die Antwort an WELT. Nicht nur bestreitet die Redaktion die generische Bedeutung von Begriffen wie Schüler. Sie verweist bei der Begründung für das Umschreiben der Definitionen auf den Band „Genderlinguistik“ von Helga Kotthoff und Damaris Nübling.

Zudem beruft sich der Verlag auf Studien, die angeblich zeigen sollen, dass das generische Maskulinum keine geschlechtsneutrale Bedeutung habe. Wie falsch das ist, zeigt schon ein einfacher Satz wie „Jeder Bürger sollte entscheiden können, ob er sich impfen lässt.“ Oder: „Das ändert sich 2021 für Ärzte.“

Für Peter Eisenberg steht fest, was die Duden-Redaktion betreibt, ist eine Form des Kampfes gegen das generische Maskulinum. „Die Redaktion versucht, in der Öffentlichkeit das generische Maskulinum zu dezimieren. Nichts anderes passiert hier.“ Wörterbücher seien sehr wichtig für den Sprachgebrauch, so der Wissenschaftler. Und mit dem Online-Wörterbuch versuche man nun, den allgemeinen Sprachgebrauch zu beeinflussen.

Die Linguistin Ewa Trutkowski sieht es ähnlich. Der Duden missbrauche seine ihm häufig zugeschriebene Deutungs- und Definitionshoheit über die deutsche Sprache, um

eine wissenschaftlich einseitige Sichtweise zu propagieren und die generische Lesart maskuliner Nomen formal verschwinden zu lassen, sagt sie WELT. De facto besitzt der Duden jedoch weder Deutungs- noch Definitionshoheit über die deutsche Sprache. Die besitzt allein die Sprachgemeinschaft, unter anderen 100 Millionen Muttersprachler des Deutschen weltweit.

Man muss kein Sprachwissenschaftler sein, um einzusehen, dass an einem deutschen Wörterbuch ohne generisches Maskulinum etwas ganz gewaltig nicht stimmen kann. Denn die Sprachbenutzer des Deutschen verwenden das Ausdrucksmittel unentwegt. Sie gehen *zum Arzt*, ärgern sich über ihre lauten *Nachbarn*, und ein Telefonanbieter teilt ihnen mit: „Ihr Gesprächspartner ist zurzeit leider nicht erreichbar.“

Dass die umgeschriebenen Definitionen inkorrekt sind, ist auch leicht zu zeigen. Ein Satz wie „Die meisten Diebe sind Männer“ wäre sinnlos, wenn *Diebe* sich nur auf Männer beziehen würde. Doch genau das sagt die neue Wortdefinition auf [www.duden.de](http://www.duden.de): *Dieb* wird definiert als „männliche Person, die fremdes Eigentum heimlich entwendet“.

Bekanntlich können wir von *männlichen Sängern*, *weiblichen Demonstranten* oder *weiblichen Politikern* sprechen, wie wir ja von *weiblichen Mördern* oder *männlichen Mördern* reden können. Die Unterscheidung *weibliche Mörder* vs. *männliche Mörder* z. B. ergibt aber nur deshalb Sinn, weil Mörder an sich über das Geschlecht noch nichts aussagt.

## **Der Mord am „Mörder“**

Der Online-Duden indes definiert *Mörder* als „männliche Person, die gemordet, einen Mord begangen hat“. In dieser Logik ist ein *weiblicher Mörder* dann eine „weibliche männliche (sic!) Person, die gemordet, einen Mord begangen hat“.

Wenn der Duden WELT schreibt, die Bedeutungsangaben würden auf „redaktionellen Recherchen zum aktuellen Sprachgebrauch“ basieren, muss man sich fragen, wo recherchiert wird. Und welche Schlussfolgerungen für die Bedeutungsangaben eines Wörterbuchs das zulässt.

Die erdrückende Mehrheit der deutschsprachigen Medien verwendet bei Personenbezeichnungen fast immer das generische Maskulinum. Ob WELT, F.A.Z., Spiegel Online, WDR 2, BILD, RTL, Tagesschau, Trierischer Volksfreund, Süddeutsche oder Ärztezeitung: Überall warnen *Experten*, versammeln sich *Demonstranten*, appellieren *Politiker*, geht es um ihr Recht als *Verbraucher*. Täglich liest man von *Umweltschützern*, *Corona-Leugnern*, *Covid-Patienten*, *Ärzten*, *Reiserückkehrern*, *Flüchtlingen*, *Bewohnern*, *Tätern*, *Unterhändlern*, *Korrespondenten*, *Arbeitnehmern* und *Rentnern*. „Gendergerechte“ Paarformen (Forscherinnen und Forscher) und die semantisch unsinnigen Partizipkonstruktionen (*Forschende*, *Mitarbeitende* etc.) findet man in der Mehrzahl der Medien nach wie vor nur sporadisch.

Selbst in öffentlich-rechtlichen Sendern, die zum Teil wegen Gendersprechpausen in die Kritik geraten sind, ist die Genderei bislang ein überbewertetes Randphänomen. So hat der Sprachwissenschaftler Helmut Berschin kürzlich eine Sendewoche der 19-Uhr-Ausgabe der „heute“-Nachrichten des ZDF ausgewertet. Ergebnis: Bei den 135 genusvariablen Gruppenbezeichnungen (Experten, Anwohner, Lehrer usw.) wurde in fast 90 Prozent der Fälle das generische Maskulinum verwendet. Die Genderquote lag bei genau elf Prozent.

Noch geringer ist offenbar die Genderfreudigkeit in den Nachrichten des Deutschlandfunks, der ebenfalls in die Kritik geraten war: 3,7 Prozent Genderquote, das zeigt eine WELT-Auswertung. In der Woche vom 19.12. bis 25.12.2020 wurden in den 12-Uhr-Nachrichten des Senders 82 generische Maskulina verwendet, darunter *Mieter*, *Jude*, *Deutscher*, *Ärzte*, *Lkw-Fahrer*, *Wissenschaftler*, *Bewohner*, *Pilger*, *Touristen*, *Kritiker*, *Teilnehmer*. Doppelnennungen gab es genau drei: *Soldatinnen und Soldaten*, *Pflegerinnen und Pfleger*, *Patientinnen und Patienten*.

Und nicht einmal die „taz“ kommt ohne das generische Maskulinum aus. In vier aktuellen Artikeln (vom 10.10. , 5.12. , 21.12. , 22.12.2020 ) finden sich insgesamt 26 generische Maskulina (*Passagiere*, *Briten*, *EU-Bürger*, *Klima-Aktivisten* usw.), eine feminine Form (*Wissenschaftlerinnen*), aber keine einzige Doppelnennung, auch keinen Genderstern, kein Doppelpunkt und dergleichen. Eine taz.de-Dachzeile lautet

„Wenn Politiker aussteigen“ (im Bild eine Frau), und in einem weiteren taz..de-Artikel liest man dieser Tage im Teaser: „Die Mehrheit der Belarussen hat nur einen Wunsch.“

## Die Sprachgemeinschaft zieht nicht mit

Die Genderei einer zweifellos gewachsenen Zahl an Institutionen, Journalisten, Politikern hat das generische Maskulinum nicht aus der Sprache vertrieben. Von einer solchen Vorstellung ist kuriert, wer sich eine Unterhaltungstalkshow wie die NDR-„Talkshow“ oder „Riverboat“ anschaut und einmal generische Maskulina mitzählt oder den Menschen auf der Straße beim Reden zuhört. Die Genderei einiger hat an der Bedeutung der Wörter innerhalb der Sprachgemeinschaft nichts geändert.

Sprachwissenschaftler haben immer wieder gezeigt: Das generische Maskulinum ist tief in der grammatischen Struktur des Deutschen und vieler weiterer Sprachen verankert. Es ist äußerst nützlich für das Funktionieren der Kommunikation, dient der Sprachökonomie und macht gewisse allgemeine Aussagen praktisch überhaupt erst möglich. Es ist ausdrucksstärker und ökonomischer, formal einfacher, im Gebrauch häufiger, in der Bedeutung weiter und wird früher erworben als die abgeleiteten Formen. Eine Vermeidung des generischen Maskulinums indes führt zu Widersprüchen, grammatisch falschen Formen, Verständnisproblemen.

„Das ist geradezu eine geniale Einrichtung aller natürlichen Sprachen, dass sie diese unmarkierten Kategorien wie das generische Maskulinum haben“, sagt Peter Eisenberg. „Ohne sie wären wir kommunikativ verloren. Ich kann das nur bewundern, dass sich das herausgebildet hat, ohne dass irgendein Schlaumeier etwas dazu getan hat.“ Würde die generische Bedeutung des Maskulinums bestritten und mit Gendersternen hantiert, „dann ist das so, wie wenn ein Schlosser seinen Hammer wegwirft. Und mit einem Feldstein hämmert“, so der Sprachwissenschaftler. Gegenderte Sprache funktioniert einfach nicht richtig.

Auf Anfrage von WELT erklärt der Duden-Verlag, es sei noch nicht entschieden, ob auch im Print-Wörterbuch die Definitionen geändert werden sollen. Einige sind es schon. Laut aktuellem Duden-Universalwörterbuch bedeutet *Schüler* „Junge, Jugendlicher, der eine Schule besucht“. Mit dieser Definition steht der Verlag allerdings ziemlich allein da. Der Wahrig, Wörterbuch der deutschen Sprache, das Online-Lexikon

des Instituts für Deutsche Sprache ([www.owid.de](http://www.owid.de)) und das – übrigens sehr umfangreiche und nutzerfreundliche – Digitale Wörterbuch der Deutschen Sprache der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ([www.dwds.de](http://www.dwds.de)) definieren Schüler geschlechtsneutral. Der Leser kann also ausweichen.

## Unter dem Muff von hundert Jahren



Schläft da ein Student? Oder ein Studierender? Können denn Studierende überhaupt schlafen?

Jetzt knickt auch noch der Duden ein: Die Anhänger des sprachlichen Genderns wollen uns Vorschriften machen, kennen aber die Sprachgeschichte nicht. Ein Gastbeitrag.

- 
- VON PETER EISENBERG
- -AKTUALISIERT AM 08.01.2021-07:42

Der Streit über Sinn und Unsinn von Bemühungen um einen Umbau des Deutschen zur geschlechter- oder gendergerechten Sprache spitzt sich zu. Er hat auch die Mitte der Sprachwissenschaft erreicht, die ja in der Lage sein sollte, solche Aspekte fachgerecht zu beschreiben und zu bewerten. Aber das ist sie nicht. Gerade hat der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS), des größten und mit Abstand mächtigsten Berufsverbandes der Disziplin, einen Blog gestartet, in dem die Mitglieder sich zum Antrag auf Änderung der Satzung im Sinne einer „geschlechterinklusive Schreibung“ – das ist eine konsequente Schreibung mit Genderstern – äußern sollen.

Gleichzeitig wird eine von etwa zweihundert Sprachwissenschaftlern unterzeichnete Erklärung lanciert, die Kritikern des Sprachgenderns – im konkreten Fall festgemacht an einem Artikel des Bamberger Kollegen Helmut Glück – polemische Unwissenschaftlichkeit vorwirft. Dieser Text (hier zitiert als „Beitrag“) wird in Heft 1/2021 der Zeitschrift „Forschung und Lehre“ abgedruckt. Er beansprucht, für die Mehrheit der sprachwissenschaftlichen Community zu sprechen, und bezeichnet Kritiker als „vereinzelte (vorwiegend männliche) Sprachwissenschaftler\*innen“. Trotz dieses unangenehmen Beiklangs versichert der Autor des vorliegenden Textes, dass seine Kritik an gendergerechter Sprache nicht das Geringste zu tun hat mit einem lebenslangen Engagement für Gleichberechtigung und sogar Gleichstellung von Frauen und sexuell besonders orientierten Personen.

Beide Initiativen sind anonym. Man erfährt weder, wer die Initiatoren sind, noch erfährt man, welche Kritik es an der bisher geltenden Satzung der Gesellschaft und welche Kritik es an der konkreten wissenschaftlichen Arbeit der Kritiker des sprachlichen Genderns gibt. Unbezweifelbar ist allerdings, dass beide Initiativen darauf hinauslaufen, den Gegenstand der Sprachwissenschaft zu desavouieren. Seine Bedeutung für die Disziplin als empirische Wissenschaft – das ist die Sprache und nur die Sprache – wird negiert. Ihr wird buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen. Denn wo bleibt eine Disziplin, die ihren Gegenstand erst einmal politisch zurichtet, statt ihn zu bearbeiten, wie er ist?

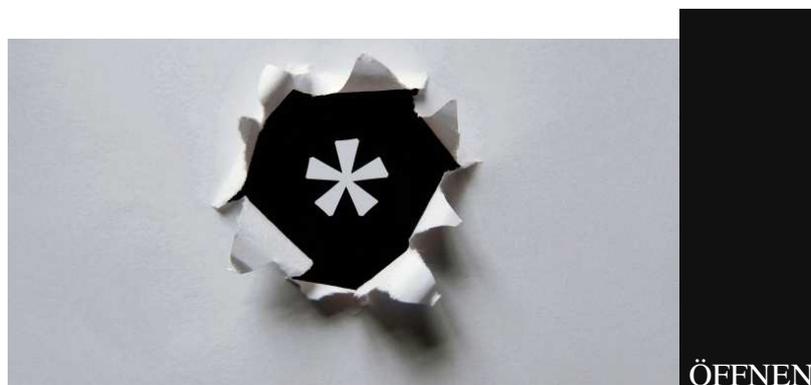
Der Genderstern wird in Wortformen eingefügt oder ihnen angehängt, um zu zeigen, dass sie sämtliche möglichen Geschlechter einbeziehen, auch sexuelle Orientierungen wie lesbisch, trans, queer, bi, schwul,

inter, divers und andere. Welche Orientierungen im Einzelfall gemeint sind und welchen Status der Stern als sprachliches Element hat, bleibt in aller Regel außer Betracht. Der Stern macht nichts sichtbar als den Stern. Etwas darstellen setzt in allen Bedeutungsvarianten des Verbs jedenfalls strukturelle Beziehungen des Resultats der Darstellung zum Dargestellten voraus, und Abbildung verlangt zumindest irgendeine Art von Ikonismus.

## Was empfohlen wird, taugt nicht: Der falsche Glottisschlag

Der Stern hat mit all dem nichts zu tun. Die Erläuterungen sind beliebig. Jeder sagt, was ihm gerade einfällt. Auch eine Berufung auf die Arbitrarität sprachlicher Zeichen hilft nichts. Arbitrarität sprachlicher Zeichen ist durch deren interne Kombinatorik und externe Vernetzung hochgradig relativiert, nicht jedoch beim Stern. Wenn der „Beitrag“ großzügig feststellt, es gebe „auch unter den Befürworter\*innen geschlechtergerechter Sprache sehr unterschiedliche Auffassungen ... ob und in welchem Maße ... Schrägstrich, Gender-Gap, Gendersternchen oder Doppelpunkt geeignet sind, Geschlechterdiversität abzubilden“, dann mag es lebhaft Debatten geben. Aber sie bleiben Selbstzweck, weil all die Zeichen sprachlich dasselbe leisten, nämlich nichts. Auch ein Dreieck, Kreis, Kreuz oder A bis  $\Omega$  wären gleich unwirksam verwendbar.

Wozu dient der Stern also? Eine explizit politische Einlassung auf einer Delegiertenkonferenz der Grünen 2015 in Berlin lautete: „Um sicherzustellen, dass alle Menschen gleichermaßen genannt und dadurch mitgedacht werden, wird in unseren Beschlüssen ab jetzt der Gender-Star benutzt. Transsexuelle, transgender und intersexuelle Personen werden so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert.“ Hier wird keine intendierte Bedeutung oder sprachliche Funktion genannt, sondern eine Einstellung des Benutzers. Dieser stellt etwas sicher und folgt damit der Vorgabe, die mit dem Stern verbunden ist. Das ist, zurückhaltend formuliert, eine Geste der Anerkennung für ein bestimmtes Verständnis von sprachlicher Sichtbarmachung. Weniger zurückhaltend formuliert, handelt es sich um das Einfordern einer Unterwerfungsgeste. Der Genderstern ist ein sprachlicher Gesslerhut, mit dem signalisiert wird, dass sein Träger einer von den Proponenten vertretenen Geschlechterideologie folgt. Eine ausgeführte Grammatik des Sterns liegt nicht vor.



VON AMERIKA BIS JAPAN: Das Gendern der andern Bild: DPA

Die einfachste und verbreitetste Verwendung des Sterns ist die in Formen wie *Antragsteller\*innen*, *Kandidat\*innen* oder einfacher *Leser\*innen*. Er steht hier zwischen der maskulinen Form *er* und der femininen *in*. Die Gesamtform ist Plural der femininen Form *Leserin*. Für Formen mit mehreren Suffixen gilt im Deutschen die fundamentale Regel, dass die Grammatik der Gesamtform vom letzten Suffix bestimmt wird. Das ist die feminine Form auf *in*. Es trifft nicht zu, dass, wie häufig behauptet wird, das maskuline *er* und das feminine *in* gleichberechtigt seien. Dominant ist das feminine Suffix, das maskuline ist für das Genus der Gesamtform bedeutungslos. Man erkennt das schon daran, dass *in* auch ohne *er* auftreten kann, etwa in Wörtern wie *Gattin*, *Lettin*, *Ärztin*. Auch der Stern kommt strukturell nicht zum Zuge, er steht ja nicht am Ende, sondern vor dem femininen Suffix. Die Gesamtform ist auf jeden Fall feminin, gleichgültig, wie der Stern strukturell verortet wird. Wer einmal einen etwas längeren

durchgesternten Text gelesen hat, wird den Eindruck bestätigen, es sei ausschließlich von weiblichen Personen die Rede gewesen.

Schwierigkeiten gibt es auch, wenn man den Singular von *Leser\*innen* zu bilden versucht. Es ergibt sich *Leser\*in*. Die Form ist feminin, aber was bezeichnet sie? Einzelne Personen, die alle Geschlechter haben? Oder Frauen dieses Typs? Und wie lautet die maskuline Form dazu? Etwa *Leser\*?* Damit kommt man nicht weiter. Ganz neue Fragen ergeben sich, wenn Substantive im Kontext von Artikel, Pronomen und Adjektiv in den Blick kommen. Wir beschränken uns auf ein Beispiel aus der geplanten Satzungsänderung. Gegendert ergeben sich Phrasen wie *jede\*r Wahlberechtigte*. Einmal abgesehen von der Frage, was der Stern beim Artikel, Pronomen oder Adjektiv überhaupt bedeuten soll, erscheint beim Pronomen jetzt die Reihenfolge fem – mask. Bisher hatten wir mask – fem. Ist die Reihenfolge gleichgültig? Die Reihenfolge ist eins der wichtigsten sprachlichen Formmittel überhaupt, hier wird es außer Kraft gesetzt.

Nun zur Aussprache von Wörtern mit Stern. Empfohlen wird, ihn als glottalen Verschlusslaut („Glottisschlag“) am Punkt seiner Position im geschriebenen Wort zu realisieren, also zum Beispiel als *Leser?innen*. Regulär steht der Glottisschlag an möglichen Wortanfängen, die ohne ihn vokalisches wären, z. B. *?achten* wie in *be?achten*. Damit kann die prominente erste Silbe des Stammes stets mit einem Konsonanten anlauten, auch wenn dieser Konsonant „?“ nicht geschrieben wird. Das Deutsche genügt so einem universell, für alle Sprachen gültigen Silbenbaugesetz. Es besagt, die ideale Silbe beginne niemals mit einem Vokal.

Die zweite Funktion des Glottisschlags findet sich in Fremdwörtern vom Typ *na?iv*, *Po?et*, *aktuell*, *ideal*. Hier steht er, wenn die Kerne von zwei Vollsilben (zwei Vollvokale) unmittelbar aufeinander folgen. Die Struktur galt schon der antiken Aussprachelehre als unbequem und unelegant, sie war zu vermeiden. Man bezeichnete sie als Hiatus (griechisch „Abgrund“). Dieser Typ von Hiatus kann im Gegenwartsdeutschen mit dem Glottisschlag überbrückt werden.

Andauernd wird behauptet, der Glottisschlag am Punkt des Gendersterns sei im Deutschen regelhaft, weil er auch sonst wortintern vorkomme. Das trifft nicht zu. In einem Wort wie *Leser?innen* gibt es keinen Hiatus, ganz im Gegenteil. Der Glottisschlag steht hier nicht einmal an einer Silbengrenze, sondern an einer Morphemgrenze, nämlich vor *in*, die zugehörige Silbe lautet *rin*. Das führt zur Verschiebung des Hauptakzents weg vom Stamm auf das feminine *in*, womit eine weitere fundamentale Regularität des Deutschen verletzt ist. Wer überhaupt sprachliche Fakten anerkennt, gelangt zu dem Schluss, dass die Verwendung von Stern und vergleichbaren Zeichen schon aus sprachinternen Gründen sowohl im Geschriebenen als auch im Gesprochenen zu unterbleiben hat.

Über das substantivierte Partizip I vom Typ *Lesender*, *Wählender*, *Zuhörender*, das anstelle von Nomina Agentis wie *Leser*, *Wähler*, *Zuhörer* verwendet wird, ist viel geschrieben worden. Der „Beitrag“ meint, die Ersetzung von *Zuhörer* durch *Zuhörende* zeuge nicht von Kenntnismangel, „sondern vielmehr von umfassender Kenntnis der Flexibilität, die sprachliche Zeichen aufweisen“. Was damit gemeint sein könnte, bleibt unklar. Ebenso ungesagt bleibt, dass der übergeordnete Zweck der Ersetzung darin besteht, das Nomen Agentis auf *er* verschwinden zu lassen, es durch partizipiale Substantive zu ersetzen. Und diese Aktion ist alles andere als eine Kleinigkeit.



Holzfigur mit Gendersternchen :Bild: Picture-Alliance

Beide Typen sind im Gegenwartsdeutschen unterschiedlich produktiv, wobei es der Typus *Leser* während der vergangenen etwa zweihundertfünfzig Jahre auf viele tausend Wörter gebracht hat, die im allgemeinen Gebrauch sind und sich auch in mittelgroßen Wörterbüchern finden. Der Typ *Zuhörender* hat es auf etwa zwei Dutzend Wörter gebracht, deren Mehrheit solche wie *Vorsitzender, Reisender, Badender, Mitwirkender, Liebender, Lebender, Sterbender, Leidender, Notleidender, Klagender und Fragender* umfasst. Das Partizip I selbst ist hochproduktiv, es kann mit beinahe sämtlichen Infinitiven gebildet werden. Dass es so wenige Substantivierungen gibt, liegt nicht an fehlender Basis, sondern an einer Hemmung, diese zu substantivieren. Die Hemmung wird von der Genderlinguistik nicht respektiert; sie wird übergangen, und wir erhalten Wörter, die grammatisch möglich, in vielen Fällen aber sprachlich unangemessen sind. Berühmte Fälle dieser Art sind etwa *Einwohnender, Zu-Fuß-Gehender, Nichtglaubender, Lkw-Fahrender, Migrierender, Präsidierender, Lieferierender* und viele andere.

Die Pluralformen solcher Wörter sind, wie alle substantivischen Plurale, genuslos; das macht sie attraktiv fürs Gendern, und längst haben sie ähnliche Signalwirkung wie der Stern. Wer sie verwendet, zeigt, dass er genderwillig ist, egal, was sonst noch passiert. Dreierlei fällt ins Auge. Erstens: *Leser* und *Sprecher* sind nicht bedeutungsgleich mit *Lesender* und *Sprechender*. Das Nomen *Agentis* bezeichnet Personen, die in irgendeiner Weise die vom Verb bezeichnete Tätigkeit vollziehen oder nicht vollziehen. Die Bedeutung des substantivierten Partizips ist enger; es geht nicht um die Tätigkeit als solche, sondern um eine aspektuelle Überformung derselben.

Die Tätigkeit befindet sich im Verlauf, sie ist unabgeschlossen und in aller Regel an kontextuell gegebene Gleichzeitigkeit gebunden. Diese Bedeutung des Partizips brauchen wir häufig, ihre Substantivierung aber nicht. Ein Musterbeispiel dafür ist die Verteilung der Wörter *Student* und *Studierender* im Werk von Goethe. Beider Vorkommen ist nach Ausweis eines noch unveröffentlichten Teils des Goethe-Wörterbuchs in seinem Werk dreistellig, aber austauschbar sind die Wörter nicht. *Studierender* bleibt in den meisten Vorkommen näher beim Verb als *Student*. Differenzierungen solcher Art sind dem Gendern fremd. Es geht ihm nicht um die Ausdruckskraft unserer Sprache, sondern um die eigenen Zwecke, von denen die Mittel geheiligt werden.

## Es war einmal ein Partizip: Die unpassende Substantivierung

Zweitens: Der Umgang mit dem substantivierten Partizip I ist auch ein schönes Beispiel für das Verständnis von Sprachwandel in der Genderlinguistik. Hier soll ein unproduktiver Typus einen hochproduktiven ersetzen. Es soll ein grammatischer Wandel erzwungen werden, den es in der Sprache nicht gibt. Sicher,

Sprache verändert sich. Der „Beitrag“ findet dafür die Formulierung, dass Sprache „sich auch in Reaktion auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse weiterentwickelt“. Das Deutsche tut genau das seit mehr als tausend Jahren, aber eben nicht nach dem Willen sprachkundiger Herrinnen, die meinen, sie wären Träger gesellschaftlicher Veränderungen und wüssten es deshalb besser als eine tausendjährige Sprachgeschichte.

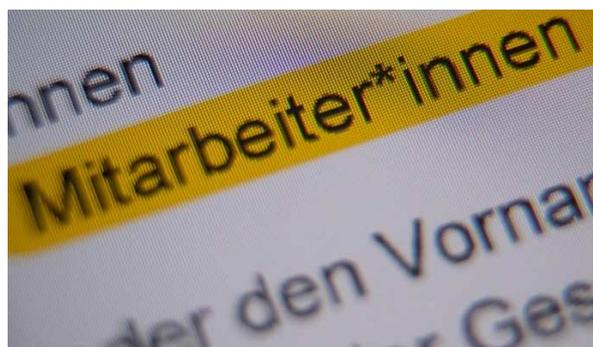
Drittens: Aber warum orientiert man sich nicht am Plural der *er*-Substantive, der doch ebenfalls genuslos ist? Die Frage wird nicht gestellt, weil ihre Antwort einfach niederschmetternd ist. Der Plural von *Leser* lautet *Leser*, er hat im Nominativ dieselbe Form wie die genusbehaftete Form im Singular. Das macht ihn unbrauchbar fürs Gendern. Ihr Fahnenwort ist nicht Vermeidung von Diskriminierung, sondern Sichtbarkeit und Unterwerfung.

Nun zum wohl bestgehassten Begriff der Genderlinguistik. Luise Pusch hat ihn früh stigmatisiert mit Formulierungen wie „Kurz, der wahre Feind ist das ‚generische Maskulinum‘, das zu gebrauchen uns die deutsche Grammatik vorschreibt“. Hauptträger des generischen Maskulinums ist die Agensnominalisierung auf *er*. Nach Auffassung großer Teile der Genderlinguistik bezeichnet *Leser* männliche Personen, die lesen, so wie *Leserin* weibliche Personen bezeichne, die derselben Tätigkeit obliegen. Letzteres trifft zu, Ersteres ist unzutreffend. Mit *Leser* kann man sich auf männliche Personen beziehen, die lesen, aber es geht auch anders. An dem Satz *Die meisten Leser von Christa Wolf sind Frauen* ist nichts Auffälliges. Dagegen ist der Satz *Nur wenige der Leserinnen von Christa Wolf sind Männer* sinnlos. Er hat im Deutschen keine Bedeutung.

Satztypen dieser Art sind Legion und müssten eigentlich ausreichen, um dem generischen Maskulinum ein Lebensrecht zu sichern. Um es ihm abzusprechen, gibt es viele Strategien. So steht im „Beitrag“: Es „konnte gezeigt werden, dass bei belebten Referenten durchaus eine Verbindung zwischen Genus und Sexus besteht“. Niemand hat das bestritten. Und diese Erkenntnis hat, anders als insinuiert, nicht das Geringste mit dem generischen Maskulinum zu tun. Dasselbe gilt für die Einlassung des Duden, das generische Maskulinum sei eine Gewohnheit im Sprachgebrauch, die man ändern könne. Im System sei es nicht verankert. Was glaubt der Duden, wo grammatische Kategorien verankert sind, wenn nicht im Sprachgebrauch? Vielleicht in einer frei erfundenen Sprachnorm, die sich der Duden, die Genderfraktion oder Bastian Sick ausgedacht hat?

## Bestgehasst bedeutet nicht viel: Das generische Maskulinum

Vor knapp hundert Jahren stellte der Sprachwissenschaftler Roman Jakobson nach Bearbeitung des russischen Kasussystems dieses Denkschema in Frage. Jakobson stellte fest, dass der Nominativ weniger Bedeutungsmerkmale hat als der Akkusativ und schon deshalb bei mehr Verben stehen kann als dieser. Das Deutsche verhält sich hier wie das Russische. Während jedes Verb des Gegenwartsdeutschen einen Nominativ als grammatisches Subjekt nehmen kann, ist die Zahl der Verben mit Akkusativ zwar riesig, aber systematisch beschränkt. Solche wie *gefallen*, *staunen*, *sterben* stehen niemals mit Akkusativ, wohl aber mit Nominativ (*Der Schuh gefällt ihr; Der Fachmann staunt; Die Wahrheit stirbt nicht*).



Inklusive Sprache: Wen meint das generische Maskulinum eigentlich mit? :Bild: dpa

Im weiteren Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts wurde Jakobsons Ansatz zur sogenannten Markiertheits­theorie ausgearbeitet. Sie besagt: Wenn eine einfache grammatische Opposition durch zwei Kategorien gekennzeichnet ist, dann verhalten sich die beiden Kategorien unterschiedlich. Während die eine durch ein festes Merkmal gekennzeichnet ist, bleibt die andere allgemein. Die mit dem festen Merkmal heißt „markiert“, die andere heißt, leider etwas gegenintuitiv, „unmarkiert“. So hat der Plural als markierte Kategorie das Merkmal „Mehrzahl“, es ist ihm fest zugeordnet. Der Singular hat aber trotz seiner Bezeichnung nicht unbedingt das Merkmal „Einzahl“, wie man sofort an Beispielen wie *Der Ochse ist ein Rindvieh* sieht.

Für das Deutsche ist sie weit ausgearbeitet. Wir wissen gut über die Markiertheits­verhältnisse auch in der Morphologie und in der Syntax unserer Sprache Bescheid. So ist das Präsens im Tempussystem unmarkiert. Es kann sich auf „Gegenwart“ beziehen, kann aber auch bei Zukunftsbezug wie in *Morgen regnet es* oder bei Zeitlosigkeit wie in *Lügen haben kurze Beine, bewusste Fehlanalysen ebenfalls* verwendet werden.

Für das Genus von Personenbezeichnungen ist das Maskulinum unmarkiert. Das Maskulinum kann einen Bezug auf „männlich“ haben, ist aber in riesigen Wortklassen wie den Agensnominalisierungen auf er, bei Substantiven auf ling (Säugling, Prüfling) oder bei Fremdwörtern auf ist (Kommunist, Realist), ant (Migrant, Intrigant), ent (Präsident, Student), or (Lektor, Professor) und anderem auch ohne Sexusbezug verwendbar und heißt dann seit einiger Zeit generisches Maskulinum.

Das Deutsche ist voll von generischen Kategorien. Sie dienen nicht, wie Pusch meint, einem Zwang, sondern sie dienen der Befreiung von kommunikativen Zwängen durch die Grammatik. Wir müssen eben gerade nicht in jedem Satz einen Zeitbezug, bei jedem Nominal einen Numerusbezug und bei jedem Substantiv einen Sexusbezug realisieren. Leider haben sich die Kategorienbezeichnungen der Grammatikschreibung vor Jakobson bis heute weitgehend erhalten, und so kommt es dazu, dass man noch immer und sachlich ganz unangemessen vom grammatischen Geschlecht mit den Kategorien „weiblich“ und „männlich“ spricht. Sachlich, systematisch und wissenschaftlich ist das durch nichts gerechtfertigt. Und eine Disziplin, die sich dem verschließt, den Namen Jakobson nicht würdigt und das Verhältnis von Genus und Sexus mit untauglichen Begriffen bedient, befindet sich nicht einmal auf dem Stand von vor hundert Jahren.

Die Genderlinguistik verhält sich zu großen Teilen wie ein Schlosser, der seinen Hammer wegwirft und versucht, ihn durch einen Feldstein zu ersetzen. Damit kommt er nicht zurecht, so wie die Genderlinguistik viele untaugliche Versuche unternimmt, sich geschlechterneutral auszudrücken, obwohl wir das generische Maskulinum haben. Wenn etwa die Präsidentin der Universität Leipzig Anreden wie *Herr Professorin* einführt, etabliert sie nicht ein generisches Femininum, sondern ungrammatische Ausdrücke. Es sind Oxymora vom Typ *Contradictio in adjecto*, deren häufige Verwendung zu kognitiven Schäden vom Typ *Realitätsverlust* führen kann. Möglicherweise sollte der Duden das einmal reflektieren, der nun, wie gestern bekannt wurde, in gendersensibler Sprache überarbeitet werden soll.

Richtig ist, dass die Etablierung eines generischen Maskulinums im Deutschen historisch mit der gesellschaftlich absolut dominanten Rolle des Mannes begründet ist. Die kann und sollte man ändern, aber nicht gegen die Sprache, sondern mit ihr. Allein sprachliche Aufmerksamkeit wäre die halbe Miete. Das generische Maskulinum wird uns noch eine Weile erhalten bleiben, gerade weil es und nur es sexusneutral ist.

Peter Eisenberg war bis zu seiner Emeritierung Professor für Deutsche Sprache der Gegenwart an der Universität Potsdam.

# Die schwache Identität ist die richtige

- VON HERFRIED MÜNKLER
- -AKTUALISIERT AM 07.01.2021-22:05

Assmann bearbeitet diese Fragen zunächst als Wissenschaftlerin, die sich die einschlägigen Theoriedebatten anschaut, bevor sie eine eigene Position entwickelt und diese offensiv und selbstbewusst ins Spiel bringt. Nur am Rande beschäftigt sie sich mit der historischen und sozialwissenschaftlichen Nations- und Nationalismusforschung; stattdessen konzentriert sie sich auf eine „Grammatik der Identitäten“ und eine „Grammatik nationaler Narrative“. Die beiden so überschriebenen Kapitel sind der wissenschaftliche Anker ihrer Argumentation, bevor sie zu der normativ zugespitzten Unterscheidung zwischen zivilen und militanten Nationen kommt, wo sie dann Partei ergreift und ihre eigenen Präferenzen entwickelt. Die „Grammatik“ der Identitäten und Narrative ist zu verstehen als die Lehre von der syntaktischen Ordnung und eines ihr entsprechenden richtigen Gebrauchs der Elemente, so dass Assmann selbst die Kriterien bereitstellt, anhand derer man ihre parteiergreifende Positionierung am Schluss überprüfen kann.

## Immer wieder neu auf der Suche

Sie optiert dabei für eine Nation, die sich auch durch Zuwanderung reproduziert, also nicht auf ethnische Homogenität begründet ist, die sich aber nicht in eine Addition nebeneinanderstehender und in sich geschlossener Minderheiten auflösen lässt. Sie soll vielmehr auf einer kulturellen Identität beruhen, die nicht der Ab- und Ausgrenzung dient, sondern die Grundlage und Voraussetzung des Aufeinander-Zugehens bildet. Und zugleich soll es eine Nation sein, die sich der Schuld und Verantwortung, die sie in der Vergangenheit auf sich genommen hat, bewusst ist, die also nicht triumphalistisch daherkommt, aber doch aus der Beschäftigung mit ihrer Geschichte das erforderliche Selbstbewusstsein bezieht, das erforderlich ist, wenn man Neuankömmlinge integrieren und ihnen zu guten Lebenschancen verhelfen will. Kurzum: Assmann plädiert für eine Vorstellung von Nation, die nichts gemein hat mit den Exklusionsvorstellungen ethnischer Homogenität, wie sie von den Rechtspopulisten vertreten werden, aber auch auf Distanz bleibt zu den Konzeptionen einer postmigrantischen Gesellschaft, die zuletzt als Modell sozialer Kohäsion ohne national-kulturelles Zentrum lanciert worden ist. Und sie kann sich auch nicht anfreunden mit der Vorstellung einer allein durch „Verfassungspatriotismus“ zusammengehaltenen Gesellschaft.

Die Begründung, warum einer solchen Vorstellung von gesellschaftlichem Zusammenhalt gegenüber die genannten Alternativen der Vorzug zu geben sei, hat Assmann zuvor nicht nur in der kritischen Durchsicht von Identitätstheorien und politischen Narrativen entwickelt, sondern immer auch mit vergleichendem Blick auf korrespondierende Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, Israel und den Staaten des östlichen Mitteleuropas: Letztere, so Assmann, haben sich einem politischen wie kulturellen Nationalismus geöffnet, der die Gesellschaften im Innern spaltet und schwächt; die Vereinigten Staaten seien in die Falle einer Identitätspolitik für Minderheiten gegangen, in deren Folge sie zu einer Gesellschaft ohne soziale und politische Kohäsion geworden seien, und Israel habe es unterlassen, den Austausch mit der innerhalb des Staates lebenden palästinensischen Bevölkerung und seinen angrenzenden Nachbarn zu suchen, und sei darüber in die Falle eines nationalen Exklusionsmodells hineingeraten.

Bei den Deutschen indes, so Assmanns nach viel Kritik doch noch zuversichtlicher Ausblick, könnte es sein, dass das, was zumeist als Schwäche angesehen wird, sich zu guter Letzt als Stärke erweist: dass sie sich ihrer Identität nie wirklich sicher waren, sich immer wieder neu auf die Suche machten und deswegen heute die Türen zu einer modernen Vorstellung von Nation weiter geöffnet haben als die meisten anderen. Das ist seit dem anschwellenden Bocksgesang des Rechtspopulismus eine im doppelten Sinn mutige Perspektive: Sie verzichtet nicht auf die Idee der Nation und verheddert sich doch nicht in den Stricken der Vergangenheit.

*Aleida Assmann: „Die Wiedererfindung der Nation“. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen. C.H. Beck Verlag, München 2020. 334 S., br., 18,- €*

# Le Philharmonique de Vienne: le débat sur la diversité des orchestres resurgit

Le trompettiste Ibrahim Maalouf est à l'origine d'une nouvelle passe d'arme autour de la diversité des formations symphoniques, après une remarque sur le concert du Nouvel An à Vienne.

Par **Simon Cherner**

Publié il y a 3 heures

L'Orchestre philharmonique de Vienne se produit sous la direction du chef d'orchestre italien Riccardo Muti (à droite) lors du traditionnel concert du Nouvel An sans public dans la grande salle du Musikverein, à Vienne. *DIETER NAGL / AFP*

Covid ou pas, public ou pas, confinement ou pas, l'illustre concert du Nouvel An à Vienne a pu se tenir comme chaque année depuis 1939. Pour le Philharmonique de Vienne, il ne pouvait tout simplement pas en être autrement : ce n'était même plus une question de passage obligé ou de rendez-vous incontournable, mais de rituel : le poids des traditions oblige.

Joué devant les sièges vides de la salle dorée du Musikverein de Vienne, le concert dirigé par Riccardo Muti et suivi à distance par plusieurs milliers de spectateurs a pourtant laissé un goût doux-amer au trompettiste franco-libanais Ibrahim Maalouf. À l'heure des vœux de bonne année, l'artiste et compositeur, césarisé en 2017 pour son travail sur la musique du film de Safy Nebbou *Dans les forêts de Sibérie*, a souhaité sur Twitter voir le prestigieux Philharmonique s'ouvrir enfin à un peu plus de diversité en 2021. «*Sublime orchestre de Vienne qui chaque année excelle autant musicalement qu'il se fait tristement remarquer par son manque de diversité ethnique. 2021 on veut plus de diversité ! Si Vienne est à l'extrême, les orchestres français sont loin du compte aussi...*» a-t-il tweeté le 1er janvier dernier.

Vanté aux quatre coins du monde pour son excellence, l'Orchestre philharmonique de Vienne ne brille cependant pas, il est vrai, par la grande diversité des 140 musiciens (dont 19 femmes) qui le composent.

La remarque d'Ibrahim Maalouf n'a pas du tout été du goût de la violoniste Zhang Zhang du Philharmonique de Monte-Carlo : «*Peut-être M. Malouf l'ignore-t-il : le concours de recrutement des orchestres symphoniques professionnels est mené derrière un paravent. Le jury ne voit pas les candidats, il n'écoute que la qualité de la prestation. Les artistes sont choisis en fonction de leur musique, et NON en fonction de leur couleur de peau/genre/ethnicité*» a-t-elle réagi sur Twitter, en appelant aussitôt Ibrahim Maalouf à ne pas mélanger les orchestres à de la politique. «*A-t-il la même critique à formuler à l'égard de l'Opéra de Pékin ? Du célèbre groupe malien Tinawiren ? Du groupe de rock Mongol The Hu ? Laissez le Philharmonique de Vienne tranquille ! Vous voulez jouer avec eux ? Répétez !*» .

## L'orchestre de la discorde

Face au virulent concert de réactions hostiles et aux nombreuses passes d'arme houleuses, Ibrahim Maalouf s'est expliqué en rappelant qu'il n'avait fait que regretter le manque de diversité au sein des orchestres, dont le Philharmonique est l'illustration la plus extrême. La faute à «*un racisme institutionnel*» que la pratique

d'audition à l'aveugle - extrêmement rare de bout en bout des concours de recrutement - ne permet pas de balayer tout à fait.

Le Philharmonique de Vienne, créé en 1842, est mondialement reconnu pour son excellence musicale et son empreinte historique dans le monde de la musique classique. Il s'est toutefois aussi rendu tristement célèbre pour être resté, pendant près d'un siècle et demi, un orchestre obstinément masculin, hermétiquement clos aux musiciennes. Ce n'est qu'en 1997, et une fois levée l'interdiction, qu'une première musicienne - la harpiste Anna Lelkes - a pu être admise dans l'orchestre .

Si la place des femmes au sein du Philharmonique s'est un petit peu améliorée au fil de ces dernières années - malgré un écart qui reste important par rapport aux autres grands orchestres internationaux -, on ne peut pas en dire autant de la diversité de ses musiciens, en dépit de sa renommée d'ordre mondiale qui attire dans ses rangs des artistes de nombreux pays différents. Des remarques sur la diversité et la mixité des orchestres, des chefs d'orchestre ainsi que du répertoire ne manquent d'ailleurs pas de resurgir régulièrement, notamment aux États-Unis.

182,92

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/01/08/la-banque-centrale-europeenne-peut-elle-sauver-la-planete\\_6065559\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/01/08/la-banque-centrale-europeenne-peut-elle-sauver-la-planete_6065559_3232.html)

# Avec son argent magique, la Banque centrale européenne peut-elle sauver la planète ?

Le débat agite l'Union européenne : la BCE doit-elle appliquer le même tour de passe-passe financier à la transition écologique qu'au soutien des économies contre les effets du Covid-19 ?

Par [Eric Albert](#) (Londres, correspondance)

Publié aujourd'hui à 05h00, mis à jour à 07h56

**Analyse.** Le temps d'une pandémie, l'arbre à argent magique est apparu. Depuis le déferlement du Covid-19 en Europe, la Banque centrale européenne (BCE) a débloqué une enveloppe de 2 500 milliards d'euros, à dépenser sur deux ans jusqu'en mars 2022. Cet argent, créé ex nihilo, a permis aux Etats de s'endetter à taux d'intérêt nul, voire négatif, payant ainsi indirectement le chômage partiel et les plans de soutien sectoriels. Ces mesures, inimaginables il y a un an, sont devenues possibles face à l'urgence.

Et si le même tour de passe-passe monétaire pouvait s'appliquer au changement climatique ? Après tout, l'urgence est tout aussi réelle. Dans une récente note pour l'Institut Veblen, l'économiste Jézabel Couppey-Soubeyran appelle de ses vœux une telle « *monétisation des dépenses publiques nécessaires à la transition écologique* », en permettant à la BCE de les financer « *sans contrepartie* ».

Elle reconnaît immédiatement qu'une telle option est interdite en l'état actuel des traités européens, qui bannissent le « *financement monétaire* ». De toute façon, à l'heure actuelle, peu d'économistes soutiennent une telle approche radicale. Mais, en attendant ce mouvement « *vert vif* », M<sup>me</sup> Couppey-Soubeyran propose une série de mesures « *vert clair* », qui mettraient la BCE à contribution dans la lutte contre le changement climatique.

Or, sur ces points, les lignes sont en train de bouger au sein de l'institution de Francfort. Christine Lagarde, sa présidente, pousse pour faire du changement climatique un vrai critère d'action de son institution. « *Face à ce qui est le risque majeur du XXI<sup>e</sup> siècle, tout le monde doit se mobiliser* », [déclarait-elle au Monde en octobre](#).

M<sup>me</sup> Lagarde mène actuellement une grande revue stratégique de la BCE, dont les conclusions seront rendues à l'automne. Au sein des instances dirigeantes, des discussions sur la question climatique sont prévues au premier trimestre.

## « Légitimité démocratique »

Que peut faire la BCE ? Depuis la crise de la zone euro, l'institution est devenue la clé de voûte de l'économie. Pour faire baisser les taux d'intérêt, elle achète par milliers de milliards d'euros des dettes sur les marchés financiers. Dans leur immense majorité, il s'agit de dettes publiques des Etats européens. Mais une petite partie concerne les obligations d'entreprises. Actuellement, la BCE en possède un peu plus de 250 milliards d'euros.

Dans ses achats, l'institution a toujours respecté la « neutralité » du marché : pas question de préférer un secteur à un autre, pour ne pas créer de distorsion. Or, le marché est largement composé des grosses entreprises polluantes. En octobre, [une étude de la New Economics Foundation](#) indiquait que 63 % des obligations d'entreprises achetées par la BCE concernent des secteurs à forte intensité d'émissions de gaz à

effet de serre. La neutralité de marché est, de fait, « un biais envers les entreprises carbonées », estiment les auteurs du rapport.

Peut-être, mais est-ce vraiment le rôle de la BCE d'intervenir dans ce débat ? Jens Weidmann, le gouverneur de la Banque centrale allemande, a fait connaître son objection en décembre. Il ne conteste pas une seconde la réalité du changement climatique, mais estime que l'institution de Francfort risque d'être affaiblie à intervenir ainsi dans un domaine qui relève des gouvernements. « *Ce n'est pas notre tâche de Banque centrale de pénaliser ou de subventionner certaines industries. De telles décisions altèrent significativement la distribution des ressources et des revenus et nécessitent une forte légitimité démocratique.* » Il rappelle que la BCE est indépendante et non élue, et que, en contrepartie, elle doit limiter son action à son strict mandat, à savoir celui de la stabilité des prix. « *Plus les banques centrales interpréteront largement leur mandat (...), plus elles risquent d'être traînées dans la politique et de faire face à une liste sans cesse plus longue de nouveaux désirs et d'objectifs. Tôt ou tard, leur indépendance sera remise en question, et à juste titre.* »

## Controverse économique

Cet argument ne peut pas être balayé du revers de la main. Depuis que la BCE s'est lancée dans des programmes d'achat d'actifs, la controverse est forte chez les économistes orthodoxes. L'institution de Francfort a été poursuivie en justice en Allemagne pour aller au-delà de son mandat. Sans donner raison aux plaignants, la Cour constitutionnelle allemande a ébranlé ce petit monde, en 2020, quand elle a ordonné à la BCE de s'expliquer. Les limites de son champ d'action sont déjà testées.

M<sup>me</sup> Lagarde répond en retournant l'argument. Selon elle, la stabilité des prix et la stabilité financière sont directement remises en cause par le changement climatique. Une sécheresse qui ravagerait une partie du continent, par exemple, peut provoquer des soubresauts sur les marchés. Les banques, dont les bilans sont exposés aux entreprises polluantes, peuvent aussi se retrouver fragilisées.

Par ailleurs, « *sans préjudice* » pour son objectif primaire, l'institution de Francfort doit aussi « *apporter son soutien aux politiques économiques générales dans l'Union* ». Avec le Green Deal lancé par la Commission européenne, la lutte contre le réchauffement climatique fait clairement partie des objectifs des Vingt-Sept.

Il ne faut cependant pas se tromper de combat. Si la BCE peut participer à la lutte contre le changement climatique, elle ne sauvera pas la planète à elle toute seule. M<sup>me</sup> Lagarde le reconnaît. « *Il ne s'agit pas de se substituer aux autres autorités*, disait-elle en décembre. *Ce n'est pas à nous de réguler, pas à nous de produire la taxonomie* [la classification des activités polluantes]. » Mais, face à l'immensité de la tâche, comment ne pas inclure la Banque centrale et son influence massive sur les marchés financiers ?

**Eric Albert**(Londres, correspondance)

# Facebook demonstriert seine Macht

- VON CORINNA BUDRAS, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 08.01.2021-19:24



Facebook will dem scheidenden amerikanischen Präsidenten keine Plattform mehr bieten. Das sorgt nicht nur für Jubel, sondern auch für Unbehagen. Denn es ist nicht mehr der Staat, der die Grenzen der Meinungsfreiheit festlegt.

Selten dürfte ein Maulkorb so willkommen gewesen sein wie dieser: Der scheidende amerikanische Präsident Donald **Trump** hat den Bogen überspannt, da sind sich viele einig. Mit seiner dreisten Lüge über Wahlbetrug in Dauerschleife hat er die Grundlage für den Sturm auf den amerikanischen Parlamentssitz in Washington gelegt. Deshalb scheint es nur konsequent, dass soziale Medien wie Twitter und Facebook ihm das Megafon entreißen. Wobei Twitter mit der zwölf Stunden währenden Zwangspause nur einen kleinen Vorgeschmack auf künftige Sanktionen gab. Inzwischen kann er seine knapp 90 Millionen Follower wieder mit Nachrichten versorgen. Im Falle von Facebook war es jedoch der Gründer Mark Zuckerberg höchstselbst, der ihn aussperrte – „für unbestimmte Zeit“, also mindestens bis zum Ende seiner unrühmlichen Präsidentschaft.

Nach der anfänglichen Euphorie über die Kappung mischt sich nun Ernüchterung in die Kommentare auf ebenjenen Kanälen, deren Torwächter eben noch so beherzt eingeschritten waren. Schließlich regt sich auf dem Kurznachrichtenkanal Twitter sonst eigentlich heftiger Widerstand über allzu großzügige Löschungen einzelner Tweets und Sperrungen ganzer Kanäle, die das soziale Netzwerk inzwischen selbst wegen Nichtigkeiten verhängt. Unter dem Schlagwort #twittersperrt eilen Juristen, Politiker und Journalisten sonst schnell herbei, wenn Kollegen aus dem Verkehr gezogen werden.

## Fundamentales Demokratieproblem?

Mit einiger Verzögerung bricht sich das Unbehagen auch im Fall von Donald Trump Bahn, zeigt sich doch in dem Maulkorb auch die überwältigende Macht von **Facebook**, Twitter & Co.: Wenn sich selbst der amerikanische Präsident den einsamen Entscheidungen eines Mark Zuckerberg beugen muss, zeigt dies, wer die Grenzen der Meinungsfreiheit in diesen Zeiten bestimmt – und das ist sicherlich nicht der Staat. Der Kölner Medienrechtler Rolf Schwartmann beschreibt das so: „Genau in dieser unregulierten Entscheidungshoheit privater Unternehmen über die Regeln und Voraussetzungen der Individual- und Massenkommunikation im Netz liegt ein weltweit reichendes fundamentales Demokratieproblem“, schreibt er in seiner Kolumne auf dem Online-Portal Web.de.

Die sorgsame Abwägung zwischen dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung auf der einen und dem Schutz des Persönlichkeitsrechts oder auch der öffentlichen Ordnung auf der anderen Seite beschäftigen die sozialen Netzwerke schließlich schon seit langem – wenn auch nicht seit Anbeginn. Dieses Versäumnis dürfte ein Grund dafür sein, dass die Diskussion mit einiger Verspätung nun umso heftiger geführt wird. Der Gesetzgeber hat versucht, einen Beitrag zu leisten.

## Das NetzDG soll für Balance sorgen

In Deutschland sticht das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) hervor, das schon vor Inkrafttreten mit Kritik überschüttet wurde. Die Diskussionen über die sinnvolle Balance der Grundrechte gleichen seitdem einer Pendelbewegung: Auslöser für die Regulierung des Staates war schließlich die Hilflosigkeit, die Menschen gegenüber Hass und Hetze in sozialen Medien empfanden, und das offenkundige Desinteresse, das [Zuckerberg](#) & Co. diesem Problem entgegenbrachten. Dem sollte das NetzwerkdG etwas entgegensetzen – um den Preis, dass an einigen Stellen eher zu viel als zu wenig gelöscht wird.

Allerdings wurde den sozialen Netzwerken auch schon von anderer Seite ein größeres Verantwortungsbewusstsein eingetrichtert: Nicht zuletzt die amerikanische Politik hat den sozialen Netzwerken nach dem Skandal um Cambridge Analytica und den Vorwürfen der Wahlbeeinflussung gehörig ins Gewissen geredet. An Regeln, allen voran den eigenen Hausregeln, mangelt es seither nicht mehr. Sie dienten auch als Begründung, um Donald Trump vor die Tür zu setzen.

Grundsätzlich sei es das gute Recht von Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, Donald Trump auszuschließen, sagt Christian Schicha, Professor für Medienethik an der Universität Erlangen. „Schließlich hat Zuckerberg das Hausrecht.“ Für strategisch klug hält er es indes nicht. „Eine solche Sperrung stärkt Trumps Opferrolle. Das könnte er sich zunutze machen“, sagt Schicha.

Er hält es für klüger, den amerikanischen Präsidenten nicht zu sperren, weil man nur dann auch auf die Äußerungen reagieren kann: Einiges davon könne schließlich justitiabel sein. Dadurch könne man ihn leichter zur Verantwortung ziehen. „Das ist die einzige Lösung, die wirklich funktioniert: die Äußerungen kommentieren und einordnen, kurz: einen offenen Diskurs führen. Wir müssen ertragen, dass Menschen mit merkwürdigen Positionen sich äußern können.“



Facebook-Gründer Mark Zuckerberg musste sich 2019 unangenehmen Fragen vom amerikanischen Kongress stellen. :Bild: EPA

Medienrechtler Schwartmann sieht noch ein größeres Problem: „Gleich, ob Eingriffe in die Meinungsfreiheit im Netz rechtlich geboten sind oder nicht: Niemals kommen sie demokratisch legitimiert zustande.“ Der Staat schaut dabei staunend aber weitgehend untätig zu: „Solange Wirtschaftsunternehmen der Meinungsindustrie die Grenze zwischen erlaubt und verboten im Netz ungebremst per Nutzungsbedingungen selbst ausloten und deren Einhaltung durchsetzen, löst dort eine Willkürherrschaft privater Unternehmen die Mechanismen des Rechtsstaats ab.“

Einen neuen Versuch, in diesem Bereich einzuschreiten, könnten nun die geplante Reform des NetzDG und die ehrgeizigen europäischen Pläne zum Digital Services Act nehmen. Nutzer sollen sich künftig gegen Löschentscheidungen der sozialen Netzwerke wehren können, auch dann, wenn sie mit den Gemeinschaftsstandards der Netzwerke begründet werden. Dadurch würden die sozialen Netzwerke wenigstens gezwungen, sich für ihre Eingriffe in die Meinungsfreiheit zu rechtfertigen. Für Donald Trump macht dies sicherlich nicht den entscheidenden Unterschied: Er findet andere Wege, sich zu äußern.

# Die stets entflammbare Bereitschaft, ein Komplott zu wittern

- VON [JÜRGEN ALTWEGG](#), GENÈVE
- -AKTUALISIERT AM 09.01.2021-21:03



In Frankreich sorgt der Corona-Verschwörungsfilm „Hold-up“ für Furore. Er wartet mit den üblichen Mustern um 5G, Bill Gates, Impfgenoizid und geheime Weltherrschaft auf. Das Land, in dem immer wieder skandalöse Affären aufgedeckt werden, ist dafür jedoch besonders empfänglich.

Mehr als sechs Millionen Menschen haben gerade den Verschwörungsfilm „Hold-Up“ gesehen. In Frankreich hat er einen gewaltigen Schock ausgelöst, von dem man befürchtet, dass er ein politisches Erdbeben ankündigen könnte. Das Land entdeckt eine neue alte Gattung: die [Verschwörungstheorie](#). Soziologen, Historiker, Philosophen und Literaturwissenschaftler befassen sich mit ihr. Auch die Geschichte des Verschwörungsfilms wurde recherchiert.

Der Regisseur von „Hold-Up“ kam nicht als Spinner auf die Welt. Pierre Barnérias entstammt einer katholischen Familie und war ein anerkannter Journalist. Er leitete das Ressort Religion einer Zeitung und drehte Filme für das französische Fernsehen. 1989 gewährte ihm Papst [Johannes Paul II.](#) ein Interview.

Vor einem Jahrzehnt solidarisierte er sich mit der Bewegung „La Manif pour tous“ („Die Demo für alle“) gegen die „Ehe für alle“. In einem Dokumentarfilm über ihre spektakulären Demonstrationen warf er der Polizei vor, die Zahl der Teilnehmer zu unterschätzen. Die Behörden und die [Nachrichtenagentur AFP](#) dementierten. Im Jahr darauf drehte Barnérias einen „Dokumentarfilm“ über Marienerscheinungen. Darin vertrat er die These, dass die Kommunistische Partei seit den dreißiger Jahren die Seminare der Kirche unterwandert und die Freimaurer seit zwei Jahrhunderten versucht hätten, die „Weltregierung“ zu übernehmen.

## Das Bedürfnis nach Schwarz und Weiß

„Hold-Up“ ist seine Antwort auf das Buch „Covid-19 – The Great Reset“; es war voriges Jahr im Juli erschienen und im September auch auf Deutsch: „Der große Umbruch“. Seine Autoren sind [Klaus Schwab](#), der Begründer des „World Economic Forum“, das jeweils Ende Januar die Mächtigen der Welt in Davos versammelt, und Thierry Malleret. Der Ökonom Malleret war Mitarbeiter des sozialistischen Premierministers Michel Rocard.

„Die Idee, um die es in unserem Essay geht, ist sehr einfach“, erzählt Thierry Malleret. „Wir präsentieren die Pandemie als Gelegenheit für einen Neuanfang. Wir plädieren für eine weniger ungleiche und umweltgerechtere Gesellschaft und kündigen das nahe Ende der neoliberalen Epoche an. Sie hat aus der Marktwirtschaft eine Marktgesellschaft gemacht.“ Dieser Schritt, schreiben die Autoren, könne ohne eine Form von Weltregierung nicht erfolgen. Malleret und Schwab erinnern an die Pest im Mittelalter und fürchten den „kognitiven Verschluss“. Als solchen bezeichnen Psychologen das Bedürfnis nach einer

Weltsicht, in der es nur Schwarz und Weiß, Gute und Böse gibt. Im Klima der Angst, so die Autoren, gedeihen „Gerüchte und Verschwörungstheorien“ besonders üppig.

## Schlimmer als Hitler

„Hold-Up“ präsentiert „The Great Reset“ als Komplott. Nach den Freimaurern und den Kommunisten streben demnach Globalisten um [Bill Gates](#) die Weltherrschaft an. Das Virus, so der Plot, ist harmlos und wurde von der Forschungsstiftung Institut Pasteur geschaffen. Gefährlich sind die Impfungen. Zwar werden als Teil der Verschwörung auch Juden erwähnt. Doch der Antisemitismus drückt sich in „Hold-Up“ so aus, dass die Schoa nicht auf das Judentum begrenzt bleiben soll. Und die Weltherrscher müssen schlimmer als Hitler sein. Die Dramaturgie der Verschwörung – Virus, 5G-Technologie, Impfen, Kryptowährungen – ist sozusagen auf einen erweiterten Holocaust angelegt: ein Genozid, dem drei Milliarden Menschen zum Opfer fallen werden, die in der schönen neuen Welt der Gafam, der Big Five, überflüssig sind.

Null Toleranz und keine mildernden Umstände für Verschwörungstheoretiker fordert Rudy Reichstadt. Der Leiter der Beobachtungsstelle „Conspiracy Watch“ ist Autor des Essays „Opium für Dummköpfe“. Die Verschwörungstheorien kommen, so führt er aus, von den extremen Rändern. Die radikale Linke ist vor ihnen nicht gefeit. Sie wiederum sieht die Rechtsextremisten am Werk. „Hold-Up“ ist für Reichstadt die „Negation“ des kritischen Denkens. „Die Phantasien der Verschwörung beeinflussen mehr denn je unsere kollektive Wahrnehmung“, sagt er, und bedroht die Demokratie. Für das phänomenale Echo hat der Extremismusforscher eine Erklärung: Der Film bündele die Fake News zu einer Theorie und bringe so Ordnung in das vom Virus angerichtete Chaos.

„Wir alle komplottieren“, stellt der Philosoph Michaël Föessel fest. Wir unterschlagen ihm zufolge auf vielerlei Weise „die ganze Wahrheit“ und erfinden, wenn es nicht anders geht, eine alternative. Das Unbehagen an den Verschwörungstheorien hat laut Föessel damit zu tun, dass sie für komplexe Erscheinungen eine globale Erklärung formulieren, die keine Zweifel zulässt. Sie verstehen sich als höchste Form der Kritik, entziehen sich aber selbst jeglicher Kritik. Eine Wahrheit ist so gesehen nur noch wahr, wenn sie systematisch kaschiert wird.

## Der menschliche Hang zum Fabulieren

Für Pierre Bayard ersetzen Verschwörungstheorien den Sündenbock, den man nicht benennen kann. Nach den Büchern, die man nicht gelesen hat, und den Orten, die man nicht besuchte, befasst sich der Literaturwissenschaftler mit den Fake News: „Wie redet man über Ereignisse, die nicht stattgefunden haben?“. Chateaubriand erfand seine Begegnung mit [George Washington](#), Anaïs Nin stets neue Listen, um ihr Doppelleben zu kaschieren. Fake News hat es, so ruft Bayard in Erinnerung, zu allen Zeiten gegeben: Das Internet beschleunigt ihre Verbreitung und erleichtert ihre Verifizierung. Von einem „postfaktischen Zeitalter“ zu reden hält Bayard für verfehlt. Der Begriff unterstelle nämlich, dass es eine Epoche der absoluten Wahrheit gegeben habe.

Bayard bescheinigt dem Menschen einen Hang zum Fabulieren, den „Erzähltrieb“. Die Verschwörungstheorien erscheinen bei diesem Romanisten beinahe schon als literarische Gattung. Ihre Beliebtheit begründet er mit dem Niedergang der Fiktion, die in den Schulen vernachlässigt werde: „Man lehrt nicht mehr, wie Erzählungen fabriziert werden.“ Mit dem Resultat, dass wir Bayard zufolge nicht mehr fähig sind, die Realität zu lesen, und in verständliche Parallelwelten flüchten. „Selbst die Schriftsteller glauben nicht mehr an die schöpferische Kraft des Erfindens“, bedauert der Literaturwissenschaftler. „Sie frönen der Autofiktion. Als ob sie Angst hätten, Personen und Welten zu schaffen.“

Im „Figaro“ bezeichnet die Journalistin Eugénie Bastié die postmoderne Philosophie mit ihrer „Dekonstruktion“ als epistemische Avantgarde: Es gibt nur noch relative und subjektive Wahrheiten. Alle Werte sind relativ. Die Realität existiert nur in der Sprache. Fakten? Alles hängt von ihrer Interpretation ab. Bastié zitiert den Philosophen Maurizio Ferraris: „Vom postmodernen Lob der Lüge können die Populisten nichts lernen. Aber es entwapfnet ihre Gegner.“

## Oft eine sexuelle Komponente

Nach Tschernobyl und als im Frühjahr die Masken fehlten, hatte der unfehlbar aufgetretene französische Staat dreiste Lügen verbreitet. Staatspräsident Mitterrand zwang seinen Arzt, die Bulletins über seine Gesundheit zu fälschen. Die Franzosen wissen um viele Gerüchte, die sich später als wahr erwiesen. Das erhöht die Bereitschaft, an unverbürgte Nachrichten zu glauben.

Oft haben die „Phantasien“ (Reichstadt) der Verschwörungstheoretiker eine sexuelle Dimension – Vergewaltigung, Pädophilie, Inzest. Und regelmäßig platzen Affären, die eine Wirklichkeit enthüllen, welche jede Fiktion übertrifft. Vor einem Jahr war es der Skandal um den Schriftsteller Gabriel Matzneff. Seit ein paar Tagen erschüttert das Inzest-Verbrechen des prominenten Politologen Olivier Duhamel die Republik des Geistes bis an die Spitze ihrer Kaderschmiede, der École de Science Po. Vor knapp einem Jahrzehnt war deren Direktor Richard Descoings tot in einem New Yorker Hotel aufgefunden worden. Auch die Vergewaltigung eines Zimmermädchens durch Dominique Strauss-Kahn offenbarte Mechanismen des Machtmissbrauchs und eine erstaunliche Unantastbarkeit. Die familiären Verstrickungen und gesellschaftlichen Beziehungen all dieser Affären verweisen auf die Inzucht einer zur Erneuerung unfähigen Elite, die sich der Aufklärung stets mit einer jahrelangen Verschwörung des Schweigens verweigert hatte.

Auch deshalb glauben in Frankreich nicht nur Populisten und Rechartextremisten an Verschwörungstheorien. Schon nach der Französischen Revolution sei der Umbruch als Komplott denunziert worden, stellt der Ideenhistoriker Pierre Rosanvallon fest. Der Klassenkampf, in dem es um die materiellen Interessen ging, ist von einem Krieg der Werte abgelöst worden: „Die weiße amerikanische Unterschicht, die Trump wählte, steht den Milliardären weniger feindlich gegenüber als den Intellektuellen, denen sie gefährliche Überzeugungen unterstellt.“

Verschwörungstheorien sind für Rosanvallon Ausdruck einer „Suche nach der Wahrheit“. Das Bedürfnis nach ihnen führt er auf die Mängel der „unvollendeten Demokratie“ zurück. Für besonders schädlich hält er sie nicht: Der renommierte Historiker verklärt sie im Gegenteil zur „Katharsis der Demokratie“ und beweist damit Sinn für Fiktionen.

182,99

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/jacques-de-larosiere-les-politiques-ont-sacrifie-la-jeunesse-20210110>

**Le Figaro (site web)**

dimanche 10 janvier 2021 - 17:39 UTC +01:00 1202 mots

Économie ; Conjoncture

# Jacques de Larosière: «Les politiques ont sacrifié la jeunesse»

Bonavita, Marie-Laetitia

**ENTRETIEN - L'ex-directeur du Fonds monétaire international invite le gouvernement à saisir l'impact de la pandémie pour réformer enfin la France, à commencer par les retraites.**

Jacques de Larosière, 91 ans, reçoit, bon pied bon œil, au siège de la BNP Paribas, où il est conseiller du président. L'homme a fait toute sa carrière au sommet d'institutions financières, comme le Fonds monétaire international (FMI) ou la Banque de France. Avec recul et pédagogie, il passe en revue les difficultés financières de notre pays dans son nouvel ouvrage, *L'Énigme française*, publié chez Odile Jacob.

**LE FIGARO. - Avec la pandémie, qu'a-t-on appris de l'état de la France?**

**Jacques DE LAROSIÈRE.** - La pandémie a été à la fois un révélateur et un accélérateur. Révélateur car nous pensions que notre système hospitalier était parmi les tout premiers du monde. Or la pandémie a montré que la gestion administrative des hôpitaux publics a été beaucoup trop lourde. La pandémie a été aussi un accélérateur de notre impéritie. Nous n'avions rien anticipé malgré les rapports sur le sujet. Du coup, le gouvernement a dû arrêter l'économie et compenser cette paralysie par le versement d'aides et d'indemnités de chômage partiel. Et cela dans un contexte de vulnérabilité de nos finances publiques. L'endettement de la France avant le Covid représentait 100% du PIB contre 60% en Allemagne.

**Selon vous, les maux remontent aux années 1975?**

De fait, la France est passée, entre 1975 et aujourd'hui, du 5e au 26e rang mondial du niveau de vie par habitant. La crise pétrolière de 1973, avec le quadruplement du prix du pétrole, a porté un coup sensible à la croissance économique de notre pays. Mais, contrairement à d'autres, qui ont cherché à prendre un virage écologique, la France a fait le choix hasardeux d'amortir le choc. La baisse des taxes sur le pétrole a dû être compensée par d'autres impôts qui ont pesé sur le pouvoir d'achat des consommateurs et la compétitivité des entreprises. Le versement de dépenses sociales a accru le déficit public, même si le montant de 20% rapporté au PIB à la fin des années Giscard peut, aujourd'hui, faire rêver. Malheureusement, ce déficit dans les années 1980 n'a eu de cesse de s'aggraver sous l'effet de l'augmentation des dépenses publiques, sans lien avec la hausse de la population et pourvoyeuse d'une administration toujours plus dense. Ces dépenses s'élèvent désormais à 54% du PIB en France contre 44% en Allemagne.

**La désindustrialisation, dites-vous, est un fléau pour notre pays.**

Le fléau en France, c'est le taux de chômage de 9% de la population active dont 20% chez les jeunes. Forts de l'industrie que nous avons il y a une vingtaine d'années, nous aurions aujourd'hui 5 millions de travailleurs en plus. Entre-temps, la part de notre industrie dans le PIB est passée de 17% à 13% alors qu'elle demeurerait autour de 23% à 24% en Allemagne. Face à la mondialisation, les entreprises d'outre-Rhin ont su, grâce notamment à la présence de syndicats puissants dans les conseils d'administration et à la spécialisation dans les produits haut de gamme, résister au phénomène de délocalisation vers les pays à faibles coûts de main-d'œuvre. Ce n'est pas le cas de la France qui, à force de cultiver les produits bas de gamme, a favorisé le recrutement de travailleurs payés au smic, nourrissant ainsi un cercle vicieux. Contrairement aux services, comme les coiffeurs et les restaurants, l'industrie, basée sur la recherche et le développement, possède des formes de résilience et de résistance. C'est un écosystème qui crée des synergies. Pas étonnant donc que l'Allemagne soit en avance dans la découverte d'un vaccin contre le Covid.

**Vous dites comprendre la colère des «gilets jaunes». Pourquoi?**

Toujours à cause de la faiblesse de notre industrie, la France est, avant redistribution sociale, l'un des pays les plus inégalitaires d'Europe. Ce n'est qu'après une forte redistribution (31% du PIB) que notre coefficient d'inégalité devient faible. Il n'empêche, le niveau de vie des ménages reste bas et les 9 millions de pauvres que compte la France ont de quoi inquiéter. En contribuant à l'affaiblissement de la France, nos élites ont nourri le populisme.

### **Comment sortir de la dette colossale de la France?**

Les excès de création monétaire ont été néfastes. Aujourd'hui, la croissance de l'endettement, tant de l'État que des individus et des entreprises, a dépassé celle de l'économie réelle. Il est temps de stopper cette financiarisation de l'économie. D'autant que l'on n'est pas à l'abri d'une hausse des taux d'intérêt qui viendrait accroître la charge de la dette. Les solutions avancées çà et là ne sont pas tenables dans la zone euro. La Banque centrale européenne (BCE) ne peut annuler les dettes qu'elle a rachetées, ce qui reviendrait à reconnaître des pertes et constituerait un cadeau aux États membres, option interdite par le traité de Maastricht. Quant à un retour à l'inflation, voire à une dévaluation dans le cas d'une sortie de l'euro, l'effet - identique dans les deux cas - serait antisocial car il rognerait le pouvoir d'achat et accroîtrait le prix des importations. La seule solution reste la réduction des dépenses, non pas d'investissements pourvoyeurs d'avenir, mais de fonctionnement.

### **Contrairement donc au «quoi qu'il en coûte» d'Emmanuel Macron face à la pandémie. Mais pouvait-il faire autrement?**

Bien sûr que non. On peut juste regretter qu'avant même la pandémie la dérive de la dépense publique était encore sensible en 2019 et dans le budget 2020. Le moment venu, le gouvernement devra s'attaquer aux dépenses de la fonction publique. Si, là encore, nous nous confrontons, à périmètres constants, avec l'Allemagne, il y aurait au moins 200.000 agents de trop en France. La réforme de la décentralisation a été ratée. On a gardé l'empilement d'échelons régionaux et départementaux sans réduire les charges de l'État.

### **» LIRE AUSSI - La dette publique française n'a-t-elle donc pas de limite?**

Autre source d'économie: la réforme des retraites. Celle engagée par le gouvernement s'est, à mes yeux, trompée de cible en voulant s'attaquer à la quarantaine de régimes spéciaux, leur complexité et les inégalités qui en résultent. La priorité reste, compte tenu du coût exorbitant de notre système et de notre espérance de vie, un allongement à au moins 65 ans (contre 62 actuellement) de l'âge de départ à la retraite.

### **De quoi alléger les charges à venir des plus jeunes...**

Depuis quarante ans, les politiques ont sacrifié la jeunesse, avec un système éducatif peu adapté, le versement d'indemnités en échange du maintien de l'emploi des plus âgés. Le système se voulait social mais il était antisocial. Notre économie doit se montrer plus inclusive avec les jeunes travailleurs.

182,101

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/a-sciences-po-paris-l-ideologie-racialiste-fait-peu-a-peu-son-nid-20210110>

**Le Figaro (site web)**

dimanche 10 janvier 2021 - 19:04 UTC +01:00 1710 mots

Actualité ; Société

# À Sciences Po Paris, l'idéologie racialiste fait peu à peu son nid

Bordas, Wally

**ENQUÊTE - Le prestigieux établissement connaît une montée croissante des pensées racialiste, décolonialiste et indigéniste. Conférences, travaux de recherche, revendications de modules de cours... De petits groupes, inspirés par des thèses américaines, constituent une minorité agissante qui inquiète de nombreux étudiants et des parlementaires.**

«*Depuis quelques mois, nous avons franchi un cap très inquiétant.* » Romain\*, étudiant à Sciences Po Paris, ne cache pas son appréhension. Comme beaucoup de ses camarades, il constate une montée croissante des pensées racialiste, décolonialiste et indigéniste au sein de son établissement. « *Avec le coronavirus, le seul lien que nous avons avec notre école, c'est sur internet. Et presque toutes les deux semaines, nous voyons une nouvelle polémique créée par l'un de ces groupuscules* », dénonce le jeune homme, qui préfère conserver son anonymat par peur de représailles. « *Il y a un tel haro sur le sujet que l'on se demande même s'il n'est pas dangereux d'en parler, d'alerter les gens sur ce qui est en train de se passer* », redoute-t-il.

Les deux dernières controverses sur le sujet ont fait couler beaucoup d'encre. La première a eu lieu en août. En cette période estivale, Sciences Po publie sur son site et sur son compte Instagram une liste de lecture destinée à ses élèves. Parmi les dix livres recommandés dans la catégorie «antiracisme non-fiction», des ouvrages comme *Comment devenir antiraciste*, d'Ibrahim X. Kendi, *Fragilité blanche*, de Robin DiAngelo, *Why I'm no Longer Talking to White People About Race* («Pourquoi je ne parle plus de la race aux gens de couleur blanche»), de Reni Eddo-Lodge, ou encore *Me and White Supremacy* («Moi et la supériorité blanche»), de Layla F. Saad. Une liste très éloquentes qui suscite immédiatement la polémique: plusieurs organisations étudiantes, mais aussi quelques personnalités politiques, comme Julien Aubert (LR), la dénoncent sans ménagement.

Des groupes militants très organisés

Des ouvrages qui n'ont pas été sélectionnés par l'école mais par les internautes sur les réseaux sociaux de l'institution. «*L'école s'est défendue en expliquant ce vote par la participation d'élèves anglo-saxons, d'où proviennent toutes ces théories. En réalité, elle sait très bien que les groupes militants, qui souhaitent faire passer leurs messages, sont très organisés pour ce genre de sondage. Ceux qui ont voté pour ces livres ont réussi un véritable coup politique*», explique Sami Biasoni, auteur, avec Anne-Sophie Nogaret, du livre *Français malgré eux. Racialistes, décolonialistes, indigénistes: ceux qui veulent déconstruire la France*.

Plus récemment, en décembre, c'est à nouveau sur les réseaux sociaux que naît la discorde. Un groupe d'étudiants Beingblackatsciencespo («Être noir à Sciences Po»), publie sur Instagram toute une série de revendications: il réclame la création de cours obligatoires pour les étudiants «*à propos de l'intersectionnalité raciale, la théorie critique de la race et la pensée décoloniale*». L'objectif? Permettre, notamment aux jeunes «non racisés» (*les étudiants Blancs, NDLR*), qui perpétuent selon eux le racisme au sein de l'école, «*de se rendre compte de leur attitude raciste*». Des modules qui donneraient également la possibilité aux étudiants «*de comprendre la portée du colonialisme dans le curriculum*». «*Nous souhaitons inspirer un réel changement dans la façon dont l'école traite les sujets liés à la race. Nous voulons également inviter nos abonnés à réfléchir de manière critique sur les problèmes de racisme ancrés dans la société française, dus à l'histoire coloniale du pays et la construction sociale de la race qui en a résulté*», expliquent les étudiants à l'origine de ce groupe, contactés par *Le Figaro*. Des revendications qui font immédiatement réagir dans la communauté étudiante de l'école. «*Ces dérives sont hallucinantes, mais ce n'est pas la première fois que cela arrive. Ces dernières années, de plus en plus d'étudiants et d'enseignants défendent ce type d'idées*», jure Antonin Ferreira, secrétaire général du groupe LR à Sciences Po Paris.

Ces thèses, importées des États-Unis, infusent depuis quelques années dans nombre d'universités françaises. Et Sciences Po ne fait donc pas exception. *«Le racialisme est la version actualisée de la pensée fasciste ou d'extrême droite: cette idéologie consiste à dire que la différence entre les individus est fondée sur leur race, leurs origines, leur couleur de peau. Aujourd'hui, ce sont les mouvements d'extrême gauche, très présents dans les établissements d'enseignement supérieur, qui se sont approprié cela car ils estiment ces thèses pertinentes pour penser les différences sociales entre individus. Pour eux, s'il y a des inégalités sociales, ce serait uniquement en raison des différences de races»*, explique Sami Biasoni. Ces argumentations *«sont très dangereuses»*, juge Anne-Sophie Nogaret, sa co-auteur: *«Ces personnes passent leur vie à traquer qui est dominant et qui est dominé de manière totalement manichéenne. Cela pousse les jeunes générations à avoir un discours exclusivement victimaire: il y a forcément un coupable et une victime. Soit on est d'accord avec eux, soit on est raciste.»*

Et les controverses ayant éclaté récemment ne seraient que la partie émergée de l'iceberg. Selon de nombreux étudiants, de plus en plus de petits groupes militants se créent autour de ces sujets dans la prestigieuse école de la capitale. *«Il y a toute une galaxie d'associations, pas toujours reconnues comme telles par l'école, qui se revendiquent de la mouvance intersectionnelle et décoloniale. Certains syndicats, comme Solidaires Étudiants, les soutiennent souvent»*, estime Côme Gojkovic, responsable du syndicat UNI à Sciences Po. *«L'association Salaam Sciences Po, qui organise des événements autour de la culture musulmane, a plusieurs fois fait intervenir des invités impliqués dans la mouvance indigéniste»*, cite également en exemple Antonin Ferreira.

Même Thomas Le Corre, le président de la section Unef (Union nationale des étudiants de France) à Sciences Po a constaté ces dérives. *«Comme nous, ces groupes d'étudiants dénoncent les discriminations qui peuvent exister dans notre établissement. Nous avons donc essayé de collaborer avec eux dans le passé, mais ce n'est pas possible. Comment voulez-vous travailler avec des gens qui vous disent que, parce que vous êtes Blanc, vous n'avez pas le droit de participer à la discussion, que vous ne pouvez pas comprendre ce que vivent les Noirs ou les personnes maghrébines?»* interroge-t-il.

Romain, qui assiste de manière assidue aux conférences organisées par des associations de Sciences Po, rapporte que certaines d'entre elles sont parfois perturbées par ces militants. *«Je ne comprends pas, dès qu'une personnalité est invitée pour donner son avis, cela ne convient pas à tel ou tel groupe et il y a des pressions pour que l'événement soit annulé»*, dénonce-t-il.

Le cas s'est notamment produit en 2019 lors d'une conférence d'Alain Finkelkraut au cours de laquelle un groupe militant, nommé Sciences Po en lutte - Institut Clément Méric, a insulté et chahuté l'académicien lors de son arrivée à l'école. L'événement a toutefois eu lieu grâce à l'intervention des forces de l'ordre. *«C'était hallucinant, une petite flopée d'étudiants voulait lui bloquer l'entrée et lui hurlait "facho", "raciste", "ordure". Et ce n'est pas un cas isolé, un paquet de conférences ont été annulées à cause de ce genre de pression. À tel point que, maintenant, il y a une sorte d'autocensure des associations organisant des conférences, qui préfèrent inviter des personnalités plus lisses, souvent de gauche»*, assure Antonin Ferreira, qui est également élu étudiant au conseil de l'Institut.

«Mollement pour, car progressistes»

S'il y a indéniablement une minorité agissante d'élèves qui pousse pour faire émerger ces thèses, une grande partie des étudiants de l'école, pourtant, ne s'y intéresse pas plus que cela. *«La majorité de mes camarades n'en a pas grand-chose à faire, même s'ils sont finalement mollement pour, car progressistes. Ils préfèrent rester passifs mais s'agacent en silence que le débat n'ait pas lieu de manière saine et apaisée mais de façon toujours aussi acide»*, estime une étudiante.

En réalité, cela ferait déjà plusieurs années que la grande école parisienne aurait laissé entrer ces thèses en son sein. *«Sciences Po Paris était une grande école typiquement française jusqu'aux années 2000. C'est Richard Descoings, directeur de 1996 jusqu'à sa mort, en avril 2012, qui l'a transformée en espèce de campus international sur le modèle américain, avec tout ce que cela a de positif et de négatif»*, explique Barbara Lefebvre, professeur d'histoire-géographie et co-auteur des *Territoires perdus de la République*.

Une partie du corps enseignant se serait depuis petit à petit impliquée sur ces thématiques. *«Beaucoup de chercheurs et de doctorants de l'école sont engagés sur ces questions. Ils publient des thèses ou des articles de recherche sur les sujets racialisés et, plus généralement, sur tout ce qui a trait aux discriminations»*, indique Thomas Le Corre (Unef). Ce que confirme Côme Gojkovic (UNI): *«Il n'est pas rare que certains enseignants en sociologie abordent leurs cours sous un angle raciste en se basant sur la science sociale américaine. Une minorité qui rencontre un écho grandissant.»*

Contactée par *Le Figaro*, Sciences Po n'a pas souhaité s'exprimer sur le sujet. Un silence qui s'explique par une «*peur d'offenser certains étudiants*», selon Barbara Lefebvre qui pense que «*l'administration de l'école ne souhaite pas entrer dans ce genre de débat par crainte de se faire traiter d'anti-progrès ou de raciste* ».

Une situation qui inquiète le député LR Julien Aubert. Au point de demander, avec son collègue Damien Abad, l'ouverture d'une mission d'information sur les dérives idéologiques dans les universités. Une requête pour l'instant restée lettre morte. «*Il faut faire quelque chose !*, martèle le parlementaire. *Il est très alarmant qu'une partie de l'argent public puisse être utilisée pour financer ce type de mouvements qui n'ont pas grand-chose de républicain.* »

## Opinions

# La réforme de l'État, grande cause nationale

Baverez, Nicolas

L'interminable juin 1940 de la santé publique française face au Covid-19 se poursuit. Après la pénurie de masques et de tests, l'absence de mesures d'isolement, le fiasco de l'application numérique, notre pays figure dans les tout derniers du monde développé par le nombre de personnes vaccinées, qui se limite à quelques dizaines de milliers alors que 520 000 doses sont livrées chaque semaine depuis fin décembre.

Cette situation est aberrante. Le retard français dans la vaccination accroîtra le nombre de victimes de l'épidémie qui s'élève déjà à plus de 67 000 morts. Il achèvera aussi de ruiner notre économie qui perd un milliard par jour en chute de la production et diminution des recettes fiscales du fait des mesures sanitaires et qui ratera le train de la reprise.

L'État porte l'entière responsabilité de cette faillite. Elle est politique, puisque le gouvernement n'a pas préparé un plan de vaccination destiné à protéger au plus vite la population mais un plan de communication pour se prémunir des critiques des opposants à la vaccination. Elle est médicale, les multiples erreurs dans le volumineux protocole de vaccination s'ajoutant à l'application absurde à la vaccination des procédures d'examen et de consentement requises pour les interventions chirurgicales lourdes ou les essais de thérapie génique. Elle est opérationnelle et logistique avec la pénurie de supercongélateurs et la paralysie des circuits de distribution. Elle est industrielle puisque notre pays, contrairement aux États-Unis, au Royaume-Uni, à l'Allemagne, à la Chine ou à la Russie, ne disposera pas d'un vaccin développé par un opérateur national avant fin 2021.

La plupart des démocraties ont été télescopées de plein fouet par l'épidémie de Covid-19 qui a mis en évidence leurs fragilités et les failles de leur système de santé. Mais la France, qui est pourtant le pays de Pasteur, reste une exception par le fiasco sans équivalent de sa campagne de vaccination. Les États-Unis ont certes connu un Pearl Harbor sanitaire, mais ils ont confié au Department of Defense l'opération Warp Speed, qui va produire et administrer aux Américains 300 millions de doses de vaccin d'ici fin janvier 2021. Le Royaume-Uni a mobilisé et formé toutes les catégories de professionnels de santé ainsi que des bénévoles, ce qui a permis de vacciner près de 1,5 million de personnes. L'Allemagne a ouvert 410 centres de vaccination qui traitent 3 000 à 4 000 personnes par jour. Israël aura vacciné la totalité de ses 9,2 millions de citoyens en février 2021. En bref, tandis que tous les pays développés rivalisent pour vacciner au plus vite, y compris pour tenter de remédier à leurs erreurs passées, la France continue à accumuler les blocages, les retards, les incohérences.

Le krach de la santé publique est le révélateur de l'effondrement de l'État dans notre pays. Les causes de cette décomposition sont parfaitement connues : la substitution de la communication à la décision publique ; l'opacité et la complexité des structures de décision organisant l'irresponsabilité généralisée (Conseil de défense sanitaire, HAS, Conseil scientifique, « M. Vaccin », conseil citoyen pour la vaccination, consultants privés...) ; le mépris pour la connaissance, pour les préoccupations opérationnelles et pour la logistique ; le primat de la bureaucratie et du contrôle sur la qualité du service rendu à la population, la réactivité et la prise de risque ; l'arrogance technocratique et la défiance envers les élus comme envers les acteurs économiques et sociaux.

Face à la situation critique de notre pays, la priorité consiste naturellement à revoir radicalement sa stratégie : au lieu de dépenser quoi qu'il en coûte, il faut vacciner à tout prix. Et pour cela homologuer, produire, distribuer et traiter le plus de personnes possible dans le minimum de temps. Mais le problème de fond reste celui de la réforme de l'État, qui constitue l'un des échecs les plus cuisants du quinquennat d'Emmanuel Macron comme de ses prédécesseurs.

L'épidémie de Covid-19 confirme qu'il n'est pas de redressement possible de la France sans une transformation radicale de l'État pour le remettre au service de la nation et des citoyens. En le recentrant sur la gestion des chocs et des risques propres au XXI<sup>e</sup> siècle et sur sa mission première, qui est la garantie de la sécurité des Français et la continuité de la vie nationale. En le réorganisant autour de l'effectivité et de la qualité des services rendus à la population et non de la production de normes. En le mettant sous tension pour améliorer sa productivité et maîtriser ses dépenses, tout en les redéployant vers l'investissement.

En l'ouvrant vers les élus et la société civile et en faisant le pari de la décentralisation car l'on n'administre bien que de près. Benjamin Constant affirmait qu' « *il ne faut pas d'État hors de sa sphère, mais dans cette sphère il ne saurait en exister trop* » : ce devrait être le grand débat de l'élection présidentielle de 2022.

# Covid-19 : « Il est à craindre que l'aggravation de l'actuelle vague impose mi-janvier un nouveau confinement »

## TRIBUNE

### Collectif

Même s'il est de plus en plus mal vécu par la population, le confinement strict et précoce est la meilleure arme contre la propagation virale, défendent les médecins et autres membres de l'association PandémIA dans une tribune au « Monde ».

Publié aujourd'hui à 03h26, mis à jour à 06h56 Temps de Lecture 4 min.

**Tribune.** Nous alertions en novembre sur les risques de « [stop and go](#) », alternance de confinements et déconfinements contemporains de multiples vagues, comme celle s'amorçant sous nos yeux. Avons-nous encore échoué ? La pandémie a-t-elle toujours une vague d'avance ? L'ampleur de la deuxième vague nous a surpris, à cause de plusieurs facteurs : un relâchement, flagrant cet été, des mesures barrières, puis le refroidissement saisonnier propice à la propagation du virus, plus résistant au froid et à l'humidité, avec une probabilité plus grande de le trouver en milieu confiné.

La pandémie a changé de nature également. Les 25 000 mutants du Covid décrits jusqu'ici étaient sans conséquence évidente sur l'histoire de la maladie. Cependant, deux nouveaux mutants sont apparus (Royaume-Uni et Afrique du Sud), beaucoup plus contagieux, apparemment sans conséquences sur la virulence. Ces mutations facilitent l'entrée du virus dans les cellules et en augmentent les quantités produites dans la salive, principal vecteur de transmission. Modifient-elles également la résistance du virus dans l'environnement ? Sa capacité à échapper au système immunitaire ? L'émergence de ces variants pose aussi le problème de la sensibilité des tests PCR, de l'efficacité de nos stratégies pour les identifier et limiter leur diffusion, et surtout des potentielles conséquences sur l'efficacité des vaccins.

## Surveillance des eaux usées

Alors que l'[amélioration des techniques de réanimation](#) (oxygénation moins invasive) et des traitements spécifiques (corticoïdes, anticoagulants) permettait de baisser la mortalité de 40 % à moins de 25 % chez les patients sévères, une surmortalité a été observée pendant la deuxième vague, soulevant de nombreuses questions. Serait-ce un effet « comptable », de nombreux décès de la première vague n'ayant pas été reconnus Covid, car non diagnostiqués, ou une conséquence de sa durée, plus longue ?

Notre incapacité à mieux gérer les déconfinements, en anticipant la recirculation du virus, est aussi en question. Notre groupe avait montré que la surveillance de la présence du virus en quantité croissante dans les eaux usées permettait d'annoncer la remontée de l'incidence de la maladie, et ses conséquences sur l'afflux hospitalier et les décès. Les travaux conduits dans le cadre du [réseau Obépine](#) avaient notamment alerté sur le retour du virus, dès le 20 juin, les indicateurs « individus-centrés » n'ayant perçu cette recirculation qu'un mois plus tard.

Ces constatations auraient pu conduire à un reconfinement plus strict et plus précoce, et pas à des stratégies faites de demi-mesures, non retenues par nos voisins. Ainsi, la deuxième vague est arrivée en France en novembre, avec la surmortalité décrite plus haut. Pour l'instant, les restrictions sont limitées à un couvre-feu

à 18 heures dans certains départements, avec un effet probablement réduit. Il est à craindre que l'aggravation de l'actuelle vague impose mi-janvier un nouveau confinement, du fait, de nouveau, des graves pressions sur le système de santé. Le confinement strict et précoce est la meilleure arme contre la propagation virale, même s'il est de plus en plus mal vécu par la population.

## Vacciner, une urgence et une nécessité

Reste enfin la vaccination, qui doit passer du stade de l'espoir à celui de la réalité ! Nous ne pouvons gâcher la chance et la prouesse scientifique de pouvoir en disposer aussi rapidement. Ne revenons pas sur la non-préparation d'un processus qui aurait dû être anticipé depuis au moins trois mois, ni sur le scepticisme généralisé des Français, très lié à la cacophonie, alimentée dans certains médias et par des réseaux sociaux incontrôlables !

L'instauration d'une politique de vaccination lisible en France est enfin en cours. C'est une urgence et une nécessité sanitaire, sociale et politique, sans méconnaître les difficultés de l'organisation et de la logistique. Pour commencer, la quantité de doses disponibles, qui justifie qu'on privilégie encore les sujets les plus à risque de décès, et les soignants dont on a grandement besoin. L'incertitude que cette vaccination puisse réellement réduire la circulation virale reste un problème. Si on est sûr qu'elle réduit l'incidence des formes graves, sa capacité à limiter la contagiosité reste débattue, bien que la baisse d'incidence des patients symptomatiques aura des conséquences épidémiologiques indubitables.

La constitution d'une immunité collective arrêtant la circulation du virus prendra de nombreux mois pendant lesquels les mesures barrières devront être respectées ! Restent enfin les interrogations sur l'efficacité in fine de ces vaccins sur les mutants, ce qui amènerait à fabriquer en urgence de nouveaux vaccins, à attendre leur mise à disposition et, paradoxalement, à justifier a posteriori la lenteur choisie ou subie par la France !

On n'en a pas fini de ce Covid-19. D'autres pandémies suivront, notamment à la suite d'une pression sur les écosystèmes liée à la mondialisation. Il sera indispensable de tirer les leçons de cet épisode unique depuis la grippe espagnole. En attendant, tentons de juguler cette troisième vague. Les travaux doivent être poursuivis pour optimiser les tests, comme des autotests salivaires, mesurer mieux la reprise de la circulation virale en fin de confinement (surveillance des eaux usées au niveau national), et surveiller les mutations par séquençage. Il faudra aussi poursuivre les recherches thérapeutiques auprès des nouveaux malades (leurres pour le virus, molécules antivirales, substances anti-inflammatoires) et identifier mieux les zones de contamination pour pouvoir limiter le nombre d'activités non essentielles fermées (en rouvrant les stations de ski, les cinémas, ou les théâtres par exemple), et surtout restaurer la confiance du plus grand nombre. Le Covid nous a révélé combien nous étions, chacun, vulnérables. A nous de comprendre, et surtout de mettre en pratique, que seules la solidarité et l'intelligence collective pourront vaincre définitivement ce virus microscopique.

Par [l'association Fondation PandemIA](#) : **Sadek Beloucif**, anesthésiste réanimateur ; **Patrick Berche**, microbiologiste ; **Yvon Maday**, mathématicien ; **Vincent Maréchal**, virologue ; **Alexandre Mignon**, anesthésiste-réanimateur ; **Didier Payen**, anesthésiste-réanimateur ; **Gilles Pialoux**, infectiologue.

182,108

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/dominique-reynie-sans-reaction-de-notre-part-les-gafam-imposeront-une-orthodoxie-ideologique-20210111>

**Le Figaro, no. 23761**

Le Figaro, mardi 12 janvier 2021 1198 mots, p. 16

Débats

## « Sans réaction de notre part, les Gafam imposeront une orthodoxie idéologique »

Reynie, Dominique, Perrault, Guillaume

En « débranchant les micros » de l'hôte de la Maison-Blanche de leur propre initiative,

les grandes plateformes apportent la démonstration éclatante de leur pouvoir exorbitant sur nos vies, s'inquiète le directeur général de la Fondation pour l'innovation politique (Fondapol)\*.

**LE FIGARO. - Jugeant que Donald Trump a appelé ses partisans à une insurrection, Twitter, Facebook, YouTube et d'autres plateformes ont suspendu ses comptes et certaines de ses vidéos. Quelle appréciation portez-vous sur leur décision et sur la polémique très virulente qu'elle a provoquée ?**

**DOMINIQUE REYNIÉ.** - Donald Trump a terminé son mandat de président des États-Unis par des fautes d'une extrême gravité. Il serait bon qu'il en réponde devant la justice de son pays. Pour autant, le rôle de censeur en dernière instance que se sont attribué à cette occasion les Gafam est démesuré. Hélas, la crainte de voir ce pays sombrer dans le chaos, la détestation par Trump - cultivée par lui-même - d'une partie des Américains et de l'intelligentsia planétaire, a permis aux big techs de faire valider leur acte inouï de censure par une cascade d'approbations immédiates, bruyantes et enthousiastes. Or, ces approbateurs ne sont pas moins irresponsables. Ils se sont réjouis de la chute d'un adversaire, mais ils n'ont pas réfléchi aux conséquences de cette censure. Et ce sont pourtant, dans bien des cas, des personnalités exerçant ou ayant exercé des fonctions publiques, parfois éminentes.

Puisqu'il est question d'une passation de pouvoir aux États-Unis, je peux dire que, d'une certaine manière, elle vient d'avoir lieu - en ce qui concerne la régulation de la liberté d'opinion - entre les pouvoirs publics et les puissances privées. On pouvait difficilement imaginer une manière plus spectaculaire de consacrer le rôle hégémonique des plateformes numériques sur nos vies.

Je crois que les dirigeants de ces entreprises n'ont même pas conscience de la puissance qu'ils sont en train d'accumuler. Dans le cas de Trump, ils ont donné le sentiment de gérer une crise de marque depuis leurs sièges sociaux sans comprendre qu'ils étaient en train de bouleverser le cadre historique de nos libertés.

La bienveillance naïve de leurs propos et de leurs justifications à ce sujet est confondante, et très inquiétante. Peut-on savoir qui a décidé cet acte majeur de censure ? Dans quel cadre de discussion ? Avec qui ? Les grandes institutions publiques - juridictionnelles, parlementaires, académiques - ont-elles été sollicitées ? Dans cet univers qui contribue si massivement à l'obsession de la transparence, peut-on au moins lire, ne serait-ce qu'un compte rendu de ces débats ?

**D'après les partisans de Trump, cette décision est arbitraire et illustre la volonté des Gafam de refuser le pluralisme. Que pensez-vous de cette critique ?**

Sans réaction de notre part, les Gafam imposeront une orthodoxie idéologique. Je peux d'autant plus l'assurer que cela a déjà commencé. C'est dans la nature de ces entités. Nos vies dépendent de plus en plus de ces entreprises planétaires, ultraperformantes, omniscientes et qui ne dorment jamais ; inversement, elles sont de plus en plus sensibles à nos vies qu'elles connaissent de mieux en mieux. Ce lien organique avec leur marché les rend hypersensibles aux sentiments de leurs consommateurs, partout dans le monde. Ceux qui applaudissent aujourd'hui à la censure infligée à Trump pleureront demain lorsque ces machines serviront une tyrannie. Les Gafam qui censurent Trump ne jugent pas nécessaire de censurer Erdogan ou Khamenei.

## **Pour les défenseurs de la décision des plateformes, il appartient aux Gafam de lutter contre « les discours de haine » . L'argument vous paraît-il fondé ?**

Au premier abord, l'idée de censurer les « discours de haine » appelle l'approbation. Pourtant, cet élan initial se heurte aussitôt à la question de savoir comment évaluer le contenu du discours. Qu'est-ce qu'un « discours de haine » ? Sous certaines formes, le sens est évident. On songera au racisme, à l'antisémitisme, aux appels à la violence physique contre une personne ou un groupe de personnes. Mais qui sait où commence et s'arrête un discours de haine ? Chacun aura ses critères d'évaluation, tracera ses limites, mais les lignes de partage subjectives ne convergeront pas toujours pour former une vision collective en 2.0 ; parfois, elles s'opposeront radicalement. Les unes de *Charlie Hebdo* sont la manifestation même de la liberté d'expression quand d'autres y voient un discours de haine.

Notre espace public fourmille d'exemples montrant que nous tolérons de moins en moins ces différences, que le point de vue autre est de plus en plus souvent perçu comme une agression, voire l'expression d'une haine. On voit bien comment un groupe, s'estimant insulté par un discours, pourrait, à certaines conditions de mobilisation, d'expression et de contexte, obtenir la requalification dudit discours en « discours de haine » . C'est ainsi que peu à peu sera demandée la censure des points de vue différents et des points de vue concurrents.

Voilà une première conséquence dramatique du rôle croissant des plateformes numériques. En ouvrant la porte à des mécanismes de censure offerts aux rapports de force, les plateformes numériques accouchent d'un monde où la notion de « discours de haine » sera l'objet d'une évolution rapide et constante. Voyez aujourd'hui comment se déploient des opérations de requalification des contenus, conduisant à reprocher à ceux qui ont vécu jadis d'avoir franchi des limites qui ont été fixées depuis. C'est l'affaire du déboulonnage des statues. Mais dès lors, qui peut être certain que les propos qu'il a tenus auparavant ne seront pas requalifiés aujourd'hui de « discours de haine » ? Qui peut être assuré que les propos qu'il tient aujourd'hui, ceux qu'il tiendra demain, ne seront pas requalifiés de « discours de haine » demain ou après-demain ?

## **Que préconiser pour concilier liberté et responsabilité sur les réseaux sociaux ?**

Les caractéristiques des Gafam devraient suffire à nous dissuader de leur déléguer ce pouvoir de régulation, et sûrement pas avant qu'ils soient eux-mêmes fermement contrôlés par un régulateur public : ce sont des entreprises, elles exercent un contrôle oligopolistique de l'espace public numérique, lequel est devenu, de fait, le soubassement de tout l'espace public. Ce sont des entreprises étrangères, sauf pour les Américains. Accepter la régulation de l'espace public par les Gafam nous engage dans un processus historique, l'avènement d'un gouvernement de nos libertés global et privé.

Les Gafam ne posent pas seulement le problème de la régulation de nos libertés par des plateformes numériques, elles américanisent la pratique des libertés et elles les façonnent selon un régime planétaire de tolérance dont ils sont les seuls arbitres et juges. On peut admirer ces entreprises, on peut être un admirateur de la démocratie américaine tout en refusant que nos libertés obéissent aux critères américains, a fortiori lorsqu'ils émanent de ces puissances privées.

Les Gafam numérisent et américanisent nos libertés. Le démantèlement de ces oligopoles est devenu nécessaire. Je note avec espoir qu'il en est sérieusement question aux États-Unis. Mais pour nous, cela ne suffira pas. Nous devons voir émerger rapidement des plateformes européennes. Si l'on me dit que c'est impossible, alors c'est la liberté qui, chez nous, va devenir impossible.-

*\* Professeur des universités à Sciences Po.*

182,110

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/merkel-findet-sperrung-von-trumps-twitter-konten-problematisch-17140401.html>

VERWEIS AUF MEINUNGSFREIHEIT:

# Merkel findet Sperrung von Trumps Twitter-Konten



Nach dem Vorgehen von Twitter gegen Trump betont Bundeskanzlerin Merkel das „Grundrecht auf Meinungsfreiheit“. EU-Kommissar Breton spricht von einem Wendepunkt bei der Regulierung von Online-Netzwerken.

- AKTUALISIERT AM 11.01.2021-13:42

Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU) sieht die Sperrung der Konten des amerikanischen Präsidenten Donald Trump auf Twitter kritisch. „Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht von elementarer Bedeutung“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. „In dieses Grundrecht kann eingegriffen werden, aber entlang der Gesetze und innerhalb des Rahmens, den der Gesetzgeber definiert – nicht nach dem Beschluss der Unternehmensführung von Social-Media-Plattformen.“ Unter diesem Aspekt sehe die Kanzlerin es als „problematisch“ an, dass die Konten Trumps dauerhaft gesperrt worden seien.

[Seibert](#) sagte auch, dass die Betreiber sozialer Netzwerke sehr große Verantwortung hätten, dass die politische Kommunikation „nicht vergiftet“ werde durch Hass, Lügen oder die Anstiftung zur Gewalt. Daher sei es richtig, nicht tatenlos zuzusehen, wenn solche Inhalte gepostet würden, sondern beispielsweise mit Anmerkungen zu reagieren, wie es in den vergangenen Wochen und Monaten geschehen sei.

Twitter hatte das Konto des scheidenden amerikanischen Präsidenten [Donald Trump](#) wegen „des Risikos einer weiteren Anstiftung zur Gewalt“ dauerhaft gesperrt. Damit zog der Konzern Konsequenzen aus der Erstürmung des Kapitols am vergangenen Mittwoch. Am Wochenende war der persönliche Account Trumps nicht mehr aufrufbar. Auch auf dem offiziellen Konto des amerikanischen Präsidenten @potus war kein Tweet mehr lesbar.

## „Folge der Lügen von Herrn Trump“

[Twitter](#) war für Trump mit seinen mehr als 88 Millionen Followern jahrelang ein wichtiges Sprachrohr, während seiner Präsidentschaft setzte er nahezu täglich mehrere Tweets ab. Am Donnerstag hatten auch Facebook und Instagram Trumps Konten gesperrt.

Auch die Europäische Union befasst sich unterdessen mit dem Thema. Der Sturm auf das Kapitol in Washington stellt nach Ansicht von EU-Kommissar [Thierry Breton](#) einen Wendepunkt bei der Regulierung von Online-Netzwerken dar. „So wie der 11. September einen Paradigmenwechsel bei der weltweiten Sicherheitspolitik hervorgerufen hat, werden wir 20 Jahre später Zeuge eines Vorher-Nachher bei der Rolle von digitalen Plattformen in unserer Demokratie“, schrieb der Binnenmarktkommissar in einem Gastbeitrag für das Portal „Politico“.

Spätestens die Vorfälle vor und im Kapitol vergangene Wochen zeigen, dass es keinen Zweifel mehr daran gebe, dass Online-Plattformen zu systemischen Akteuren geworden seien. „Ihre Verantwortung gegenüber

der Gesellschaft können sie nicht mehr leugnen.“ Mit der dauerhaften Sperrung des persönlichen Twitter-Accounts von Präsident Donald Trump werde dies nun endlich anerkannt.

Der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire verlangte, solche Entscheidungen nicht mehr Privatunternehmen zu überlassen. Er sei „schockiert“ darüber, dass Twitter diese Entscheidung habe treffen können, sagte Le Maire dem Sender France Inter. „Die Erstürmung ist Folge der Lügen von Herrn Trump.“ Er sehe in den Ereignissen „einen Angriff auf die Demokratie“.

Gleichzeitig sei aber auch „die digitale Oligarchie eine der Bedrohungen für die Staaten und die Demokratie“. Die Regulierung der Online-Netzwerke dürfe nicht von den „Digitalriesen“ selbst vorgenommen werden, sondern sei Aufgabe der Staaten und der Justiz.

# Donald Trump banni de Twitter et Facebook : les réseaux sociaux entre laxisme et censure

## ÉDITORIAL

### Le Monde

Editorial. L'épisode de la fermeture des comptes personnels du président américain montre la nécessité d'encadrer plus étroitement les plates-formes numériques.

Publié hier à 12h11, mis à jour hier à 16h49 Temps de Lecture 2 min.

**Editorial du « Monde ».** « *You're fired !* » (« vous êtes viré ! »). Que de fois cette phrase a-t-elle été prononcée par Donald Trump lorsqu'il était encore animateur de son jeu de télé-réalité « The Apprentice », pour signifier leur élimination aux candidats malheureux ! Une fois élu président des États-Unis, il n'imaginait sans doute pas que ce serait à son tour d'être évincé sur un claquement de doigts. La sanction émane des patrons de Twitter et de Facebook, qui ont décidé vendredi 8 janvier de fermer les comptes personnels de Donald Trump. Ces décisions, sans précédent, ouvrent un débat vertigineux sur la liberté d'expression.

Le président de la première puissance mondiale se voit ainsi privé de son mode de communication favori au lendemain d'une invasion historique du Capitole, dans laquelle il porte une part de responsabilité certaine au travers des messages incendiaires qu'il a postés avant l'assaut. Craignant que ses déclarations ne provoquent de nouvelles violences, Twitter et Facebook ont pris leurs responsabilités.

Il est regrettable qu'il ait fallu attendre ce contexte explosif pour que ces plates-formes tranchent un débat lancinant depuis déjà plusieurs années. Prise sous le coup de l'émotion, la décision cristallise les divisions. Longtemps accusés de laxisme, les réseaux sociaux sont aujourd'hui traités de censeurs.

Laxistes, ils l'ont été tout au long du mandat de Donald Trump, qui n'a pas attendu le 6 janvier pour manipuler l'opinion. Censeurs, ils le sont de fait aujourd'hui. Quelle est la légitimité de leurs PDG pour s'ériger en arbitres du débat sur la liberté d'expression, alors que leur préoccupation principale consiste à préserver la rentabilité de leur modèle économique ?

## Au piège d'un débat inextricable

Faute de ne pas avoir mis en place des systèmes de modération efficaces et n'étant pas soumises à la supervision d'autorités indépendantes, ces plates-formes se retrouvent prises au piège d'un débat inextricable dans les circonstances actuelles. Ne rien faire était impossible au regard de la gravité de la situation. Mais, en agissant trop tard et de façon radicale, les réseaux sociaux alimentent l'idée qu'un complot est à l'œuvre pour faire taire Donald Trump.

Pourtant, même quand il aura quitté la Maison Blanche, ce dernier n'aura que l'embarras du choix pour trouver d'autres canaux de communication. La création d'une chaîne de télévision et d'un nouveau réseau social est envisagée.

Cet épisode montre la nécessité d'encadrer plus étroitement les plates-formes numériques. La réglementation européenne en cours d'élaboration va dans le bon sens. Les États-Unis, [qui sont restés jusqu'à présent très prudents](#), doivent agir à leur tour.

Mais l'erreur serait de croire que s'attaquer aux symptômes suffira pour soigner la maladie. Aujourd'hui les vérités alternatives sont devenues une arme politique trop longtemps sous-estimée par les démocraties, qui sont face à un défi considérable. Couper le son de cette colère qui se repaît du mensonge est tentant. Mais la vraie question consiste à s'interroger sur les raisons pour lesquelles des millions de gens sont prêts à croire l'incroyable, pour peu qu'il corresponde à ce qu'ils ont envie d'entendre.

A force de ne pas avoir été suffisamment attentives aux préoccupations de cette partie de l'opinion, les élites ont laissé le phénomène s'amplifier, au point de faire vaciller l'une des plus grandes démocraties du monde. Ce n'est pas la suppression des saillies de Donald Trump qui réglera le problème, mais une réflexion approfondie sur les dérives d'un système politique et économique auquel cette population ne croit plus.

# Die Tech-Giganten verbannen Parler aus dem Internet. Dessen CEO sagt: «Man kann Menschen nicht bis zur Unterwerfung sperren»

Google, Apple und Amazon haben das soziale Netzwerk Parler nach dem Sturm auf das Capitol gesperrt. Parler-CEO John Matze berichtet im Gespräch, warum er die Begründungen der Tech-Firmen für scheinheilig hält, wie lange Parler nun eine Zwangspause droht und ob Donald Trump dort einen Account hat.

Jenni Thier0 Kommentare 12.01.2021, 05.30 Uhr

**Der gewaltsame Sturm auf das Capitol vom 6. Januar hat für das soziale Netzwerk Parler harte Konsequenzen.** Der Sturm auf das Capitol in Washington durch einen wütenden Mob am 6. Januar hat auch in den sozialen Netzwerken Spuren hinterlassen. Am deutlichsten zu spüren bekommen hat das wohl Parler, das selbsterklärte Anti-Twitter. Kritiker werfen dem sozialen Netzwerk unter anderem vor, Gewaltaufrufe von Nutzern nicht gelöscht und so eine Mitschuld an der Eskalation gehabt zu haben. Am vergangenen Freitag und Samstag verbannten zunächst Google und dann Apple die App aus ihren App-Stores. Und in der Nacht von Sonntag auf Montag schliesslich stellte Amazon den Hosting-Service für Parler ein, so dass seitdem auch die Webseite nicht mehr erreichbar ist.

Parler hat mittlerweile laut eigenen Angaben rund 20 Millionen Nutzer. Seitdem Twitter und Facebook im vergangenen Jahr angefangen haben, härter durchzugreifen, Accounts zu sperren und Falschnachrichten zu kennzeichnen, strömen immer mehr Nutzer auf die an einen Twitter-Klon erinnernde Plattform – darunter vor allem amerikanische Rechte und Konservative. Parler-CEO John Matze versucht sich nun in Schadensbegrenzung und kämpft darum, seine Plattform schnell wieder online zu bringen. Am Telefon klingt er übermüdet und ist teilweise dünnhäutig, als er die vergangenen Tage rekapituliert.

Herr Matze, Google, Apple und Amazon haben Parler aus ihren App-Stores verbannt und die Webseite gesperrt. Was sagen Sie zu den Anschuldigungen, Sie hätten die Moderation nicht im Griff gehabt und zu der gewaltsamen Eskalation beigetragen?

Ihre Anschuldigungen, dass wir die Ereignisse vom 6. Januar ermöglicht oder koordiniert hätten, ist unbegründet. Und es war nicht nur Apple, Amazon und Google, die uns abgeschaltet haben. Es waren auch andere Anbieter. Meiner Meinung nach ist das eine wettbewerbswidrige, koordinierte Aktion zwischen all diesen Unternehmen. Wir sind der Sündenbock für sie. Das war ein Angriff auf uns, das war nicht fair.

Wie standen Sie mit den Unternehmen in Kontakt?

Von Google haben wir nichts gehört. Ich habe es aus den Medien erfahren. Apple gab uns am Freitag eine 24-Stunden-Frist, Amazon am Samstag. Beispiele von Gewaltbeiträgen, die Apple und Amazon uns zeigten, waren inzwischen schon von uns gelöscht worden. Denn natürlich verstossen diese Beiträge gegen unsere Richtlinien.

Was haben Sie getan, um die Abschaltung zu verhindern?

Wir wurden zu diesem Zeitpunkt bereits überschwemmt von neuen Inhalten, weil unser SMS-Provider Twilio uns als einer der Ersten abgeschaltet hatte. Ohne die Verifizierungs-SMS, die man beim Erstellen eines neuen Accounts braucht, konnten Personen plötzlich sehr einfach mehr als nur einen Account anlegen und fingen an, Parler mit Spam zu überfluten. Bei Twitter wurde dazu aufgerufen, Parler zum «Brennen» zu bringen. Wir hatten einen Rückstau von mehr als 20 000 problematischen Meldungen, die die Jury noch anschauen musste – 600 Personen. Wir haben Apple und Amazon angeboten, automatisch Gewaltbeiträge ausfindig zu machen und sie zu flaggen. Aber sie haben das abgelehnt und beschlossen, uns abzuschalten.

Aber hat die Moderation auf Parler nicht trotzdem versagt? Es waren ja teilweise üble Beiträge von Nutzern zu sehen, die etwa zum Erschiessen oder Hängen von Menschen aufriefen.

Nein. Die Anschuldigungen, dass wir verantwortlich für das seien, was am 6. Januar passierte, sind falsch. Am Mittwoch waren alle unsere Inhalte ziemlich sauber. Und viele Screenshots, die auf Twitter geteilt wurden, waren da bereits moderiert oder gelöscht. Der Ort, wo der gewaltsame, ekelhafte Inhalt weiter existiert, ist also Twitter – das diesen natürlich nicht gelöscht hat. Wir haben übrigens viele böse E-Mails von Menschen bekommen, die das Event mit organisierten, die wir aber schon vorher gesperrt hatten.

Im Gespräch berichtet John Matze weiter, wie Parler den Account einer Gruppe namens Right Wing Sting gelöscht hat, weil diese gegen die Richtlinien verstossen habe. Der Screenshot einer E-Mail zeigt, wie sich «OfficialRightWingSting» darüber beschwert. Im Betreff steht: «Parler zensiert mehr als Twitter». Parler löschte die Gruppe unter anderem deshalb, weil sie sogenanntes Doxing betrieb – also persönliche Details von Personen mit bösen Absichten veröffentlicht hat. In diesem Fall waren es etwa Heimat-Adressen von bestimmten (und der Gruppe verhassten) Politikern. Diesen waren laut Matze mit Hinweisen wie «Dies ist ihre Adresse. Ihr wisst, was ihr zu tun habt» versehen. Die Gruppe verweist in ihrer Beschwerde-Mail auf einen Twitter-Account, der für Antifa-Mitglieder Ähnliches mache, aber nicht gelöscht werde.

Inwiefern sich diese Gruppe an den Protesten im Capitol beteiligt hat, ist allerdings nicht nachzuvollziehen. Matze behauptet, dass Parler einen weiteren Account im Vorfeld des 6. Januar gesperrt habe. Dieser habe ebenfalls Doxing betrieben und die Plattform mit Einladungen für seine Telegram-Gruppe überflutet. Über diese sei die Organisation für die gewaltsamen Proteste gelaufen, nicht über Parler direkt, sagt Matze. Für ihn sind dies Beispiele, wie mit zweierlei Mass gemessen wird.

Warum glauben Sie, dass Parler nun als Sündenbock herhalten muss, wie Sie sagen?

Parler war nicht der Hauptschauplatz. Es gibt nichts, was wir hätten tun können, um den Lauf der Ereignisse zu ändern. Es ist eine Tatsache, dass nur wir nun gesperrt werden, wo doch offensichtlich auch Telegram und Facebook viel genutzte Werkzeuge für die Organisation der Proteste am 6. Januar waren. Und nehmen wir den Entscheid von Google: Wenn sie die gleichen Standards bei Twitter angewandt hätten wie bei uns, dann hätten sie es zuerst abschalten müssen. Dort stand am Freitag der Hashtag #hangmikepence oben in den US-Trends – der Tag, wo Google

uns verboten hat. Das ist Doppelmoral. Auch Facebook war voll davon. Der Unterschied ist: Wir sind unbeliebt bei den Leuten aus dem Silicon Valley. Aber wir sind sehr beliebt bei den normalen Menschen. Wir haben jetzt fast 20 Millionen Accounts. Und wir waren dabei, weiter zu wachsen. Am Freitag und Samstag waren wir Nummer 1 im amerikanischen App-Store. Bis wir gelöscht wurden.

Haben Sie schon einen neuen Hosting-Service als Ersatz für Amazon gefunden?

Wir arbeiten daran, herauszufinden, wie wir wieder online kommen können. Wir können nichts garantieren und glauben, dass wir auch eine Woche down sein könnten. Die Aktionen von Google, Apple und Amazon haben dafür gesorgt, dass auch andere Anbieter ihre Türen für uns geschlossen haben. So wie sie hinter uns her sind, ist es verrückt. Die Realität aber ist: Wenn man anfängt, Leute für öffentliche Inhalte zu löschen, werden sie diese verschlüsseln. Man kann das Problem nicht lösen, indem man einfach Leute sperrt. Das kann man nur, indem man öffentlich vernünftige Diskussionen führt und mit gutem Beispiel vorangeht.

Was sagen Sie zu Joe Biden? Seine Botschaft ist ja, dass das Land heilen und die Menschen zusammenkommen sollen?

Sieht das für Sie so aus, als ob diese Leute zusammenkommen wollen? Wenn sie sagen, wir müssen Parler und seine Nutzer aus dem Internet verbannen? Das ist kein Weg, das Land zu heilen und voranzubringen. Ich weiss nicht, ob das Joe Bidens Haltung ist, aber das ist das, was seine Partei macht. Ich würde gerne hören, wie Joe Biden verurteilt, was gerade mit uns gemacht wird. Ich würde es begrüßen, wenn er den Schritt auf die Gegenseite zukommen und einen Account bei uns eröffnen würde. Das wäre ein Weg, um zu heilen, zusammenzukommen und zu diskutieren. Leider ist das politische Klima so toxisch, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass das passiert. Die Leute hassen einander so sehr, auf beiden Seiten.

Haben Sie schon versucht, Kontakt zu Biden oder seinem Team aufzunehmen?

Wir haben ihm eine Einladung geschickt und versucht, Mitglieder seines Teams zu erreichen. Aber sie scheinen nicht sehr daran interessiert zu sein, mit uns zu reden.

Matze erzählt, wie er kürzlich ein Doku-Drama aus den dreissiger Jahren gesehen habe, in denen Schulkindern Hass eingeflösst worden sei, damit sie bereit für den Krieg seien. Das habe ihn an die heutige politische Situation erinnert. Auf beiden Seiten werde Hass geschürt, so Matze. Nun schlage der Hass aus dem Internet in die Realität um, und Parler und er würden persönlich dafür verantwortlich gemacht. Er habe Drohungen gegen ihn selbst, sein Heim und seine Familie erhalten. Dass auch bei Parler manchmal ein, freundlich gesagt, rauer Umgangston herrscht und etwa gegen Juden wie George Soros Stimmung gemacht wird, scheint Matze in dem Augenblick auszublenden. Er fühlt sich nicht mehr oder weniger schuldig als andere.

Aber Sie sind auch nicht gerade zimperlich in der Wortwahl. Vertreter des Silicon Valley haben Sie zum Beispiel als Techno-Faschisten bezeichnet.

Aber ich habe nie Gewalt befürwortet. Und ich habe nie gesagt, dass sie und ihre Unternehmen abgeschaltet werden sollten. Ich habe nie gesagt, dass sie zerstört werden sollten. Ich habe auf ihre Heuchelei hingewiesen und warum es falsch ist, was sie tun. Ich habe öffentlich gesagt, dass Facebook das Recht habe, Leute zu sperren, aber das nicht heisst, dass wir das billigen sollten. Ich bin nie für etwas anderes eingetreten als für Marktlösungen und Wettbewerb. Was diese Unternehmen nun bewiesen haben, ist, dass Wettbewerb gegen diese Leute nicht möglich ist – ohne ihren eigenen Segen. Wenn man Leuten das Gefühl gibt, dass sie überall verbannt werden und sie einen neuen Platz für sich finden, der dann ebenfalls gesperrt wird – was werden sie als Nächstes tun? Sie werden verzweifelt, sie werden gewalttätig. Man kann Menschen nicht bis zur Unterwerfung sperren. Man muss als Gesellschaft darüber reden.

Es gibt Gerüchte, dass Trump einen Account bei Parler habe. Stimmt das?

Soweit ich mitbekommen habe, hat er einen Fake-Account. Aber ich weiss es selbst nicht genau. Es könnte Teil der Motivation gewesen sein, Parler loszuwerden, um Trump keinen Platz zum Reden zu geben.

# Stumm geschaltet

- EIN KOMMENTAR VON [MICHAEL HANFELD](#)
- -AKTUALISIERT AM 11.01.2021-18:10



Dass Donald Trump nicht mehr zum Sturm aufs Kapitol aufrufen kann, muss man begrüßen. Doch wie heuchlerisch die Chefs von Twitter und Facebook agieren, weiß am besten der russische Oppositionelle Alexej Nawalnyj.

Welche Macht die „Gafa“ besitzt, dürfte jetzt auch dem letzten vor Augen geführt worden sein. Wenn Google, Apple, Facebook, Amazon – und Twitter – es wollen, ist alles möglich, sogar, dass der bald nicht mehr amtierende Präsident der Vereinigten Staaten öffentlich verstummt. Donald [Trump](#) hat seine Anhänger zum Sturm auf das Kapitol angestachelt, nun muss er büßen. „The Real Donald Trump“ ist Geschichte, bei Twitter und bei Facebook. Auch der Plattform „Parler“, die sich als Rechtsaußen-Alternative zu den Netzwerken etabliert hat, wird der Saft abgedreht. Die App ist aus dem Play-Store von Google und bei Apple geflogen, Amazon als weltgrößter Cloudanbieter wirft „Parler“ ebenfalls vom Server.

Warum erst jetzt, fragen die einen, wo Trump doch schon längst maximalen Schaden angerichtet und täglich Lug, Trug und Hetze verbreitet hat. Mit welcher Begründung jetzt, und warum gerade oder nur er, fragen andere. Die Chefs der Datenkonzerne verweisen auf ihre Richtlinien, gegen die verstoßen worden sei und gerieren sich als Retter der Demokratie. Das aber fällt ihnen erst nach dem 6. Januar ein, dem Tag, an dem Trump-Anhänger ins Kapitol stürmten, fünf Menschen ums Leben kamen und man den Eindruck haben konnte, hier lege es jemand auf einen Staatsstreich an.

Vorher schalteten die Konzernherrscher Trump nicht stumm, denn da lief das Geschäft mit ihm und den Nutzern, die ihm zugeneigt sind, mit Rechtsaußen- und Verschwörungsgruppen, noch gut. Genauso gut, wie es mit anderen extremen Gruppen läuft. Je extremer, desto besser, desto mehr Bewegung im Netzwerk, desto mehr Kontakte, desto größere Werbeeinnahmen – das Geschäftsprinzip der Konzerne läuft nicht nur auf Radikalisierung und Filterblasenbildung hinaus, es beruht darauf.

Dass es hier aber um ein Grundrecht, um das hohe Gut der Meinungsfreiheit geht, ruft Bundeskanzlerin Angela [Merkel](#) in Erinnerung, die den Twitter-Bann über den Präsidenten, mit dem sie politisch kaum etwas verbinden dürfte, für „problematisch“ hält, wie ihr Sprecher Steffen Seibert sagte. In diese Grundrecht könne nur nach Maßgabe der Gesetze eingegriffen werden, nicht nach dem Dafürhalten von Konzernchefs.

Der russische Oppositionelle [Alexej Nawalnyj](#) drückt das mit einem Twitter-Thread, den er am vergangenen Samstag veröffentlicht hat, noch etwas deutlicher aus. „Ich denke“, schreibt Nawalnyj, der Bann von Donald Trump auf Twitter ist ein inakzeptabler Akt der Zensur.“ Warum, das führt der russische Oppositionelle, der gerade erst einen von Geheimdienst auf ihn verübten Giftanschlag überlebt hat, aus: Trump habe viele unverantwortliche Dinge gesagt und getan, aber dafür habe er den Preis bezahlt – durch seine Abwahl. Das Ergebnis der Präsidentenwahl könnten Millionen von Menschen nachverfolgen, das Zustandekommen der Entscheidung von Twitter hingegen nicht. Niemand solle ihm erzählen, Trump habe gegen die Regeln von Twitter verstoßen.

Er erhalte seit Jahren täglich Todesdrohungen, ohne dass jemand von Twitter verbannt werde (worum er auch nicht bitte). „Kaltblütige Mörder“ hätten einen Account – Nawalnyj nennt Wladimir Putin und den venezolanischen Staatschef Maduro, „Lügner und Diebe (Medwedjew)“. Twitter, [Facebook](#) und Instagram stünden als Plattformen für Putins Troll-Fabriken zur Verfügung. „Dieser Präzedenzfall“, schließt Nawalnyj seine zehn Punkte umfassende Abrechnung, „wird von den Feinden der Redefreiheit in der ganzen Welt ausgenutzt werden. Auch in Russland. Jedes Mal, wenn sie jemanden zum Schweigen bringen müssen, werden sie sagen: ‚Das ist die gängige Praxis, sogar Trump ist bei Twitter gesperrt worden.‘“ Mit Blick auf die Ruchlosigkeit Trumps mag einem Nawalnyjs Argumentation fragwürdig erscheinen, die grenzenlose Heuchelei der Tech-Konzerne aber trifft er genau. Sie treten nicht für die Demokratie ein. Sie passen sich an, sie reagieren auf politischen und öffentlichen Druck.

Wolle Twitter die Sache richtig angehen, schreibt Nawalnyj, müsse der Konzern ein Komitee ins Leben rufen, das in solchen Fällen Entscheidungen treffe, diese begründe, und man müsse dagegen klagen können.

All das versuchen der europäische und der deutsche Gesetzgeber ins Werk zu setzen, angefangen beim Netzwerkdurchsetzungsgesetz über den Medienstaatsvertrag bis zu der vom Bundesjustizministerium bislang miserabel, weil im Sinne der Konzerne angepassten, aufbereiteten Umsetzung des europäischen Urheberrechts. Der Sturm aufs Kapitol, schreibt EU-Kommissar Thierry Breton in einem Beitrag für das Onlinemagazin „Politico“, stelle für den Umgang mit der Digitalkonzernen einen Paradigmenwechsel dar, wie ihn der 11. September 2001 für die Sicherheitspolitik bedeutete. Solch großen Worten müssen nun große Taten folgen.

[Michael Hanfeld](#)

verantwortlicher Redakteur für Feuilleton Online und „Medien“.

182,120

<https://www.fr.de/politik/merkel-findet-twitter-sperre-fuer-trump-problematisch-zr-90164912.html>

11.01.2021 16:50

MEHRHEIT DAFÜR

## Merkel findet Twitter-Sperre für Trump problematisch



Vor einem drohenden Amtsenthebungsverfahren wegen «Anstiftung zum Aufruhr» hat der abgewählte US-Präsident Donald Trump mit einer Twitter-Sperre seine wichtigste Kommunikationsplattform verloren.

**Die Mehrheit der Deutschen findet es richtig, dass der Kurznachrichtendienst Twitter Trump den Stecker gezogen hat. Dennoch wirft die Sperre auch hierzulande die Frage auf, ob die Macht der Tech-Konzerne an dieser Stelle nicht vielleicht doch zu groß ist.**

Berlin (dpa) - Die Bundesregierung sieht die Sperrung des Twitter-Kontos von US-Präsident Donald Trump kritisch.

Die Betreiber sozialer Netzwerke trügen zwar Verantwortung dafür, dass die politische Kommunikation nicht mit Hass und Anstiftung zu Gewalt vergiftet werde, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Die Meinungsfreiheit als Grundrecht von elementarer Bedeutung könne aber nur durch den Gesetzgeber, nicht nach der Maßgabe von Unternehmen, eingeschränkt werden. Deswegen sehe Kanzlerin Angela Merkel (CDU) es als problematisch an, dass die Konten des US-Präsidenten dauerhaft geschlossen worden seien.

«Es ist richtig, dass der Staat, der Gesetzgeber, dazu einen Rahmen setzt», sagte Seibert zur Lage in Deutschland. Grundsätzlich problematisch sei es, was es in sozialen Medien an verfälschenden und Gewalt fördernden Äußerungen gebe. Die Bundesregierung hatte in den vergangenen Jahren viel Druck auf die Online-Plattformen gemacht, um sie zu einem schärferen Vorgehen unter anderem gegen Hassrede zu drängen.

Twitter hatte Trumps Konto @realDonaldTrump dauerhaft gesperrt und ihm damit eine wichtige Kommunikationsplattform entzogen. Als Grund nannte Twitter das «Risiko einer weiteren Anstiftung zur Gewalt». Trump warf Twitter am Freitagabend vor, sich mit den Demokraten verschworen zu haben, um ihn und seine Anhänger zum Schweigen zu bringen.

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen forderte mit Blick auf den Sturm auf das Kapitol eine klarere und systematische Regulierung sozialer Medien. «Wir sehen, welche Macht solche Tech-Firmen verleihen, die viel zu wenig kontrolliert ist», sagte der Kandidat für den CDU-Vorsitz im Deutschlandfunk. «Ich finde, der Fall der Brandstiftung gegen die Demokratie und das Parlament als das Herz der Demokratie, ist ein Fall, wo solche Unternehmen reagieren müssen», sagte Röttgen.

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Civey für die «Augsburger Allgemeine» (Dienstag) erklärten vier von fünf Befragten (81 Prozent), es sei richtig, dass Twitter Trumps Account dauerhaft gesperrt habe. Drei von vier Deutschen finden sogar, die Entscheidung sei «eindeutig richtig». Für falsch halten die Sperrung 15 Prozent der Teilnehmer der repräsentativen Umfrage, vier Prozent sind unentschieden. Wähler von Grünen, SPD, Union und Linke beurteilen die Sperrung den Angaben zufolge mit jeweils großer Mehrheit als richtig. Auch rund sechs von zehn FDP-Anhängern sind dieser Ansicht. Ganz anders sehen das die Wähler der AfD: Zwei von drei Anhängern der Rechtspopulisten halten Trumps Twitter-Bann für falsch.

Die stellvertretende AfD-Vorsitzende, Beatrix von Storch, erhob gleich gegen mehrere US-Konzerne massive Vorwürfe. Sie sagte: «Internet-Giganten wie Google, Facebook, Twitter, Amazon missbrauchen ihre marktbeherrschende Stellung, um die Meinungsfreiheit abzuschaffen.» Es sei daher höchste Zeit, mit dem Wettbewerbsrecht gegen die Tech-Konzerne vorzugehen und «das Digital-Kartell zu zerschlagen», sagte die Bundestagsabgeordnete, die selbst viel über Twitter kommuniziert. 2018 war sie von Twitter wegen eines Kommentars über muslimische Männer für zwölf Stunden gesperrt worden.

Der russische Kremlkritiker Alexej Nawalny nannte die Sperrung «Zensur». «Die Entscheidung, Trump das Twittern zu verbieten, scheint mir emotional, und sie basiert auf politischen Motiven», schrieb der Oppositionelle, der selbst Twitter und andere soziale Netzwerke als Plattform nutzt, weil er in den russischen Medien kaum erwähnt wird. «Dieser Präzedenzfall wird nun von den Feinden der Meinungsfreiheit auf der ganzen Welt ausgenutzt. Auch in Russland.» Wenn jemand zum Schweigen gebracht werden solle, werde argumentiert: «Dies ist nur die übliche Praxis, sogar Trump wurde auf Twitter blockiert.» Nawalny befürchtet demnach, dass auch er etwa bei Twitter geblockt werden könnte.

© dpa-infocom, dpa:210111-99-983350/3

GENDERSPRACHE IM DUDEN:

## Behaltet den Dieb!



Plötzlich sollen nur noch Männer Ärzte sein: Der Duden reformiert seine Wörterliste. Das Ergebnis des sprachpolitischen Eifers sind falsche Definitionen.

- VON PATRICK BAHNERS
- -AKTUALISIERT AM 12.01.2021-11:53

Was bedeutet das deutsche Wort „Arzt“? Schlagen wir nach bei [www.duden.de](http://www.duden.de). Dort steht: „männliche Person, die nach Medizinstudium und klinischer Ausbildung die staatliche Zulassung (Approbation) erhalten hat, Kranke zu behandeln (Berufsbezeichnung)“. Im Laufe dieses Jahres sollen insgesamt etwa 12.000 Stichwörter in der Online-Ausgabe des Duden nach diesem Muster umgeschrieben werden. Von Wörtern männlichen grammatikalischen Geschlechts, die zur Bezeichnung von Personen dienen, wird durch Duden-Definition gesagt, dass mit ihnen nur Personen männlichen biologischen Geschlechts gemeint seien.

Eines der im Eintrag „Arzt“ aufgeführten Beispiele für die Verwendung des Wortes zeigt, dass die neue Definition falsch ist. „Zum Arzt gehen“: Damit ist nicht nur der „Onkel Doktor“ der patriarchalischen alten Welt gemeint. Kathrin Kunkel-Razum, die Leiterin der Duden-Redaktion, hat diesen Einwand im Radio mit dem Argument zurückgewiesen, mit Sätzen wie „Ich gehe zum Bäcker“ oder „Ich gehe zum Arzt“ bezögen wir uns eigentlich auf die von der genannten Person betriebene „Einrichtung“, die Bäckerei oder die Arztpraxis.

Beim Bäcker mag diese Ausrede noch plausibel scheinen, aber auch nur deswegen, weil das Wort „Bäcker“ eine Nebenbedeutung angenommen hat, als Kurzform für das Geschäft des Bäckers oder auch nur die Verkaufsstelle eines Bäckereibetriebs. „Da macht demnächst ein Bäcker auf“ – das heißt nicht, dass im Hinterraum nachts wirklich jemand steht und backt. Bäcker ist und bleibt aber ein Beruf, der ebenso von Frauen wie von Männern ergriffen werden kann. So steht es bislang noch richtig im Duden: „Bäcker“ ist das Wort für den „Handwerker, der Backwaren für den Verkauf herstellt“, „Bäckerin“ ist „die weibliche Form zu Bäcker“.

Beim Arzt schiebt sich die „Einrichtung“ nicht in gleicher Weise vor die Person, obwohl man ihn wie einen Ort ansprechen kann. „Du solltest endlich einen Arzt aufsuchen“ heißt: Statt weiter Krankheitsdefinitionen im Internet nachzuschlagen, solltest du dich von einer heilkundigen Person mit abgeschlossenem Medizinstudium untersuchen lassen. „Hilfe! Wir brauchen einen Arzt!“ Also eine männliche Person, die und so weiter? Das ist Nonsens.

### Der Sprachgebrauch ändert die Wortbedeutung nicht

Es ist seit Jahrzehnten üblich und längst auch vorgeschrieben, dass bei Ausschreibungen immer ein Arzt oder eine Ärztin zu suchen ist. Die Übung hat ihren Sinn als Bekenntnis zur Gleichberechtigung, und so wird heute in bürokratischen und feierlichen Kontexten erwartet, dass die Angehörigen einer Berufsgruppe in

weiblicher und männlicher Form adressiert werden. Einen solchen Wandel des Sprachgebrauchs muss sicher auch der Duden berücksichtigen, insbesondere wenn er Ratschläge für gutes Deutsch erteilt. Aber er bedeutet nicht, dass ein Wort wie „Arzt“ seine Grundbedeutung eingebüßt hätte.

Die Reform erfasst auch Wörter, die keine Berufe bezeichnen. „Dieb“: laut Duden „männliche Person, die fremdes Eigentum heimlich entwendet“. Aber solange der Dieb nicht gefasst ist, kann man nicht wissen, ob er männlichen oder weiblichen Geschlechts ist – und für die Eigenschaft des Diebes kommt es darauf nicht an. In [Alfred Hitchcocks](#) Film „Über den Dächern von Nizza“ („To Catch a Thief“) erweist sich der Juwelendieb als halbwüchsige Fassadenkletterin.

Paragraph 211 des [Strafgesetzbuchs](#) bestimmt: „Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.“ Legt man den Duden zugrunde, muss nach dem Prinzip „Keine Strafe ohne Gesetz“ jede des Mordes angeklagte Frau freigesprochen werden, denn angeblich bezeichnet das Wort „Mörder“ ausschließlich eine „männliche Person, die gemordet, einen Mord begangen hat“. Der Mordparagraph des Strafgesetzbuchs ist wegen seiner nationalsozialistischen Herkunft umstritten, aber falsches Deutsch wurde den Verfassern noch nie vorgeworfen. Umgekehrt kann eine Wörterbuchdefinition nicht richtig sein, die enger ist als die Legaldefinition.

Der Linguist Peter [Eisenberg](#) nennt die Vermännlichung Tausender geschlechtsneutraler Begriffe im Online-Duden einen „skandalösen Fälschungsversuch“. Die vom Fälschungsvorwurf vorausgesetzte böse Absicht dürfte schwer nachzuweisen sein. Wohlwollend mag man annehmen, dass der Redaktion der Unterschied zwischen richtig und falsch gleichgültig ist. In diese Richtung deutet Kunkel-Razums Mitteilung, dass man auf Nutzerinnen und Nutzer Rücksicht nehmen wolle, die enttäuscht seien, wenn „Ärztin“ auf „Arzt“ verweise. Stillschweigend wird wohl vorausgesetzt, dass jedermann weiß, was ein Arzt ist. Um der symbolischen Aussage willen wird der falsche Inhalt in Kauf genommen.

182,124

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/laicite-trois-mois-apres-l-assassinat-de-samuel-paty-rien-n-a-change-20210111>

**Le Figaro (site web)**

lundi 11 janvier 2021 - 21:30 UTC +01:00 401 mots

**Laïcité:**

## «Trois mois après l'assassinat de Samuel Paty, rien n'a changé»

**L'éditorial du *Figaro* , par Laurence de Charette.**

Quelle forme d'amnésie frappe l'école? Samuel Paty n'était-il pas devenu, selon les mots d'Emmanuel Macron, «*le visage de la République*»? Celle-ci n'avait-elle pas solennellement juré, par la voix du président, devant la tombe d'un homme «*tombé parce qu'il avait fait le choix d'enseigner*», de ne plus jamais rien céder? Ne reprenions-nous pas en chœur ce joli «*Nous continuerons, professeur*»?

Las! Ni l'indignation ni les serments n'ont eu raison de cette «*dynamique de l'abominable*» dénoncée par Jacques Julliard. Trois mois à peine après l'assassinat de Samuel Paty, l'Éducation nationale reste, comme «avant» - avant ce crime si barbare qu'il devait marquer un irréversible tournant - hantée ou plutôt habitée par les démons qui depuis si longtemps sapent ses fondements.

Les travaux de la Fondation Jean-Jaurès établissent ce que tous, en réalité, savent sans l'avouer: du menu des cantines au contenu des enseignements, en passant par le calendrier et l'organisation des cours, la régression de la condition féminine... la pression de l'islamisme radical est omniprésente ; elle a aujourd'hui pénétré et trop souvent asservi l'école dans tous les domaines, elle s'est infiltrée par tous ses pores.

Il y a vingt ans déjà, professeurs et inspecteurs dénonçaient dans le vide le déferlement de l'obscurantisme, de l'antisémitisme, du relativisme, de la violence dans les classes. Face à la pression des parents, au rejet de la nation, à l'héroïsation des djihadistes, les enseignants cherchent encore sur qui s'appuyer. Leurs témoignages en disent long sur la lâcheté de l'institution, qui, quand elle ne détourne pas le regard devant leurs difficultés, se demande qui, du professeur ou du promoteur de la charia, elle va bien désavouer... Quant aux syndicats, les derniers démêlés de Fatiha Boudjahlat, enseignante toulousaine priée par SUD-éducation de se taire après avoir dénoncé le non-respect de la minute de silence en hommage à Samuel Paty, trahissent leur trop fréquente allégeance à l'islamo-gauchisme...

Pour que l'école reste un lieu du savoir et non de soumission, une étape d'émancipation et de croissance, qu'elle continue de «faire des républicains», il faut en finir avec le déni et l'évitement.

182,125

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/tech-konzerne-in-usa-sperren-donald-trump-duerfen-sie-das-17142811.html?premium>

KONZERNE SPERREN TRUMP:

# Dürfen die das?

- VON CORINNA BUDRAS
- -AKTUALISIERT AM 12.01.2021-20:16



Facebook und Twitter greifen hart durch und verbannen Donald Trump von ihren Plattformen. Das wirft Fragen auf. Wer hat in der digitalen Welt eigentlich das Sagen? Und welche Maßstäbe gelten überhaupt?

Wie haben Facebook und Twitter die Verbannung des amerikanischen Präsidenten von ihren Plattformen begründet?

Facebook als das größte soziale Netzwerk der Welt hatte vergangene Woche den ersten – bisher undenkbaren – Schritt gemacht, Donald Trump für unbestimmte Zeit von seiner Plattform auszuschließen. Als Begründung führte Facebook-Gründer Mark Zuckerberg an, Donald Trump nutze die Plattform, um zu einem gewaltsamen Umsturz einer demokratisch gewählten Regierung anzustiften. Das Risiko sei zu groß, argumentierte Zuckerberg, ohne es konkret zu benennen. Freitag Nacht ging der Kurznachrichtendienst Twitter noch einen Schritt weiter und sperrte das prominente Konto mit expliziten Bezug auf die zwei letzten Mitteilungen. Im Vergleich zu früheren Ausfällen waren diese zwei Tweets noch harmlos, allerdings zog Twitter zur Begründung den Kontext heran und meinte damit ausdrücklich auch die Art, wie sie verstanden und interpretiert werden können – innerhalb und außerhalb von Twitter. Sie verstießen deshalb gegen die interne Richtlinie, keine gewaltverherrlichenden Äußerungen zuzulassen. Juristen kritisieren dabei, dass ausgerechnet diesen Tweets kein offenkundig strafbarer Inhalt nachgewiesen werden könne.

Wieso stößt die Sperrung auf Kritik, unter anderen von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel?

Diese Maßnahmen haben zunächst sehr viel Zustimmung bekommen. Die erste Kritik reduzierte sich darauf festzustellen, dass der Schritt überfällig gewesen sei. Über das Wochenende jedoch mehrten sich Zweifel, die zunächst zum Beispiel vom russischen Oppositionellen Alexei Nawalny geäußert wurden. Kanzlerin Merkel kritisierte nun, dass Eingriffe in die Meinungsfreiheit nur „entlang der Gesetze und innerhalb des Rahmens, den der Gesetzgeber definiert“, möglich sein sollten, nicht nach dem Beschluss der Unternehmensführung von Social-Media-Plattformen. Diese Äußerungen wiederholen letztlich Bedenken, die schon vorher geäußert worden waren – selbst wenn man Donald Trump von Herzen gönnt, dass ihm sein Megaphone aus der Hand gerissen wird.

Ist Donald Trump ein Sonderfall?

Ein Sonderfall ist der Präsident der Vereinigten Staaten in jedem Fall. Auf soziale Medien ist der mächtigste Mann der Welt eigentlich nicht angewiesen: Er findet Gehör, wann immer er es wünscht; keiner hat davon so sehr Gebrauch gemacht wie Trump – auch jenseits von Twitter & Co. Er kann Pressekonferenzen einberufen und Interviews geben. So gesehen dürfte der Eingriff in die Freiheit der Meinungsäußerung weit geringer ausfallen als bei Oppositionellen, die vom Staat unterdrückt werden. Allerdings ist Trump weder

der Erste noch der Letzte, der von den sozialen Medien mit einem Bann belegt wird. Sein Fall wirft deshalb ein Schlaglicht auf die irritierende Macht, die soziale Netzwerke inzwischen haben – selbst wenn es um einen demokratisch gewählten Präsidenten geht: In den vergangenen Jahren haben amerikanische Konzerne neue Arenen geschaffen, die den öffentlichen Diskurs deutlich erweitert haben – und dadurch wie selbstverständlich dominieren.

Kann Trump sich gegen den Ausschluss wehren?

Trump kann gegen die Sperre klagen, wie es vor ihm schon einige Nutzer taten. Allerdings sind diese Klagen meist erfolglos, denn die sozialen Netzwerke laufen seit seit Anbeginn an einer langen Leine; der Staat hat ihnen kaum etwas zu sagen. Das war kein Versäumnis, sondern die bewusste Strategie der Staaten, sowohl in Amerika als auch in Europa. Die Innovationskraft des Internets sollte nicht von Anfang an durch starke Regulierung zerstört werden. Dafür sorgten in Europa die E-Commerce-Richtlinie und in Amerika Section 230 des „Communications Decency Act“, mit dem der „Anstand“ in der öffentlichen Kommunikation sichergestellt werden soll. Er trat 1996 in Kraft, lange bevor Facebook, Twitter & Co das Internet dominierten, und sichert diesen Plattformen, anders als Verlegern, ein umfangreiches Haftungsprivileg zu, selbst wenn sich auf ihren Seiten Hass, Lügen und Verachtung verbreiten. Gleichzeitig sind sie geschützt, wenn sie sich freiwillig der Aufgabe annehmen, ihre Plattform sauber zu halten und etwa gegen Bilder von sexueller Gewalt an Kindern oder gegen Urheberrechtsverletzungen vorgehen. Dann wird ihnen nicht zum Vorwurf gemacht, dass sie es nicht vollständig tun.

Dabei wäre dieser Vorwurf durchaus nachvollziehbar, schließlich ist eine Schieflage gar nicht zu vermeiden, wenn an Beiträge unterschiedliche Maßstäbe angelegt werden. Doch durch diese „Gute-Samariter-Regel“ soll nicht jeder Ehrgeiz für eine Netzhygiene im Keim erstickt werden. Das bedeutet faktisch, dass Internetunternehmen ihre eigenen Regeln setzen können. Das großzügige Haftungsprivileg ist nicht zuletzt durch Trump selbst heftig in die Kritik geraten, doch inzwischen gibt es Vertreter aus beiden politischen Lagern, die eine Änderung befürworten. Flankiert wird diese komfortable Rechtslage durch eine sehr großzügige Regel zur freien Meinungsäußerung, die im ersten Verfassungszusatz der Vereinigten Staaten festgehalten ist und deshalb unter dem Schlagwort „First Amendment“ bekannt ist. Von amerikanischen Juristen wird es auch zum Schutz von Twitter angeführt: Twitter nutze nur sein legitimes Recht auf freie Meinungsäußerung, wenn es Trump aussperre.

Wie ist die Situation in Deutschland?

In Deutschland wird die Diskussion seit geraumer Zeit mit anderem Schwerpunkt geführt. Hierzulande hat der Gesetzgeber den Konzernen mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz schon klare Anweisungen gegeben, wie sie gegen Hass und Hetze auf ihren Plattformen vorgehen sollen. Gemeinsam mit den immer umfangreicheren Hausregeln setze das allerdings eher einen Anreiz, zu viele Inhalte als zu wenig zu sperren, so lautet die gängige Kritik. Noch dazu gibt es schon seit einiger Zeit – anders als in Amerika – eine lebhaft Debatten darüber, ob Facebook, Twitter und andere nicht inzwischen so wichtig für das Leben der Menschen geworden sind, dass auch sie an die Grundrechte gebunden sein müssten. Grundsätzlich muss diese nämlich nur der Staat beachten. Dann jedoch wären die Konzerne gezwungen, das Recht auf freie Meinungsäußerung diskriminierungsfrei zu gewähren, außerdem könnten ihre Entscheidungen vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden. Die Karlsruher Richter haben sich dazu bisher nicht explizit geäußert.



Video starten

„ANSTIFTUNG ZUR GEWALT“: Twitter sperrt Donald Trumps Konto

Video: Reuters

Was tut die EU, um Facebook, Twitter & Co zu beschränken?

Die Dominanz der amerikanischen Digitalkonzerne ist vielen ein Dorn im Auge, mit Blick auf wirtschaftliche Aspekte gegenüber Wettbewerbern und Kunden wie auch im Hinblick auf Hass und Hetze im Internet. Auch die EU möchte die Macht beschränken, kurz vor Weihnachten legte sie ihre Pläne für eine stärkere Regulierung im Digital Services Act und im Digital Markets Act dar, die die Konzerne stärker in die Verantwortung nehmen. Bis sie Wirkung entfalten, werden wohl mehrere Jahre vergehen. Der zuständige Digitalminister Thierry Breton allerdings spürt nun Rückenwind: In einem Gastbeitrag für das Internetportal „Politico“ beschrieb er den Sturm auf das Kapitol als ähnlich einschneidend für die Internetregulierung wie die Anschläge vom 11. September 2001 für die Sicherheitspolitik. Das Haftungsprivileg der digitalen Plattformen sei kollabiert, warnte er und warb dafür, dass sich die Vereinigten Staaten ähnliche Regeln geben sollten, wie Europa sie plant. Der Nutzen davon liegt auf der Hand: Das größte Hindernis bei der Regulierung war bisher stets, dass die Konzerne ihren Sitz in den Vereinigten Staaten haben.

# BDS und ihre Sympathisanten: Die nützlichen Idioten der Antisemiten

BDS-Aktivisten wollen Israel als jüdischen Staat vernichten. Ein prominenter Teil der deutschen Gesellschaft hat dies immer noch nicht begriffen.

Michael Wolffsohn 13.01.2021, 05.30 Uhr



Israels Existenz ist für die Juden eine Überlebensversicherung. Eine Frau nimmt mit ihrem Hund an einer pro-israelischen Kundgebung in Berlin teil.

Erheblich älter als Corona ist die Judenfeindschaft als Pandemie oder als ewige Sucht. Kein Impfstoff weit und breit. Entziehungskuren blieben und bleiben wirkungslos. Ebenso Heinrich Heines genial witziger Spott über Judenfeindschaft als Obsession. In seinem Gedicht «Donna Clara» kommt die lüstern Schöne trotz Liebeslust nicht los von den «gottverfluchten Juden, die den Heiland boshaft tückisch einst ermordet». «Lass den Heiland und die Juden», wiegelt der unbekannte Ritter «freundlich kosend» ab. Vergeblich. Auch «die Mohren» verfluchte Donna Clara. Tugendrat, an die Front: Heine korrigieren! «Lass die Mohren und die Juden», flehte der liebeshungrige Ritter. Sie liess nicht locker. Dem Triebe zum Trotz. Dann ist Schluss mit Liebe: Er gibt sich zu erkennen – als «Sohn des vielbelobten, Grossen, schriftgelehrten Rabbi Israel von Saragossa».

Im Dezember haben «Kulturschaffende» – diesen Begriff haben übrigens Nazis und DDR salonfähig gemacht – den Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags vom 17. Mai 2019 kritisiert, weil der Kampagne BDS («Boycott, Divestment and Sanctions») oder mit dieser sympathisierenden Gruppierungen die finanzielle Unterstützung durch den deutschen Steuerzahler sowie die Vergabe von kommunalen Räumen verweigert werden sollen. Man berief sich dabei auf Artikel 5.3 Grundgesetz, der die Freiheit der Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre garantiert. Einen Tag nach dem Bundestagsbeschluss verabschiedete der Bundestag das neue Budget. Darin wird keinem BDS-Partner Geld verweigert. Hinter den Kulissen und ganz leise gelang dieser Coup einer von Norbert Röttgen mit angeführten, überparteilichen Parlamentariergruppe. Auf Filzpantoffelart schaffte sie es, dass der Bundestag seinen eigenen BDS-

Beschluss vom Mai 2019 aufhob. Ein machiavellistisches Meisterstück Röttgens, der – freilich unter Aufgabe der Post-Holocaust-Ethik Konrad Adenauers – dessen später Nachfolger als CDU-Vorsitzender und Bundeskanzler werden möchte.

## **Die Existenz Israels**

Ist BDS «antijüdisch»? Sind die Unterstützer von BDS «Antisemiten»? BDS verlangt scheinbar «nur» Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen den jüdischen Staat. Im oft übersehenen oder meist verschwiegenen Kleingeschriebenen fordert BDS die Rückkehr der – heute rund 7 Millionen – palästinensischen Flüchtlinge von 1947/48 und 1967 samt ihren Nachfahren. Für Israel eine demografische Atombombe. Das wäre so, als würde Deutschland heute die Rückkehr der 12 Millionen Ostflüchtlinge, inklusive Nachfahren, verlangen. Ein Unding, es sei denn, man meinte, «Schlesien, das Sudetenland, Königsberg usw. sind unser».

Die Rückkehr der noch heute so genannten Flüchtlinge würde strukturell das Ende Israels als jüdischer Staat bedeuten. Weil Israel «im Fall der Fälle» für jeden Juden eine (Über-)Lebensversicherung ist, entzöge das Ende des jüdischen Staates jedem Juden – unabhängig von der Intensität seines religiösen oder identifikatorischen Judeseins – jegliche existenzielle Sicherheit. Wie notwendig gerade sie ist, erkennt man am Neu-Exodus der französischen Juden. In den vergangenen zwanzig Jahren sind rund 100 000 von knapp 500 000 wegen der zunehmend auch mörderischen Gewalt gegen Juden nach Israel ausgewandert. Ein ähnlicher Trend zeichnet sich in Deutschland ab. Nicht erst seit dem neonazistischen Anschlag auf die Synagoge von Halle am 9. Oktober 2019, sondern als Reaktion auf muslimische Wort-und-Tat-Gewalt (nicht nur) gegen Juden.

Freundlich begleitet wurde sie von Linksextremisten, die nichts dabei fanden, als Palästinenser im Juli 2014 auf dem Berliner Kurfürstendamm «Juden ins Gas!» forderten. Gab es damals einen Aufschrei derselben deutschen Kulturrelite, der dem wuchtigen Protest vom Dezember 2020 vergleichbar wäre? Stimmchen waren zu hören, keine Stimmen.

BDS sei gegen Gewalt, heisst es. Richtig ist: BDS lädt Terroristen wie Leila Khaled ein. Sie werden bejubelt. Die besagte deutsche Kulturszene lehnt verbal den BDS-Boykott Israels ab, sieht jedoch durch den Bundestagsbeschluss vom Mai 2019 die Freiheit der Wissenschaft gefährdet und nennt BDS-Befürworter wie Achille Mbembe wichtige Stimmen im weltoffenen, kritischen Dialog.

## **«Nie wieder»?**

Kein Wort darüber, dass BDS, an britischen und amerikanischen Universitäten eine Meinungsmacht, ständig gegen die Wissenschaftsfreiheit verstösst. Zum Teil mit körperlichem «Nachdruck» werden systematisch israelische Wissenschaftler oder deren Partner am Reden gehindert, Spitzenforscher ausgeladen, boykottiert oder ihr Wirken sabotiert. So verkommt Wissenschaft selbstverschuldet zur Dienstmagd der Ideologie. Bis anhin zwar ohne körperliche Gewalt versuchen deutsche Studenten und Akademiker dem angelsächsischen Vorbild aber nachzueifern. BDS agiert ähnlich wie deutsche Professoren und Studenten ab 1933, als jüdische Wissenschaftler von ihren Lehrstühlen und aus Deutschland vertrieben wurden. Zum

Schaden der deutschen Wissenschaft, zum persönlichen Nutzen der weniger Qualifizierten, die nachrückend Professoren und somit willige Helfer Hitlers wurden. Jahrzehntlang litt Deutschland an diesem mitverschuldeten Wissenschaftler-Abfluss (Braindrain). «Nie wieder!» Eine leere Phrase. Seit dem 10. Dezember 2020 mehr als zuvor.

Zu Recht kontern BDS und Freunde: «Viele Juden machen bei und für uns mit, besonders in den USA und Grossbritannien.» Richtig. Was beweist das? Nichts. Innerjüdische «Kriege» sind, um den Prediger Salomonis, einen Juden, zu zitieren, «nichts Neues unter der Sonne». Man lese die hebräische Bibel: Waffen- oder Wort-Kriege zwischen den beiden jüdischen Königreichen, Partikularisten und Universalisten, Monotheisten und Polytheisten.

Man erinnere sich an den Bürgerkrieg zwischen Sadduzäern und Pharisäern im zweiten vorchristlichen Jahrhundert oder an den von Flavius Josephus beschriebenen «Jüdischen Krieg», der zugleich Bürgerkrieg und Krieg gegen die römische Weltmacht war. Baruch Spinoza, ein Genie, wurde aus der jüdischen Gemeinde Amsterdams verbannt, Zionisten und Antizionisten, später auch Zionisten untereinander bekämpften sich bis aufs Messer.

### **Die Mär von der unterdrückten Israelkritik**

Über dreitausend Jahre hinweg pochte jede der (mindestens) zwei jüdischen Seiten darauf, – in Rousseaus Vokabular – sowohl den «Allgemeinen Willen» der Juden als auch den «Willen aller» Juden (im Sinne des Mehrheitswillens) zu verkörpern. So auch heute, teils explizit, teils implizit.

Deren ebenso ideal- wie realtypische Personifizierung ist die amerikanisch-israelisch-deutsch-jüdische Potsdamer Philosophieprofessorin Susan Neiman. Seit je ist sie eher Politaktivistin als Wissenschaftlerin. Wenige Monate nach dem Attentat von Halle empfiehlt sie in ihrem jüngsten Buch, beim Umgang mit dem Bösen in der Nationalgeschichte «Von den Deutschen lernen».

Kaum überraschend: Mit den von ihr besonders gemeinten Lehrmeistern gehörte sie zu den Wortführern des Pro-BDS-Protestes. Neiman zeigt sich gerne und wird erfreut vorgezeigt, wenn «Israel kritisiert» werden soll. Sie singt im Chor derer, die kontrafaktisch behaupten, dass jene Kritik unterdrückt werde und vor allem Israel den «Friedensprozess» sabotiere. Kein Wort darüber, dass Palästina-Funktionäre alle territorialen und programmiert nationalen, kompromissgeprägten Selbstbestimmungsangebote aus- oder zerschlugen, zum Beispiel: den Uno-Teilungsplan von 1947, das Camp-David-Abkommen 1978, den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag 1979, den Oslo-Washington-Vertrag 1993, Ehud Baraks Angebot zur Rückgabe von 97 Prozent des Westjordanlandes 2000, Israels Rückzug aus Südlibanon 2000, Israels Rückzug aus Gaza 2005, Ehud Olmerts Angebot zur Rückgabe von 98 Prozent des Westjordanlandes mit Ostjerusalem als Hauptstadt eines Palästina-Staates sowie die offenen oder faktischen Friedensschlüsse 2020 mit den arabischen Staaten, die des palästinensischen Dauer-Neins überdrüssig sind.

Bezüglich jener «Kulturschaffenden» gilt: «Sie haben Augen und sehen nichts, sie haben Ohren und hören nichts» (Psalm 115, jüdisch und christlich. In Markus 8: 18 zitiert Jesus diesen Psalmentext). Dieses politische Spiel mit Alibijuden ist längst bekannt. Diese Juden werden von nichtjüdischen

Gesinnungsfreunden als Alibi, böse Zungen sagen: als «nützliche Idioten» benutzt, um auf ihre Gegner vermeintlich koschere Kanonen feuern zu können.

Das ist weniger zynisch, als es scheint, denn wie alle Teile der offenen Gesellschaft sind wir Juden vielschichtig und vielstimmig. Wir entscheiden eben nicht oder wahrlich nicht nur nach jüdischen Kriterien. Oft, auch tragisch, zum eigenen Nachteil. Haben nicht die meisten deutschen Juden, meine geliebten Grosseltern eingeschlossen, noch nach 1933 geglaubt, alles werde «nicht so schlimm»?

### **Boycott und Offenheit**

Aber BDS-Aktivisten wollen Israel als jüdischen Staat vernichten. Wirksam, mit oder ohne Gewalt. Damit gefährden sie unbestreitbar strukturell das Überleben aller Juden. Das kann man nur antijüdisch beziehungsweise antisemitisch nennen. Viele und keineswegs alle BDS-Freunde und -Förderer, geschweige denn die jüdischen, sind willentlich antijüdisch. Nicht ihr subjektiver Wille, doch ihre objektive Wirkung ist antijüdisch beziehungsweise antisemitisch. Es ist nicht die erste Fortsetzung einer Tragödie, die zur Komödie mutiert. Wer meint, Komödien seien wirklich immer lustig, irrt. Shakespeare nannte seinen «Kaufmann von Venedig» eine «Komödie». Tatsächlich war es die herzerschütternde Tragödie des Juden Shylock.

Bleiben wir in der Welt des Theaters. Absurdes Theater, intellektuell und politisch, bieten jene deutschen Kulturinstitutionen. Sie wenden sich gegen den angeblichen Boycott von Boycottbefürwortern, die sie als «wichtige Stimmen» im offenen Meinungswettstreit bezeichnen. Erkennen sie nicht, dass Boycott und Offenheit einander ausschliessen? Sie «denken» wohl so: Boycott ist schlecht, doch Boycott durch unsere Favoriten ist gut. Denken und Ethik à la carte.

Was steht uns bevor? Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat das BDS-Raumverbot aufgehoben, die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags nennen es unvereinbar mit Artikel 5.1 des Grundgesetzes. Sie argumentieren buchstabengetreu, rein innerdeutsch. Sie (wollen?) übersehen, dass Israels Existenz die ultimative Überlebensgarantie auch deutscher Juden, also letztlich eben doch oder zumindest auch ein innerdeutsches Problem ist. Mit solchen sachblinden Freunden brauchen Juden keine Feinde mehr. Die bundesdeutsche Schutzwand für Juden bekommt Risse – ganz legal.

Michael Wolffsohn, Historiker und Publizist, lehrte von 1981 bis 2012 an der Universität der Bundeswehr München. Zuletzt von ihm im Verlag Herder, Freiburg i. Br., erschienen: «Tacheles. Im Kampf um die Fakten in Geschichte und Politik» (2020).

# Jack Dorsey: bannir Trump de Twitter crée un précédent «dangereux»

Le fondateur et patron de la plateforme estime que sa décision était «la bonne», mais se montre critique sur le pouvoir des réseaux sociaux «sur une partie de la conversation publique».

Par Le Figaro avec AFP

Publié il y a 5 heures, mis à jour il y a 42 minutes

Le fondateur et patron de Twitter, Jack Dorsey. *JIM WATSON / AFP*

Le fondateur et patron de Twitter, Jack Dorsey, considère que la décision de bannir Donald Trump de la plateforme était «la bonne» mais constitue néanmoins un «échec» et «établit un précédent» qui lui semble «dangereux» vis-à-vis du pouvoir détenu par les grandes entreprises. «*Je ne ressens aucune fierté à l'idée que nous ayons dû bannir @realDonaldTrump*», a-t-il tweeté mercredi 13 janvier, dans une série de messages où il revient sur la décision du réseau social de bannir indéfiniment le président sortant des États-Unis pour avoir encouragé les violences du Capitole. C'est un «*échec de notre part à promouvoir une conversation saine*» et ce genre de mesures «*nous divise. Elles limitent les possibilités d'expliquer, de se racheter, d'apprendre*», a-t-il continué.

Twitter était le principal outil de communication du milliardaire républicain, qui s'en servait au quotidien pour s'adresser directement à ses 88 millions d'abonnés. Il a aussi été suspendu de Facebook, Snapchat, Twitch, et, depuis mardi, de YouTube pour une semaine. La plateforme de vidéos de Google faisait face à une pression croissante d'ONG et de personnalités. «*Cela établit un précédent qui me semble dangereux: le pouvoir qu'un individu ou une entreprise a sur une partie de la conversation publique mondiale*», admet Jack Dorsey dans ce monologue introspectif.

Il souligne que l'équilibre du pouvoir était respecté tant que «*les gens pouvaient simplement aller sur un autre service, si nos règles et notre application des règles ne leur convenaient pas*». Mais «*ce concept a été remis en cause la semaine dernière quand un certain nombre de fournisseurs essentiels d'outils sur Internet ont aussi décidé de ne pas héberger ce qu'ils trouvaient dangereux*», reconnaît-il. «*Je ne crois pas que c'était coordonné. Plus probablement: les sociétés sont arrivées à leurs propres conclusions ou ont été encouragées par les actions des autres.*»

En plus de sa mesure phare, Twitter a supprimé ce week-end 70.000 comptes affiliés à QAnon, une mouvance complotiste pro-Trump, impliquée dans l'invasion du Capitole qui a perturbé la certification de la victoire de Joe Biden à la présidentielle du 3 novembre, mercredi dernier. Quand Donald Trump a tenté vendredi de répliquer à la suspension de son compte personnel via le compte officiel POTUS (Président des États-Unis), à l'attention des «*75 millions de patriotes*» qui ont voté pour lui, ses messages ont immédiatement été retirés par le réseau social. «*Utiliser un autre compte pour éviter la suspension est contre nos règles*», avait alors expliqué un porte-parole de la société.

Facebook a de son côté entrepris de retirer tous les messages liés au slogan «*Stop the steal*» (Stop au vol), répandu par le président et ses fans depuis des mois. Google et Apple ont exclu le réseau social Parler de leurs plateformes de téléchargement d'applications. Amazon a enfoncé le clou en évinçant de ses serveurs le

réseau conservateur, prisé des soutiens de Donald Trump, ce qui revient à le chasser d'Internet. Tous ces géants des technologies ont invoqué les risques de nouvelles violences pendant la semaine de l'inauguration. Les autorités américaines craignent en effet des débordements, au point que la plateforme de réservation de logements Airbnb a annulé mercredi toutes les réservations prévues à Washington la semaine prochaine.

### **Agacement et colère**

Les propos de Jack Dorsey interviennent dans un contexte d'agacement, voire de colère, de la part des élus américains des deux bords. Ils reprochent à Twitter et à ses voisins de la Silicon Valley leur toute-puissance, aussi bien en termes de compétition économique que sur les données et le débat public. Le procureur général du Texas, Ken Paxton, a ordonné mercredi aux grandes plateformes de s'expliquer sur leurs décisions *«terribles pour la liberté d'expression»*. *«Elles réduisent au silence tous ceux dont les vues et croyances politiques ne sont pas alignées avec les patrons des Big Tech»*, a déclaré, dans un communiqué, ce fervent partisan de Donald Trump.

*«Oui, nous devons examiner avec un œil critique les incohérences de notre règlement. Oui, nous devons regarder comment notre service peut favoriser la distraction et faire du tort. Oui, nous avons besoin de plus de transparence dans notre modération des contenus»*, a néanmoins affirmé Jack Dorsey, dans l'intérêt d'un *«Internet libre, ouvert et mondial»*.

# Appel de l'Observatoire du décolonialisme et des idéologies identitaires signé par 76 universitaires

[Le texte de l'appel est paru sur le site du Point le 13 janvier 2021](#)

Nous faisons face aujourd'hui à une vague identitaire sans précédent au sein de l'enseignement supérieur et de la recherche. Un mouvement militant entend y imposer une critique radicale des sociétés démocratiques, au nom d'un prétendu « décolonialisme » et d'une « intersectionnalité » qui croit combattre les inégalités en assignant chaque personne à des identités de « race » et de religion, de sexe et de « genre ». Ces sociétés, assimilées à « l'Occident » aux dépens de toute approche géographique et historique rigoureuse, sont condamnées comme coloniales et patriarcales et comme lieux où sévit un « racisme systémique », dans des discours confondant science et propagande. Ce mouvement idéologique procède à une occupation méthodique des postes de prestige savant, ce qui l'a fait sortir de la marginalité malgré l'extrémisme, l'intolérance et la vindicte qui le caractérisent.

Les idéologues qui y sont à l'œuvre entendent « déconstruire » l'ensemble des savoirs. Il ne s'agit pas pour eux d'exercer librement les droits de la pensée savante sur ses objets et ses méthodes, mais de mener la critique des savoirs dans un esprit de relativisme extrême, discréditant la notion même de vérité. Tout savoir est exclusivement réduit à des enjeux de pouvoir, et les sciences sont systématiquement dénoncées du fait des dominations de race, de culture, de genre, qui seraient à leur fondement.

Militantisme et « déconstruction » se conjuguent ainsi pour limiter l'exercice de la rationalité critique et le débat scientifique argumenté. Le nouveau credo du décolonialisme et des idéologies identitaires se répand sur les réseaux sociaux qui l'amplifient, et ses adeptes visent quiconque refuse la conversion : des phénomènes de censure, d'intimidation, de discrimination politique ont instauré des clivages inédits et conduisent de jeunes doctorants à s'aligner sur les nouveaux mandarins sous peine de ne jamais obtenir de postes.

Or, le problème est loin de se cantonner à la profession des enseignants-chercheurs. En effet, la question de la science pose celle de la formation sur laquelle repose l'École, clé de voûte de la République. De plus la conquête méthodique d'une hégémonie culturelle se traduit par une emprise croissante sur les médias, ce qui limite considérablement l'espace du débat démocratique.

C'est précisément parce qu'il est crucial de combattre les discriminations racistes et sexistes dans notre société qu'il est nécessaire de combattre ces nouvelles formes de fanatisme. Celles-ci s'autorisent de nobles causes sans apporter aucune solution valable aux problèmes soulevés. De surcroît, ces nouveaux militantismes fanatiques procèdent à de curieuses inversions. Au nom de l'« antiracisme politique », on revendique des identités raciales et on assigne les individus à leur « blancheur » ou à leur non « blancheur ». En prétendant développer une écriture « inclusive », on entend imposer une orthographe contraire aux fondements de la langue, impossible à enseigner, et donc profondément excluante. Au lieu de développer un savoir situé socialement et historiquement, on prétend enfermer tout savoir dans un genre, une race, une culture ou un âge, qui se trouvent ainsi essentialisés en identités. Ce n'est pas ainsi que l'on combat le racisme, le sexisme ou les inégalités à l'intérieur d'une nation ou entre les nations. Et cet identitarisme qui progresse au sein de l'Université menace en retour de faire progresser d'autres formes d'identitarismes en dehors de l'Université.

En lançant l'Observatoire du décolonialisme et des autres idéologies identitaires qui se présentent comme savantes, nous appelons à mettre un terme à l'embrigadement de la recherche et de la transmission des savoirs. C'est pourquoi nous invitons toutes les bonnes volontés du monde de l'enseignement supérieur et de la recherche à contribuer aux travaux de l'Observatoire, à les diffuser et utiliser ses bases de données, pour

constater avec nous le ridicule de ces discours dogmatiques qui ignorent tout de la distance à soi. Pour résister fermement aux intimidations idéologiques qui alimentent l'obscurantisme, il faut défendre le pluralisme et le goût de la discussion sur des bases rationnelles.

---

## Signataires:

Michel **Albouy**, émérite Université de Grenoble – Roland **Assaraf**, CNRS – Claudine **Attias-Donfut**, émérite Cnav – Samir **Bajrić**, Université de Bourgogne – Fabrice **Balanche**, université Lyon-2 – Isabelle **Barbérís**, CNRS – Sami **Biasoni**, doctorant École normale supérieure – Yves **Bottineau**, émérite université Paris-7-Diderot – Jean-François **Braunstein**, université Paris-1-Panthéon-Sorbonne – Jean-Marie **Brohm**, émérite université Montpellier-2 – Pierre-André **Buvet**, université Sorbonne-Paris-Nord – Sylvie **Catelin**, Université de Versailles-Saint-Quentin-en-Yvelines – Joseph **Ciccolini**, AHPH Marseille – Catherine **Louveau**, émérite université Paris-Sud – Georges **Copinschi**, Université libre de Bruxelles – Charles **Coutel**, Université d'Artois – Jacques **de Saint-Victor**, université Sorbonne-Paris-Nord – Gilles **Denis**, Vigilance Universités – Albert **Doja**, Université de Lille – Jean **Dupèbe**, université Paris-Nanterre – Michel **Erman**, Université de Bourgogne – Michel **Fichant**, émérite Paris-Sorbonne – Renée **Fregosi**, université Paris-1-Panthéon-Sorbonne – Édith **Fuchs**, Institut d'études politiques de Paris – Alexandre **Gady**, université Paris-Sorbonne – Monique **Gosselin-Noat**, université Paris-Nanterre – Yana **Grinshpun\***, université Sorbonne-Nouvelle – Hubert **Heckmann\***, Université de Rouen – Emmanuelle **Hénin**, Sorbonne Université – Nathalie **Heinich**, CNRS – Catherine **Kintzler**, émérite université Sorbonne-Nouvelle – Mustapha **Krazem**, Université de Lorraine – Marcel **Kuntz**, CNRS – Andrée **Lerousseau**, Université de Lille – Arnaud **Larcheret**, Arabian Gulf University – Anne-Marie **Le Pourhiet**, université Rennes-1 – Franck **Lessay**, émérite université Sorbonne-Nouvelle – Laurent **Loty\***, CNRS – Jean-Marie **Maguin**, université Paul-Valéry – Joseph **Martinetti**, Université de Côte d'Azur – Éric **Maulin**, Université de Strasbourg – Samuel **Mayol\***, université Sorbonne-Paris-Nord – Adel **Mtimet**, Université de Gabès en Tunisie – Frank **Muller**, émérite Université de Strasbourg – Serge **Niémetz**, Université de Lorraine – Bruno **Ollivier**, émérite Université des Antilles – Fabien **Ollier**, directeur des éditions QS – Laetitia **Petit**, Aix-Marseille Université – Rémi **Pellet**, Université de Paris – René **Pommier**, honoraire Paris-Sorbonne – André **Quaderi**, Université de Côte d'Azur – Gérard **Rabinovitch**, Institut européen Emmanuel Levinas – François **Rastier**, émérite CNRS – Nicolas **Robert**, université Grenoble-Alpes – Gilbert **Romeyer-Dherbey**, Sorbonne Université – François **Roudaut**, Université de Montpellier – Bernard **Rougier**, université Sorbonne-Nouvelle – Xavier-Laurent **Salvador\***, Sorbonne-Paris-Nord – Georges **Sarfati**, Université de Strasbourg – Pierre **Schapira**, Sorbonne Université, CNRS, IMJ-PRG – Bruno **Sire**, Président honoraire université Toulouse-1-Capitole – Isabelle **Starkier**, université Évry-Paris-Saclay – Jean-Paul **Sermain**, université Sorbonne-Nouvelle – Jean **Szlamowicz\***, Université de Bourgogne – Vincent **Tournier**, Sciences po Grenoble – Pierre-André **Taguieff**, CNRS – Véronique **Taquin\***, classes préparatoires, Paris – Pierre-Henri **Tavoillot**, Sorbonne Université – Thibault **Tellier**, Sciences po Rennes – André **Tiran**, émérite Université de Lyon – Dominique **Triaire**, Université de Montpellier – Shmuel **Trigano**, émérite université Paris-Nanterre – Pierre **Vermeren**, université Paris-1-Panthéon-Sorbonne – Wiktor **Stoczkowski**, EHESS

182,134

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/twitter-chef-nennt-sperrung-von-trumps-konto-gefaehrlich-17145383.html>

TROTZ BEFÜRWORDUNG:

# Twitter-Chef nennt Sperrung von Trumps Konto „gefährlich“

• AKTUALISIERT AM 14.01.2021-11:07



Der Twitter-Chef erklärt, wieso er Donald Trump abgeschaltet hat. Die Twitter-Alternative Parler zieht derweil vor Gericht - gegen Amazon.

Twitter-Chef Jack Dorsey bekräftigt, dass sein Unternehmen richtig entschieden habe, den Account des amerikanischen Präsidenten [Donald Trump](#) zu sperren. In einer Reihe von Tweets führte er indessen auch aus, dass er die Maßnahme zugleich problematisch findet. Dadurch sei ein „gefährlicher“ Präzedenzfall geschaffen. Dorsey verwies dabei auf die „Macht eines Einzelnen oder eines Unternehmens über die weltweite öffentliche Debatte“.

Nach der Erstürmung des Kapitols in Washington durch militante Trump-Anhänger am Mittwoch der vergangenen Woche hatten Twitter und die Onlinedienste Facebook, Instagram und Twitch Trumps Konten gesperrt. Die zum Google-Konzern gehörende Videoplattform [Youtube](#) sperrte Trumps Kanal ebenfalls.

[Am Mittwoch kündigte auch der bei Jugendlichen beliebte Onlinedienst Snapchat an, den scheidenden amerikanischen Präsidenten dauerhaft von der Plattform zu verbannen.](#)

Auf Anfrage verwies das Unternehmen auf Trumps „Versuche, Falschinformationen und Hassbotschaften zu verbreiten und zu Gewalt anzustiften“. Dies sei ein klarer Verstoß gegen die Snapchat-Richtlinien.

Kritik an der Sperrung von Trumps Twitter-Konto kam unter anderem von Bundeskanzlerin Angela [Merkel](#) (CDU). Merkel halte einen solchen Eingriff in die Meinungsfreiheit für „problematisch“, wenn er nicht innerhalb eines gesetzlichen Rahmens erfolge, hatte ihr Sprecher am Montag erklärt.

[Dorsey](#) schrieb, er sei nicht „stolz“ auf die Sperre von Trump. Die Sperrung eines Twitter-Kontos habe „reale und erhebliche Konsequenzen“, erklärte der Twitter-Chef. Obwohl es „klare und offensichtliche Ausnahmen“ gebe, empfinde er ein Twitter-Verbot auch als „Scheitern“ des Unternehmens, für eine „gesunde“ Gesprächsatmosphäre auf der Plattform zu sorgen.

[Twitter](#) hatte nach dem Sturm auf das Kapitol auch mehr als 70.000 Konten gelöscht, die in Verbindung zur rechtsextremen und verschwörungsideologischen QAnon-Bewegung stehen.

„Wir werden extrem vorsichtig sein“

Infolge der gewaltsamen Erstürmung des Kapitols wird zudem [Google](#) politische Anzeigen zeitweise aussetzen. Auch Anzeigen, die das Amtsenthebungsverfahren gegen den scheidenden Präsidenten

Donald Trump, die Amtseinführung von Joe Biden oder die Proteste am Kapitol thematisierten, würden nicht verbreitet, hatte Google am Mittwoch erklärt. Die Maßnahme werde bis mindestens 21. Januar gelten, unter anderem für die Dienste Google Ads und Youtube.

Google stelle sich seit langem gegen Inhalte, die zu Gewalt aufriefen oder Hass verbreiteten, hieß es. „Wir werden extrem vorsichtig sein, das bei jeglicher Werbung durchzusetzen, die diese Linie überschreitet“, erklärte Google weiter.

Darüber hinaus hat Youtube laut Alphabet-Chef [Sundar Pichai](#) in den Vereinigten Staaten Hunderte Videos mit politischen Inhalten seit der Bestätigung des Wahlergebnisses in der vergangenen Woche von der Videoplattform entfernt. Dies hatte Pichai am Mittwoch auf dem Digitalforum „Reuters Next“ bekannt gegeben, ohne weitere Details zu nennen.

## Parler geht vor Gericht

Im Anschluss an die Ausschreitungen sperrten [Facebook](#) und Twitter die Konten von Trump und nahmen ebenfalls Inhalte von ihren Plattformen herunter. In der Nacht zu Mittwoch war dann auch die Alphabet-Tochter Youtube gefolgt. Sie kündigte an, den Trump-Kanal zu sperren und begründete dies mit der Anstiftung zu Gewalt nach dem Sturm auf das Kapitol.

Während Twitter Trump komplett verbannt, gilt die Maßnahme von Youtube für sieben Tage. Pichai wollte sich nicht dazu äußern, ob die Sperre verlängert werden könnte. Die Entscheidungen würden aufgrund der Tätigkeiten auf der Plattform getroffen, sagte Pichai.

Derweil geht die bei Anhängern von Trump beliebte Twitter-Alternative Parler gerichtlich gegen die Sperrung ihrer Plattform auf den Servern von [Amazon](#) vor. In der am Mittwoch bekanntgewordenen Klageschrift argumentiert forderte das Unternehmen, dass Amazon Web Services die Abschaltung zurücknehme und den Dienst wieder online nehme. Amazon habe seinen Vertrag gebrochen habe, indem es das Unternehmen abgeschaltet habe.

Amazon hatte, wie zuvor schon Google und Apple, das Herunterladen der Blog-App blockiert. Die Unternehmen führten an, dass die Plattform keine ausreichenden Regelungen zum Schutz vor gefährlichen Inhalten biete. Amazon nannte als Beispiel Beiträge wie „Nur ein toter Demokrat ist ein guter Demokrat. Kill'em all.“ Parler betonte nun, die meisten problematischen Beiträge seien entfernt worden. Beleidigungen - wie etwa gegen die ehemalige First Lady Michelle Obama – seien zwar hasserfüllt, aber durch die Verfassung geschützt.

PANDEMIE-JAHR:

# China gewinnt im Systemvergleich

- VON JÜRGEN GERHARDS UND MICHAEL ZÜRN
- -AKTUALISIERT AM 13.01.2021-12:00



Corona-Helden-Verehrung in der Regierungs-Ausstellung „Menschen zuerst, Leben zuerst“ in Wuhan Bild: EPA

Der chinesische Erfolg bei der Bewältigung der Corona-Krise stellt alte Gewissheiten in Frage. Ist die technische Autokratie der westlichen Demokratie überlegen? Ein Gastbeitrag.

Lange Zeit gingen Sozialwissenschaftler davon aus, dass das liberale Gesellschaftsmodell, bestehend aus den Elementen individueller Selbstbestimmung, Demokratie, kapitalistischer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat, der Königsweg gesellschaftlicher Entwicklung und Modernisierung sei. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien der Siegeszug des Westens unaufhaltsam zu sein.

Doch es kam anders. Existierende liberale Demokratien erwiesen sich als weitaus instabiler und gefährdeter, wie die autokratischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, Polen oder Ungarn zeigen. Und bestehende Autokratien wie vor allem das durch die kommunistische Partei regierte China entpuppten sich als enorm erfolgreich. In einem atemberaubenden Tempo hat das Reich der Mitte in fast allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung den Abstand zu den westlichen Gesellschaften verringert. Dies gilt für die Wohlstandsentwicklung und die Anzahl der Menschen, die jenseits der Armutsgrenze leben, ebenso wie für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und neuer Technologien, für die Wissenschaftsentwicklung, die Entwicklung des Bildungssektors und den Aufbau von Stadtkernen mit globaler Strahlkraft wie in Schanghai.

Diese Entwicklungen haben auch die sozialwissenschaftliche Forschung nicht unbeeindruckt gelassen. Nicht mehr die Diffusion des westlichen Demokratiemodells steht heute im Fokus der Analyse, sondern die inneren und äußeren Herausforderer des liberalen Gesellschaftsmodells, allen voran das autoritär regierte China. China ist heute mehr als nur der Gegenpol in einem multipolaren Machtgefüge der internationalen Politik. Es ist zum zentralen Konkurrenten im Wettbewerb der Systeme aufgestiegen, so dass selbst die [EU](#) den Begriff der Systemkonkurrenz reaktiviert hat.

## Anders und erfolgreich

Dabei geht es in der Konkurrenz der Systeme nicht nur um Wachstum und Entwicklung. Zur Disposition steht letztlich die Legitimität unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Und diese speist sich aus zwei Faktoren. Was leisten politische Ordnungen für ihre Bürger, und in welchem Maße sind sie demokratisch und erlauben ihren Bürgern, über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden? Vor allem für das zuerst genannte Kriterium war das Jahr 2020 kein gutes Jahr für den Westen. Es wird in die Geschichte als

dasjenige Jahr eingehen, in dem China den Abstand zu den westlichen Gesellschaften aufgrund einer deutlich besser gelungenen Bewältigung der Corona-Pandemie erheblich verkleinert hat. Trotzdem könnte es voreilig sein, China als Jahressieger in der Systemkonkurrenz auszurufen.

Der Aufstieg Chinas hat eindrucksvoll gezeigt, dass sich zentrale, von den Bürgern einer Gesellschaft wertgeschätzte Ziele auch ohne Demokratie und mit einer autoritären kommunistischen Parteiführung erreichen lassen. Zu diesen gesellschaftlichen Gütern gehören unter anderem die Wohlstandssteigerung und die Verbesserung der Konsummöglichkeiten, die innere und äußere Sicherheit, die Verbesserung der Bildung und nicht zuletzt eine gute Gesundheitsversorgung. Sind Gesellschaftsordnungen erfolgreich im Erreichen der skizzierten Ziele, dann sind die Bürger zufrieden und unterstützen ihr Gesellschaftssystem, auch wenn sie selbst nur wenig Einfluss auf die Entscheidungen haben. Eine gute Performanz sichert zumindest partiell die Legitimität einer Gesellschaftsordnung.

China verkörpert einen neuartigen Typus eines autokratischen Systems, der im Gegensatz zu früheren systemischen Herausforderern der demokratischen Ordnung beides zugleich ist: anders und sehr erfolgreich. Dass China anders als jede liberale Ordnung funktioniert, hat sich in den vergangenen Jahren am augenfälligsten an der Unterdrückung der Uiguren und der Demokratiebewegung in Hongkong gezeigt. Zugleich ist das System enorm erfolgreich. Wer innerhalb von drei Jahrzehnten mehrere hundert Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit, kann auf einen historisch einmaligen Erfolg verweisen.

Das chinesische System ist mehr als nur ein Selbstbedienungsladen der Herrschenden. Und wer ein solches Ausmaß an gesellschaftlicher und politischer Veränderung zulässt, wie das China seit einigen Jahrzehnten tut, ist mehr als eine plutokratische Diktatur, die nur durch Angst der Bevölkerung und eine Kooptation der Eliten zusammengehalten wird. Sie unterscheidet sich auch von den totalitären Apparaten des Nationalsozialismus und des Stalinismus, die die Gesellschaft in eine allumfassende Ideologie gepresst haben. China ist eine technokratische Autokratie mit einer erkennbaren Gemeinwohlorientierung und einer Verpflichtung auf den Erfolg. Ähnlich gelagerte Autokratien gibt es in Singapur oder Vietnam.

Auf den ersten Blick ist China der eindeutige Gewinner beim zentralen Thema des Jahres. Die chinesischen Antworten auf die Covid-19-Pandemie und die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise erwiesen sich als besonders effektiv, wie ein Vergleich der großen Akteure des Weltgeschehens – die Vereinigten Staaten, Europa und China – eindrucksvoll zeigt.

## Lektionen aus der Pandemie

Dies gilt zum einen für die Frage, in welchem Maße es gelungen ist, die Pandemie einzuhegen und die Zahl der Todesopfer zu begrenzen. Am Ende des Jahres 2020 verzeichneten die Vereinigten Staaten fast 350 000 Tote bei einer Bevölkerungszahl von fast 330 Millionen Einwohnern; die EU (inklusive Großbritannien) kommt insgesamt auf fast 430 000 Tote bei einer Bevölkerungszahl von 513 Millionen. Und China? Rund 5000 Tote bei einer Einwohnerzahl von fast 1,4 Milliarden. Die Differenz ist gigantisch und das Ergebnis für westlich-liberale Demokratien wenig vorteilhaft, auch wenn man den Zahlen aus China nicht in Gänze trauen kann.

Da die Pandemie in den Vereinigten Staaten und in Europa im Unterschied zu China zum gegenwärtigen Zeitpunkt in keiner Weise eingedämmt ist, wird sich im Jahr 2021 die Bilanz zu Ungunsten der westlichen Gesellschaften nochmals verschlechtern.

Aber nicht nur gesundheitspolitisch ist China in der Corona-Krise beeindruckend erfolgreich, auch die Bilanz bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise spricht eine klare Sprache. Gerade weil es China und einigen anderen asiatischen Ländern gelungen ist, die Pandemie einzuhegen, konnte das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben nach relativ kurzem Stillstand wieder aufgenommen werden, wenn auch unter verstärkten Kontrollbedingungen, während die westlichen Gesellschaften durch halbherzige Maßnahmen massive wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden hinnehmen mussten.

Fast alle Wirtschaftsindikatoren zeigen für China seit dem Sommer nach oben, so dass Experten für das Jahr 2020 insgesamt ein Wachstum von rund zwei Prozent vorausgesagt haben. Die Wirtschaft der Länder des Euroraums wird 2020 Prognosen zufolge hingegen um rund acht Prozent schrumpfen, die der Vereinigten Staaten um ungefähr 3,8 Prozent. Hinter den spröden Zahlen verbergen sich größere gesellschaftliche Verwerfungen wie Armut, Verschuldung, Arbeitslosigkeit und eine vergrößerte soziale Ungleichheit. Zur Kompensation des Wirtschaftseinbruchs haben sich die westlichen Staaten in einem hohen Maße verschuldet, was die zukünftigen Handlungsspielräume der Politik begrenzen und zukünftige Generationen belasten und binden wird.

Gesellschaftssysteme sind kein Selbstzweck. Sie müssen sich unter anderem daran messen lassen, wie sie Krisen bewältigen. Mit Blick auf die Pandemie sieht die Bilanz des Westens im Jahr 2020 nicht gut aus. Die großen Unterschiede in der Bewältigung der Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Folgen lassen China als Legitimationssieger aus dem Systemwettbewerb des Jahres 2020 erscheinen.

## Falsche Digitalstrategie

Doch ein solcher Schluss ist vorschnell und übersieht zwei notwendige Differenzierungen. Erstens spricht manches dafür, dass nicht liberale Demokratien als solche versagt haben, sondern besonders diejenigen Staaten innerhalb der Gruppe der liberalen Demokratien, die wie die Vereinigten Staaten und Brasilien durch autoritär-populistische Regierungen geführt werden. Das wiederum verweist auf einen zweiten wichtigen Unterschied. Politiken, die zu einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung geführt haben, sind nicht inkompatibel mit liberalen Demokratien.

Was also hätte der Westen anders machen können, und was kann man für zukünftige Pandemien lernen? Der Einwand, dass nur autoritäre Regime in der Lage sind, durch Überwachung der Bürger und Zwangsmaßnahmen die Pandemie effektiv zu begrenzen, greift zu kurz, da auch Länder wie Japan, Taiwan, Neuseeland oder Südkorea die Ausbreitung des Virus sehr gut im Griff haben. In Südkorea, einem Land mit 52 Millionen Einwohnern, wurden beispielsweise bis Ende Dezember nur rund 950 Corona-Tote registriert. Der gesellschaftliche Lockdown fand nur kurzfristig statt, was größere wirtschaftliche und gesellschaftliche Verwerfungen verhindert hat.

Sicherlich konnte Südkorea wie andere asiatische Länder auf Erfahrungen bei der Bewältigung vorheriger Pandemien zurückgreifen, die westlichen Gesellschaften zu Beginn der Krise und während der ersten Welle fehlten. Die westlichen Länder haben es nach der ersten Welle im Sommer 2020 aber versäumt, von den Erfolgen vor allem asiatischer Länder zu lernen und geeignete Maßnahmen für den Herbst und die zweite Infektionswelle zu treffen. Man begnügte sich mit dauerhaften Appellen an die Einsicht der Bürger und die Einhaltung der sogenannten AHA-L+A-Regeln (Abstand, Hygiene, Alltagsmaske, Lüften, App-Nutzung). Das Erfolgsrezept besteht aber in einer zusätzlichen und konsequenten Umsetzung der Trias „Testen, nachverfolgen und isolieren“. Dazu muss man erstens die Testkapazitäten deutlich ausbauen und entsprechende Tests durchführen. Die Investition in besser digitalisierte, effektive und leistungsfähige Gesundheitsämter hätte Priorität genießen müssen.

Zweitens kommt man nicht darum herum, Informationen über das Bewegungsverhalten der Bürger und ihre Kontakte zu erheben. Dies stellt einen zumindest temporären Eingriff in die Privatsphäre dar. Wie bei allen politischen Zielkonflikten wäre hier eine öffentlich diskutierte Güterabwägung zwischen den drei zentralen Zielen „Vermeidung hoher Infektionen und einer hohen Sterblichkeit“, „Vermeidung eines Lockdowns mit hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgeschäden“ und „Schutz der informationellen Privatsphäre“ nötig gewesen. Eine solche Diskussion hat faktisch nicht stattgefunden. Stattdessen wurde sehr früh die Privatsphäre als sakrosankt gegenüber staatlichen Eingriffen erklärt. Wie die Erfahrungen demokratisch-asiatischer Länder aber zeigen, lassen sich durchaus Möglichkeiten finden, das Tracking von Personen mit dem Schutz der Privatsphäre zu verbinden.

Drittens kommt es darauf an, Infizierte nach einer möglichst schnellen Identifikation zu isolieren. Ein fast sanktionsloser Appell „Jetzt bleib mal schön zu Hause“ reicht nicht aus, um einer Verbreitung des Virus vorzubeugen.

Insbesondere das zweite Versäumnis verweist auf eine eigenartige Schiefelage bei der Gefahreinschätzung im Zuge der Digitalisierung innerhalb des Westens. Der Missbrauch von Daten ist fraglos ein reales Problem. In Westeuropa und Nordamerika neigt man vor diesem Hintergrund dazu, dem Staat digitale Eingriffe in die Privatsphäre weitgehend zu untersagen, aber zugleich der Kolonisierung der persönlichen Daten durch private Digitalgiganten tatenlos zuzusehen. Das ist der falsche Weg. Es bedarf einer scharfen Kontrolle der Unternehmen bei gleichzeitiger Handlungsermöglichung des Staates, insoweit er Gemeinwohlzwecke wie Gesundheit oder Verbrechensbekämpfung verfolgt.

## Politikfehler und Systemfehler

Dabei ist natürlich auch der Staat dem Recht unterworfen und muss einer scharfen Kontrolle unterliegen. Für jeden Euro, der für den Aufbau staatlicher Digitalkompetenz ausgegeben wird, muss ein Euro in die Missbrauchskontrolle fließen. Das entspräche der liberalen Logik der Gewaltenteilung. Die Grundeinsicht des liberalen Gesellschaftsmodells, wonach die Gesellschaft einen funktionstüchtigen und kompetenten Leviathan benötigt, der aber einer permanenten internen Kontrolle im Zuge der Gewaltenteilung unterliegen muss, damit die staatliche Gewalt nicht missbräuchlich eingesetzt werden kann, ist im Zuge der Digitalisierung vereinseitigt worden. Bereits der Kompetenzaufbau wird verhindert – zur Freude privater Akteure, die mit dem Missbrauch viel Geld verdienen.

Der Misserfolg des Westens bei der Pandemiebekämpfung liegt also nicht unbedingt in den Strukturmerkmalen des liberalen Gesellschaftssystems begründet, sondern in einer verfehlten Politik und einem einseitigen Umgang mit den Gefahren der Digitalisierung von Daten. Dies ändert natürlich nichts an der Bilanz. Allzu freudig attribuiert die chinesische Regierung den Erfolg ihrer Krisenbewältigung den Systemmerkmalen des eigenen Regimes.

Die Schwäche westlicher Gesellschaften bei der Bekämpfung der Pandemie sowie die innere Spaltung des Westens hat auch zur Folge, dass diese so sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind, dass sie das eigentliche Legitimationsdefizit des chinesischen Systems, nämlich die fehlende demokratische Legitimation, kaum noch thematisieren. Symptomatisch dafür ist die politische Aufmerksamkeit, die die Demokratiebewegung in Hongkong in der Weltöffentlichkeit vor und während der Pandemie genossen hat. Die Massenproteste gegen die pekingnahe Regierung in Hongkong und die Einflussnahme Pekings auf die Geschehnisse in Hongkong begannen im Sommer 2019 und entzündeten sich an dem sogenannten Auslieferungsgesetz. Sie wurden getragen von der deutlichen Mehrheit der Bevölkerung Hongkongs, wie der Ausgang der Kommunalwahlen im November 2019 gezeigt hat. Und sie erhielten eine sehr breite Unterstützung durch die Politik und Öffentlichkeit in fast allen demokratischen Gesellschaften.

Mit dem Ausbruch der Pandemie war es damit leider weitgehend vorbei. Die chinesische Regierung verschärfte im Sommer 2020 unter Umgehung des Hongkonger Parlaments mit dem Gesetz zur nationalen Sicherheit den Zugriff auf die Demokratiebewegung in Hongkong. Das Gesetz erlaubt es, Protestierende strafrechtlich zu verfolgen. Und nur wenige Tage nach Verabschiedung gab es in Hongkong die ersten Festnahmen. Die westlichen Gesellschaften waren derweil mit sich selbst und ihrer missglückten Pandemiepolitik beschäftigt und fanden keine Kraft, das Vorgehen Chinas großflächig zu skandalisieren. Die Achillesferse des chinesischen Gesellschaftsmodells, bestehend aus einer fehlenden demokratischen Legitimation, blieb damit im Jahr 2020 unterthematziert.

Jürgen Gerhards ist Professor für Soziologie an der FU Berlin, Michael Zürn ist dort Professor für Internationale Beziehungen, außerdem ist er Direktor für Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin.  
Quelle: F.A.Z.

# Philippe Bas : « Le système politique issu de la Ve République est en ruine »

## TRIBUNE

### Philippe Bas

Questeur du Sénat, ancien ministre

Parlement réduit à une fonction d'approbation, méfiance au sujet du Sénat, verticalité du pouvoir... L'ancien ministre de Jacques Chirac explique pourquoi la vitalité même de notre démocratie est en jeu.

Publié aujourd'hui, le 14/1/2021



Emmanuel Macron et le premier ministre, Jean Castex, lors du défilé militaire du 14 juillet 2020 sur la place de la Concorde à Paris. LUDOVIC MARIN / AFP

**Tribune.** La V<sup>e</sup> République nous a apporté la stabilité gouvernementale. Nous serions fous de vouloir y renoncer. Le prix payé pour cette stabilité n'a cependant cessé de croître.

Le Parlement tend à être réduit à une fonction d'approbation. Toute critique irrite. Le Sénat, libre et indépendant, inspire à l'exécutif plus de méfiance que de reconnaissance. Le lien des élus nationaux avec les territoires a été distendu. Les forces de gouvernement, gagnées par l'usure, ont été « challengées » par [un nouveau parti que n'épargne aucun des travers des anciens, arbre sans racines ni fruits](#). L'opposition est éclatée en mille morceaux. Le président s'est enfermé dans un face-à-face avec les extrêmes, comme si, entre eux et lui, il n'y avait plus rien. Et c'est ce « rien » qui hypothèque l'avenir.

Ce n'est plus la stabilité du gouvernement qui est en cause, mais la vitalité de la démocratie. Fondé sur la bipolarisation, mère de l'alternance, le système politique issu de la V<sup>e</sup> République est en ruine. Seul subsiste le cadre institutionnel, qu'il faut rééquilibrer.

La réponse par la verticalité relève du contresens. Quand l'exécutif se fait jupitérien, les vertus du dialogue social et la quête d'un compromis national sont d'emblée récusées.

Au moindre grain de sable, ce ne sont plus le Parlement, les territoires ou les partenaires sociaux qui se dressent face au pouvoir, c'est la rue. La crainte qu'elle inspire est le plus sûr chemin vers l'immobilisme. L'indifférence que le président de la République, chargé de « *veiller au respect de la Constitution* », manifeste à l'égard des autres pouvoirs l'isole, compromet la réussite de son mandat et renforce les ennemis de la démocratie.

## Scandale républicain

Cette indifférence méconnaît les exigences d'une République moderne dans une société de liberté ouverte au débat. [En témoigne le projet avorté de révision constitutionnelle](#), dont le Parlement était la cible, comme si la France pâtissait encore d'un excès de parlementarisme, alors que c'est de l'hypertrophie de l'exécutif que nous souffrons.

Avec la convention citoyenne, le suffrage universel, fondement de la démocratie, a été supplanté par le tirage au sort. Un échantillon de 150 personnes, par nature, ne peut être représentatif. Ce curieux aréopage s'est pourtant vu attribuer des pouvoirs exorbitants, le chef de l'Etat s'étant engagé à reprendre « *sans filtre* » ses propositions. Réplique moderne des comités de salut public, les conventions citoyennes retournent contre la légitimité du suffrage universel une idéologie populiste forgée contre la monarchie de droit divin. On s'étonne que ce scandale républicain n'ait pas été dénoncé avec plus de vigueur et qu'il fasse de nouveau école pour la stratégie vaccinale.

Cette indifférence de l'exécutif vis-à-vis de la représentation nationale le conduit à agir comme si le Parlement était au mieux une formalité, au pire une nuisance. Ainsi, malgré les exhortations du Sénat, le gouvernement refuse désormais de soumettre sa stratégie sanitaire à l'autorisation régulière du Parlement pour qu'il vérifie son efficacité et contrôle la nécessité de restrictions massives aux libertés. C'est une situation inouïe ! Que craint le gouvernement, alors que le Parlement avait depuis le début assumé de partager la responsabilité politique de l'état d'urgence sanitaire ?

Le manque de respect se manifeste tout autant lorsque l'Assemblée nationale ayant longuement délibéré d'un texte, le tapis est soudain tiré sous ses pieds. Révision constitutionnelle, taxe carbone, réforme des retraites, prorogation du régime de sortie de l'état d'urgence sanitaire... On ne compte plus les textes débattus et finalement retirés de l'ordre du jour. L'humiliation des députés a récemment atteint son paroxysme quand, au lendemain de l'adoption d'une proposition de loi de « sécurité globale », [le gouvernement a osé désigner une commission non parlementaire](#) pour corriger la copie votée la veille.

## Indifférence

Nous en sommes même arrivés à un stade où l'adoption d'un projet de loi en conseil des ministres peut immédiatement être suivie d'une déclaration du ministre reconnaissant que le texte doit encore « *mûrir* », comme on vient de le voir pour le projet créant un régime permanent d'urgence sanitaire et imposant la contrainte vaccinale. Ainsi, un texte n'aurait plus besoin d'être prêt pour être adopté en conseil des ministres et pourrait y être adopté sans que le Parlement ait jamais à en débattre...

Moins visible, il y a aussi l'indifférence au rôle propre du gouvernement. Pour prémunir le premier ministre contre toute tentation d'autonomie politique, [les principaux conseillers du chef du gouvernement sont désormais ceux du chef de l'Etat](#). Le dialogue au sommet de l'exécutif tend à se confondre avec un monologue élyséen. Le premier ministre est pourtant le seul chef de l'administration, le seul à être responsable devant l'Assemblée nationale, le seul à prendre part avec les ministres au processus législatif.

Mais l'actuel président, qui a davantage de subordonnés que de partenaires, décide de tout. Il a pris le risque d'être aspiré dans l'engrenage du quotidien. La gouvernementalisation de la présidence est consommée. Et puisque le président de la République s'affiche en conseil de défense comme commandant en chef de la guerre contre le virus, toute tentative de reporter sur le gouvernement la responsabilité des échecs rencontrés serait vaine.

Si cet impensé des institutions ne résulte pas forcément d'une stratégie, il est à coup sûr le reflet d'un rapport de force déséquilibré entre le président et sa propre majorité parlementaire, qui émane directement de lui et ne peut faire contrepoids.

Il s'accompagne d'une instrumentalisation de la Constitution à des fins politiques, que pourrait préfigurer l'annonce par le président d'un référendum constitutionnel autour de la symbolique du climat. Adoptée en 2004 à l'initiative de Jacques Chirac, la Charte de l'environnement, qui a la même valeur constitutionnelle que l'article 1<sup>er</sup> de la Constitution, impose déjà la protection de la biodiversité et la lutte contre le réchauffement climatique, en prévoyant que « *les politiques publiques doivent promouvoir un développement durable* ». Décliner sur tous les tons cette obligation d'action n'ajouterait rien à sa force. Alors, pour quoi faire ?

**Philippe Bas**, ancien ministre et secrétaire général de l'Élysée sous Jacques Chirac, sénateur (UMP et Les Républicains) de la Manche, est questeur du Sénat.

# « Des universités sacrifiées face à des prépas protégées »

## TRIBUNE

**Olivier Esteves**

Professeur des universités

Pourquoi empêcher tous les travaux dirigés en présentiel à l'université publique et laisser les élèves des classes préparatoires y assister ?, s'interroge le professeur des universités Olivier Esteves.

Publié le 12 janvier 2021 à 23h58, mis à jour hier à 10h26 Temps de Lecture 4 min.



Olivier Ertzscheid, enseignant à l'université de Nantes, lors d'un cours en extérieur, à la Roche-sur-Yon (Vendée), le 15 décembre 2020. LOIC VENANCE / AFP

**Tribune.** Sur France Inter ou dans *Le Monde*, on a entendu ou lu, dimanche 10 janvier, des journalistes se pencher au chevet d'étudiants en souffrance, lassés des cours à distance, toujours plus précarisés. Pendant que cette vraie empathie occupe l'espace médiatique, c'est bien sûr *business as usual* – à l'exception des masques, évidemment –, avec des cours en présentiel en classes préparatoires. C'est ainsi qu'on exacerbe des inégalités structurelles, enracinées depuis trop longtemps, et qui font honte à une démocratie libérale.

Lors de conseils d'UFR [*unité de formation et de recherche*] ou de réunions de pilotage universitaire dans lesquelles on pose la question de l'interprétation des recommandations officielles liées au Covid-19, le privilège octroyé à d'autres structures (comme les prépas) n'est jamais, ou presque, posé. La tête dans le guidon de notre vélo bringuebalant de l'université publique, nous ne voyons pas passer les SUV rutilants des prépas dont les chauffeurs et passagers, même masqués, nous dépassent à toute vitesse.

Si d'aventure quelqu'un(e) pose la question de cette inégalité structurelle, alors l'argument brandi est marqué au coin d'un bon sens apparemment apolitique : « *Oui, tu sais, les prépas sont incluses dans les lycées, donc c'est logique en fait.* »

# Causes structurelles

Beaucoup d'universitaires ont un lien paradoxal avec les prépas. La (grande) majorité en sont sans doute issus, même si des statistiques nationales exhaustives n'existent pas sur la question, et ils y envoient ou essaient d'y envoyer leurs enfants, trop conscients au quotidien des carences structurelles de leurs institutions.

Enfin, un certain nombre donnent des « khôlles » (des oraux individuels, dans le jargon prépa) qui sont plutôt bien payées, mieux en tout cas que les travaux dirigés (TD) à la fac. Cet impensé a des causes structurelles, liées à l'itinéraire personnel et à la sociologie des universitaires.

Cet impensé existe également au niveau gouvernemental. Lorsque Macron, Castex, Blanquer etc., évoquent les dispositions applicables au « supérieur », les prépas ne sont pas incluses dans les mesures de limitation des jauges étudiantes, et bénéficient d'un flou politique qui est presque reconnu par le gouvernement lui-même.

Ainsi, citons son porte-parole, Gabriel Attal, le 30 octobre 2020 [sur son compte Instagram], dans la foulée d'une conférence de presse de M. Castex : « *Le sujet des BTS, IUT et prépas n'ayant finalement pas été abordé dans la conférence de presse, je vous indique que les cours continueront à se tenir en présentiel.* »

## Méconnaissance des étudiants

Pour l'opinion publique et les façonneurs de la parole publique de manière générale, les facs, cela veut dire des amphis bondés, même si les cours magistraux constituent une minorité de nos enseignements. J'en ai fait l'expérience lorsque des équipes de télé ont débarqué dans mes cours après avoir annoncé que j'interdisais toujours tous les écrans, ordinateurs et téléphones portables ([Libération, le 18 septembre 2018](#)).

Le premier contact avec les étudiants a simplement toujours été sur le mode : « Je peux venir en amphitheâtre ? Vous avez cours quand en amphitheâtre ? » Conséquence : le mode distanciel a d'abord peut-être semblé acceptable et logique au plus grand nombre, compte tenu de cette représentation mentale collective.

Mais pourquoi empêcher tous les travaux dirigés sur site à l'université publique et laisser faire le présentiel dans tous les TD de classes préparatoires ? Les étudiants de prépas, sélectionnés, et auprès de qui l'Etat investit bien plus d'argent, sont sans doute mieux à même de suivre des cours en distanciel, en tout cas on peut le penser. Pourtant ce sont les autres, très majoritaires, qui sont sacrifiés.

**« M. Macron a dit : "C'est dur d'avoir 20 ans en 2020." C'est sans doute mille fois moins dur pour les étudiants de la prépa Henri-IV que pour ceux de Cergy ou de Lille »**

Frédérique Vidal [la ministre de l'enseignement supérieur] a proposé ces dernières semaines de mettre en place des groupes de TD pour une dizaine d'étudiants, ceux qui sont en souffrance, susceptibles de décrocher, etc. Cette personne ne semble pas savoir que pour les premières années, sur les campus hypermassifiés, la méconnaissance des publics étudiants est totale. Pendant ce temps, les « khôlles » en prépas continuent, et les enseignants connaissent, bien sûr, les noms de leurs étudiants.

Monsieur Macron a dit : « *C'est dur d'avoir 20 ans en 2020.* » C'est sans doute beaucoup, mille fois moins dur pour les étudiants de la prépa Henri-IV, dont il est lui-même issu, que pour ceux de Cergy, de Paris-Est Créteil, ou de Lille. Le 19 juin 2019, M. Blanquer exprimait son amour aux enseignants de prépas : « *Vous êtes tout ce que j'aime* », leur a-t-il dit, un an et demi avant de stigmatiser « l'islamo-gauchisme » rampant dans les universités publiques.

Certes, la période exceptionnelle que l'on vit attise des centaines de jalousies : les libraires ne comprennent pas que les supermarchés soient ouverts, les restaurateurs montrent ces foules qui s'amassent dans le métro, beaucoup s'indignent de ce que tant d'entreprises, non sanctionnées, regimbent face au télétravail.

Néanmoins, les inégalités entre différentes catégories d'étudiants ne font que cristalliser des inégalités profondément ancrées depuis des décennies. Elles touchent beaucoup plus de monde et elles touchent à la jeunesse, l'avenir de ce pays.

En outre, sur le marché de l'emploi, dans quelques années, les CV d'anciens prépas seront encore plus avantagés que les CV d'étudiants ayant suivi un cursus à distance (donc partiellement décrédibilisé) dans une fac publique. Il ne s'agit aucunement de monter les uns contre les autres, mais de prendre conscience, collectivement, que le séparatisme peut décidément revêtir des formes très diverses.

**Olivier Esteves** est professeur des universités, spécialiste de la culture et de la politique des pays anglophones à Lille.

# „Der Nationalismus ist keine Krankheit“

Stand: 05:53 Uhr | Lesedauer: 8 Minuten

Von **Alan Posener**



Vordenker der neuen Konservativen: Yoram Hazony

Quelle: Ilya Melnikov

Brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Nationalismus? Mit dieser These sorgt der israelische Philosoph Yoram Hazony gerade weltweit für Aufsehen. Es gibt gute Gründe, seine Provokation ernst zu nehmen.

Vor 14 Jahren schrieb ich ein Buch, das Europa als Imperium beschrieb. Die Resonanz war nicht gerade überwältigend. Ich müsste mich also freuen, wenn Yoram Hazonys Bestseller „The Virtue Of Nationalism“ nun auch auf Deutsch erscheint. Denn der israelische Philosoph bestätigt meine These: „Zwei große imperialistische Projekte“, so Hazony in „Nationalismus als Tugend“, hätten das Denken der westlichen Führer seit dem Fall der Mauer beschäftigt: die Europäische Union sowie die Errichtung einer amerikanisch dominierten „neuen Weltordnung“. Recht hat er. Nur: Ich sah und sehe diesen liberalen Imperialismus als etwas Positives. Hazony lehnt ihn ab und begrüßt die nationalistische Wende, die 2016 mit dem Brexit und dem Sieg Donald Trumps begonnen habe.

Der britisch-amerikanische Historiker Niall Ferguson betont die Bedeutung von Hazonys Theorien für den neuen Konservatismus. Erfrischend an Hazonys Buch – ausgezeichnet als „konservatives Buch des Jahres“ 2019 in den USA – ist der Verzicht auf Euphemismen. Statt von Patriotismus und Souveränität redet er von Nationalismus, wenn er die Vorstellung meint, dass eine Nation das Recht – und wohl auch die Pflicht – hat, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Und statt von „supranationalen“ Gebilden, „gemeinsamer Souveränität“, „global governance“ und dem Recht „humanitärer Intervention“ redet er vom Imperialismus, „der der ganzen Welt Frieden und Wohlstand bringen will, indem er die Menschheit – so weit wie möglich – unter einem einzigen politischen System vereint.“

Beide Begriffe, Imperium und Nation, werden damit endlich entteufelt. Schade, dass Hazonys Buch, das in der englischsprachigen Welt beim angesehenen Imprint „Basic Books“ erschien, im deutschen Sprachraum, wo man das offene Wort selten schätzt, im Ares-Verlag erscheint, wo auch Alain de Benoist, Armin Mohler, Karlheinz Weißmann und andere Vordenker und Nachbeter der Neuen Rechten publizieren. Die leicht anrühige Umgebung dürfte dafür sorgen, dass man „Nationalismus als Tugend“ allenfalls mit zugehaltener Nase liest. Das wäre aber schade.

Hazonys Blick auf die Nation ist bestimmt von seiner Sozialisation: „Ich bin mein ganzes Leben lang ein jüdischer Nationalist gewesen, ein Zionist. Wie die meisten Israelis habe auch ich diese politische Anschauung von meinen Eltern und Großeltern geerbt.“ Für Hazony wie für die meisten Zionisten, linke wie rechte, ist der Nationalismus „keine unergründliche Krankheit“, sondern „eine Theorie darüber, wie die politische Welt geordnet werden sollte“.

Womit wir schon beim ersten Problem wären. Man könnte eine gewisse Chuzpe darin entdecken, aus den Erfahrungen eines kleinen Volks in einem von Feinden umgebenen kleinen Land eine Theorie entwickeln zu wollen, wie die politische Welt schlechthin geordnet werden sollte. Das wäre nur das Gegenstück zur kopfschüttelnden Ablehnung des Zionismus durch europäische Linke und Liberale, die ihrerseits im Supranationalismus der EU ein Modell für die ganze Welt sehen.

Dass womöglich ein föderalistischer Imperialismus für Europa, ein selbstbewusster Nationalismus für Israel richtig sein könnten; und dass ein richtiger Nationalismus für die zwischen selbstsüchtigen Clans und imperialen Varianten des Islam zerrissenen arabischen Länder ein Fortschritt, für das multiethnische Amerika jedoch, das die internationale Ordnung stützt, ein Rückschritt wäre: Das können und wollen schreckliche Vereinfacher nicht begreifen.

Leider ist Hazony ein solcher Vereinfacher. Für ihn ist das Gegensatzpaar Imperium und Nation nicht dialektisch aufeinander bezogen. Er kann nicht erklären, wie Napoleons Imperium die Entstehung eines reformierten preußischen Staates und damit einer modernen deutschen Nation erst ermöglichte; wie das britische Imperium das demokratische Indien und das demokratische Israel gebar. Die Nation ist für ihn nicht historisch gebunden an den ökonomischen Aufstieg des Bürgertums.

Der Bibelwissenschaftler Hazony begreift den Gegensatz zwischen Imperium und Nation vielmehr theologisch. Für ihn beginnt die Nation mit Moses und dem Auszug der Israeliten aus dem ägyptischen Imperium, das ihnen Wohlergehen und Sicherheit gegen Sklaverei und Götzendienst anbot. Indem die Israeliten die Wüste den Fleischtopfen Ägyptens, den Gott Abrahams der Göttervielfalt des Nils, das Gesetz

des Moses der Willkür des Pharaos vorzogen, begründeten sie, so Hazony, das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung.



„Die Israeliten durchschreiten das Rote Meer“, anonymes Gemälde aus dem 19. Jahrhundert  
Quelle: Heritage Images/Getty Images

Mit der Zerstörung des selbstständigen jüdischen Staates durch die Römer und dem Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion des Imperiums scheint der Gedanke der Nation endgültig verloren. Doch mit der Reformation – der Rebellion gegen Rom – entsteht die Nation neu

Es sei kein Zufall, sagt Hazony, dass sich die Reformatoren am Alten Testament, der jüdischen Bibel, orientiert hätten. Das „Europa der Vaterländer“, die Konkurrenz selbstbewusster und selbstbestimmter Nationen, habe den Aufstieg des Westens erst ermöglicht. Entgegen dem Gründungsmythos der EU habe nicht der Nationalismus Europa in der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs zerstört, sondern der Kampf verschiedener Imperialismen, insbesondere aber der imperialistische Drang der Deutschen, den Kontinent zu beherrschen. Erst recht der Zweite Weltkrieg sei nicht Ergebnis des europäischen Nationalismus, sondern des erneuten deutschen Griffs nach der Weltmacht.

### **Hitler wurde von Imperien besiegt**

Noch im Weltkrieg hätten die Westalliierten den Nationalismus zu Recht als antifaschistische Kraft begriffen und gefördert. Doch die von der EU – und den globalistischen „Liberalen“, Hazonys Lieblingsfeinden – verbreitete Mär von der Zerstörungskraft des Nationalismus habe inzwischen unter Intellektuellen den Status einer Zivilreligion erreicht. Daher auch ihr Hass gegen die Juden, die auch in der Diaspora ihre eigene Identität als Volk bewahren, und vor allem gegen den jüdischen Staat, der ohne falsche Scham eine nationalistische Politik verfolgt.

An Hazonys kurzem Abriss der Geschichte ist so viel falsch, dass auch nicht das Gegenteil richtig ist. Auch, weil einiges stimmt. So etwa, dass die europäische Geschichte nicht primär die Gefahr des Nationalismus lehrt, sondern die Gefahr eines hegemonialen und illiberalen Imperialismus. Napoleon, Wilhelm II., Hitler, Stalin: Ihre imperialen Ambitionen haben den Kontinent ins Unglück gestürzt.

Es wäre aber geradezu absurd zu glauben, ihnen hätte man allein mit dem Nationalismus begegnen können. Hitler wurde von drei Imperien niedergedrückt, und ihm stand 1940 nicht allein das kleine England, sondern das riesige britische Weltreich entgegen. Stalin hätte mit den einzelnen Nationen Westeuropas kurzen Prozess gemacht, wie mit den Nationen Osteuropas, hätten die USA nicht den Mantel der Weltherrschaft aufgegriffen, der Englands schwachen Schultern entglitt.

Es stimmt auch, dass der „israelbezogene Antisemitismus“ viel mit dem postnationalen Selbstverständnis der europäischen Eliten zu tun hat. Hazony verschweigt aber den innigen Zusammenhang von Nationalismus und Antisemitismus. Seine reformatorisch-nationalistischen Helden sind Calvin, Zwingli und der englische König Heinrich VIII. Über Martin Luther, der die Reformation lostrat, den deutschen Nationalismus begründete und ein rasender Antisemit war, schweigt sich der Theologe Hazony aus.

Die traurige Wahrheit lautet: Wer Juden hassen will, findet dafür immer einen Grund. Für Nationalisten und Rassisten gilt „der Jude“ als Inbegriff des „wurzellosen Kosmopoliten“, die Bibel mit ihrer Botschaft der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen als „jüdische Erfindung“. Für Postnationalisten – Hazony würde sagen: liberale Imperialisten – gilt Israel als Inbegriff des Nationalismus, Rassismus und Kolonialismus. Wie man es als Jude macht, ist es falsch: Diese einfache Wahrheit begreift Hazony ebenso wenig wie Theodor Herzl, der glaubte, wenn die Juden es den Europäern gleichtäten und einen eigenen Staat gründeten, würde der Antisemitismus verschwinden.

Vor allem aber ist die große Erzählung vom „Europa der Vaterländer“ eine fromme Lüge. Die Staaten, die sich der Vorherrschaft Roms entzogen, vor allem England und die Niederlande, etablierten umgehend eigene Imperien in Übersee, genau wie die Länder, die katholisch blieben: Spanien, Portugal und Frankreich. Der Deutsche Orden, Polen, Russland, Schweden: Alle strebten im Nordosten nach imperialer Vorherrschaft, ebenso wie die Türken im Südosten und Habsburg in Mitteleuropa. Es hat nie eine Epoche der europäischen Geschichte gegeben, die von Nationalstaaten beherrscht wurde.

In Asien und Nordafrika bestimmten vor der Ankunft der Europäer chinesische und islamische Imperialisten den Gang der Geschichte. In Südamerika dehnten sich die Reiche der Azteken, Maya und Inka aus. Am ehesten findet man in Afrika südlich der Sahara eine Geschichte idealtypischer Nationen im Sinne Hazonys,

die jedoch angesichts islamischer und christlicher Eroberungszüge keine Chance hatten – auch, weil sie sich nicht ihrerseits zu Imperien zusammenschlossen, um Missionare und Sklavenhändler, Siedler und Händler abzuwehren. Sollen heutige Europäer die „Tugend“ der Ashanti, Herero, Namib und Zulus bewundern? Oder Lehren aus ihrem Untergang ziehen?

Es ist bezeichnend, dass China in Hazonys Buch nur einmal vorkommt (im Kontext der Auseinandersetzung mit Trumps Politik). Chinas neoimperialistische „Neue Seidenstraße“ wird nicht erwähnt, Russland fast ausschließlich im historischen Kontext. Wladimir Putin, Hauptantreiber eines neuen russischen Imperialismus, kommt ebenso wenig vor wie die Ukraine, sein Opfer. Denn diese beiden Imperialismen, die nicht, wie die EU und Amerikas „Neue Weltordnung“ liberal gegründet sind und begründet werden, sondern nationalistisch und rassistisch, passen nicht in Hazonys Feindschema.

Tatsächlich ist der Nationalismus innerhalb Europas nicht deshalb gefährlich, weil er die Welt in einen erneuten Weltkrieg stürzen könnte, dazu sind die europäischen Nationen viel zu schwach. Sondern weil der Nationalismus Russland und China erlaubt, die EU zu spalten, wie die europäischen Imperialisten die Gegensätze afrikanischer Könige oder indischer Fürsten ausnutzten, um sie letztlich einzeln zu unterwerfen.

Der Titel meines Buchs von 2007 lautete: „Imperium der Zukunft: Warum Europa Weltmacht werden muss.“ Heute würde ich den Titel wählen: „Imperium oder Untergang: Warum Europa sich entscheiden muss.“ Yoram Hazony legt den Europäern die falsche Entscheidung nahe.

*Yoram Hazony: Nationalismus als Tugend. Aus dem Englischen von Nils Wegner. Ares Verlag, 272 Seiten, 25 Euro.*